JahrBuch

für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Mai 2005 II NDZ-GmbH

Günter Benser: Antifaschistische Erneuerung nach 1945. Chancen – Realitäten – Probleme 4
Claudia Kuretsidis-Haider: „Im Namen der Republik". – Die Ahndung von NS-Verbrechen in Österreich 22
Peter Birke: „Revolutionäre Briefe", Stockholm, Juni 1945. Zur Kritik der Nachkriegspläne des deutschen Exils 41
Janusz Żarnowski: Arbeiter in Volkspolen 57
Walter Schmidt: Die „Neue Rheinische Zeitung" und die preußische verfassunggebende Versammlung. Vom Erscheinen der Zeitung bis zum Sturz des Ministeriums Camphausen und zur Bildung des Ministeriums Auerswald/Hansemann 80

Biographisches

Ulla Plener: Drei mutige Frauen in der französischen Résistance: Henny Dreifuss, Yvette Bloch, Marie-Luise Plener 102

Dokumente

Heinz Deutschland: Aus Briefen Käte und Hermann Dunckers aus den Jahren 1939 bis 1947 (Teil 2) 112
Christa Hübner: Zwei Briefe des ehemaligen Ostarbeiters Ivan Stepanovič Federovskij an seine Angehörigen vom Frühjahr 1945 127

Miszellen

Helmut Bleiber: Bedrohung oder Hoffnung? Schlesische Pressestimmen zur Pariser Juniinsurrektion 1848 134
Naribiko Ito: Rosa Luxemburgs Vortrag in der SPD-Parteischule über „Sklaverei" 139

Berichte

Gerd Kaiser: Rosa Luxemburg in der Weltfabrik. Konferenz-Notizen 143

Renate Merkel-Melis: Die Journalisten Marx und Engels.
Das Beispiel „Neue Rheinische Zeitung“ 148

Diskussion

Wolfgang Herzberg: Der große Kohlenhaufen vor der Synagoge.
Zu Bettina Völter: Judentum und Kommunismus.
Deutsche Familiengeschichten in drei Generationen 151

Information

Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte
der Arbeiterbewegung e. V. 155
Verrat? Fakten – Fiktionen – Folgen in der Arbeiterbewegung
des 20. Jahrhunderts. Teil III (Konferenz am 7./8. Oktober 2005) 157

Rezensionen

Ursula Reuter: Paul Singer (1844 – 1911).
Eine politische Biographie *(Heinrich Gemkow)* 158
Mensch sein, das heißt... Rosa Luxemburg und ihre Freunde
in Geschichte und Gegenwart *(Ingo Materna)* 160
Tobias Kaiser/Steffen Kaudelka/Matthias Steinbach (Hrsg.):
Historisches Denken und gesellschaftlicher Wandel.
Studien zwischen Kaiserreich und deutscher Zweistaatlichkeit;
Jürgen Elvert/Susanne Krauß (Hrsg.): Historische Debatten
und Kontroversen im 19. und 20. Jahrhundert *(Werner Berthold)* 162
Robert C. Allen: Farm to Factory. A Reinterpretation
of the Soviet Industrial Revolution;
Julie Hessler: A Social History of Soviet Trade. Trade Policy,
Retail Practices, and Consumption, 1917-1953 *(Susanne Schattenberg)* 166
Anjana Buckow: Zwischen Propaganda und Realpolitik. Die USA und
der sowjetisch besetzte Teil Deutschlands 1945–1955 *(Alfred Loesdau)* 168
Die Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern unter sowjetischer
Besatzung 1945-1949. Band 1: Die ernannte Landesverwaltung,
Mai 1945 bis Dezember 1946. Eine Quellenedition *(Günter Benser)* 172
Rudi Beckert: Lieber Genosse Max. Aufstieg und Fall des ersten
Justizministers der DDR Max Fechner *(Norbert Podewin)* 174
Basil Kerski/Andrzej Kotula/Kazimierz Wójcicki (Hrsg.):
Zwangsverordnete Freundschaft? Die Beziehungen zwischen der DDR
und Polen 1949-1990 *(Christa Hübner)* 176
Dagmar Semmelmann/Gudrun Prengel/Ursula Krüger (Hrsg.):
Eisenhüttenstädter Lesebuch *(Evemarie Badstübner)* 179
Martin Greschat/Jochen-Christoph Kaiser (Hrsg.): Die Kirchen
im Umfeld des 17. Juni 1953 *(Eva-Maria Thimme)* 182

Georg Herbstritt/Helmut Müller-Enbergs (Hrsg.): Das Gesicht dem Westen zu. DDR-Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland. Analysen und Dokumente *(Wolfgang Wünsche)* 185

Annotationen

Ralf Hansjosten: 700 Jahre Schreinerinnung Trier-Saarburg. Studien und Quellen *(Peer Lautenschläger)* 187
Thomas Felleckner: Bäuerliche und unterbäuerliche Bevölkerungsgruppen in der preußischen Provinz Sachsen während der Revolution von 1848/49 *(Helmut Bleiber)* 187
Rainer Karlsch/Raymond G. Stokes: „Faktor Öl". Die Mineralölwirtschaft in Deutschland 1859-1974 *(Jörg Roesler)* 188
Tobias Haren: Der Volksstaat Hessen 1918/1919. Hessens Weg zur Demokratie *(Rainer Holze)* 190
Bernhard H. Bayerlein u. a. (Hrsg.): Deutscher Oktober 1923. Ein Revolutionsplan und sein Scheitern *(Manfred Behrend)* 191
Luitwin Bies/Horst Bernard: Saarländerinnen gegen die Nazis. Verfolgt – vertrieben – ermordet *(Ulla Plener)* 192
Michael P. Hensle: Rundfunkverbrechen. Das Hören von „Feindsendern" im Nationalsozialismus. Dokumente – Texte – Materialien *(Rainer Holze)* 192
Ulrich Schneider/Horst Gobrecht: Lehrjahre im KZ Buchenwald. Antifaschistische Wurzeln der Gewerkschaften *(Wolfgang Heyn)* 193
Janet Anschütz/Irmtraud Heike: „Man hörte auf, ein Mensch zu sein …" Überlebende aus den Frauen-Konzentrationslagern in Langenhagen und Limmer berichten;
Nils Köhler: Zwangsarbeit in der Lüneburger Heide. Organisation und Alltag des „Ausländereinsatzes" 1939–1945 *(Rainer Holze)* 194
Handbuch der Geschichte Russlands, Band 5, 1. u. 2. Halbband; Band 6 *(Horst Schützler)* 196
Joachim Scholtyseck: Die Außenpolitik der DDR *(Joachim Eichler)* 198
Klaus Körner: „Die rote Gefahr". Antikommunistische Propaganda der Bundesrepublik 1945-2000 *(Kurt Wernicke)* 199
Wladislaw Hedeler (Hrsg.): Stalins Tod. Hoffnungen und Enttäuschungen *(Manfred Behrend)* 201
Adelheid von Saldern (Hrsg.): Inszenierte Einigkeit. Herrschaftsrepräsentationen in DDR-Städten *(Evemarie Badstübner)* 202

NachSatz 204

Autorenverzeichnis 205

Impressum 205

Antifaschistische Erneuerung nach 1945. Chancen – Realitäten – Probleme

Günter Benser

Mit dem Abstand von sechs Jahrzehnten und unter dem Eindruck der 1989/90 eingeleiteten welthistorischen Veränderungen stellt sich die Frage nach den Chancen der antifaschistischen Bewegung in mancher Hinsicht neu. Aus solchem Nachdenken ist dieser Beitrag entstanden. Sein zentraler Bezugspunkt ist der Antifaschismus. Das für die Nachkriegszeit charakteristische Streben nach der Errichtung eines neuen Gesellschaftssystems kann und soll hier nur insoweit gestreift werden, als es dem konsequenten Antifaschismus als Perspektive innewohnte. Für Historiker, die sich dem linken Spektrum zurechnen, ergibt sich hier so manche kritische Frage.

Schwierigkeiten der Thematik

Lassen wir einmal den Streit um die Faschismusdefinition beiseite und unterstellen wir, daß es im linken Lager so etwas wie einen Grundkonsens gab und gibt, nämlich darüber, worin sich Faschismus äußert und welchen sozialökonomischen Verhältnissen, politischen Bedingungen und Interessenlagen er entsprungen ist, so stoßen wir trotzdem auf eine doppelte Problemlage: Das erste Problem besteht darin, daß Antifaschismus nicht zu allen Zeiten dasselbe war und ist; das zweite erwächst daraus, daß im Begriff „Antifaschismus" nur die Gegnerschaft zum Faschismus, nicht aber ein positives Ziel enthalten ist. Antifaschismus konnte und kann demzufolge für unterschiedliche Ziele und Zwecke in Anspruch genommen werden. Es wäre eigentlich noch auf eine dritte Schwierigkeit hinzuweisen, die durch die nationalen Besonderheiten der antifaschistischen Bewegungen bedingt ist, durch das Spannungsverhältnis zwischen nationalen und internationalen Interessen und auch durch Reibungen zwischen einzelnen nationalen Abteilungen der antifaschistischen Bewegung. Das soll aber in diesem auf die deutsche Entwicklung konzentrierten Beitrag nicht thematisiert werden.

Was die zeitliche Ebene betrifft, so wären auseinanderzuhalten:

Erstens, eine frühe antifaschistische Bewegung, die – vor allem nach Errichtung der faschistischen Diktatur in Italien – eine Ausdehnung des Faschismus, unter dem zunächst vorwiegend das italienische Modell verstanden wurde, auf andere Länder zu verhindern suchte. Die Dimension dieser Auseinandersetzung wird deutlich, wenn wir uns bewußt machen, daß in den zwanziger und dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts der Faschismus Europa wie ein Krebsgeschwür überwucherte. In einer Vielzahl europäischer Länder wurden faschistische, monarchofaschistische oder faschistoide Regime installiert oder zumindest bürgerlich-demokratische Rechte und Freiheiten aufgehoben, so in Italien, Ungarn, Bulgarien, Spanien, Portugal, Litauen, Jugoslawien, Deutschland, Österreich, Rumänien. In weiteren Ländern

waren faschistische oder rechtsextremistische Parteien und Organisationen auf dem Vormarsch und starteten mitunter regelrechte Putschversuche. Gemessen am Linksruck der Jahre 1917-1919 hatte sich die politische Achse Europas deutlich nach rechts verschoben und somit eine antifaschistische Gegenbewegung herausgefordert.
Zweitens, der antifaschistische Widerstand, der sich gegen die in weiten Teilen Europas installierten, um Hitlerdeutschland gruppierten faschistischen Regime richtete und während des zweiten Weltkrieges weitgehend mit dem Kampf gegen ausländische Okkupanten, um nationale Befreiung und für die Herbeiführung des Friedens zusammenfiel und sich auf das Bündnis der kriegführenden Staaten in der Antihitlerkoalition stützte. Er stellte in Inhalt und Form eindeutig den Höhepunkt des antifaschistischen Kampfes dar, und er ließ das Pendel der europäischen Politik wieder nach links ausschlagen.
Drittens, die antifaschistische Bewegung nach dem Sieg der Antihitlerkoalition und der Zerschlagung Hitlerdeutschlands und seiner Vasallen. Nun ging es um die Abrechnung mit dem Faschismus, seinen Führern und Parteigängern, um die Schaffung dauerhafter Garantien gegen ein Wiedererstehen des Faschismus. Diese Bewegung entfaltete sich gewissermaßen von unten und von oben. Sie beeinflußte die politische und soziale Nachkriegsentwicklung in zahlreichen Ländern in unterschiedlichem Grade und auf unterschiedliche Weise. Doch schon bald geriet diese Bewegung in den Sog der sich herausbildenden, einander erbittert befehdenden Lager des kalten Krieges, die nicht nur die Staaten, sondern auch alle politischen und sozialen Bewegungen in eine – die früheren antifaschistischen Gemeinsamkeiten aufhebende – Konfrontation hineintrieben.
Hiervon wäre viertens noch die gegenwärtige Auseinandersetzung mit dem Neofaschismus abzuheben, der nicht als bloße Fortführung des Faschismus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts verstanden werden sollte. Diese Auseinandersetzung mit dem Neofaschismus wird von einem breiten politischen Spektrum getragen, doch mit sehr unterschiedlicher Konsequenz geführt. Nur einige Gruppierungen knüpfen ganz bewußt an die Traditionen der antifaschistischen Widerstandsbewegung an und vertreten über die bloße Verteidigung der gegenwärtigen Zustände hinausweisende Ziele.
Diese einzelnen Stadien haben alle ihre Besonderheiten und sollten nicht in oberflächlicher Betrachtung vermengt werden.
Daß sich die historische antifaschistische Bewegung im ganzen und auch viele ihre einzelnen Gruppierungen – zumindest begrifflich – nicht über ein positives Ziel, sondern über ihre Gegnerschaft zum Faschismus, eben als Antibewegung, definierten, war insofern sinnvoll, als das Ausklammern weitergehender Ziele die breiteste Bündnisbasis ermöglichte. Doch damit waren Divergenzen und Widersprüche im antifaschistischen Lager allenfalls zurückgestellt und aufgeschoben, nicht aber aufgehoben. Es war zu keiner Zeit gelungen, alle Gräben zuzuschütten, und das war bei realistischer Beurteilung der Gegebenheiten und Interessenlagen auch nicht zu erwarten. So konnte auch die Urfehde zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten nicht beendet werden. In manchen Ländern traten die Gegensätze im Lager der Befreiungsbewegung zeitweise stärker hervor als die Feindschaft

gegenüber den Okkupanten. Denken wir an die Kämpfe zwischen Titos Partisanen und den Tschetniki in Jugoslawien oder zwischen Armia Krajowa (Heimatarmee) und Armia Ludowa (Volksarmee) in Polen.

Wenn nach Chancen und Realitäten gefragt wird, so gilt es herauszustellen, daß der internationale Antifaschismus – womit nicht primär sein internationalistischer Geist, sondern mehr seine internationale Wirksamkeit gemeint ist – seine Chancen schließlich und endlich wahrgenommen hat. Es war in zahlreichen Ländern nicht gelungen, die Faschisten an der Machteroberung zu hindern, aber es gelang, den faschistischen Block zu besiegen, die Okkupanten zu vertreiben, das faschistische Großdeutsche Reich zur bedingungslosen Kapitulation zu zwingen, die faschistischen Apparate zu zerschlagen und einen demokratischen Aufbruch einzuleiten, die befreiten Länder auf neue verfassungsrechtliche Grundlagen zu stellen, wichtige antifaschistische Prinzipien in den völkerrechtlichen Verträgen zur Gestaltung der Nachkriegsordnung zu verankern und erstmals in der Menschheitsgeschichte Hauptkriegsverbrecher und weitere Verbrecher gegen Frieden und Menschlichkeit durch internationale oder nationale Gerichtshöfe zu verurteilen und zu bestrafen. Dies ist ein verpflichtendes Vermächtnis, das nicht durch oberflächliche Totalitarismusinterpretationen, durch die Gleichsetzung von brauner und roter Diktatur, durch eine Opfer-Aufrechnung, die Ursachen und Verursacher des Krieges verschweigt, beschädigt werden darf. Die abwertende Hervorhebung eines „verordneten“ Antifaschismus darf diese Leistung nicht schmälern oder gar vergessen machen.

Das Potential für eine antifaschisch-demokratische Erneuerung in Deutschland

Da sich Deutschland und die Deutschen in ganz Europa und in großen Teilen der Welt verhaßt gemacht hatten, da für sie die Zerschlagung des Hitlerfaschismus von außen und unter unerhörten Verlusten erfolgte, konnte diese Zerschlagung nicht die große Stunde der Freiheit bringen, wohl aber die Befreiung auch der Deutschen. Denn befreit wurden sie: aus und von der faschistischen Gewaltherrschaft, von deren Verbrechen gegen den Frieden und gegen die Menschheit, von der Kriegsfurie, von den Wahngebilden und Exzessen der Rassenfanatiker und Welteroberer. Man kann es drehen und wenden, wie man will - wer Befreiung nicht gelten läßt oder bis zur Unkenntlichkeit relativieren möchte, dessen Ablehnung des Naziregimes darf bezweifelt, dessen Stellung zu deutscher Schuld und Verantwortung muß hinterfragt werden.

Je näher der Sieg über den Faschismus heranrückte, desto nachdrücklicher stellte sich für alle antifaschistischen Gruppierungen die Frage: „Was kommt nach Hitler?“ Das ist ein weites Feld, das hier nicht ausgeleuchtet werden kann und soll.[1] In hohem Maße liefen die Programme aller antifaschistischen Gruppierungen auf tradierte Konzepte hinaus. So wurden Antithesen zum Faschismus formuliert, die

1 Eine nach wie vor lesenswerte Bilanz zog zum 50. Jahrestag der Befreiung eine in Marburg veranstaltete Konferenz. Siehe Reinhard Kühnl/Eckart Spoo (Hrsg.): Was aus Deutschland werden sollte. Konzepte des Widerstands, des Exils und der Alliierten, Heilbronn 1995.

wesentlich in Rückgriffen bestanden[2]: auf konservative Werte und Regularien, auf die katholische Soziallehre, auf den Neoliberalismus, auf sozialdemokratische Vorstellungen eines dritten Weges und der Wirtschaftsdemokratie, auf die Leninsche Strategie des Hinüberleitens der demokratischen in die sozialistische Umwälzung mit der - zunächst nicht erwähnten – Perspektive der Implantierung des sowjetischen Modells. Das waren Ziele, die schon vor dem Eskalieren der faschistischen Gefahr beziehungsweise der Machteroberung der Nazis Programmpunkte gewesen waren. Die Auseinandersetzung mit dem Faschismus modifizierte kaum die Fernziele, wohl aber die Nahziele, die Wege, die bündnispolitischen Erwägungen. Daß jedweder Weg über die Errichtung eines demokratisch-parlamentarischen Regimes zu führen hatte, wurde in der Anfangsphase des Neubeginns von niemandem in Frage gestellt, jedenfalls nicht, nachdem unübersehbar war, daß sich Hoffnungen auf eine Wiederkehr rätedemokratischer Bestrebungen, vergleichbar der Bewegung in den Jahren 1917-1919, nicht erfüllen werden.

Da heutzutage die sozialistischen Potenzen des antifaschistischen Kampfes und der Abrechnung mit dem Faschismus in der Regel unterschlagen oder gänzlich an die Peripherie gerückt werden, muß an ihr Ausmaß und ihre Ausstrahlungskraft erinnert werden. Wenn Kurt Schumacher vom „Sozialismus als Tagesaufgabe“ sprach, während die KPD unmittelbare sozialistische Zielstellungen nicht nur unterließ, sondern vor ihnen warnte, so hatten diese Positionen bei aller Gegensätzlichkeit doch auch einen gemeinsamen Bezugspunkt: nämlich die weitverbreitete Auffassung, daß die Alternative zur faschistischen Vergangenheit eine wie immer geartete, direkt oder über Zwischenstadien anzusteuernde, sozialistische Zukunft sein müsse. Das widerspiegelte sich in der Kritik an den Hinterleuten des Faschismus aus den Kreisen des Monopolkapitals und des Junkertums, in Forderungen nach Vergesellschaftung zumindest der Rohstofferzeugung, der Schlüsselindustrien und des Verkehrswesens, nach geplanter Wirtschaft und Mitbestimmung. Auf diesem Boden entstand auch Jakob Kaisers Vision eines christlichen Sozialismus. Und Peter Bucher, Mitherausgeber der Freiherr vom Stein-Gedächtnisausgabe von Quellen zum politischen Denken der Deutschen, verwies noch ein halbes Jahrhundert später auf den damaligen „allgemeinen sozialistischen Zug der Zeit“.[3]

Angesichts heutiger Verdrängungen, angesichts des zur Delegitimierung der DDR gedachten Konstruktes, daß die Ostdeutschen fast nahtlos aus der braunen in die rote Diktatur hinübergewechselt seien, aber auch angesichts der Hilflosigkeit heutiger Politik und Ökonomie gegenüber den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts wäre eine Rückbesinnung auf zukunftsträchtige Potenzen des Jahres 1945 eigentlich dringend geboten. Sie täte auch bitter not als Kraftspender und

2 Siehe Günter Benser: Keine „Stunde Null“ – Überlegungen zum historischen Platz des Jahres 1945, erscheint demnächst im Protokoll der am 12. Februar 2005 in Jena durchgeführten Konferenz zum Thema „8. Mai 1945: Faschismus und Krieg als Gegenstand politischer Auseinandersetzungen“.

3 Peter Bucher: Nachkriegsdeutschland 1945-1949. Quellen zum politischen Denken der Deutschen im 19. und 20. Jahrhundert. Freiherr vom Stein-Gedächtnisausgabe, Bd. X, Darmstadt 1990, S.2, 4.

Ideenreservoir in der Auseinandersetzung mit dem Neofaschismus und Neonazismus.

Umgekehrt war man sich in Kreisen der Hochfinanz und der Großindustriellen sehr wohl bewußt, welche Gefahren den ökonomisch Mächtigen erwuchsen, wenn der diskreditierte Faschismus als politisches Ergebnis monopolkapitalistischer Strukturen und Interessen begriffen wurde. Der amerikanische Hauptankläger im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß Robert H. Jackson schrieb besorgt an Präsident Harry S. Truman: „Ich hege die Befürchtung, daß eine sich über lange Zeit erstreckende öffentliche Attacke gegen die Privatindustrie – und zu einer solchen würde es im Laufe eines Prozesses kommen – den Industriekartellen den Mut nehmen könnte, weiterhin mit unserer Regierung im Rahmen der Rüstungsmaßnahmen, die im Interesse unserer zukünftigen Verteidigung getroffen werden müssen, zusammenzuarbeiten."[4] Und der US-amerikanische Wirtschaftshistoriker Henry A. Turner formulierte – aus seiner Sicht allerdings als zu widerlegende Hypothese – : „Entspricht die weitverbreitete Ansicht, daß der Faschismus ein Produkt des Kapitalismus ist, den Tatsachen, dann ist dieses System kaum zu verteidigen."[5]

Der „allgemeine sozialistische Zug der Zeit" und die an ihn geknüpften Erwartungen stützten sich nicht nur auf die Machterweiterung und das enorm gesteigerte Ansehen der UdSSR sowie auf die Entfaltung „volksdemokratischer" Revolutionen in Ost- und Südosteuropa. Dazu trugen auch wesentlich der im Juli 1945 errungene Wahlsieg der Labour Party in Großbritannien sowie Erfolge der Linken in Italien und Frankreich und in anderen Ländern bei. So hieß es zum Beispiel in den von August Thalheimer herausgegebenen „Internationalen monatlichen Übersichten", mit Berufung auf England, Frankreich und Italien, daß „das europäische Festland jenseits der sowjetischen Machtsphäre ebenfalls auf dem Wege zum Sozialismus ist".[6] Aufschlußreich ist auch der Briefwechsel ungarischer Sozialdemokraten mit britischen Labourpolitikern. Diese ungarischen Sozialisten setzten nicht zuletzt deshalb große Hoffnungen in Erfolge der Labour Party, weil diese auch die Liberalisierung einer nicht mehr von außen bedrohten, isolierten UdSSR und das Zusammenwirken zweier sozialistischer Zentren ermöglichen würden. Davon erhofften sie sich auch Rückhalt gegen eine kommunistische Umklammerung im eigenen Lande.[7]

Als die im deutschen Widerstand entwickelten Konzepte nach der Befreiung öffentlich verbreitet werden konnten und – zumindest teilweise – in die Programme der neu- oder wiedererstehenden deutschen Parteien einflossen, entwickelten sie alle

---

4 Zit. nach Jerzy Sawicki: Als sei Nürnberg nie gewesen..., Berlin 1958, S.40f.

5 Henry A. Turner: Faschismus und Kapitalismus in Deutschland. Studien zum Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Wirtschaft; Göttingen 1972, S.7.

6 WESTBLOCK-OSTBLOCK. Welt und Deutschlandpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. Internationale monatliche Übersichten 1945-48 von August Thalheimer. Erweitert durch Briefe und Dokumente, hrsg. von der Gruppe Arbeiterpolitik, Hamburg 1992, S.52.

7 Siehe Janos Jemnitz: Some Reflections on a Great Historical Chance, in: The Forward March on the Left and the Problems of its Progress 1945-1948, Budapest 2001, S.47-63. Siehe auch den Dokumentenanhang dieser Publikation.

ihre Anziehungskraft auf bestimmte Teile der Bevölkerung. Das führte aber auch dazu, daß die Rivalitäten zwischen den Parteien schon frühzeitig stärker hervortraten als antifaschistische Gemeinsamkeiten – es sei denn, das Parteienleben wurde in einer Weise kanalisiert, wie dies in der Sowjetischen Besatzungszone mit der Blockpolitik geschah. Sehr viel hing also von den jeweiligen, durch die Besatzungsmächte gesetzten Rahmenbedingungen ab.

Chancen, gesellschaftsverändernde Perspektiven des Antifaschismus zu verwirklichen, erwuchsen aus dem veränderten internationalen Kräfteverhältnis, das wesentlich durch das zeitweise Ausschalten der imperialistischen Großmächte Deutschland, Japan und Italien aus der Weltpolitik und durch Machteinbußen des britischen und des französischen Imperialismus gekennzeichnet war. Rundum gestärkt waren nur die USA aus dem Kriege hervorgegangen. Auch die UdSSR konnte einen enormen Machtzuwachs verbuchen, der aber von einem unerhörten Aderlaß durch Menschenverluste und Zerstörung materieller und kultureller Werte begleitet war, so daß auch dadurch die UdSSR keine den USA vergleichbare internationale Anziehungskraft zu entfalten vermochte. Anhaltende Impulse waren von der Auseinandersetzung zwischen Faschismus und Antihitlerkoalition nicht zuletzt für die nationale und antikoloniale Befreiungsbewegung ausgegangen. Insgesamt hatten sich die Spielräume für die Durchsetzung aus dem antifaschistischen Kampf hervorgewachsener linker Alternativen verbessert.

Im nachhinein zeigt sich allerdings, daß die Geschichtsschreibung der DDR – den Lagebeurteilungen der marxistisch-leninistischen Parteien folgend – dieses internationale Kräfteverhältnis und die daraus erwachsenden Chancen für den Übergang der Menschheit zu einer sozialistischen Gesellschaftsordnung und für eine sozialistische Alternative auf deutschem Boden zu optimistisch bewertet hat. Die Aussagen über die neue Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus benannten viele Entwicklungstendenzen mehr oder weniger zutreffend, unterschätzten jedoch die auf eine Stabilisierung des Kapitalismus hinwirkenden Faktoren. Die Fähigkeit des Kapitals zu Innovation, Effizienz und zu wirtschaftlicher Integration wie auch die Fähigkeit kapitalistischer Staaten, ihre zwischenstaatlichen Widersprüche zu beheben und politisches und militärisches Zusammenwirken zu praktizieren, wurde nicht gesehen. Andererseits wurden die Wirkungen einer Vergesellschaftung von Produktionsmitteln überschätzt und Internationalisierung auf dem Felde der Ökonomie, Politik und Kultur mit Internationalismus-Deklamation verwechselt. So wurde nicht gebührend ausgelotet, daß das militärisch-machtpolitische Kräfteverhältnis eine Sache und die sozialökonomische und kulturelle Reife eine andere Sache ist.

Ungünstige Startbedingungen eines „sozialistischen Weltsystems“ sollten sich als ungünstige Konditionen überhaupt erweisen. Dabei wurden die Schwierigkeiten durch das von der kommunistischen Weltbewegung zum Vorbild erhobene, wesentlich von Stalin geprägte sowjetische Modell in vieler Hinsicht eher verschärft statt behoben. Trotzdem waren die vorhandenen Chancen und Möglichkeiten nicht gering. Vor einer eindimensionalen Ursachensuche für das Scheitern einer antikapitalistischen Alternative sei gewarnt.

Für Deutschland ergibt sich vor allem die Frage, wie es um die Potenzen der Führungskräfte und die Bereitschaft der Massen, ihnen zu folgen, bestellt war – also um das, was in der Literatur oft als subjektiver Faktor revolutionärer Prozesse bezeichnet wird.

Der Tatsache, daß es in Deutschland – trotz vielfältiger Appelle deutscher Antifaschisten – keine mit anderen Ländern vergleichbaren Aktionen zur Selbstbefreiung gegeben hatte, muß ein höherer Stellenwert beigemessen werden, als dies zu DDR-Zeiten gemeinhin geschehen ist. Die Aufgabe, den faschistischen Machtapparat zu zerschlagen, wurde den deutschen Antifaschisten von den Siegermächten abgenommen. Das schuf die Grundvoraussetzungen aller weiteren Umgestaltungen und lieferte übrigens auch das wichtigste Argument für die Begründung eines deutschen Weges zum Sozialismus. Die nahezu ausschließliche Befreiung von außen her muß aber zugleich als signifikanter Beleg für die relative Schwäche des deutschen Antifaschismus gesehen werden. Wenn sich besonders der deutsche kommunistische Widerstand als Teil der Antihitlerkoalition verstand, so war dies in qualitativem Sinne durchaus berechtigt. Allerdings war diese Formel auch geeignet, übertriebene Vorstellungen hinsichtlich des eigenen Anteils an der Zerschlagung des Hitlerfaschismus zu wecken. Diese relative Schwäche der antifaschistischen Bewegung in Deutschland ist auf ein ganzes Geflecht von Ursachen zurückzuführen: Die Nazis und ihr Unterdrückungsapparat hatten – beginnend 1933 – alle politischen Gegner erbarmungslos ausgeschaltet, aus ihrer Heimat vertrieben und viele von ihnen physisch vernichtet. Sie hatten aber in der Zeit ihrer innen- und außenpolitischen Erfolge auch große Teile der deutschen Bevölkerung auf ihre Seite gezogen, andere Teile zur Anpassung veranlaßt. Die Mehrheit der Deutschen war mehr oder weniger in die Kriegsverbrechen des deutschen Faschismus verstrickt. Und wenn auch die meisten Deutschen schließlich den Frieden herbeisehnten, so sahen sie ihm doch mit begründetem Bangen entgegen.

Von den im Lande inhaftierten beziehungsweise im Untergrund tätigen oder über verschiedene Emigrationsländer verstreuten Kadern der KPD wurde das Potential der antifaschistisch eingestellten Bevölkerung und speziell der deutschen Arbeiterklasse recht differenziert eingeschätzt, wobei mit fortschreitender Entwicklung die Erwartungen immer nüchterner und realistischer wurden. Die im Lande agierenden Kommunisten hatten in ihren Lagebeurteilungen und strategischen Erwägungen 1944 noch auf eine enge Verknüpfung von antifaschistischem Befreiungskampf und proletarischem Emanzipationskampf gesetzt, auf eine Volksrevolution, die über mehrere Etappen zum Sozialismus führt und sich auf rätedemokratische Erfahrungen der Novemberrevolution stützt.[8] Nachdem mit der Niederschlagung des Umsturzversuches vom 20. Juli 1944 auch die bedeutenderen kommunistischen Widerstandsgruppen liquidiert worden waren, vermochten sich

8 Siehe Karlheinz Pech: Neue Forschungsergebnisse und -probleme zur Geschichte des antifaschistischen Widerstandskampfes, in: Soziale Grundlagen und Herrschaftsmechanismen des deutschen Faschismus. Der antifaschistische Kampf, Halle 1980, S.74-85.

nur noch die Kommunisten in den Konzentrationslagern über die künftigen Aufgaben zu verständigen. Dort allerdings wurden diese Erwägungen gemäß den veränderten Bedingungen weitergedacht, und die befreiten Konzentrationslager sollten sich als Zentren für die Organisierung antifaschistischer Kräfte und für den Wiederaufbau der Arbeiterparteien erweisen.

Für die Beurteilung des Potentials der deutschen antifaschistischen Bewegung ist eine zwischen Wilhelm Koenen und Paul Merker entbrannte Kontroverse aufschlußreich. Sie wurde vor allem in der in Mexiko erscheinenden Zeitschrift „Freies Deutschland" ausgetragen. Mit einem „An meinen Bruder in London" überschriebenen Offenen Brief vom 10. April 1945 polemisierte Paul Merker gegen einen von Wilhelm Koenen in der Januarausgabe der Londoner „Freien Tribüne" veröffentlichten Leitartikel. Der Disput zog sich bis Sommerende hin.[9] Im Mittelpunkt stand die Frage, inwieweit die deutsche Arbeiterklasse dem Faschismus verfallen, ob sie eine Stütze des Nationalsozialismus geworden sei oder ob sie – Opfer eines Terrorregimes – die Kräfte zu ihrer baldigen Wiederbelebung bewahrt habe. Daraus leitete sich das Problem ab, wie eng sich das Handeln der deutschen Antifaschisten an die alliierten Besatzungsmächte anlehnen müsse, wie rasch eine antifaschistisch-demokratische deutsche Regierung anzustreben sei. Paul Merker vertraute den Regenerationskräften der deutschen Arbeiterbewegung und dem gesunden Sinn der Arbeiter. Ähnlich positionierten sich auch die ebenfalls in Mexiko lebenden Vertreter der früheren KPD(O). Sie betonten, daß die Arbeiterbewegung ihre Eigenständigkeit gegenüber den Besatzungsmächten wahren müsse. Wilhelm Koenen teilte – womöglich von dem in England wuchernden Vansittartismus nicht ganz unbeeinflußt – diesen Optimismus nicht, und er sah die Konsequenzen der Konferenz von Jalta und des sich abzeichnenden Besatzungsregimes realistischer als seine Genossen in Mexiko.

Wir wollen hier nicht den Schiedsrichter spielen, zumal Wilhelm Koenen und Paul Merker vermutlich nicht in den gleichen Zeiträumen dachten, wenn sie Begriffe wie revolutionäre Situation, deutsche Revolution, Übernahme von Regierungsverantwortung und ähnliche gebrauchten. Außerdem waren beide vom realen Ort des Geschehens zu weit entfernt, um ihre Urteile auf eine genaue Beobachtung stützen zu können. Aber diese Kontroverse macht uns bewußt, daß es keinen automatischen Zusammenhang zwischen Zerschlagung des Faschismus und erfolgreichem Vormarsch der Arbeiterbewegung und raschen revolutionären Veränderungen gab.

Die in Moskau tätige Parteiführung der KPD hatte die besten Möglichkeiten, sich ein realistisches Bild zu verschaffen. In Diskussionen mit deutschen Kriegsgefangenen und durch Auswertung von Gefangenenpost wurden auch ihre Vorstellungen von den Denk- und Verhaltensweisen der deutschen Bevölkerung zunehmend illusionsloser. Auch verfügte sie – vor allem vermittelt durch Georgi Dimitroff – über den besten Einblick in die von den Siegermächten vorgesehenen Bedingungen für einen politischen Neuanfang in Deutschland. So ging unter den deutschen Kommunisten die Führung in Moskau auch in ihrer Kooperations-

9 Siehe Freies Deutschland - Alemania Libre, Nr. 6, Mai 1945, und Nr. 10, September 1945 (Beilage).

bereitschaft mit den alliierten Mächten am weitesten. Sie appellierte zwar bis zuletzt an die deutsche Bevölkerung, sich zu erheben und der Naziherrschaft ein Ende zu bereiten. Aber ihre 1944 empfohlene Schaffung von Volksausschüssen als Keimzellen einer neuen Macht tauchte in den Papieren der KPD-Führung immer seltener auf und verschwand nach der Konferenz von Jalta aus dem Forderungskatalog. Anton Ackermann resümierte rückblickend, in der ersten Stufe der Erarbeitung von Richtlinien für ihre künftige Politik sei die KPD „noch restlos auf den Kampf zum Sturz des Hitler-Regimes durch die antifaschistischen Kräfte in Deutschland" eingestellt gewesen. „In der letzten, abschließenden Phase dieser Arbeit war klar, daß wir in ein durch die militärischen Kräfte der Sowjetunion und der Antihitlerkoalition von außen befreites und von diesen besetztes Land zurückkehren würden. Damit standen manche Probleme anders."[10]

Auch gegenüber dem Nationalkomitee „Freies Deutschland" ging die KPD schrittweise auf Distanz, gewiß auch in dem Bewußtsein, daß die Losung „Freies Deutschland" in einen unüberbrückbaren Gegensatz zum unabwendbaren Besatzungsregime geraten war. Schon am 1. März 1945 erklärte Wilhelm Pieck in einem Vortrag: „Mit dem Vormarsch der Armeen der verbündeten Mächte und der fortschreitenden Besetzung Deutschlands wird die Tätigkeit, für die das Nat[ional]kom[itee] geschaffen wurde, immer mehr eingeschränkt und geht in seiner Bedeutung immer mehr zurück."[11] Die kurzzeitige Überlegung, in Deutschland eine Basisbewegung „Freies Deutschland" zu entwickeln oder eine entsprechende Organisation mit individuellen und kollektiven Mitgliedschaften zu bilden, wurde bald wieder fallengelassen.[12] Als sich das NKFD im November 1945 auflöste, widmete die „Deutsche Volkszeitung", das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands, diesem Ereignis einen einzigen Satz unter der Überschrift „Nachrichten aus aller Welt".[13] Übrigens gibt es auch in dem von Walter Ulbricht auf dem 15. Parteitag der KPD im April 1946 erstatteten Bericht über die „Politik der Partei" keine abschließende Würdigung des NKFD, was ein bezeichnendes Licht auf die Wertschätzung früherer Partner im Antihitlerkampf wirft. Die Erwartungen an die Selbstmobilisierungsfähigkeit der deutschen Antifaschisten waren bei den deutschen Kommunisten in Moskau nicht sehr hoch.

So waren die Leiter der aus Moskau entsandten kommunistischen Initiativgruppen – Walter Ulbricht, Anton Ackermann und Gustav Sobottka – doch etwas überrascht, in welchem Ausmaße im Frühjahr 1945 in allen Teilen Deutschlands unter unterschiedlichen Bezeichnungen und mit unterschiedlicher politischer Breite antifaschistische Ausschüsse hervortraten. Mit ziemlicher Sicherheit dürfen mindestens 500 derartiger antifaschistischer Ausschüsse und Komitees angenommen werden. Vor allem in den traditionellen Zentren der Arbeiterbewegung erlangten sie

10 Erinnerungen von Anton Ackermann, SAPMO-BArch, SgY 30/1291/2.

11 Zit. nach Peter Erler/Horst Laude/Manfred Wilke: „Nach Hitler kommen wir". Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland, Berlin 1994, S.368.

12 Siehe Günter Benser: Zur Auflösung des Nationalkomitees „Freies Deutschland" 1945, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1990, H. 10, S.907-914.

13 Deutsche Volkszeitung, 6.11.1945.

beachtliche Verbreitung, mancherorts entwickelten sie regionale Strukturen. Einzelne dieser Organisationen erfaßten Hunderte, andere sogar Tausende Mitstreiter. Und es gehört zu den beschämendsten Zeugnissen des gegenwärtigen Geschichtsrevisionismus, wie die Leistungen der „Aktivisten der ersten Stunde" negiert werden, besonders wenn diese aus den Reihen der Kommunisten kamen.

Dieses basisdemokratische Potential war jedoch allen Besatzungsmächten und allen deutschen politischen Parteien suspekt. Die westlichen Besatzungsmächte – allen voran die amerikanische – mißtrauten solchen Aktivitäten zutiefst und griffen in der Regel zu Verboten. Die sowjetische Besatzungsmacht wollte ebenfalls keine schwer kontrollierbaren Komitees dulden, lenkte indessen viele dieser Antifaschisten auf die Mitarbeit in den neuzuschaffenden antifaschistisch-demokratischen Verwaltungen hin. Bei aller Wertschätzung der Antifaausschüsse – sie waren der zweite basisdemokratische Anlauf in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts – stellt sich dennoch die Frage, ob derartige Ausschüsse tatsächlich eine hinreichende Organisationsform darstellten, mit der den elementaren Erfordernissen wie Kampf gegen Hunger und Seuchen, gegen Obdachlosigkeit und Arbeitslosigkeit entsprochen werden konnte, ob sie geeignet waren, die Infrastruktur wenigstens notdürftig wieder in Gang zu bringen und größere Teile der Bevölkerung in die Aufbauarbeit einzubeziehen. Da stellten die neuzuschaffenden antifaschistisch-demokratischen Verwaltungen, die allerdings zwangsläufig in direkter Abhängigkeit von der Besatzungsmacht handelten, den wirksameren Hebel dar, um die Not der Bevölkerung zu lindern und die Aufbauarbeit zu steuern. Von den Kommunisten wie auch von vielen Sozialdemokraten wurden diese Verwaltungsorgane, die ja bis zur Länderebene tätig wurden, verständlicherweise als Keimzellen einer künftigen Staatsmacht gesehen, und zwar einer proletarischen bzw. sozialistischen Staatsmacht.

In der Sozialdemokratie hatte man sich weniger Gedanken über das Potential für antifaschistisch-demokratische Veränderungen gemacht. Das Prager Manifest von 1934 fußte auf der Hoffnung, daß eine Volksbewegung das Hitlerregime hinwegfegen könne, aber solche Vorstellungen wurden relativ früh wieder fallengelassen. Die in der Endphase des Krieges vor allem vom Londoner Exilvorstand entwickelten Konzepte erwarteten eine staatliche Neuordnung durch die Westalliierten. Dieses Gremium setzte seine Hoffnungen auf die USA unter Roosevelt und, nach dem Wahlsieg der Labour Party, auf die britische Regierung. Die Absage an kommunistische Volksfront-, Einheitsfront- oder gar Vereinigungsangebote fiel immer eindeutiger aus, so daß es linken sozialdemokratischen Gruppierungen überlassen blieb, über Mobilisierungsstrategien nachzudenken. Gleichwohl war die Schnittmenge übereinstimmender oder sich nahekommender Forderungen aus dem kommunistischen und dem sozialdemokratischen Lager beträchtlich, nicht zuletzt hinsichtlich der sozialökonomischen Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse.

Organisatorischer Neubeginn

Wenn wir einschätzen wollen, wie es um die Bereitschaft der Massen bestellt war, im Zeichen des Antifaschismus politische und sozialökonomische Veränderungen

herbeizuführen oder mitzutragen, so stehen uns vor allem zwei Indikatoren zur Verfügung. Neben den bereits zitierten zeitgenössischen Einschätzungen der agierenden politischen Kräfte künden die Organisationsprozesse, die sich nach der Befreiung vom Faschismus vollzogen haben, von Sinn, Wert und Fernwirkungen des antifaschistischen Widerstandes und von den Chancen antifaschistischer Programmatik.

Für die Organisationsprozesse war ein enormer Zustrom zu den Arbeiterparteien charakteristisch. Am günstigsten ist die Quellenlage bezüglich der KPD, und deren Analyse hat ja für unsere Frage auch einen besonderen Aussagewert.[14]

Daß die Möglichkeiten der KPD unter sowjetischer Besatzung am größten waren, bedarf keiner weiteren Begründung. Sie dürfte in den Territorien der Sowjetischen Besatzungszone vor 1933 knapp 100.000 Mitglieder gezählt haben. Nach der Zulassung politischer Parteien versechsfachte sie hier innerhalb eines Jahres ihre Mitgliederzahl. Das weist zugleich auf eine wesentliche Schwerpunktverschiebung innerhalb der KPD hin, denn nun waren Dreiviertel ihrer Mitglieder in den Parteibezirken der Sowjetischen Besatzungszone organisiert und nur ein Viertel in den Westzonen, zu denen ja eine Reihe traditioneller Zentren der kommunistischen Bewegung gehörten. Bezogen auf die Bevölkerungszahlen waren im Osten, wo die Partei nun auch in ländlichen Gebieten anwuchs, 6-7mal soviel Menschen in der KPD organisiert wie im Westen. Doch auch dort vermochte sie nach zeitgenössischen Angaben 187.000 Mitglieder zu erfassen. Die SPD, von der mir weniger repräsentative Angaben bekannt sind, erreichte in der Sowjetischen Besatzungszone bis April 1946 etwa das Eineinhalbfache ihrer Mitgliederstärke von vor 1933.

Zu diesen Verschiebungen territorialer Schwerpunkte der Arbeiterbewegung traten gravierende qualitative Veränderungen hinzu. Von den im März 1946 in der Sowjetischen Besatzungszone in der KPD organisierten Personen hatte höchstens jede zehnte schon vor 1933 dieser Partei angehört. Bedenken wir die hohen, dem faschistischen Terror wie den stalinistischen Säuberungen geschuldeten Verluste vor allem unter Kadern der KPD, so haben wir es mit einer Partei zu tun, in deren Reihen sich um einen relativ kleinen Kern erprobter Funktionäre eine große Zahl neu zur kommunistischen Bewegung stoßender Menschen scharte. Zu dieser Zeit dominierten Arbeiter und Angestellte eindeutig die Mitgliedschaft. Gewachsen war der Anteil von Bauern und Landarbeitern, während Intelligenzberufe nicht nur in der Mitgliedschaft, sondern auch im Kader der KPD äußerst schwach vertreten waren. Das hervorstechend qualitativ Neue ergab sich aus der veränderten gesellschaftlichen Stellung und Rolle der KPD, die sich aus einer Partei der strikten Opposition in eine Aufbaupartei verwandelte, die politische Verantwortung übernahm und die Führungsrolle beanspruchte.

---

14 Näheres bei Günter Benser: Die Struktur der KPD und ihres Kaders (1945/46), in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 1997, H. 4, S.17-40.

Die Daten der Organisationsprozesse besagen, daß unter entsprechenden Rahmenbedingungen die Mobilisierbarkeit beträchtlicher Teile der Bevölkerung für antifaschistisch-demokratische Veränderungen gegeben war. Vertreter der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften hatten den Hauptanteil der Widerstandskämpfer gebildet. Zu Recht konnten sie als moralische Sieger über den Faschismus auftreten. Auch von manchen bürgerlichen Politikern wurde daraufhin Bereitschaft signalisiert, einen Führungsanspruch der Arbeiterparteien anzuerkennen oder hinzunehmen. Das verschaffte der Arbeiterbewegung erhebliche Autorität, nicht zuletzt unter den zum Umdenken bereiten Jugendlichen. Dennoch sind die Motive für den Beitritt zu einer politischen Partei, zur Gewerkschaft oder zu anderen Massenorganisationen sehr differenziert zu sehen.

Der Vollständigkeit halber sei in diesem Zusammenhang angedeutet, daß zum Vermächtnis des Antifaschismus der Appell zur Einheit gehörte. Denn viele sahen in der Spaltung der Arbeiterbewegung eine, wenn nicht gar die wesentliche Ursache dafür, daß die Machtergreifung der Hitlerfaschisten nicht verhindert werden konnte. Die Vereinigung von KPD und SPD zur SED, die Art und Weise ihres Zustandekommens und die Umwandlung der Einheitspartei in eine Partei neuen Typs stellten jedoch nicht die einzige Möglichkeit dar, diesem Vermächtnis zu entsprechen, und die von diesem Zusammenschluß ausgehenden Wirkungen waren teils geeignet, den Antifaschismus zu kräftigen, teils aber beschädigten sie ihn.[15]

Ein Vergleich der deutschen Territorien besagt, daß sich die durch die Besatzungsmächte gesetzten Rahmenbedingungen von Anfang an gravierend auswirkten. Wenn nach antifaschistisch-demokratischen Chancen gefragt wird, so hingen diese wesentlich davon ab, ob sich – vielleicht zunächst nur in einem Teil Deutschlands – ein Kraftzentrum schaffen ließ, das früher oder später auf ganz Deutschland ausstrahlte. Das ist von der SED und den mit ihr zusammenarbeitenden Kräften zweifellos, wenngleich zum Teil auf kontraproduktive Weise, versucht worden, aber aus einer Vielzahl objektiver und subjektiver Ursachen heraus nicht in erwartetem Maße gelungen. Von der Bodenreform, von der Schaffung volkseigener Betriebe, von der Brechung des Bildungsprivilegs, von der Erweiterung der Möglichkeiten für Frauen und Jugendliche, den Rechten der Betriebsräte und anderen Fortschritten gingen positive Wirkungen aus. Dem standen indes Demokratiedefizite entgegen. Der Monopolanspruch der marxistisch-leninistischen Partei, die anhaltende Abhängigkeit von der UdSSR und der in Moskau initiierten Politik und andere negative Erscheinungen erwiesen sich – von den ungünstigeren ökonomischen Startbedingungen einmal abgesehen – als belastende Umstände. Wir haben deshalb auch nach gegenläufigen Tendenzen zu fragen.

Belastungen des Antifaschismus

Angesichts der Belastungen, welche die Kriegsfolgen insgesamt, Besetzung, Demontagen und Reparationen, Vertreibungen und Aussiedlungen, Übergriffe von

15 Siehe Ders.: Zusammenschluß von KPD und SPD 1946. Erklärungsversuche jenseits von Jubel und Verdammnis (= hefte zur ddr-geschichte 27), Berlin 1995.

Angehörigen der Roten Armee im besonderen mit sich brachten, war der Rückhalt der deutschen Kommunisten und anderer Antifaschisten bei der Besatzungsmacht ihrem Führungsstreben keineswegs durchweg förderlich. Er beeinträchtigte ihr Ansehen als Interessenvertretung deutscher Werktätiger. Und die unterstellte Interessenidentität zwischen einer internationalistischen Siegermacht UdSSR und der notleidenden, die nationale Einheit herbeisehnenden deutschen Bevölkerung war nur schwer zu vermitteln. So sei nochmals August Thalheimer zitiert, weil dessen bedenkenswerte Lagebeurteilungen, die nicht den in Deutschland vorhandenen Anpassungszwängen unterlagen, in der Geschichtsschreibung der DDR keine Beachtung gefunden haben. Er und seine Genossen hatten ziemlich hart, aber im Kern nicht unbegründet geurteilt, als sie im Juli 1945 über alle neu- oder wiedererstehenden deutschen Parteien feststellten: „Ihre zugelassene Tätigkeit, wie die der Gewerkschaften, ist also nur die von Hilfsorganen oder Werkzeugen zur Durchführung der Zwecke der Besatzungsbehörden. Sie sind keine selbständigen Organisationen für die Vertretung der eigenen Interessen und Zwecke der deutschen Bevölkerung."[16] Dahinter standen allerdings unrealistische Vorstellungen von den revolutionären Potenzen im deutschen Volke, und die Forderungen nach politischer Unabhängigkeit und nach revolutionärem Aufbruch ließen sich leichter in Mexiko postulieren als in Deutschland praktizieren.

Wenn es um die Grundsatzentscheidung ging, so vertraten indes auch Leute, die der sowjetischen Politik unter Stalin kritisch, teils sogar sehr kritisch gegenüberstanden, 1945 den Standpunkt, daß man sich im anbahnenden Konflikt zwischen den USA und der UdSSR im Interesse einer linken Alternative an die Seite der Sowjetunion stellen müsse. So schrieb Thalheimer in einem Brief: „Wir sind entschieden nicht der Meinung, daß man heute keinen Unterschied zwischen der amerikanisch-englisch-französischen und der russischen Besatzungspolitik machen müsse. [...] Wir können uns mit keiner von ihnen identifizieren. Aber die bis heute vorliegenden Tatsachen lassen keine Zweifel daran, daß der anglosächsische Block (bei dem die Vereinigten Staaten führend sind), systematisch auf die Erhaltung des Kapitalismus in Deutschland ausgerichtet ist, während die SU das entgegengesetzte Ziel hat und es auf ihre Weise durchführt." Nach seinen Worten „barbarisch, grob, autoritär, nationalistisch-egoistisch".[17]

In einer nicht zur Veröffentlichung gedachten Stellungnahme des Zentralausschusses der SPD zur Ostorientierung hieß es mit vergleichbarer Argumentation: „Die deutsche Arbeiterklasse muß in weltpolitischen Machtfragen die Partei desjenigen ergreifen, dem der Friede Zweck und nicht Mittel der Politik ist. Das ist trotz ihrer Unterschrift unter Friedensdokumente bei einer kapitalistisch-imperialistischen Weltmacht nicht der Fall. Sie [gemeint ist die Arbeiterklasse G.B.] ergreift die Partei derjenigen Weltmacht, deren Struktur den Faschismus als kriegerische Organisationsform einer Nation ausschließt. Bei einer Wahl zwischen

16 WESTBLOCK-OSTBLOCK , S.58.
17 Ebenda, S.76. Hervorhebungen im Original.

der Sowjet-Union und den USA ist das die Sowjet-Union."[18] Das war jedoch nicht der generelle sozialdemokratische Standpunkt, auch nicht in der Sowjetischen Besatzungszone.

Die deutschen Antifaschisten hatten also – soweit sie überhaupt wählen konnten – sehr schwierige Entscheidungen zu treffen, denn die Situation war weitaus vertrackter, als wir sie heute von jenen Interpreten vorgestellt bekommen, die das simple Gut-Böse-Schema der US-Administration übernommen haben. Es stellt sich allerdings auch die Frage, ob sich die sowjetische Führung des ihr entgegengebrachten Vertrauens bzw. der in sie gesetzten Erwartungen und Hoffnungen seinerzeit überhaupt bewußt war und ob sie diese gerechtfertigt hatte. Dem kann hier nicht nachgegangen werden. Aber daß sie die diesbezüglichen Möglichkeiten ausgeschöpft hätte, wird wohl niemand ernstlich behaupten wollen.

Der Bruch, der mit Beginn des kalten Krieges zwischen den Mächten der Antihitlerkoalition erfolgte, zog sich auch durch das antifaschistische Lager und polarisierte dieses. Markantester Ausdruck ist die Aufspaltung der in der Endphase des zweiten Weltkrieges unter antifaschistischem Vorzeichen geschaffenen internationalen Verbände wie des Weltgewerkschaftsbundes, des Weltbundes der Demokratischen Jugend, der Internationalen Demokratischen Frauenföderation und des Internationalen Studentenbundes. Hier liegt eine wesentliche Erklärung dafür, weshalb die perspektivischen Chancen des Antifaschismus nicht voll genutzt werden konnten. Aus einer Bewegung, die eine Erneuerung von unter her versucht hatte, wurden zerstrittene Gruppierungen und Organisationen. Die Ziele und Werte des Antifaschismus wurden den Doktrinen des jeweiligen Lagers und den Interessen der jeweiligen Führungsmächte untergeordnet. Der daraus resultierende Verlust an eigener Gestaltungsfähigkeit scheint mir die eigentliche Ursache dafür zu sein, daß die Erwartungen der Widerstandskämpfer nicht eingelöst werden konnten und sich die Zukunftspläne der konsequenten Antifaschisten nicht erfüllten.

Für Deutschland und die deutschen Antifaschisten spielten natürlich jene Belastungen eine wesentliche Rolle, die im Gefolge der militärischen Niederlage, der Besetzung und der Verpflichtungen zur Wiedergutmachung auftraten, Belastungen, die durch neue Grenzziehungen, Flucht und Aussiedlungen usw. hervorgerufen wurden. Auch traf die Abstrafung der Schuldigen an Krieg und Faschismus nicht immer die Richtigen, jedenfalls oft nicht die Hauptverantwortlichen und noch weniger die im Hintergrund agierenden Nutznießer, speziell aus den Kreisen der Wirtschaft.

Nach 1990 sind die schlimmen Begleiterscheinungen der Besatzung zunehmend an den Internierungs- beziehungsweise Speziallagern festgemacht worden. Diese waren indes keine ostdeutsche Besonderheit. Was ihnen die eigene Note verschaffte, war das Tabu, mit dem sie lange Zeit umgeben wurden. Derartige Lager waren indes eine generelle Begleiterscheinung der Abrechnung mit dem Faschismus. Die Angaben

18 Zit. nach Andreas Malycha: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) im Jahre 1945. Zu Rolle und Wirksamkeit des Zentralausschusses (ZA) im Ringen um antifaschistisch-demokratische Umgestaltungen in der Etappe der Aktionseinheit von KPD und SPD (Mai 1945 bis Dezember 1945), Diss., Berlin 1988, S.101.

über Internierungen sind lückenhaft und widersprüchlich, doch dürfte außer Zweifel stehen, daß es im Europa der Jahre 1944 bis 1946 neben Millionen Kriegsgefangenen eine die Millionengrenze erheblich übersteigende Zahl von internierten Personen gegeben hat. Um nur eine ungefähre Vorstellungen zu vermitteln: Im damals etwa 270.000 Einwohner zählenden Luxemburg sollen kurzfristig 10.000 Menschen in Haft genommen worden sein. Die Zahl der – meist zu Freiheitsstrafen – Verurteilten schwankt in der Literatur für Belgien zwischen 55.000 und 77.000, für Frankreich zwischen 40.000 und 50.000, wobei noch 70.000 Nebenstrafen hinzuzurechnen sind, für Italien zwischen 3.000 und 4.000, doch sollen sich hier bis zur Amnestie vom Oktober 1946 etwa 50.000 Personen in Gewahrsam befunden haben. In den Westzonen Deutschlands verurteilten alliierte Militärgerichte 5.025 Angeklagte. Auf dem Territorium der DDR wurden nach offiziellen Angaben bis Ende 1982 insgesamt 12.868 Kriegsverbrecher und Verbrecher gegen die Menschlichkeit rechtskräftig verurteilt.[19]

Daß Nazis in Lager verbracht worden sind, entsprach gemeinsamen alliierten Vereinbarungen und war Praxis in allen Besatzungszonen. Anders ließ sich die Befriedung des deutschen Territoriums und die Vorbereitung einer juristischen Bestrafung von Schuldigen kaum bewerkstelligen. Wenn etwas zu beanstanden ist, dann die nicht selten willkürlichen Festnahmen, die pauschalen Urteile von Militärtribunalen und die Zustände in vielen dieser Lager. Der Herausforderung, altes Unrecht zu bestrafen, ohne neues Unrecht zu schaffen, ließ sich selbst bei bestem Willen nicht uneingeschränkt entsprechen. Aber das Ausmaß solchen neuen Unrechtes war nicht unabänderlich vorgegeben. Auf alle Fälle wirkte es sich gegen die Mobilisierung breiter Bevölkerungsschichten für eine antifaschistisch-demokratische Erneuerung von unten her aus.

Insofern die Speziallager und die sowjetischen Militätribunale Inbegriff exzessiver Verfolgung wurden, was in erheblichem Maße, aber keineswegs generell zutraf, haben wir es mit der Übertragung stalinistischer Praktiken auf den gesamten erweiterten Einflußbereich der UdSSR zu tun. Die unter Stalin erfolgten Säuberungen und der Terror, deren volles Ausmaß und deren ganzen Schrecken damals kaum jemand überschaute, lasteten wie eine tickende Zeitbombe auf den deutschen Kommunisten und allen sich auf die Sowjetunion orientierenden Antifaschisten. Es sollte sich als schlimme Hypothek erweisen, daß ein antifaschistisch-demokratischer Neubeginn, daß die Rückkehr deutscher Emigranten aus der UdSSR nicht mit dem Offenlegen dieser schlimmen Seiten der Geschichte der Sowjetunion und der kommunistischen Weltbewegung und mit dem Gedenken an die Opfer zusammenfallen konnten. Die Formulierung „nicht konnten“ ist berechtigt, weil diese Möglichkeit zur Zeit des Neubeginns tatsächlich nicht gegeben war. Gerade für das Ausgangsjahr 1945 ist es schlechterdings nicht vorstellbar, wie die Führung der KPD – selbst wenn sie gewollt hätte – sich dieses „Erbes“ hätte entledigen können, und zwar im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands, in dem

19 Näheres siehe Günter Benser: Antifaschistischer Widerstand und Überwindung des Faschismus als europäisches Problem. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 1985, H. 5, S.411.

nicht nur die Sowjetische Militäradministration regierte, sondern auch das NKWD sofort seine Netze auswarf. Natürlich verhinderte auch die direkte Verstrickung führender KPD-Mitglieder in die Verfolgungen eine Auseinandersetzung mit diesen beschämenden und leidvollen Geschehnissen. Aber kommunistische Parteien, die sich freier entfalten konnten als die deutsche, haben damals eine Abrechnung mit dem Stalinschen Terror ebenfalls nicht gewagt. Übrigens hatten anfänglich alle Besatzungsmächte gemeinsam jedwede Kritik an jeglicher ihrer Tätigkeiten unter Strafe gestellt. Auch die Westmächte respektierten damals das Tabu um Verbrechen Stalins.

Die Chancen des Antifaschismus können indes nicht ausgelotet werden, ohne alle diese schweren Belastungen mitzudenken.

Versagen des „verordneten Antifaschismus"?

Ist nun also – obgleich der Sieg über den Faschismus triumphal war – die nachfolgende Abrechnung mit dem Faschismus und speziell mit dem Nazismus mißlungen? Und speist sich der heutige Neofaschismus aus diesem Versagen? Handelt es sich um das Aufbrechen konservierter Strukturen, um die Reaktivierung alter Personengeflechte (gewissermaßen von „Schläfern"), um das neuerliche Öffentlichmachen nie preisgegebener Ideologien, Mythen und Ressentiments, oder wurzelt der Neonazismus in Widersprüchen unserer Zeit, wie sie sich vor allem aus den Folgen der modernen Globalisierung, aus dem Abtragen des Sozialstaates, aus dem Ausmaß der Migration, aus Politik- und Politikerverdrossenheit, aus einer verfehlten deutschen Vereinigungspolitik, aus den machtpolitischen und militärischen Avancen der vergrößerten Bundesrepublik, aus Konflikten zwischen dem Westen und der islamischen Welt und ähnlichen Erscheinungen ergeben? Und ist es nicht eher so, daß diejenigen, die den Problemen unserer Zeit mit rechtsextremistischen Parolen begegnen, dabei auf die überlieferten Doktrinen und Argumentationen des Nationalsozialismus und auf den noch älteren Antisemitismus und Rassismus zurückgreifen, wissend um die Faszination faschistischer Symbolik und Rhetorik?

Die neu entstandenen Ursachen dürften eindeutig überwiegen. Es hat zwar in der BRD zu keiner Zeit an Bestrebungen gefehlt, nationalistische rechtsradikale Parteien und Verbände zu etablieren, aber die heutigen gewaltbereiten, nazistische Verbrechen demonstrativ leugnenden, lokale Gebiete terrorisierenden Truppen und der Einzug neonazistischer Parteien in Stadt-, Kreis- und Länderparlamente sind in diesem Ausmaß Phänomene der beiden letzten Jahrzehnte.

In der DDR hatten antifaschistische Aufklärungsarbeit und Erfahrungsvermittlung durchaus positive Wirkungen gezeitigt, und der Staat wie die einflußreichen politischen Organisationen wachten darüber, daß sich Neonazismus nicht in der Öffentlichkeit manifestieren konnte, was indes unterschwellige rechtsextremistische Trends bis hin zur Schändung jüdischer Friedhöfe nicht ausschloß. Die ritualisierten Formen des Gedenkens an die Opfer des Faschismus haben nicht wenige Menschen veranlaßt, sich mit der faschistischen Vergangenheit auseinanderzusetzen. Gleichwohl können sie nicht als zuverlässiger Gradmesser dafür gelten, inwieweit die

Verurteilung der faschistischen Verbrechen, das Mitgefühl mit den Opfern und das Bewußtsein eigener Verantwortung tatsächlich verinnerlicht worden sind. Aber eine Auseinandersetzung mit dem Faschismus, seinen Verbrechen und seinen Ursachen fand statt, breiter und intensiver als in der ehemaligen Bundesrepublik.

In der BRD funktionierte lange Zeit der auf zunehmendem gesellschaftlichen und individuellen Wohlstand beruhende zivilgesellschaftliche Grundkonsens, mit dem einerseits die Auseinandersetzung mit der nazistischen Vergangenheit verdrängt, andererseits rechtsextremistischen Bestrebungen eine Außenseiterrolle zugewiesen wurde. Die 68er Bewegung legte die Verdrängungsmechanismen bloß, konfrontierte die Elterngeneration mit der Frage nach ihrem eigenen Verhalten und versetzte der Gesellschaft einen kritischen Impuls.

Insgesamt hatte die in den ersten Nachkriegsjahren unter alliierter Zuständigkeit und nach alliierten Weisungen erfolgte Entnazifizierung trotz vieler Abstriche, die an ihren Methoden und Resultaten zu machen sind, ihre Wirkung gezeitigt. Wenn es einen „verordneten Antifaschismus“ gegeben hat, so wurde er den Deutschen zuerst und vor allem von den alliierten Siegermächten verordnet – und dies zurecht. Und wenn am „verordneten Antifaschismus“ etwas zu kritisieren ist, so vor allem, daß er den Deutschen von den Siegermächten verordnet werden mußte, weil diese das Joch der Hitlerdiktatur nicht selbst abgeschüttelt haben.

Bei der Entnazifizierung wurden alles in allem in der sowjetischen Besatzungszone die effektiveren und auch gerechteren Verfahren angewandt. Das haben, als noch nicht alle Schalter auf Delegitimierung der DDR umgelegt waren, auch bundesdeutsche Zeithistoriker anerkannt. So konnte man zum Beispiel bei Christoph Kleßmann lesen: „In der Grundkonzeption war die sowjetische Form der Entnazifizierung in der Verbindung von schnellen und einschneidenden Struktureingriffen mit umfassender, aber gezielter personeller Säuberung und frühzeitiger Reintegration der Mitläufer ohne Zweifel das konsequenteste und effektivste System aller Besatzungszonen.“[20] Die Entnazifizierung speziell in der amerikanischen Besatzungszone, in der die Auseinandersetzung mit den Hauptschuldigen in einem uferlosen Durchleuchten zahlloser Menschen und im Reinwaschen von Nazis unterging, hat schon zeitgenössisch und später in der Historiographie starke Kritik hervorgerufen. Denn sie verhinderte nicht, daß in der Wirtschaft, in der Justiz, in der Wissenschaft, in den Medien, in der Kultur, im Militärwesen und auch in der Politik viele ungebrochene oder nur leicht eingeknickte Karrieren möglich wurden. Das bedeutet nicht, daß sich alle diese Leute wie eh und je von nazistischer Gesinnung leiten ließen oder gar als fünfte Kolonne in der Bundesrepublik tätig gewesen wären, wenngleich es nicht an Leuten fehlte, die in einflußreichen Positionen den Nachwuchs in ihrem Geiste formten. Typisch waren indes Anpassungsprozesse, die Mutation zu Vernunftdemokraten und zuverlässigen Weggefährten der Führungsmacht USA. Diese Art des Übergangs aus der Naziära in die parlamentarische Demokratie und in den Rechtsstaat war nicht nur für individuelle Biographien,

20 Christoph Kleßmann: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955, Göttingen 1982, S.387.

sondern auch für die westdeutsche Gesellschaft im ganzen charakteristisch und schwächte ihre Immunität gegen rechtsextreme und faschistische Ideen und Praktiken erheblich.

Mit diesem Urteil ist nicht bestritten, daß das Grundgesetz in Auseinandersetzung mit dem Faschismus und den seine Machteroberung begünstigenden Gegebenheiten der Weimarer Republik entstand. Zu den Gründervätern der Bundesrepublik gehörten nicht wenige, denen der Bruch mit der faschistischen Vergangenheit ein verpflichtendes und aufrichtiges Anliegen war. Solange die alte BRD prosperierte, bestand keinerlei Notwendigkeit, sich des Arsenals des Faschismus zu bedienen, um das politische Herrschaftssystem und die ökonomische Vormachtstellung der Hochfinanz und der Industriekonzerne abzusichern. Jetzt aber geben aktuelle Entwicklungen zu denken.

Zum 50. Jahrestag der Befreiung warnten viele besorgte Antifaschisten vor dem Vordringen des Rechtsextremismus. Sie appellierten, das Erbe des Antifaschismus hochzuhalten. Zehn Jahre später muß leider konstatiert werden, daß diese Warnungen mehr als berechtigt waren und vieles schlimmer gekommen ist, als damals angenommen. Gleichwohl gilt es eine zweite Erfahrung zu beherzigen: Nichts wäre falscher, als den alten Fehler zu wiederholen und die Scheidelinie zwischen faschistischen Bestrebungen und Aktivitäten einerseits und unsozialen oder obrigkeitsstaatlichen Wesenszügen und Erscheinungsformen einer deutschen Republik andererseits zu ignorieren oder einzunebeln. Wenn es ein Vermächtnis des Antifaschismus gibt, dann steht vornan die Pflicht, mit einem Minimalkonsens aller Demokraten den Vormarsch des Neonazismus abzuwehren und ihn schließlich und endlich aus unserer Gesellschaft und aus der europäischen Gemeinschaft zu verbannen.

„Im Namen der Republik“. Die Ahndung von NS-Verbrechen in Österreich

Claudia Kuretsidis-Haider

„Das Volk sitzt zu Gericht“ – Volksgerichtsprozesse zwischen 1945 und 1955

Am 18. August 1945 lautete die Schlagzeile auf der Titelseite der von den drei Gründungsparteien der Republik (der Sozialistischen Partei Österreichs - SPÖ, der konservativen Österreichischen Volkspartei - ÖVP und der Kommunistischen Partei Österreichs - KPÖ) herausgegebenen Zeitung „Neues Österreich“: „Drei Todesurteile des Volksgerichts. Abschluß des Prozesses gegen die Judenmörder von Engerau“. Es handelte sich dabei um das erste Urteil eines österreichischen Gerichts wegen nationalsozialistischer Gewaltverbrechen.[1] Die Todesurteile wurden ausgesprochen wegen Verbrechen (Mord, Totschlag sowie Quälerei und Mißhandlung) gegen ungarisch-jüdische Zwangsarbeiter, die beim Bau des sogenannten Südostwalls im Grenzgebiet der damaligen Ostmark zur Slowakei in Engerau (heute ein Bezirk von Bratislava) eingesetzt waren.
Die justizielle Ahndung von nationalsozialistischen Verbrechen war ein wichtiges Anliegen der Ende April 1945 gebildeten Österreichischen Provisorischen Regierung. Bereits in der 2. Sitzung des Kabinettsrates am 30. April 1945 präsentierte der sozialistische Staatssekretär Adolf Schärf den Entwurf eines Verbotsgesetzes, das gegen die NSDAP und ihre Vorfeldorganisationen sowie gegen deren Mitglieder gerichtet war. Am 8. Mai, d. h. eine Woche später und nur wenige Stunden vor der Kapitulation der deutschen Wehrmacht, wurde das Verbotsgesetz[2] vom Kabinettsrat der Provisorischen Regierung beschlossen und am 26. Juni 1945 durch das Kriegsverbrechergesetz[3] ergänzt. Letzteres beinhaltete u. a. die Ahndung von Kriegsverbrechen im engeren Sinn, von Quälereien und Mißhandlungen z. B. begangen in Konzentrationslagern, Verletzungen der Menschenwürde, der Beteiligung an der Deportation beispielsweise von Jüdinnen und Juden, mißbräuchlicher Bereicherung und hier insbesondere von „Arisierungen“ oder der Denunziation. Der parteilose Justizstaatssekretär Dr. Josef Gerö sagte zu diesem Gesetz in einem Interview für das „Neue Österreich“: „In dem Augenblick [...], da wir frei sind, müssen wir der Öffentlichkeit nach außen zeigen, daß wir nicht darauf warten wollen, bis das Ausland nach eigenem Kriegsrecht urteilt, sondern daß wir im eigenen Haus Ordnung schaffen wollen. Wir wollen nicht Rache üben, deshalb soll

1 Siehe LG Wien Vg 2b Vr 564/45 (1. Engerau-Prozeß gegen Rudolf Kronberger, Alois Frank, Wilhelm Neunteufel u.a.).
2 Siehe Verfassungsgesetz vom 8. Mai 1945 über das Verbot der NSDAP (VerbotsG – VG), StGBl. Nr. 13/45.
3 Siehe Verfassungsgesetz vom 26. Juni 1945 über Kriegsverbrecher und andere nationalsozialistische Untaten (Kriegsverbrechergesetz – KVG), StGBl. Nr. 32/45.

das Verfahren mit allen Garantien der Rechtssicherheit ausgestattet sein. Nicht zuletzt sind wir die Erlassung dieses Gesetzes auch den Tausenden Opfern schuldig, die für Österreich unerhörte Qualen gelitten haben, die hingemordet wurden und in den Konzentrationslagern verreckt sind."[4]

Die Anwendung des Verbots- und des Kriegsverbrechergesetzes erfolgte durch sogenannte Volksgerichte. Diese wurden bei den Landesgerichten am Sitz der Oberlandesgerichte (also in Wien und ab 1946 – nach Anerkennung der Provisorischen Regierung durch die westlichen Alliierten – auch in Graz, Linz und Innsbruck) gebildet. Für die Volksgerichtsverfahren waren die Bestimmungen der österreichischen Strafprozeßordnung über Berufung und Nichtigkeitsbeschwerde sowie – zunächst – das außerordentliche Milderungsrecht außer Kraft gesetzt worden. Die verhängten Strafen sollten ohne Aufschub vollstreckt werden, nur der Präsident des Obersten Gerichtshofs (OGH) hatte die Möglichkeit, im Falle „erheblicher Bedenken" gegen ein Volksgerichtsurteil die Sache vor einen Senat des OGH zu bringen, der das Urteil aufheben und eine neuerliche Verhandlung vor einem anders zusammengesetzten Volksgericht ansetzen konnte.[5]

Die Volksgerichte waren Schöffengerichte, bestehend aus drei LaienrichterInnen sowie zwei Berufsrichtern, von denen einer den Vorsitz führte. Die SchöffInnen wurden anfangs von den drei politischen Parteien, die 1945 die Provisorische Regierung gebildet hatten, nominiert. Das Justizpersonal mußte politisch „unbelastet" sein, d. h. es durfte nicht in die NS-Strafjustiz involviert gewesen sein. Der Großteil der Richter und Staatsanwälte der Volksgerichte waren deshalb Beamte, die zur Zeit der NS-Herrschaft in den Ruhestand versetzt oder an untergeordnete Stellen abgeschoben worden waren. NS-Täter, die vor einem österreichischen Volksgericht standen, wurden also von österreichischen Richtern nach österreichischen Gesetzen abgeurteilt.

Der ehemalige Generalanwalt im Justizministerium Karl Marschall veröffentlichte 1977 eine erste Statistik zur Tätigkeit der Volksgerichte in Österreich, die 1987 neu aufgelegt wurde.[6] Diese beinhaltet regional und zeitlich gegliederte Übersichten, gibt aber nur unvollständige Auskunft über die Anzahl der betroffenen Personen und die Anzahl der Gerichtsverfahren bzw. Urteile. In vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) 1993-1998 durchgeführten Forschungsprojekten wurden weitere Informationen zu NS-Prozessen in Österreich gesammelt, seit 1998 arbeiten Mitarbeiter der Zentralen österreichischen Forschungsstelle Nachkriegsjustiz an einer Gesamterfassung der Nachkriegsprozesse in Österreich.[7]

---

4 Gertrude Enderle-Burcel/Rudolf Jeřabek/Leopold Kammerhofer (Hrsg.): Protokolle des Kabinettsrates der Provisorischen Regierung Karl Renner 1945, Bd. 1, Horn-Wien 1995, S.260f.

5 Siehe Verfassungsgesetz vom 30. November 1945 über das Verfahren vor dem Obersten Gerichtshof in Volksgerichtssachen, BGBl. Nr. 4/46.

6 Siehe Karl Marschall: Volksgerichtsbarkeit und Verfolgung von nationalsozialistischen Gewaltverbrechen in Österreich. Eine Dokumentation, Wien 1987.

7 Die Zentrale Forschungsstelle, deren wissenschaftliche Leiterin die Verfasserin gemeinsam mit Dr. Winfried Garscha ist, sieht es als ihre wichtigste Aufgabe an, jene Akten an einem zentralen Ort zu dokumentieren, die der Erforschung der justiziellen Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen in Österreich dienen. Die Forschungsstelle ist somit ein Aufbewahrungsort von Wissen über die Akten,

1945 bis 1955 wurden vor den Volksgerichten in Wien, Graz (inklusive den Außensenaten in Leoben und Klagenfurt), Linz (inklusive den Außensenaten Salzburg und Ried/Innkreis) sowie Innsbruck in 136.829 Fällen gerichtliche Voruntersuchungen wegen des Verdachts nationalsozialistischer Verbrechen oder „Illegalität" (Mitgliedschaft bei der NSDAP zur Zeit ihres Verbots 1933-1938)[8] eingeleitet, davon 108.000 oder knapp 80 Prozent bis Anfang 1948. Die gerichtlichen Ermittlungen (etwa 85.000 bis 90.000 Untersuchungsverfahren) betrafen vermutlich 100.000 bis 115.000 Personen. Von den 85.000 bis 90.000 Voruntersuchungen – gegen 28.148 Personen erfolgte eine Anklageerhebung – führten rund 20.000 bis 21.000 zu einer Hauptverhandlung. In diesen Prozessen wurden insgesamt 23.477 Urteile (gegen rund 20.000 Personen) gefällt, davon 13.607 Schuldsprüche.[9] In dieser Zahl sind in jenen Fällen Doppelzählungen enthalten, in denen z. B. nach Wiederaufnahme eines Verfahrens gegen eine Person zweimal Anklage erhoben wurde. Diese Doppelzählungen herauszurechnen ist allerdings beim gegenwärtigen Forschungsstand noch nicht möglich. Rund 90 Prozent aller

nicht aber von Akten selbst (wohl aber von Papierkopien, Mikrofilmkopien und, in Perspektive, digitalen Speichermedien) – d. h. die Dokumentation erfolgt mittels Kopien und Findhilfsmitteln. Der zentrale Aufbewahrungsort der Filmkopien ist das Österreichische Staatsarchiv. Außerdem werden die im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes verwahrten Papierkopien von Prozeßakten für die Arbeit herangezogen. Die Recherche- und Erschließungsarbeiten werden vorläufig am DÖW durchgeführt. Mittelfristiges Ziel ist es, sämtliche staatsanwaltschaftliche und richterliche Untersuchungen zu NS-Verbrechen zu verzeichnen, nach den untersuchten Verbrechen und dem Tatort auszuwerten sowie in einer EDV-Datenbank zu erfassen. Die wichtigsten Forschungsprojekte der Forschungsstelle sind zur Zeit die „Mikroverfilmung von Wiener Volksgerichtsverfahren wegen NS-Verbrechen" (seit 1993 wurden mehr als 1.000 Wiener Verfahren EDV-gestützt mikroverfilmt und formal sowie inhaltlich ausgewertet), die „EDV-gestützte Erschließung der Linzer Volksgerichtsakten" sowie „Justiz und NS-Gewaltverbrechen in Österreich (Regionale Besonderheiten und Vergleich mit Deutschland)", im Zuge dessen auch die Akten der Volksgerichte Innsbruck (zur Gänze) und Graz (hinsichtlich Gewaltverbrechen und ausgewählter Paragrafen des Kriegsverbrechergesetzes) datenbankmäßig erfaßt werden sollen. Ausführlicher siehe: http://www.nachkriegsjustiz.at.

8 Die „Illegalen" (jene, die bereits zwischen dem 1. Juli 1933, dem Tag der Wirksamkeit des Verbots der NSDAP in Österreich durch die autoritäre Regierung Dollfuß am 20.6.1933, und dem 13. März 1938, dem Tag des Anschlusses Österreichs an das Deutsche Reich, nach Vollendung des 18. Lebensjahres zumindest zeitweilig der NSDAP angehört und sich während dieser Zeit oder später für die nationalsozialistische Partei betätigt hatten) wurden vom Verbotsgesetz wegen des „Verbrechens des Hochverrates" mit fünf- bis zehnjähriger Freiheitsstrafe bedroht. Dies galt auch für Angehörige eines Wehrverbandes der NSDAP (SA, SS, Nationalsozialistisches Kraftfahrkorps, Nationalsozialistisches Fliegerkorps). Die strafrechtliche Verfolgung fand allerdings nur dann statt, wenn es die Provisorische Regierung (ab November 1945 die österreichische Bundesregierung) verlangte oder wenn der Täter neuerlich bestimmte Delikte beging (§ 10 VG). Für „Illegale", die zugleich „Politische Leiter" oder in einem Wehrverband tätig gewesen waren, für „Blutordensträger" und Träger anderer Parteiauszeichnungen sowie für „Illegale", die sich im Zusammenhang mit ihrer NS-Betätigung besonders unmenschlicher Handlungen schuldig gemacht hatten, sah das Verbotsgesetz schweren Kerker von zehn bis 20 Jahren und Vermögensverfall vor, wenn die Taten nicht nach anderen Bestimmungen mit strengerer Strafe bedroht waren (§ 11 VG).

9 Das Volksgericht Wien erhob gegen 13.561 Personen Anklage, 6.701 von ihnen wurden verurteilt (das sind ca. 49%). 6.698 Personen wurden vom Volksgericht Graz angeklagt, 3.873 verurteilt (das sind ca. 58%). 5.958 Personen wurden vom Volksgericht Linz angeklagt, 1.993 von ihnen verurteilt (das sind ca. 33%). Das Volksgericht Innsbruck klagte 1.931 Personen an, von denen 1.040 verurteilt wurden (das sind ca. 54%).

Urteile ergingen vor 1950. Fast die Hälfte davon entfielen auf das Volksgericht Wien.

Genaue Statistiken, die eine Verteilung der Urteile auf einzelne Verbrechenskategorien erlauben würden, existieren bis jetzt nicht, wohl aber sind aufgrund der Angaben von Marschall Schätzungen möglich.

Die Anzahl der Prozesse, in denen die Angeklagten ausschließlich wegen ihrer Mitgliedschaft bei der NSDAP vor 1938, der Übernahme bestimmter Funktionen innerhalb der NSDAP oder wegen falscher Angaben über die Parteimitgliedschaft nach 1945 verurteilt wurden, betrug wahrscheinlich über 8.000. Die Anzahl der wegen NS-Gewaltverbrechen, wegen Raub oder wegen Denunziation Verurteilten dürfte knapp über 5.000 liegen, wovon rund die Hälfte allein auf das Delikt Denunziation entfiel.

Die Zahl der wegen nationalsozialistischer Gewaltverbrechen (Mord, Totschlag, Mißhandlung) verurteilten Personen beträgt vermutlich rund 2.000 Personen. 341 Strafen liegen im oberen Bereich: 43 Angeklagte wurden zum Tode, 29 Angeklagte zu lebenslänglichem Kerker[10] und 269 Angeklagte zu Kerkerstrafen zwischen zehn und zwanzig Jahren verurteilt; 30 Todesurteile wurden vollstreckt (davon 25 in Wien, vier in Graz und eines in Linz), zwei Verurteilte begingen vor der Vollstreckung Selbstmord.[11]

Die ersten Prozesse in Österreich wurden geführt wegen Verbrechen im Zuge des sogenannten Südostwallbaus, also jener Reichsschutzstellung, die nach Ansicht der nationalsozialistischen Machthaber den Vormarsch der Roten Armee stoppen und damit den „Endsieg“ besiegeln sollte. Alleine bei den von den Volksgerichten ausgesprochenen Höchsturteilen (Todesstrafe bzw. lebenslange Haftstrafe) entfielen knapp 22 Prozent auf derartige Verbrechen. Zahlreiche Prozesse behandelten zudem Verbrechen im Zuge der sogenannten „Todesmärsche“ vor allem (zumeist ungarisch-)jüdischer Häftlinge aus den unzähligen Lagern entlang des „Südostwalls“, die auf „Evakuierungsmärschen“ aus dem Osten Österreichs in das KZ Mauthausen getrieben wurden und dabei Massenverbrechen zum Opfer fielen. Stellvertretend hierfür angeführt seien die sogenannten sechs Engerau-Prozesse, von denen der erste eingangs erwähnt wurde. Das Wiener Volksgericht ermittelte zwischen 1945 und 1954 gegen mehr als 70 Personen wegen Verbrechen an ungarisch-jüdischen Zwangsarbeitern beim Südostwallbau in Engerau sowie während der Evakuierungsaktion in das KZ Mauthausen. Vor Gericht gestellt und abgeurteilt wurden 21 Personen; neun von ihnen erhielten die Todesstrafe, das waren 21 Prozent aller zu einem Höchsturteil zwischen 1945 und 1955 verurteilten Personen.[12]

---

10 Zum Vergleich: In der Bundesrepublik Deutschland wurden im selben Zeitraum zehn Todesurteile und 29 lebenslange Haftstrafen verhängt. Siehe dazu: Christiaan F. Rüter/Dick de Mildt: Justiz und NS-Verbrechen. Sammlung deutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen 1945-1966. Register zu den Bänden I–XXII, Amsterdam-München 1998.

11 Siehe dazu sowohl Marschall, Volksgerichtsbarkeit, S.34-43 als auch: http://www.doew.at/thema/vg/vg.html (download: 26.1.2005).

12 Siehe dazu: Claudia Kuretsidis-Haider: Verbrechen an ungarisch-jüdischen Zwangsarbeitern vor Gericht. Die Engerau-Prozesse vor dem Hintergrund der justiziellen „Vergangenheitsbewältigung“ in Österreich (1945-1955), Diss. Wien 2003.

Die Volksgerichte führten einen hohen Prozentsatz der Prozesse wegen dieser sogenannten „Endphaseverbrechen“[13] zu Beginn ihrer Tätigkeit durch, als der Zeitpunkt dieser Verbrechen noch nicht lange zurücklag und ihr unmittelbarer Eindruck sowohl bei den Angeklagten als auch bei den Tätern noch vorhanden war.
Auch mutmaßliche Täter wegen an jüdischen Häftlingen in Konzentrationslagern begangenen Verbrechen wurden angeklagt, ebenso „Schreibtischtäter“, wie beispielsweise der Sachbearbeiter für „Kommissionierungen“ in der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien, Alois Brunner. In diesem medial viel beachteten Prozeß stand zwischen dem 6. und 10. Mai 1946 einer der Hauptmitwirkenden am Holocaust in Österreich vor Gericht. Brunner war kraft seiner Funktion nicht nur für die administrative Abwicklung der Deportation der Wiener Juden und Jüdinnen nach Auschwitz, Riga, Minsk und Theresienstadt verantwortlich, sondern scheute auch den physischen Kontakt mit seinen Opfern nicht, was in zahlreichen Fällen den Tod der Betroffenen zur Folge hatte. Er erhielt nach viertägiger Hauptverhandlung die Todesstrafe und wurde bereits zwei Wochen später hingerichtet. Damit erfüllte jedoch dieser Prozeß – wenngleich der Gerichtsakt höchst aufschlußreich für die Erforschung der Abwicklung der Deportation der Wiener Juden und Jüdinnen ist – keineswegs die dokumentarische Funktion, die vielleicht bei dieser besonderen Form der justiziellen Ahndung von NS-Verbrechen durch die Volksgerichtsbarkeit hätte erwartet werden können.[14] Die Aufhellung zeitgeschichtlicher Hintergründe, wie dies in den 60er Jahren in Deutschland beispielsweise im Frankfurter Auschwitz-Prozeß oder im Eichmann-Prozeß in Jerusalem der Fall war, kam jedenfalls zu kurz, war aber bei den Volksgerichtsprozessen bis auf wenige Ausnahmen meistens der Fall.[15]
Ein weiterer, auch international beachteter Fall war jener des Wiener Juristen Siegfried Seidl. Seidl war von 1941 bis 1943 Kommandant des Ghettos Theresienstadt, 1943/44 Kommandant des KZ Bergen-Belsen und 1944/45 stellvertretender Leiter des Sondereinsatzkommandos-Außenstelle Wien und dabei zuständig für die nach Wien und Niederösterreich verschickten ungarischen Juden und Jüdinnen. Von der CIC (Counter Intelligence Service) verhaftet und nach Kriegsende an die österreichische Justiz übergeben, leitete das Volksgericht Wien im September 1945

13 Dieser Begriff wurde vom niederländischen Strafrechtsprofessor Christiaan F. Rüter geprägt, der bereits 1966 begonnen hatte, eine Urteilssammlung deutscher Nachkriegsprozesse zu erstellen. Siehe dazu: Christiaan F. Rüter/Dick W. de Mildt (Hrsg.): Die westdeutschen Strafverfahren wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen 1945-1997. Eine systematische Verfahrensbeschreibung mit Karten und Registern, Amsterdam-München 1998.

14 Siehe Hellmut Butterweck: Verurteilt & Begnadigt. Österreich und seine NS-Straftäter, Wien 2003, S.80-85.

15 Angemerkt werden muß allerdings, daß die Justiz „subjektive Tatbeiträge einzelner Personen“ untersucht und dabei „an die strenge Darstellung des Einzelfalls gebunden“ ist, während „im Mittelpunkt zeitgeschichtlicher und historischer Forschung [...] gesellschaftliche Strukturprozesse und kollektive Ereignisse“ stehen. Gerichtsakten gehören daher zu einer Quellengattung, die „in ihrer Entstehung nicht den Zweck historischer Unterrichtung der Mit- oder Nachwelt verfolgt, sondern aus anderer Zwecksetzung [...] entstanden“ sind. Siehe dazu Johannes Tuchel: Die NS-Prozesse als Materialgrundlage für die historische Forschung. Thesen zu Möglichkeiten und Grenzen interdisziplinärer Zusammenarbeit, in: Jürgen Weber/Peter Steinbach (Hrsg.): Vergangenheitsbewältigung durch Strafverfahren? NS-Prozesse in der Bundesrepublik Deutschland, München 1984, S.134-144, hier S.142.

gerichtliche Untersuchungen ein.[16] Das von der Tschechoslowakei vorliegende Auslieferungsbegehren verhinderte die österreichische Justiz mit juristischen Spitzfindigkeiten. Offenbar wollte man sich die Chance, einen großen Prozeß gegen einen der prominentesten österreichischen NS-Täter führen zu können, nicht entgehen lassen. Das Wiener Volksgericht reklamierte seine Zuständigkeit mit der Begründung, daß gerade nach Theresienstadt besonders viele Juden und Jüdinnen aus Wien deportiert worden waren, weshalb die Zuständigkeit eines österreichischen Gerichts gegeben wäre. In der Zeit, als in Nürnberg der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher zu Ende ging, also Anfang Oktober 1946, stand Seidl in Wien vor Gericht. Der Prozeß erregte nationales und internationales Aufsehen. Bei der Hauptverhandlung im Landesgericht Wien befanden sich zeitweise der britische Staatsminister für die besetzten Gebiete in Deutschland und Österreich Hynd, der österreichische Justizminister Dr. Gerö, der Präsident des Landesgerichts OLGR Dr. Otto Nahrhaft, der Chef der „Austrian Legal Unit" in der Alliierten Kommission für Österreich, Major Laszky, und andere hohe englische Militärs im Auditorium.[17] Nach einwöchiger Verhandlung wurde Siegfried Seidl am 4. Oktober 1946 zum Tode verurteilt.[18] Seine Hinrichtung erfolgte am 4. Februar 1947. In der „Enzyklopädie des Holocaust" steht über Seidl richtig zu lesen, daß er nach dem Krieg von einem österreichischen Gericht zum Tode verurteilt und hingerichtet worden war.[19] Der WebSite von Yad Vashem hingegen ist zu entnehmen, daß Seidl in der Tschechoslowakei zum Tode verurteilt worden wäre.[20]

Die Verfahren gegen Beteiligte der Verbrechen an österreichischen, aber auch ungarischen Juden und Jüdinnen sind eine wesentliche Quelle für die österreichische Holocaust-Forschung. Dazu zählen neben den genannten „Südostwall-Prozessen" und anderen „Endphaseverbrechen" auch die zahlreichen Ermittlungen wegen „mißbräuchlicher Bereicherung" („Arisierung"). Deren strafrechtliche Verfolgung ist mit den Volksgerichtsakten ebenfalls gut dokumentierbar.[21] Die beträchtliche Anzahl an „Arisierungsverfahren" weist auf das riesige Ausmaß an „Arisierungsverbrechen" während der NS-Zeit hin. Immerhin basierte eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Existenzen in Österreich auf arisiertem Eigentum, Betriebe wurden durch Ausbeutung von Zwangsarbeitern während der NS-Zeit aufgebaut. Dabei ist zu berücksichtigen, daß nur gegen jene „Ariseure" eine gerichtliche Voruntersuchung eingeleitet werden konnte, gegen die auch eine Anzeige erfolgte oder gegen die sich im Zuge von Ermittlungen in anderen Zusammenhängen ein diesbezüglicher Verdacht ergab.

Allein das Volksgericht Wien leitete gegen 5.914 Personen Voruntersuchungen u. a.

16 Siehe http://www.oeh.ac.at/oeh/mnemopol/101069415049/102501779764 (download: 17.10.2003).

17 Siehe Wiener Kurier, 28.9.1946, S.3 („Kriegsauszeichnungen galten im KZ nichts – Grauenvolle Einzelheiten aus dem Zeugenverhör im Seidl-Prozeß").

18 Siehe LG Wien Vg 1b Vr 770/46.

19 Siehe Eberhard Jäcke/Peter Longerich/Julius H. Schoeps (Hrsg.): Enzyklopädie des Holocaust. Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden, Bd. III, Berlin 1993, S.1407.

20 Siehe http://www1.yadvashem.org.il/search/index_search.html (download: 18. 4. 2005)

21 Siehe dazu Sabine Loitfellner: „Arisierungen" während der NS-Zeit und ihre justizielle Ahndung vor dem Volksgericht Wien 1945-1955. Voraussetzungen – Analyse. – Auswirkungen, Dipl. Wien 2000.

wegen mißbräuchlicher Bereicherung ein. Insgesamt wurden somit 15,3 Prozent aller Personen auch wegen dieses Verbrechens gerichtlich verfolgt. Verurteilt wurde hingegen nur ein Bruchteil der mutmaßlichen „Ariseure".[22]
Bemerkenswert für die österreichische Volksgerichtsbarkeit ist, daß ein Großteil der Gerichtsverfahren – auch – Ermittlungen wegen „Hochverrat" und „Illegalität" zum Verhandlungsgegenstand hatte. Die größten Prozesse fanden gegen jene Verbindungsleute des austrofaschistischen Regimes von 1933 bis 1938 zur illegalen NSDAP statt, die durch ihre Tätigkeit die Annexion vorbereiteten und in der Anschluß-Regierung von Arthur Seyß-Inquart tätig gewesen waren, wie etwa gegen den österreichischen Außenminister Guido Schmidt[23], gegen den österreichischen Landwirtschaftsminister Anton Reinthaller[24] und gegen den österreichischen Finanzminister Rudolf Neumayer.[25]

Abschaffung der Volksgerichtsbarkeit und NS-Amnestie[26]

Bis Anfang 1948 waren knapp 80 Prozent der insgesamt bis 1955 durchgeführten Voruntersuchungen wegen des Verdachts nationalsozialistischer Verbrechen oder „Illegalität" eingeleitet worden. Im Juni dieses Jahres kündigte Justizminister Josef Gerö im Nationalrat die bevorstehende Abschaffung der Volksgerichte an. Das hatte zur Folge, daß in der österreichischen Öffentlichkeit über die Zweckmäßigkeit

22 Siehe Winfried R. Garscha u. a.: Österreichische Forschungs-und Dokumentationsprojekte zur rechtlichen Auseinandersetzung mit NS-Verbrechen, in: Poválecná justice a národni podoby antisemitismu [Nachkriegsjustiz und Erscheinungen des Antisemitismus im Volk], Praha-Opava 2002, S.265-305.

23 Siehe LG Wien Vg 1Vr 6303/46. Der Diplomat und Politiker Guido Schmidt war ab 1928 Kabinettsvizedirektor von Bundespräsident Wilhelm Miklas und am Zustandekommen des Juliabkommens 1936 maßgeblich beteiligt gewesen. In diesem Jahr wurde er von Bundeskanzler Kurt Schuschnigg zum Staatssekretär für Äußeres ernannt. Von 12.2. bis 11.3.1938 war er Außenminister der Seyß-Inquart-Regierung. Er wurde 1945 in Italien verhaftet und nach Österreich ausgeliefert. Ab 5.12.1945 saß er im Wiener Landesgericht in Untersuchungshaft. In einem aufsehenerregenden Prozeß wurde er im Juni 1947 vom Vorwurf der „Vorbereitung der Annexion Österreichs" freigesprochen. Er ist 1957 in Wien gestorben. Das Hauptverhandlungsprotokoll wurde publiziert mit dem Titel „Der Hochverratsprozeß gegen Dr. Guido Schmidt vor dem Wiener Volksgericht. Die gerichtlichen Protokolle mit den Zeugenaussagen, unveröffentlichten Dokumenten, sämtlichen Geheimbriefen und Geheimakten", Wien 1947.

24 Siehe LG Wien Vg 1h Vr 2068/49. Anton Reinthaller war seit April 1928 NSDAP-Mitglied gewesen. Zwischen 11.3.1938 und 30.4.1939 war er Landwirtschaftsminister im Kabinett Seyß-Inquart, anschließend Unterstaatssekretär im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Er bekleidete die Funktionen eines SS-Standartenführers, eines SS-Oberführers, eines SS-Brigadeführers und eines Bauernreferenten im SS-Oberabschnitt „Donau". Im Mai 1945 wurde er festgenommen und am 25.10.1950 wegen „Illegalität" zu drei Jahren verurteilt. 1956 war er Obmann der FPÖ, im März 1958 ist er verstorben.

25 Siehe LG Wien Vg 1b Vr 445/45. Rudolf Neumayer war 1936 bis 1938 Bundesminister für Finanzen der Regierungen Schuschnigg und Seyß-Inquart und 1938 Generaldirektor der Wiener Städtischen Versicherung. 1943 wurde er zum Leiter der „Hauptstelle der Wirtschaftstreuhänder" bestellt. Am 2. Februar 1946 verurteilte ihn das Volksgericht Wien zu einer lebenslangen Haftstrafe (mit Vermögensverfall) wegen der Vorbereitung und Förderung der Machtergreifung der NSDAP in Österreich sowie wegen der Zustimmung für das Bundesverfassungsgesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich anläßlich der Volksabstimmung am 13.3.1938. 1949 wurde er aus der Haft entlassen, am 5.6.1953 ein Wiederaufnahmeantrag abgelehnt. Neumayer ist 1977 gestorben.

26 Siehe dazu ausführlicher Kuretsidis-Haider, Engerau-Prozesse, S.65-68.

weiterer Volksgerichtsverfahren – nach dem Motto „Die Zeit für Vergeltungs- und Haßmaßnahmen ist vorüber“[27] – diskutiert wurde. SPÖ-Justizsprecher Otto Tschadek (später selbst Justizminister) beklagte die Notwendigkeit politischer Prozesse, „die immer ein Krankheitssymptom am Volkskörper sind“.[28] Gerö wollte bis Ende des Jahres 1948 sämtliche schwebenden Verfahren nach KVG und VG abschließen.[29] Die Frist wurde später bis Ende 1949 verlängert.[30]

Diese Diskussionen sind im Zusammenhang mit dem seit 1947 im Nationalrat vorgebrachten Ansinnen zu sehen, immer weiterreichende Amnestieregelungen für die ehemaligen NationalsozialistInnen durchzusetzen, obwohl der Alliierte Rat mehrere dieser Bemühungen blockierte.[31] Es war vor allem der Verband der Unabhängigen (VdU), die Vorläuferpartei der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), der die Aufhebung der Volksgerichtsbarkeit verlangte und in den von den Volksgerichten Verurteilten „politische Gefangene“ sah.[32]

Unmittelbar vor den Nationalratswahlen im Herbst 1949 forderte auch Bundeskanzler Leopold Figl, „daß die Volksgerichte mit Ende des laufenden Jahres aufhören sollen“.[33] Nach den Wahlen schlugen die Koalitionsparteien ÖVP und SPÖ dem Nationalrat in einer Regierungsvorlage vor, per 1. Jänner 1951 die Volksgerichte aufzulösen.[34] Am 22. November 1950 beschloß der Nationalrat mit den Gegenstimmen der KPÖ eine Regierungsvorlage für ein „Bundesgesetz über die Aufhebung der Volksgerichte und die Ahndung der bisher diesen Gerichten zur Aburteilung zugewiesenen Verbrechen“,[35] doch versagte der Alliierte Rat am 15. Dezember 1950 dem Gesetz seine Zustimmung, so daß es nicht in Kraft treten konnte.[36]

Der Abzug der Alliierten 1955 beendete aber schließlich die Volksgerichtsbarkeit in Österreich. Der Nationalrat ersuchte die Bundesregierung einstimmig, so rasch wie möglich den Entwurf eines Bundesgesetzes über die Aufhebung der Volksgerichte

---

27 ÖVP-Abgeordneter Frisch in der Beratung des Kapitels „Justiz“ des Budgetvoranschlags 1949 im Finanz- und Budgetausschuß des Nationalrates, zitiert in: Die Presse, 10.11.1948.

28 Ebenda.

29 Siehe Neues Österreich, 22.9.1948.

30 Siehe Weltpresse, 11.1.1948.

31 Ausführlich dargestellt von Dieter Stiefel: Entnazifizierung in Österreich, Wien u. a 1981, S.300-314. Siehe dazu auch Eva Holpfer: Die Auseinandersetzung der österreichischen politischen Parteien mit den ehemaligen Nationalsozialisten und der Frage der Lösung des so genannten Naziproblems im Nationalrat und in den Parteizeitungen 1945-1975 (Zwischenbericht und Endbericht des Projekts „Gesellschaft und Justiz – Entwicklung der rechtlichen Grundlagen, öffentliches Echo und politische Auseinandersetzungen um die Ahndung von NS-Verbrechen in Österreich“ an den Jubiläumsfonds der österreichischen Nationalbank), unveröffentlichtes Manuskript, Wien 2002/03.

32 So betitelte die Zeitung „Wiener Montag“ einen Bericht über einen parlamentarischen Vorstoß der ÖVP und der Wahlpartei der Unabhängigen (WdU) für die Revision von Volksgerichtsurteilen und die Einführung der Überprüfungspflicht durch den OGH: „Vier Anträge gegen das Unrecht“ (Wiener Montag, 26.5.1953). Die Anträge waren vom Rechtsexperten des VdU, Helfried Pfeifer, ausgearbeitet worden.

33 Wiener Kurier, 12.9.1949.

34 Siehe Wiener Zeitung, 7.11.1950.

35 Sten. Prot., 34. Sitzung, VI. GP, 22.11.1950, S.1337. Siehe Holpfer, Auseinandersetzung.

36 Siehe Stiefel, Entnazifizierung, S.258.

einzubringen, damit diese mit dem 31. Dezember 1955 ihre Tätigkeit einstellen könnten.[37] Mit dem Nationalratsbeschluß vom 20. Dezember 1955 über die Abschaffung der Volksgerichte[38] wurde die Ahndung von NS-Verbrechen den Geschworenengerichten übertragen.[39]

1956 verabschiedete der Nationalrat die sogenannte Vermögensverfallsamnestie zugunsten der durch ein Volksgericht verurteilten ehemaligen NationalsozialistInnen.[40] Darin wurde festgelegt, daß die Strafe des Vermögensverfalls bei Verbrechen des Hochverrats sowie bei der Verurteilung wegen der Tätigkeit als Kreisleiter nunmehr entfalle und das verfallene Vermögen zurückzuerstatten sei.

Das „Bundesverfassungsgesetz womit Bestimmungen des Nationalsozialistengesetzes abgeändert oder aufgehoben werden (NS-Amnestie 1957)"[41] vom 14. März 1957 bedeutete schließlich das endgültige Aus des spezifisch gesetzgeberischen Engagements gegen die NS-Makrokriminalität. § 13 Absatz 2 hob das Kriegsverbrechergesetz auf. Eine nach dem KVG strafbare Handlung sollte nur noch insoweit verfolgbar sein, als sie auch unter eine andere strafgesetzliche Vorschrift fiel.[42]. Ab diesem Zeitpunkt wurden hauptsächlich Anklagen wegen Mordes, Totschlags, boshafter Sachbeschädigung z. T. mit Gefährdung der körperlichen Sicherheit, boshafter Handlungen oder Unterlassungen unter besonders gefährlichen Verhältnissen oder Verbrechen der schweren körperlichen Beschädigung eingebracht. Verfahren wegen „Hochverrats" waren nicht mehr einzuleiten, die nach dem Verbotsgesetz laufenden Verfahren sollten eingestellt oder abgebrochen, Freiheitsstrafen nachgesehen, nicht verbüßte Strafen und Strafreste in Zusammenhang mit Verurteilungen wegen Formaldelikten nachgelassen werden. Rechtsgültige Verurteilungen galten als getilgt.[43] Von der NS-Amnestie profitierten all jene, die wegen sogenannter Formaldelikte nach dem Verbotsgesetz (Ausübung einer höheren Funktion in den nationalsozialistischen Organisationen, ohne daß die

37 Sten. Prot, 91. Sitzung, 7. GP, 20.12.1955. Siehe dazu Holpfer, Auseinandersetzung.

38 Bundesgesetz vom 20. Dezember 1955 über die Aufhebung der Volksgerichte, BGBl. Nr. 285/55.

39 Im Geschworenengericht bilden die Berufs- und Laienrichter zwei getrennte Spruchkörper, nämlich die drei Berufsrichter, von denen einer den Vorsitz führt, den Schwurgerichtshof, die acht Geschworenen die Geschworenenbank. Der Vorsitzende und der Schwurgerichtshof leiten die Hauptverhandlung, die Geschworenen entscheiden über die Schuldfrage (ob sich der/die Beschuldigte strafbar gemacht hat, welches Delikt begangen wurde und welcher Strafsatz anzuwenden ist). Eine gemeinsame Urteilsberatung gibt es gem. § 324 StPO nicht. Berufsrichter und Geschworene entscheiden im Falle eines Schuldspruches über die zu verhängende Strafe. Siehe Christian Bertel/Andreas Venier: Grundriss des österreichischen Strafprozeßrechts, Wien 2000, S.28.

40 Bundesverfassungsgesetz vom 18.7.1956, womit Gruppen ehemaliger Nationalsozialisten in Ansehung der Strafe des Vermögensverfalles amnestiert werden (Vermögensverfallsamnestie), BGBl. Nr. 155/56.

41 BGBl. Nr. 82/57.

42 Siehe dazu Heinrich Gallhuber und Eva Holpfer über das Kriegsverbrechergesetz, in: Rundbrief (jetzt Justiz und Erinnerung), hrsg. v. Verein zur Erforschung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen und ihrer Aufarbeitung und Verein zur Förderung justizgeschichtlicher Forschungen, 1999, Nr. 1 (Juni), S.9-15, hier S.10f.

43 Siehe dazu: Josef Markus: Die Strafverfolgung von nationalsozialistischen Gewaltverbrechen und die völkerrechtliche Verantwortung Österreichs, in: Sebastian Meissl/Klaus-Dieter Mulley/Oliver Rathkolb (Hrsg.): Verdrängte Schuld, verfehlte Sühne. Entnazifizierung in Österreich 1945-1955 (Symposium des Instituts für Wissenschaft und Kunst), Wien 1986, S.152f. und 162.

betreffende Person ein tatsächlich mit Strafe bedrohtes Verbrechen begangen hatte) und dem Kriegsverbrechergesetz (wenn die verhängte Strafe nicht mehr als fünf Jahre betrug) verurteilt worden waren.

Die Ahndung von NS-Verbrechen durch alliierte Militärgerichte in Österreich[44]

Die Alliierten schufen mit dem Kontrollratsgesetz Nr. 10 („KRG 10") vom 20. Dezember 1945 für Deutschland, das auf den Grundsätzen des Londoner Statuts des Internationalen Militärtribunals von Nürnberg basierte, eine einheitliche Rechtsgrundlage für Verfahren wegen NS-Verbrechen vor alliierten Militärgerichten. Geahndet wurden durch alliierte Gerichte nicht nur Kriegsverbrechen, sondern auch die im KRG 10 definierten Humanitätsverbrechen („Verbrechen gegen die Menschlichkeit"), und zwar in erster Linie jene, die in den Konzentrationslagern begangen worden waren.

Für Österreich erließen die Alliierten hingegen keine derartige verbindliche Regelung für alle vier Besatzungszonen.

Wie in Deutschland wurden die alliierten Prozesse auch in Österreich am gründlichsten von amerikanischer Seite vorbereitet. Zusammen mit der britischen Besatzungsmacht stellten sie Überlegungen betreffend die Verfolgung von NS-Verbrechern an,[45] planten seit April 1944 ihre Justizpolitik für Österreich gemeinsam und stimmten sie auch nach der Befreiung Österreichs aufeinander ab.[46]

Das gemeinsame Oberkommando der in Europa operierenden Streitkräfte beider Staaten (SHAEF/Supreme Headquarters Allied Expeditionary Forces) hatte ein Austrian Military Government Handbook ausgearbeitet, das zur Regelung der Verwaltung in der amerikanischen und britischen Besatzungszone dienen sollte. Die Franzosen übernahmen die Richtlinien des SHAEF-Handbuchs.[47]

In allen drei westalliierten Besatzungszonen wurden bereits wenige Wochen nach der Befreiung alliierte Gerichte eingesetzt, während in der sowjetisch besetzten Zone ab Juli 1945 bereits die österreichischen Volksgerichte auf der Grundlage österreichischer Gesetze – beginnend mit dem schon erwähnten 1. Engerau-Prozeß – tätig wurden. Die alliierten Gerichte waren zwar in erster Linie Instrumente zur Ahndung von Zuwiderhandlungen gegen Anordnungen der Besatzungsmacht und im besonderen von Vergehen, die die Interessen der Besatzungsmacht tangierten, de facto konnte aber jede nach österreichischem bzw. je nach Besatzungszone britischem, amerikanischem oder französischem Recht strafbare Handlung vor ein Militärgericht gebracht werden.[48]

---

44 Siehe Kuretsidis-Haider, Engerau-Prozesse, S.26-31.

45 Siehe Siegfried Beer: „Let Right be Done". Die Briten und der Wiederaufbau der steirischen Justiz im Jahre 1945, in: Helfried Valentinitsch/Friedrich Bouvier (Hrsg.): Graz 1945, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, Bd. 25, Graz 1994, S.183-214.

46 Siegfried Beer: Aspekte der britischen Militärgerichtsbarkeit in Österreich 1945-1950, in: Claudia Kuretsidis-Haider/Winfried R. Garscha (Hrsg.): Keine „Abrechnung". NS-Verbrechen, Justiz und Gesellschaft in Europa nach 1945, Leipzig-Wien 1998, S.54-65, hier S.55.

47 Klaus Eisterer: Französische Besatzungspolitik. Tirol und Vorarlberg 1945/46 (=Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte, Bd. 9), Innsbruck 1991, S.237f.

48 Gustav Kafka: Probleme der alliierten Militärgerichtsbarkeit, in: Österreichische Juristen-Zeitung, Jg. 1,

Die in der britischen Besatzungszone eingerichteten Gerichtstypen waren per Verordnung Nr. 100 mit breit angelegten Kompetenzen ausgestattet. Darunter fiel auch die Verfolgung von Kriegsverbrechen. Neben den österreichischen Gerichten existierten die „Courts Martial" (Kriegsgerichte zur Ahndung von Vergehen alliierter Soldaten), „Royal Warrant Courts" (Sondergerichte für Kriegsverbrechen) und „Military Government Courts" (für britische Zivilisten).[49]

Die „Royal Warrant Courts" standen in der Verantwortung des für die Mittelmeerstreitkräfte zuständigen Stellvertreters des Judge Advocate Generals, dem eine in Klagenfurt eingerichtete „War Crimes Branch" unterstellt war. In der Folge wurde aber die Ahndung von sogenannten Kriegsgreueln den „General Military Courts" übertragen und in Graz dafür eine „atrocities section" eingerichtet, allerdings Ende 1947 – aus Personalmangel – bereits wieder aufgelöst.[50]

Die Briten vertraten den Standpunkt, Verbrechen von österreichischen Nationalsozialisten an Juden und Jüdinnen seien Verbrechen an AusländerInnen gleichzustellen und daher von alliierten Militärgerichten zu ahnden.[51] Dies traf vor allem auf die Verbrechen an ungarischen Juden und Jüdinnen im Zuge der Todesmärsche in den letzten Kriegswochen zu.[52] Als im Oktober 1945 die Exhumierung von 115 Opfern eines am 7. April 1945 verübten Massakers an ungarisch-jüdischen Zwangsarbeitern auf dem Weg von Feldbach in der Steiermark in das KZ Mauthausen in Eisenerz bekannt wurde, hielt der Direktor der Legal Division und Rechtsberater der britischen Besatzungsbehörden Lord Claud Schuster ein Tribunal ähnlich dem in Nürnberg für angemessen, aber angesichts der langen Vorbereitungszeit für nur schwer durchführbar. Vergleichbare Schwierigkeiten sah Lord Schuster auch bei einem ähnlich dem Bergen-Belsen-Prozeß durchgeführten Verfahren durch ein Militärgericht. Einem österreichischen Gericht traute er die ordnungsgemäße Abwicklung wiederum nicht zu, weshalb der Fall einem „Military Government Court" übertragen wurde.[53] Der 1. Eisenerz-Prozeß im April 1946 gegen Mitglieder des lokalen Volkssturms war „der beispielgebende und zugleich öffentlich wirksamste Rechtsfall höchster britischer Militärgerichtsbarkeit in Österreich",[54] bei

1946, H. 12 (7.6.1946), S.229-231, hier S.229. Gustav Kafka war Civilian Prosecutor beim Militärgericht in Graz.

49 Siehe Beer, Aspekte der britischen Militärgerichtsbarkeit, in: Kuretsidis-Haider/Garscha (Hrsg.), Keine „Abrechnung", S.57.

50 Siehe ebenda., S.61; weiters: Eleonore Lappin: Die Ahndung von NS-Gewaltverbrechen im Zuge der Todesmärsche ungarischer Juden durch die Steiermark, in: Kuretsidis-Haider/Garscha (Hrsg.), Keine „Abrechnung", S.32-53, hier S.42. Siehe dazu auch Dies.: Prozesse der britischen Militärgerichte wegen nationalsozialistischer Gewaltverbrechen an ungarisch-jüdischen Zwangsarbeitern in der Steiermark, in: Rudolf G. Ardelt/Christian Gerbel (Hrsg.): Österreichischer Zeitgeschichtetag 1995. Österreich – 50 Jahre Zweite Republik, Innsbruck-Wien 1996, S.345-350.

51 Siehe Gerhard Jagschitz: Der Einfluß der alliierten Besatzungsmächte auf die österreichische Strafgerichtsbarkeit von 1945 bis 1955, in: in Erika Weinzierl u. a. (Hrsg.), Justiz und Zeitgeschichte. Symposiumsbeiträge 1976-1993, Wien 1995, S.372-395, hier S.381.

52 Siehe dazu Lappin, Prozesse der britischen Militärgerichte; Dies., Ahndung von NS-Gewaltverbrechen.

53 Siehe ebenda, S.35f.

54 Beer, Aspekte der britischen Militärgerichtsbarkeit, in: Kuretsidis-Haider/Garscha (Hrsg.), Keine „Abrechnung", S.61.

dem zehn Todesurteile gefällt und vollstreckt wurden.[55]
Nach den Berechnungen des Grazer Zeithistorikers Siegfried Beer wurden von den Oberen Militärregierungsgerichten der Briten in Österreich zwischen 1946 und 1948 in knapp 25 Verfahren 53 Todesurteile ausgesprochen (30 davon im Zusammenhang mit der Ermordung ungarisch-jüdischer ZwangsarbeiterInnen auf dem Marsch durch die Steiermark nach Mauthausen), 42 davon vollstreckt.[56]
Zur gerichtlichen Ahndung von Kriegsverbrechen durch die amerikanische Besatzungsmacht stellte Kurt Tweraser beim Symposium „Entnazifizierung und Nachkriegsprozesse" 1996 in Wien fest, daß dies nach wie vor weitgehend ein Forschungsdesiderat ist. Er ist auch der einzige, der in seinem einschlägigen Aufsatz im Sammelband „Keine Abrechnung" darüber publiziert hat. Dabei stellte Tweraser folgende Charakteristika fest:[57]
- Kriegsverbrecher Prozesse wurden in Österreich ausschließlich von sogenannten Militärkommissionen,[58] die dem Judge Advocate unterstanden, durchgeführt, nicht jedoch – wie in Deutschland – von Militärregierungsgerichten.
- Charakteristisch für die Militärkommissionen war – und ist es auch heute noch –, daß sie nur vom Beginn der Kampfhandlungen bis zum Abschluß eines Friedensvertrages (entweder im Kampfgebiet oder in einem besetzten Gebiet) einerseits ein beschleunigtes Prozedere für den kommandierenden General ermöglichten und andererseits das Verfahren nicht den strengen Regeln eines regulären Militärgerichts („Courts-Martial") unterstand.[59]
- Die Militärkommissionen verfolgten ausschließlich die Mißhandlung und Tötung von notgelandeten oder abgesprungenen amerikanischen Fliegern, die in Kriegsgefangenschaft geraten waren. Kriegsverbrechen, die von „enemy nationals against enemy nationals" begangen worden waren, wurden den österreichischen Behörden überlassen.
- Rechtliche Grundlagen der „Military Commissions" waren die Haager Landkriegsordnung von 1907 und die Genfer Kriegsgefangenenkonvention von 1929. Sie repräsentierten daher nicht die rückwirkende Anwendung neuer – internationaler –

55 Siehe ebenda, S. 62f.: Liste der in „Prozessen wegen Kriegsgreuel vor Obersten britischen Militärgerichten 1946-1949" gefällten Todesurteile.
56 Siehe ebenda, S.61f.
57 Siehe Kurt Tweraser: Amerikanische Kriegsverbrecherprozesse in Salzburg. Anmerkungen zur justitiellen Verfolgung von Kriegsverbrechern in der amerikanischen Besatzungszone in Österreich 1945-1955, in: Kuretsidis-Haider/Garscha (Hrsg.), Keine „Abrechnung", S.66-101, hier S.66f., 68, 72f., 75f., 78, 80.
58 Die Militärkommissionen – zuständig für die vor dem 9. Mai 1945 begangenen Kriegsverbrechen – waren (und sind) eine Rechtsinstitution der amerikanischen Armee und Marine, deren Geschichte bis zum amerikanischen Bürgerkrieg zurückreicht (siehe dazu http://www.surratt.org/documents/Bplact01.pdf [download: 21.7.2002]). Im von der amerikanischen Regierung ausgerufenen „Krieg gegen den Terrorismus" infolge der Anschläge in den USA am 11. September 2001 wurden vom amerikanischen Verteidigungsministerium Richtlinien für die Einsetzung von „Military Commissions" erarbeitet.Siehe dazu: http://www.defenselink.mil/news/Mar2002/d20020321ord.pdf (download: 21.7.2002).
59 So gibt es beispielsweise bei den Military Courts das Rechtsmittel der Berufung an ein übergeordnetes Gericht nicht. Für die Verhängung der Todesstrafe ist bei den Courts-Martial ein einstimmiges Todesurteil nötig, eine Militärkommission hingegen kann ein Todesurteil mit einer Zweidrittelmehrheit fällen. Hier sind auch Beweismittel aufgrund von Hörensagen („Hearsay-Evidence") möglich.

Strafgesetze, sondern die Anwendung bereits allgemein akzeptierter internationaler Normen. Keine Anklage vor den Militärkommissionen bediente sich der neugeschaffenen Delikte des für den Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher erlassenen internationalen Militärstatuts von London.

- Auch die amerikanische Besatzungsmacht versuchte – wie die Briten – einen großen Prozeß in Salzburg durchzuführen. Es war geplant, das Personal von Konzentrationslagern, in denen alliierte Kriegsgefangene getötet und mißhandelt worden waren, vor Militärkommissionen zu stellen und einen großen Mauthausen-Prozeß durchzuführen. Aber – ähnlich wie den Briten, denen gleichfalls der Versuch eines „österreichischen Nürnberg" mißlang – mußten auch die amerikanischen Behörden einsehen, daß die logistischen und personellen Ressourcen für einen derartig großen Kriegsverbrecherprozeß nicht ausreichten, weshalb der Komplex Mauthausen schließlich im Rahmen der Dachauer KZ-Prozesse abgehandelt wurde.[60]

- Zwischen Mitte Mai 1946 und Mai 1948 fanden in Salzburg 16 Kriegsverbrecherprozesse gegen 61 Angeklagte (42 davon aus Österreich) statt. 37 Personen wurden verurteilt, 24 freigesprochen. Die „Military Commission" in Salzburg fällte acht Todesurteile und fünf lebenslange Haftstrafen.[61]

Die Ahndung von NS-Verbrechen durch die französische Besatzungsmacht und in ihrer Besatzungszone ist bis heute am wenigsten aufgearbeitet.[62]

Das „Service de Recherche des Crimes et Criminels de Guerre en Autriche" war zunächst für die strafrechtliche Verfolgung von Kriegsverbrechen in Österreich zuständig. Seine Aufgabe bestand in der Ausforschung von Personen, die im Verdacht standen, Kriegsverbrechen begangen zu haben, und von einer der vier alliierten Mächte oder einem anderen Staat der Vereinten Nationen gesucht wurden. Außerdem oblag der Dienststelle die Ausforschung französischer StaatsbürgerInnen, die in Frankreich mit den Deutschen kollaboriert hatten, und von Personen, die eines in Frankreich verübten Kriegsverbrechens verdächtigt wurden.

In der französischen Besatzungszone (Tirol und Vorarlberg) wurden Schnellgerichte („tribunaux sommaires"), Mittlere Gerichte („tribunaux intermédiaires") und ein Generalgericht („tribunal général") in Innsbruck eingerichtet. Diese ahndeten alle Verbrechen und Vergehen gegen das Kriegsrecht, gegen Verordnungen und Befehle

60 Siehe dazu Florian Freund: Der Dachauer Mauthausenprozeß, in: Jahrbuch 2001, hrsg. v. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien 2001, S.35-66. Allgemein zum Dachau-Prozeß siehe Robert Sigel: Im Interesse der Gerechtigkeit. Die Dachauer Kriegsverbrecherprozesse 1945-1948, Frankfurt/Main-New York 1992.

61 Siehe dazu die von Kurt Tweraser veröffentlichte Liste in: Kuretsidis-Haider/Garscha (Hrsg.), Keine „Abrechnung", S.97-101 sowie den wellenförmigen Verlauf der Kriegsverbrecherprozesse samt Urteilsausmaß auf S.81.

62 Grund dafür ist die restriktive Haltung der französischen Archive hinsichtlich der Freigabe von Prozeßakten für die historische Forschung. Das französische Archivgesetz aus dem Jahr 1979 sieht eine hundertjährige Sperre für all jene Akten vor, in denen ein Verfahren eingeleitet wurde. Andere personenbezogene Akten zur Frage der Ahndung von Kriegsverbrechen unterliegen einer Sperrfrist von sogar 120 Jahren. Siehe Katharina Stourzh: Aspekte des französischen Justizwesens in Tirol und Vorarlberg 1947-1950 unter besonderer Berücksichtigung der Kriegsverbrecherfrage, Dipl. Wien 1998, S.1f.

der Militärregierung und gegen Gesetze, die in Österreich in Kraft waren, sowie Kriegsverbrechen, wobei aber ein Großteil der Fälle an das österreichische Volksgericht abgegeben wurde, da die französische Besatzungsmacht dies als Aufgabe der österreichischen Behörden ansah.[63]

Nach Angaben des Innsbrucker Historikers Klaus Eisterer wurden bis August 1946 581 Kriegsverbrechenssachen untersucht und 77 Verfahren verhandlungsreif vorbereitet.[64] Die französischen Prozesse folgten hinsichtlich Prozeßverfahren und Jurisdiktion angelsächsischem Recht, ergänzt durch kontinentale Rechtsprinzipien.[65] Anfang 1947 wurde das Generalgericht in Innsbruck durch das Französische Höhere Gericht („tribunal supérieur français") abgelöst, das nunmehr verstärkt selbst Kriegsverbrecherprozesse durchführte.[66]

Die größte und aufsehenerregendste – von den Medien als „Reichenau-Prozeß" bezeichnete – Hauptverhandlung vor einem Tribunal Supérieur fand von 6. bis 18. Dezember 1948 statt.[67] Vor Gericht standen die Innsbrucker Gestapochefs Werner Hilliges und Max Nedwed, die in dieser Funktion das „Arbeitserziehungslager" Reichenau kontrollierten und die Verantwortung für die dortigen Zustände zu tragen hatten. Mitangeklagt waren vier Wachebeamte und der Lagersanitäter. Die französische Besatzungsmacht zog den Fall an sich, da sich unter den Häftlingen Franzosen und andere alliierte Staatsangehörige befunden hatten. Hilliges wurde zu einer lebenslangen Haftstrafe mit Zwangsarbeit, Nedwed zu 20 Jahren Gefängnis mit Zwangsarbeit verurteilt. Weiterhin verhängte das „tribunal supérieur" eine fünfzehnjährige, eine zehnjährige, eine siebenjährige und eine vierjährige Haftstrafe.

Die Wiener Historikerin Katharina Stourzh listete in ihrer 1998 erschienenen Diplomarbeit 19 Prozesse des „tribunal supérieur" zwischen 1947 und 1950 gegen 39 Personen auf. In diesen 19 Prozessen wurden zwei lebenslange Haftstrafen und eine 25jährige Haftstrafe jeweils mit Zwangsarbeit sowie einmal eine lebenslange Zwangsarbeit verhängt. Neun Personen wurden freigesprochen.

Die sowjetische Besatzungsmacht richtete in Österreich ebenfalls Militärgerichte ein: zunächst in erster Linie zur Aburteilung von Verbrechen von Angehörigen der Besatzungsmacht selbst,[68] später auch zur gerichtlichen Ahndung von Verbrechen, die österreichische NS-Täter während des Krieges in der Sowjetunion begangen hatten. Dies konnte bedeuten, daß auch die Überstellung von Untersuchungshäftlingen, gegen die bereits ein österreichisches Volksgerichtsverfahren eingeleitet war, verlangt wurde – ein Vorgang, den allerdings nicht nur sowjetische Stellen praktizierten.[69]

---

63 Siehe ebenda, S.39-41.

64 Siehe Eisterer, Französische Besatzungspolitik, S.242f.

65 Siehe Stourzh, Aspekte des französischen Justizwesens, S.39.

66 Siehe ebenda, S.50-52.

67 Siehe ebenda, S.101-117. Stourzh konnte sich dabei aber – aus oben genannten Gründen – nicht auf die Prozeßakten stützen, sondern war auf Zeitungsmeldungen und Sekundärliteratur angewiesen. Siehe dazu auch Christa Kofler: Die Tagespresse der SPÖ und der KPÖ im Land Tirol von 1945 bis 1950 unter besonderer Berücksichtigung ihrer Darstellung des Nationalsozialismus, Diss. Innsbruck 1989.

68 Siehe Jagschitz, Einfluß, S.383.

69 Siehe dazu Stefan Karner/Barbara Stelzl: Strafrechtspraxis und Gerichtspraxis in der Sowjetunion

In der Sitzung des Alliierten Rates für Österreich am 30. September 1945 lehnte die Sowjetunion die Übernahme der Bestimmungen der amerikanisch-britischen „Verordnung Nr. 100“ über Gerichte der alliierten Militärregierung als „ungerechtfertigte Einengung der Souveränität Österreichs“ ab.[70]

Die bis jetzt einzige Darstellung zur „Sowjetischen Gewahrsamsmacht und ihre Justiz nach 1945 gegenüber Österreichern“ wurde vom Grazer Historiker und Leiter des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgenforschung Stefan Karner im Sammelband „Keine Abrechnung“ publiziert.[71] Leider unterscheidet der Autor nur in wenigen Fällen Verfahren gegen ÖsterreicherInnen wegen Vergehens gegen die Besatzungsmacht und Verfahren wegen Kriegsverbrechen.

Die sowjetische Besatzungsmacht führte einerseits in ihrer Besatzungszone in Österreich, in Baden bei Wien, andererseits in der Sowjetunion selbst Gerichtsverfahren gegen ÖsterreicherInnen durch, und zwar gegen jene, die sich bereits in der UdSSR befanden oder dorthin zum Zwecke der Aburteilung gebracht wurden. Karner nennt keine Gesamtzahl der wegen Kriegsverbrechen Verurteilten. Insgesamt wurden zwischen 1941 und 1956 ca. 2.500 ÖsterreicherInnen (darunter Kriegsgefangene, „Volksdeutsche“, Nicht-Kombattanten der Deutschen Wehrmacht und ZivilistInnen) von sowjetischen Gerichten abgeurteilt. Das sind knapp zwei Prozent der von Karner errechneten 130.000 ÖsterreicherInnen, die in sowjetischen Lagern und Haftanstalten registriert worden waren.

Die gesetzliche Grundlage für die Ahndung von Kriegsverbrechen boten der Geheimerlaß vom 19. April 1943 (Ukaz 43), mit dem das Präsidium des Obersten Sowjets „Strafmaßnahmen gegen deutsch-faschistische Verbrecher, die sich der Ermordung und Folterung sowjetischer Zivilpersonen und gefangener Rotarmisten schuldig gemacht hatten“ verfügte, sowie das bereits mehrfach erwähnte KRG 10. Aufgrund der Verfolgung von „Verbrechen gegen den Frieden“ konnte damit jeder Soldat der deutschen Wehrmacht, der am „Rußlandfeldzug“ beteiligt war, bestraft werden.

Weiterhin wurde in manchen Fällen auf den Artikel 58 des seit 1926 in Kraft befindlichen Strafgesetzbuches der sozialistischen Sowjetrepubliken zurückgegriffen. Danach verurteilten sowjetische Gerichte vor allem Mitglieder der deutschen Abwehr, der SS, der Gestapo und des SD sowie andere nach 1945 in die Sowjetunion verbrachte ÖsterreicherInnen.

Nach dem Ukaz 43 und dem KRG 10 wurden vor allem ehemalige Soldaten der Deutschen Wehrmacht, Mitglieder der SS (und der Waffen-SS), des SD, der Gestapo sowie der „Sondereinheiten“ abgeurteilt. Das Strafausmaß erstreckte sich von einem Jahr bis 25 Jahre Freiheitsentzug. In einigen Fällen erfolgte auch die Verhängung der

1941-1956 (unveröffentlichtes Manuskript).

70 Jagschitz, Einfluß, S.378.

71 Siehe Stefan Karner: Die sowjetische Gewahrsamsmacht und ihre Justiz nach 1945 gegenüber Österreichern, in: Kuretsidis-Haider/Garscha (Hrsg.), Keine „Abrechnung“, S.102-129. Über den Forschungsstand zur sowjetischen Österreichpolitik siehe Wolfgang Mueller: Die sowjetische Besatzungsmacht in Österreich 1945-1955. Forschungsstand, Quellenlage und Fragestellungen, in: Zeitgeschichte, 28. Jg., 2001, H. 2 (März/April), S.114-129.

Todesstrafe (allerdings war zwischen 1947 und 1950 die Todesstrafe in der UdSSR sistiert worden).
Der Wiener Zeithistoriker Gerhard Jagschitz gibt an, daß nach Abschluß des Staatsvertrages 73 wegen Kriegsverbrechen von sowjetischen Gerichten verurteilte und nicht amnestierte österreichische StaatsbürgerInnen von der UdSSR an Österreich überstellt worden sind.[72]

Die Ahndung von NS-Verbrechen in Österreich nach 1955[73] – ein Überblick
Die NS-Amnestie 1957 bewirkte nicht nur die Einstellung einer ganzen Reihe von noch offenen Verfahren, sondern darüber hinaus die Verstärkung der bereits in den letzten Jahren des Bestehens der Volksgerichte feststellbaren Tendenz zur Bagatellisierung der NS-Verbrechen. Diese waren nach der Abschaffung der Volksgerichtsbarkeit nach dem österreichischen Strafgesetz abzuurteilen.
Bis Anfang der 60er Jahre war die Ausforschung nationalsozialistischer Gewalttäter Aufgabe der Abteilung 2 (ab 1957: 2A) des Bundesministeriums für Inneres. Zur Untersuchung von NS-Gewaltverbrechen rief der damalige Innenminister Franz Olah (zu dieser Zeit SPÖ) 1963 eine eigene Abteilung (2C) ins Leben, die – ähnlich der in der Bundesrepublik Deutschland 1958 eingerichteten Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg – als koordinierende Stelle zur vorbereitenden Ermittlung fungierte.[74] Die Abteilung 2C wurde im Zuge der Mitte der 60er Jahre erfolgten Umorganisierung des Bundesministeriums für Inneres in die Abteilung 18 umgewandelt. 1970/71 verkleinerte der damalige Innenminister Otto Rösch (Regierung Kreisky I, 1970/71) die Abteilung 18 erheblich[75] und löste sie 1975 überhaupt auf. Heute ist die Ahndung von NS-Verbrechen der Abteilung II/7 der Gruppe C (Staatspolizei) zugeteilt.[76]
Eine wichtige Rolle bei der Aufklärung von NS-Verbrechen kam und kommt Simon Wiesenthal zu. 1947 richtete er in Linz ein Dokumentationszentrum zur Ausforschung von NS-Tätern ein, das er 1954 wieder schloß, da seiner Ansicht nach in Österreich kaum jemand mehr Interesse an der Verfolgung der NS-Täter hatte. Nach dem Ende des Eichmann-Prozesses 1961 nahm Wiesenthal seine Tätigkeit, diesmal in Wien, wieder auf.
Der österreichische Nationalrat mußte sich in den 60er Jahren – so wie in der Bundesrepublik Deutschland der Bundestag – mit dem Ende der Verjährungsfristen beschäftigen. Am 10. Juli 1963 beschloß das Parlament das Bundesgesetz über die Verlängerung der Verjährungsfristen.[77] Mit dieser Strafgesetznovelle wurde der

72 Siehe Jagschitz, Einfluß, S.383.
73 Siehe Kuretsidis-Haider, Engerau-Prozesse, S.69-72.
74 Siehe Bundesministerium für Inneres (MR Dr. Baumgartner) an das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, 11.12.1992, G.Z. 38.752/64-II/6/92.
75 Siehe Maria Sporrer/Herbert Steiner: Simon Wiesenthal. Ein unbequemer Zeitgenosse, Wien u. a. 1992, S.217.
76 Siehe Winfried R. Garscha: Eichmann: Eine Irritation, kein Erdbeben. Zu den Auswirkungen des Prozesses von Jerusalem auf das Österreich des Herrn Karl, in: Thomas Albrich/Sabine Falch (Hrsg.): Österreich und Israel vom Kriegsende bis zum Eichmann-Prozeß, Innsbruck (in Druck).
77 Siehe Bundesgesetz vom 10. Juli 1963 über die Verlängerung von Verjährungsfristen im Strafverfahren

Beginn der Verjährung von gerichtlich strafbaren Handlungen, die der Täter/die Täterin aus „nationalsozialistischer Gesinnung oder aus Willfährigkeit gegenüber Anordnungen“ begangen hatte, „die im Interesse der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft oder aus nationalsozialistischer Einstellung ergangen sind“, mit dem 29. Juni 1945 festgesetzt. Durch dieses Gesetz sollte die volle Verjährungszeit von 20 Jahren für Mord wiederhergestellt werden. Die Verlängerung der Verjährungsfristen war notwendig, da das damals geltende österreichische Strafgesetz keine allgemeine Bestimmung über das Ruhen der Verjährung enthielt. Insbesondere durch die Tätigkeit der Zentralen Stelle der deutschen Landesjustizverwaltungen Ludwigsburg und durch den Prozeß gegen Adolf Eichmann in Jerusalem waren neue Beweismittel zu österreichischen Tätern zutage gekommen. Im Jahre 1964, also vor Eintreten der Verjährung im Juni 1965, setzten sich insbesondere Simon Wiesenthal und der Internationale Auschwitz-Verband für die Aufhebung der Verjährung von NS-Verbrechen ein. Der entscheidende Punkt der Gesetzesnovelle war die Nichtverjährung von Mord und somit die Nichtverjährung von NS-Tötungsverbrechen.

Die 1960er und 1970er Jahre, als in Deutschland beispielsweise die großen Frankfurter Prozesse stattfanden, waren in Österreich geprägt durch teilweise offenkundige Fehlurteile. Mehrere Wahrsprüche der Geschworenen mußten wegen Rechtsirrtums aufgehoben werden.[78]

Einige Fälle seien hier kurz angeführt:

- Die Erbauer der Krematorien von Auschwitz, Walter Dejaco und Fritz Ertl[79], wurden 1972 freigesprochen.[80]
- Gegen Franz Murer, Verwalter (und damit u. a. Verantwortlicher für die Unterernährung) des Ghettos von Wilna, konnte kein Urteil erreicht werden.[81]
- Der Prozeß gegen Ernst Lerch, den Adjudanten von Odilo Globocnik während der Massenmorde im Zuge der „Aktion Reinhard“, wurde 1971 nach zwei Tagen wegen mangelnder Beweise eingestellt.[82]
- Ebenfalls Aufsehen erregten die insgesamt vier Verhandlungen gegen den Eichmann-Mitarbeiter Franz Novak, der u. a. für die Zusammenstellung der Transporte österreichischer Juden und Jüdinnen in die Vernichtungslager zuständig war. Die Urteile gegen den „Fahrdienstleiter des Todes“ wurden insgesamt dreimal vom

(BGBl. Nr. 180/63). Siehe dazu auch Holpfer, Auseinandersetzung.

78 Zu den Geschworenengerichtsverfahren siehe Winfried R. Garscha: Chronik der gerichtlichen Ahndung von NS-Verbrechen nach der Abschaffung der Volksgerichte (1956 bis 2000), in: Justiz und Erinnerung, hrsg. v. Verein zur Förderung justizgeschichtlicher Forschungen und Verein zur Erforschung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen und ihrer Aufarbeitung, 2001, Nr. 4 (Mai), S.25-33.

79 Fritz Karl Ertl hatte sich allerdings bereits Anfang 1943 von Auschwitz nach Dresden versetzen lassen, was die Entscheidung der Geschworenen beeinflußt haben mag. Siehe Hermann Langbein: Menschen in Auschwitz, Wien 1987, S.477. – Kopie der Erhebungsunterlagen und der Anklageschrift: DÖW 7855.

80 10. März 1972 (LG Wien 20 Vr 3806/64).

81 Am 19.6.1963 fällte ein Grazer Geschworenengericht (LG Graz 4 Vr 1811/62) einen Freispruch, der aber nicht rechtskräftig geworden ist. Am 22.4.1964 hob der OGH im Gefolge einer Nichtigkeitsbeschwerde der Staatsanwaltschaft Graz das Urteil auf. Am 24.7.1974 wurde das Verfahren durch das LG Graz eingestellt.

82 Am 17.5.1972 wurde die Hauptverhandlung vor einem Klagenfurter Geschworenengericht (LG Klagenfurt 25 Vr 3123/71) abgebrochen, am 11.5.1976 das Verfahren zur Gänze eingestellt.

Obersten Gerichtshof aufgehoben. Am 13. April 1972 fällte ein Geschworenengericht einen Schuldspruch, und zwar u. a. wegen entfernter Mitschuld am Mord, erkannte allerdings auf Verjährung und verurteilte Novak zu einer Kerkerstrafe von sieben Jahren. Neuerlichen Berufungen und Nichtigkeitsbeschwerden hat der OGH nicht stattgegeben.[83]

Diesen Skandalurteilen standen drei lebenslängliche Haftstrafen[84] gegenüber:

- Die erste lebenslange Haftstrafe verhängte das Geschworenengericht am Landesgericht Wien bereits am 26. Juli 1956 gegen Leopold Mitas, Angehöriger einer Einheit der Wiener Schutzpolizei, die in Boryslaw (Polen/Distrikt Galizien, heute Ukraine) stationiert war.[85] Das Gericht sprach ihn u. a. schuldig, zwischen 1941 und 1944 an der Ermordung von Jüdinnen und Juden, „zum Teil in der Absicht, deren Besitztümer an sich zu bringen", beteiligt gewesen zu sein.[86]

Im Jänner 1958 sah ihm allerdings Bundespräsident Schärf die Verbüßung der Reststrafe nach. Von seinen fünf Mitangeklagten wurden vier freigesprochen, einer – er war schon im September 1949 von einem sowjetischen Militärgericht in Baden zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden – erhielt 20 Jahre Freiheitsentzug. Diese Strafe ist ihm im Juli 1957 vom Bundespräsidenten nachgesehen worden.

- Auch die zweite lebenslängliche Strafe,[87] ausgesprochen am 18. März 1959, betraf einen Angehörigen der Wiener Schutzpolizei, nämlich Josef Gabriel. Er war für schuldig befunden worden, als Gestapobeamter im Sommer 1939 in Wr. Neustadt Häftlinge mißhandelt zu haben sowie an der Ermordung von mehreren hundert jüdischen Männern und Frauen auf dem Gelände des Schlachthofes in Boryslaw beteiligt gewesen zu sein bzw. die Leitung und Überwachung der Erschießungsaktion von mehreren hundert Juden und Jüdinnen Anfang 1943 in Boryslaw innegehabt zu haben. Am 19. Dezember 1968 wurde Gabriel bedingt aus dem Gefängnis entlassen.

- Am 4. Oktober 1963 fällte das Geschworenengericht Graz eine lebenslange Haftstrafe[88] über den „Henker von Theresienstadt" Stefan Rojko. Er war der Begehung von nationalsozialistischen Gewaltverbrechen an österreichischen Juden und Jüdinnen sowie an deutschen und tschechischen Häftlingen im KZ Theresienstadt (Kleine Festung) für schuldig befunden worden. Der OGH verwarf die gegen das Urteil eingebrachte Nichtigkeitsbeschwerde und gab der Berufung nicht Folge.

---

83 Franz Novak wurde am 17.12.1964 von einem Wiener Geschworenengericht (LG Wien 20 Vr 2729/63) zu acht Jahren Haft verurteilt. Der OGH hob dieses Urteil am 15.12.1965 auf. Am 6.10.1966 fällte ein Wiener Geschworenengericht einen Freispruch wegen Befehlsnotstands. Dieses Urteil hob der OGH am 14.2.1968 auf. Am 18.12.1969 verurteilte ein Wiener Geschworenengericht Novak zu neun Jahren. Der OGH hob auch dieses Urteil – nach einer Nichtigkeitsbeschwerde zur Wahrung des Gesetzes durch die Generalprokuratur – am 8.3.1971 auf. Am 13.4.1972 verurteilte ihn schließlich ein Wiener Geschworenengericht zu sieben Jahren Haft, was rechtskräftig war. Zu Franz Novak siehe auch: Kurt Pätzold/Erika Schwarz: „Auschwitz war für mich nur ein Bahnhof". Franz Novak – der Transportoffizier Adolf Eichmanns, Berlin 1994.

84 Siehe dazu Garscha, Chronik, S.25-33.

85 Siehe LG Wien 20a Vr 3333/56.

86 Akt teilweise kopiert im DÖW 5.930.

87 Siehe LG Wien 20 Vr 1077/57.

88 Siehe LG Graz 4 Vr 2132/62.

Am 24. Juli 1975 wurde Stefan Rojko bedingt aus der Haft entlassen.[89]
Zu Beginn der siebziger Jahre stellte der damalige Justizminister Christian Broda (von der SPÖ) die Verfolgung von NS-Verbrechen in Österreich faktisch ein. Der letzte Freispruch durch ein österreichisches Geschworenengericht erfolgte im Jahre 1975.[90] Zwischen 1975 und 1999 gab es keine Anklage mehr wegen NS-Verbrechen in Österreich. Erst dann wurde nach 24 Jahren wieder eine Anklageschrift fertiggestellt und zwar gegen den Arzt und langjährigen Gerichtspsychiater Heinrich Gross, der in der Psychiatrischen Klinik „Am Spiegelgrund" Kinder ermordet haben soll. Das Verfahren ist aber wegen Verhandlungsunfähigkeit des Angeklagten abgebrochen.[91]
Zwischen 1956 und 1975 fanden 40 Strafverfahren (gegen 48 Personen) bei den Landesgerichten in Graz, Innsbruck, Linz, Klagenfurt, Salzburg, Wels und Wien statt. 23 endeten mit einem Schuldspruch (davon waren 19 rechtskräftig). 30 Personen wurden freigesprochen. Vermutlich haben 5.500 bis 6.000 staatsanwaltliche Vorerhebungen seit Abschaffung der Volksgerichte zu gerichtlichen Voruntersuchungen geführt.[92]

89 Siehe Heimo Halbrainer/Thomas Karny: Geleugnete Verantwortung. Der „Henker von Theresienstadt" vor Gericht, Grünbach 1996, S.206.
90 2.12.1975, LG Wien 20 Vr 3625/75, gegen Johann Vinzenz Gogl. Gogl war bereits am 4.5.1972 durch ein Linzer Geschworenengericht (LG Linz 18 Vr 485/67) nicht rechtskräftig freigesprochen worden. Dieses Urteil hob der OGH am 15.6.973 auf.
91 Die 1997 – aufgrund einer Anzeige des wissenschaftlichen Leiters des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes Wolfgang Neugebauer – eingeleitete Voruntersuchung wegen Mordes gegen den jahrzehntelang als Gerichtsgutachter tätig gewesenen Arzt Heinrich Gross (Tatvorwurf: „Euthanasie") führte am 16.4.1999 zur Anklageerhebung durch die Staatsanwaltschaft Wien. Am 21.3.2000 wurde die Hauptverhandlung gegen Heinrich Gross vor einem Wiener Geschworenengericht (LG Wien 23b 12100/97) eröffnet und noch vor Verlesung der Anklageschrift unterbrochen. Sie ist bisher nicht wieder aufgenommen worden.
92 Eine „Übersicht über österreichische Gerichtsverfahren wegen NS-Gewaltverbrechen", die von der für die Ausforschung von NS-Tätern zuständigen Abteilung 18 des Bundesministeriums für Inneres angelegt und am 2.11.1965 abgeschlossen wurde, ist auf der Website http://www.nachkriegsjustiz.at/Prozeße/geschworeneng/wahrsprueche_geschworenengerichte56_75.php (download: 26.1.2005) zu finden.

„Revolutionäre Briefe“, Stockholm, Juni 1945. Zur Kritik der Nachkriegspläne des deutschen Exils

Peter Birke

Im Anhang wird ein Text dokumentiert, der im Sommer 1945 unter den sich noch in Schweden befindenden deutschen Exilanten verteilt wurde.[1] Einleitend werden die Zusammenhänge skizziert, aus denen heraus der Text entstand.

Die Gewerkschaftsgruppe der deutschen Flüchtlinge in Stockholm

Nach dem deutschen Überfall auf Dänemark und Norwegen am 8. April 1940 wurde Schweden zum zentralen Aufenthaltsort deutscher Exilanten in Skandinavien. Während die schwedische Regierung den Zustrom jüdischer Emigranten in den ersten Kriegsjahren weitgehend verhinderte,[2] konnten einige hundert Menschen als Hitlergegner ins Land einreisen. Die Einreise war jedoch stets mit dem Risiko verbunden, von der Polizei im schlimmsten Falle der Gestapo ausgeliefert[3] oder in eines der Internierungslager, die nach Kriegsbeginn von den schwedischen Behörden eingerichtet worden waren, eingeliefert zu werden. Solche Repressionen betrafen vor allem die Emigranten aus der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), die aus diesem Grunde zum Teil illegal einreisen und im Land leben mußten. Während sozialdemokratische und linkssozialistische Flüchtlinge von der *Arbetarrörelsens Flygtningshjälp* (Flüchtlingshilfe der Arbeiterbewegung), wenn auch zum Teil widerstrebend, unterstützt wurden, war nicht nur die Rechtssituation, sondern auch das alltägliche Überleben für die Kommunisten ungleich schwerer. Die Rote Hilfe erhielt keine staatlichen Zuwendungen, und besonders die Illegalen mußten unter schwersten materiellen Bedingungen überleben.[4] Erst nachdem der Vormarsch der deutschen Wehrmacht Ende 1942 in der Sowjetunion gestoppt worden war, began-

1 Die in den Fußnoten notierten Verweise auf das Archiv der Kommunistischen Partei Deutschlands Opposition (KPD[O]) im Archiv der Arbeiterbewegung (ABA), Kopenhagen, sind mittlerweile überholt, da ersteres mittlerweile an das Archiv der Forschungsstelle für Zeitgeschichte, Hamburg, übergegangen ist, siehe im Internet unter www.rrz.uni-hamburg.de/FZH. Die Verweise sind jedoch beibehalten worden, da die Sammlung noch nicht vollständig neu bearbeitet wurde und die Ordnung der ABA dort nachvollziehbar bleibt.

2 Siehe Helmut Müssener: Exil in Schweden. Politische und kulturelle Emigration nach 1933, München 1974, S.61-77. Nach dem Bericht der „Sandler-Kommission“, die die schwedische Flüchtlingspolitik im Auftrag der Regierung untersuchen sollte, befanden sich am 1. April 1945 104.682 Flüchtlinge in Schweden, davon waren 5.594 als „Deutsche“ definiert. Siehe Müssener, Exil, S.92.

3 Die schwedische Polizei entschied an der Grenze über die politische Motivation der Flüchtlinge und die daraus resultierende Anerkennung oder Ablehnung der Fluchtgründe. Eine Ablehnung konnte zur Auslieferung an das Deutsche Reich führen und hatte für die Betroffenen Konsequenzen bis hin zur Hinrichtung, so zum Beispiel im Fall des KPD(O)-Funktionärs Fritz Schreiter, siehe: Theodor Bergmann: Gegen den Strom. Die Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands Opposition (KPDO), Hamburg 1987, S.423f.

4 Siehe Müssener, Exil, S.80f.

nen sich die Bedingungen für die Flüchtlinge in Schweden zu verbessern. Die Internierten kamen nach und nach frei. Schließlich konnten auch die kommunistischen Exilanten, die häufig illegal ins Land gekommen waren, eine Arbeitserlaubnis und offizielle Unterstützung ihrer Hilfsorganisation erhalten. Auch das strenge Verbot politischer Aktivität und die teilweise drastischen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit aller Flüchtlinge wurden gelockert.

Kristallisationspunkt der sich in dieser Situation entwickelnden Zusammenarbeit der verschiedenen Richtungen der sozialistischen Arbeiterbewegung im schwedischen Exil war, neben dem Freien Deutschen Kulturbund, die „Landesgruppe der Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften“ (LdG).[5] Vor allem in ihrer zahlenmäßig stärksten Ortsgruppe in Stockholm trafen sich rechte und linke Sozialdemokraten, Mitglieder der KPD und der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) sowie weiterer linker Zwischengruppen. Die LdG hatte das Anliegen, ehemalige Freigewerkschafter, aber auch die Mitglieder der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) in einer Einheitsorganisation zusammenzufassen und inhaltlich wie praktisch auf die Rückkehr ins befreite Deutschland vorzubereiten. Dominiert wurde die LdG durch einen Kreis von Sozialdemokraten um den prominenten ehemaligen Vorsitzenden des Holzarbeiterverbandes, Fritz Tarnow,[6] sowie von Mitgliedern der Sozialistischen Arbeiterpartei wie Irmgard und August Enderle. Während Tarnow wie kaum ein anderer in der Weimarer Republik für den Flügel des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) stand, der „Arzt am Krankenbett des Kapitalismus“ sein sollte, waren die Enderles zunächst in der KPD(O) und später in der SAP bekannte linke Kritiker dieser Politik.[7]

Eine neue Volksfront?

Die Mehrheit der Mitglieder der Gewerkschaftsgruppe trat für eine einheitliche, linkssozialistisch orientierte Gewerkschaft als Nukleus der Sozialistischen Einheitspartei, für eine parlamentarische Demokratie sowie für die schrittweise Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsform durch Sozialisierungen ein. Seit 1943 entwickelte sich auf dieser Grundlage eine Integration der Exilanten aus der KPD in die Gewerkschaftergruppe. Dabei übernahmen Funktionäre der Abschnittsleitung Nord dieser Partei, wie Karl Mewis in Uppsala, auch Funktionen in der Gewerkschaftsgruppe, was die Bedeutung unterstrich, die der LdG von seiten der KPD-Zentrale zugemessen wurde. Während die KPD in Göteborg die Mehrheit im Ortsverband der LdG stellte, war sie in Stockholm, aus Gründen, die mit der restriktiven schwedischen Flüchtlingspolitik der ersten Kriegsjahre zu tun hatten, nicht ganz so stark vertreten.[8] Die Mitarbeit der KPD schloß ihren weitgehenden Verzicht auf

5 Zur Geschichte der LdG siehe Dieter Günther: Gewerkschafter im Exil. Die Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden von 1938-1945, Marburg 1982.

6 Eine Kurzbiografie Tarnows findet sich u. a. bei Müssener, Exil, S.522.

7 Siehe hierzu August Enderle u. a.: Das rote Gewerkschaftsbuch, Berlin 1932 (Reprint: Hamburg 1973).

8 Zur Moskauer Diskussion um die Nachkriegsordnung siehe Peter Erler/Horst Laude/Manfred Wilke: „Nach Hitler kommen wir“. Das Konzept der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegs-

Forderungen nach einer grundlegenden Umwälzung der Produktionsverhältnisse in einem befreiten Deutschland ein. Im Einklang mit der Nachkriegsplanung der Partei in Moskau orientierte man auf eine Politik der „nationalen Front" und der „kämpferischen Demokratie", d. h. auf eine Zusammenarbeit mit der bürgerlichen Opposition und den Besatzungsmächten nach dem Ende des Krieges.[9] Die „Landesgruppe" wurde damit zu einem Forum, in dem die Konzeption der „Volksfront" aktualisiert wurde, die die Politik sowohl der KPD und SAP als auch eines Teiles der Sozialdemokratie bereits Mitte der 1930er Jahre geprägt hatte. Dabei bedeutete das vorläufige Bündnis der drei Richtungen nicht, daß nicht zugleich auch um die Hegemonie innerhalb derjenigen Organisationsstrukturen gekämpft wurde, die möglicherweise die Nachkriegsordnung in Deutschland prägen würden. „Volksfrontpolitik" im Sinne einer Zusammenarbeit mit bürgerlichen Kräften hieß 1945 konkret, mangels Alternative, Zusammenarbeit mit den Repräsentanten der westalliierten Staaten im Ausland.[10] Die neue Volksfrontpolitik unterschied sich in zwei wesentlichen Merkmalen von derjenigen der dreißiger Jahre: Erstens hatte sie keine Massenbasis im Sinne einer sozialen Bewegung, auf die sie sich, wie in Frankreich 1934-1936, hätte beziehen können. Zweitens beinhaltete sie eine direkte und ausschließliche Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen und nicht, wie in den 1930er Jahren, mit einzelnen prominenten Vertretern oder sozialen Organisationen bürgerlich-liberaler Prägung. Der brüchige Konsens zwischen den Westalliierten und der Sowjetunion war die Voraussetzung, mit der die Neuauflage der „Volksfrontpolitik" 1945 stand und fiel.

Neben der erwarteten Situation im Nachkriegsdeutschland und den Rücksichten auf die militärische Lage war für die Diskussion der Nachkriegspläne in der LdG auch die damalige politische Konzeption der schwedischen Sozialdemokratie prägend. Die deutschen Exilanten waren nicht nur durch die sozialdemokratische Hilfsorganisation, sondern auch durch die konkrete Unterstützung der Aktivitäten der LdG mit der schwedischen Regierungspartei verbunden. Ein Teil der Entwürfe der LdG bezog sich auf das „27-Punkte-Manifest" aus dem Jahre 1944, in dem die schwedische Sozialdemokratie ihre Nachkriegsplanungen dargelegt hatte.[11] In diesem Programm revidierte die Partei, die seit 1932 in Zusammenarbeit mit der Bauern-

---

deutschland, München 1997, S.102-120. Nach Müssener, Exil, S.159, befanden sich ca. 100-120 Exilanten aus der KPD in Schweden. Zur regionalen Verteilung siehe ebenda, S.121.

9 Siehe Erler/Laude/Wilke, Nach Hitler.

10 Wichtige Aktivisten der größeren sozialistischen Gruppen hatten 1945 bereits seit einiger Zeit mit solchen Stellen direkt zusammengearbeitet. Zur Zusammenarbeit der LdG mit der britischen Gesandtschaft siehe Müssener, Exil, S.131. Zu Willy Brandts und August Enderles Kontakten zur britischen Gesandtschaft und zum US-Geheimdienst siehe u. a. Einhart Lorenz: Mehr als Willy Brandt. Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) im skandinavischen Exil, Frankfurt am Main 1997. Auch der Kommunist Max Hodann ließ seine Aktivitäten zur Unterstützung von Wehrmachtsdeserteuren von der britischen Gesandtschaft finanzieren. Siehe Müssener, Exil, S.257f. Zur Verbindung mit dem britischen Geheimdienst bei Sabotage-Aktionen gegen Teile der deutschen Kriegsmaschinerie in Schweden siehe ebenda, S.252f.

11 Zur Kritik dieses Programms siehe Revolutionäre Briefe, 1945, Nr. 2, ABA, Zeitschriftensammlung.

partei und seit 1939 mit allen bürgerlichen Parteien in einer großen Koalition die schwedische Regierung führte, ihre orthodox-marxistischen programmatischen Vorstellungen aus dem Jahre 1920 nun auch auf dem Papier.[12] Ein Teil der deutschen Flüchtlinge identifizierte sich mit dem neuen Programm. Das betraf besonders diejenigen Linkssozialisten, die den Prozeß des Aufstiegs der skandinavischen Parteien in die Regierungen ihrer Länder vor Ort beobachtet hatten. In allen drei skandinavischen Ländern war es den sozialdemokratischen Parteien gelungen, ihre gesellschaftliche Hegemonie gegenüber durchaus vorhandenen reaktionären Neuordnungsvorstellungen zu behaupten. Während die 1930er Jahre in Deutschland für den Sieg des Faschismus standen, setzten sich in Dänemark, Schweden und Mitte des Jahrzehntes auch in Norwegen sozialdemokratische Konzepte durch, die im Gegensatz zur Politik der 1920er Jahre keynesianistische Konzepte propagierten und den Staat als zentrales Instrument einer „nachfrageorientierten Politik“ auf der Basis eines institutionalisierten Klassenkompromisses begriffen. Das schwedische „27-Punkte-Manifest“ von 1944 faßte also die Erfahrungen aus zwölf Jahren sozialdemokratischer Regierungspolitik in einem kapitalistischen Staat zusammen und legte, wie Bergström es zusammenfaßte, „die Fundamente für einige Jahrzehnte politischer Arbeit“ in der Nachkriegsperiode.[13]

Die SAP und die Volksfront

Innerhalb der SAP, die noch unmittelbar nach dem Machtantritt der Hitler-Regierung 1933 eine „antistalinistische kommunistische Alternative zur KPD“[14] sein wollte, hatten sich die Widersprüche der Volksfrontpolitik schon vor ihrer „Neuauflage“ gezeigt. Die SAP war ab 1936 Mitglied des Pariser Lutetia-Ausschusses, während sie im Spanischen Bürgerkrieg an der Seite der Arbeiterpartei der Marxistischen Einheit (Partido Obrera de Unificación Marxista, POUM) kämpfte, die von der KPD abgelehnt und von den staatlichen Instanzen der spanischen Republik immer massiver verfolgt wurde.[15] Diese widersprüchliche Orientierung führte Anfang 1937 zur Spaltung der SAP. Es bildete sich die Gruppe „Neuer Weg“, der sich die meisten Mitglieder der SAP anschlossen, die in den

12 Eine Übersicht gibt Villy Bergström: Party Program and Economic Policy: The Social Democrats in Government, in: Klaus Misgeld u. a.: Creating Social Democracy. A Century of the Social Democratic Labour Party in Sweden, Pennsylvania 1992.

13 Siehe ebenda, S.151. Die schwedische Debatte ist selbst noch Nachklang der Auswertung der Entwicklungen in den USA am Ende der 1920er Jahre. Tarnow war in seiner Bewunderung des Fordismus schon 1928 zu dem Schluß gekommen, daß eine „Lösung der sozialen Frage“ aus Sicht des Kapitals „vernünftig“ und nicht zuletzt auch „effizient“ sei.

14 Jörg Bremer: Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschland (SAP). Untergrund und Exil, Frankfurt am Main, 1978, S.64.

15 Siehe ebenda, S.171. Aus Sicht eines KPD(O)-Mitgliedes siehe die Aussagen von Walter Schwarz, in: ABA, (Gräff), kasse 224, V, 1. Lorenz, Mehr als Willy Brandt, S.144, schildert die Entwicklung in den skandinavischen Ländern.

POUM-Milizen aktiv gewesen waren.[16] Auch die SAP-Flüchtlinge in Kopenhagen traten zum größten Teil dieser Gruppe bei.[17] Ein großer Teil der Exilanten in Norwegen blieb dagegen zunächst bei der Annäherung *sowohl* an die Volksfrontpolitik der KPD *als auch* an die skandinavische Sozialdemokratie. Dies wurde auch deshalb nicht als Widerspruch gesehen, weil für die zuletzt genannte Fraktion die Vermittlung zwischen den Arbeiter*parteien* im Vordergrund stand, während sich „Neuer Weg" vor allem an den Erfahrungen der revolutionären Bewegungen orientierte.[18] Innerhalb der Stockholmer Vertretung der SAP schloß sich Irmgard Enderle der Gruppe „Neuer Weg" an, während August Enderle der Pariser Leitung treu blieb.

Der Beginn des Krieges relativierte die Bedeutung dieser Spaltungen zunächst. Die kleinen Gruppen der sozialistischen Bewegung gerieten in die Gefahr der Auflösung, nicht nur aufgrund der Restriktionen durch das Gastland, wie in Schweden, sondern auch, weil die Pariser, Osloer und andere Auslandsvertretungen mit den Überfällen auf die jeweiligen Länder zerschlagen wurden. Der Kontakt zum Widerstand in Deutschland war dadurch weiter erschwert und kam in den ersten Jahren des Krieges nahezu ganz zum Erliegen. Die SAP-Gruppe in Stockholm, zu der 20-30 Personen gehörten hatten, hatte nunmehr, wie Lorenz schreibt, „viele ihrer Funktionen verloren".[19]

Allerdings gelang es den Enderles bereits seit 1937, Kontakte zu deutschen Seeleuten aufzubauen, die der Funktionär der Internationalen Transportarbeiter-Föderation Edo Fimmen vermittelte. Später hatte Willy Brandt auch Kontakte zu den Aufständischen des 20. Juli 1944, die durch Fritz Tarnow zustande gekommen waren. In der Folge schrieben die SAP-Genossen Brandt und Szende einen Bericht über diesen Aufstand mit dem Titel „Misslyckad revolt" („Die mißglückte Revolte"). Der Text erschien nur einige Monate nach dem 20. Juli auf der Grundlage von Interviews mit einem der Aufständischen, dem die Flucht gelungen war.[20] Die in der unten dokumentierten Quelle kritisierten „20 Punkte" von Brandt und Szende befinden sich im Anhang des Buches. Hier wurde, ganz im Sinne der „neuen" Volksfrontpolitik und der Konzeption des KPD-orientierten „Nationalkomitees

16 Siehe Bremer, Die Sozialistische Arbeiterpartei, S.207f.; sowie „Neuer Weg", Kopie, undat. (wahrscheinlich Mitte 1937), zu den Maiereignissen in Barcelona und den Verhaftungen von Nin und anderen, ABA, Zeitschriftensammlung.

17 Siehe Lorenz, Mehr als Willy Brandt, S.39.

18 In Oslo war Willy Brandt der (manchmal umstrittene) Leiter der örtlichen Emigration. Brandt konnte der Regierungspolitik der Norwegischen Arbeiterpartei progressive Züge abgewinnen – gleichwohl distanzierte er sich erst Mitte 1938 von der Zusammenarbeit mit der KPD, u. a. vor dem Hintergrund seiner späten Erkenntnis, daß die Moskauer Prozesse der Jahre 1935-1938 inakzeptabel gewesen seien. Zum Verhältnis der SAP-Emigration in Norwegen zur Norwegischen Arbeiterpartei (DNA) siehe ebenda, S.108f. Zu den Auseinandersetzungen zwischen Brandt und Walcher über die DNA siehe Bremer, Die Sozialistische Arbeiterpartei, S.122f.

19 Lorenz, Mehr als Willy Brandt, S.200.

20 Der allerdings gegen die Veröffentlichung seiner Aussagen protestierte, siehe Müssener, Exil, S.252.

Freies Deutschland“, die Zusammenarbeit mit den aufständischen Generalen empfohlen und politisch begründet.

Die Kontroversen in der „Landesgruppe“ und in der Emigration in Stockholm

Die Opposition, die sich innerhalb der Gewerkschaftsgruppe gegenüber solchen Vorschlägen formierte, bestand aus ehemaligen Mitgliedern verschiedener kleiner linker Gruppen und einigen Dissidenten sowohl aus der Sozialdemokratie als auch der SAP. Im schwedischen Exil war die KPD(O) die einzige Gruppierung, die als Organisation außerhalb der größeren sozialistischen Parteien bestand. Außerdem lebten in Schweden, wie Müssener schreibt, „Einzelgänger“, u. a. aus der Internationalen Arbeiter Assoziation, dem „Lenin-Bund“ und der trotzkistischen „Linken Opposition“.[21] Für die linke Opposition war Fritz Rück[22] bis zur ersten Landeskonferenz der Gewerkschaftsgruppe Anfang 1944, als die KPD an Einfluß gewann, im Vorstand der LdG. Neben Rück war auch der ehemalige „Versöhnler“ Siggi Neumann aktiv an den Diskussionen sowohl der LdG als auch der KPD(O)-Gruppe beteiligt.

Innerhalb der LdG prallten die Standpunkte der Opposition ab 1943 häufig mit denen von Tarnow und Mewis zusammen. Die Opposition sah in den zukünftigen Gewerkschaften ein zentrales Instrument im Kampf für eine sozialistische Gesellschaft mit Betriebsräten als Keimzellen einer umfassenden gesellschaftlichen Umwälzung und Demokratisierung. Dabei war sie in ihrer Ablehnung der Taktik und des Parteimodells, wie sie die großen Organisationen vertraten, einig. Die KPD(O)-Gruppe wurde dadurch Kristallisationspunkt eines Bündnisses von Menschen mit recht unterschiedlichen politischen Erfahrungen und Erwartungen an die Befreiung vom Nationalsozialismus. Allerdings gab es häufig keinen festen Block der „Mehrheit“ und der „Opposition“. Fritz Tarnow, der nicht zu unrecht für die Kapitulation des ADGB-Vorstands vom 2. Mai 1933 mitverantwortlich gemacht wurde, legte im Februar 1943 ein Konzept vor, das die Übernahme der Strukturen der Deutschen Arbeitsfront (DAF) durch die neu zu bildenden Gewerkschaften vorsah. Dem widersprach beispielsweise der Sozialdemokrat und LdG-Vorsitzende Martin Kern.[23] Die Opposition und hier insbesondere die KPD(O)-Genossen schlossen sich dieser Auffassung an. Sie konnten sich dabei auf eine Position beziehen, die sich bereits im Widerstandskampf in Deutschland herausgebildet hatte. Dort forderten die Illegalen (gegen den Vorschlag der KPD, im Apparat der DAF aktiv zu werden) die Bildung „Unabhängiger Klassengewerkschaften“ und setzten das – zumindest in Berlin – in der ersten Phase des antifaschistischen Widerstandes

21 Siehe ebenda, S.182.

22 Fritz Rück, früherer Vorsitzender des Stuttgarter Arbeiter- und Soldatenrates, 1931 von der SPD in die SAP übergetreten, dort 1932 ausgeschlossen, arbeitete in Schweden an den Publikationen der KPD(O) mit. Kurzbiografie siehe bei Müssener, S.517.

23 Siehe Mitteilungsblatt – Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden, 1943, Nr. 5, ABA, Zeitschriftensammlung.

praktisch um.[24] Für die KPD kritisierte Mewis Tarnows Vorschlag, wobei er sich im Gegensatz zur Opposition für eine zentralisierte und „unpolitische" Einheitsgewerkschaft aussprach.[25]
Auch in der Frage der Neuordnung der deutschen Wirtschaft war die Polarisierung zwischen Mehrheit und Opposition in der LdG nicht eindeutig. Tarnow meinte, daß sich bereits in der nazistischen Kriegswirtschaft „planwirtschaftliche" Elemente herausgebildet hätten, die es nach der militärischen Niederlage des NS-Regimes zu übernehmen und für eigene Zwecke zu nutzen gelte. In dieser Vorstellung wußte sich Tarnow mit anderen Sozialdemokraten einig, die in der NS-„Planwirtschaft" „demokratisierende Tendenzen" sahen.[26] Die KPD(O) kritisierte diese Position in den „Revolutionären Briefen" vom Februar 1944 unter Hinweis auf den Zusammenhang zwischen NS-Terror, Vernichtungskrieg und „Planwirtschaft". Während die Delegierten der KPD diese Kritik teilten,[27] bezogen sich die Kontroversen zwischen der Opposition in der LdG und der KPD vor allem auf das Verhältnis der Gewerkschaften zu den Besatzungsmächten. Bei einer Auseinandersetzung um das Verhältnis der Emigration zu den Vereinten Nationen und zur alliierten Politik, die Anfang 1945 ihren Höhepunkt erreichte, waren etwa ein Drittel der ca. 150 Mitglieder der Stockholmer Ortsgruppe auf seiten der Gegner der Politik des Vorstands. Dieser war, ohne dies mit den Mitgliedern abzusprechen, gemeinsam mit dem Freien Deutschen Kulturbund, der Sozialdemokratie und der KPD für eine Zusammenarbeit mit den Besatzungsmächten eingetreten.[28] Unter den Gegnern dieser Resolution war allerdings auch eine rechte Opposition in der Sozialdemokratie, die sich gegen die Zusammenarbeit der LdG mit der KPD wandte.[29]

Die KPD(O) und die „Revolutionären Briefe"

Nach Aufzeichnungen des Flüchtlings Erwin Gräff lebten 21 KPD(O)-Mitglieder zwischen 1942 und 1945 in Schweden, wovon drei aus der Opposition in der österreichischen Partei kamen.[30] Die Gruppe war vor allem in den gewerkschaftlichen Strukturen aktiv, d. h. in der LdG, aber auch in den schwedischen Gewerkschaften, wo Kontakte zu den Gewerkschaften des Bausektors sowie den (zum Teil syndikalistischen) Organisationen der Waldarbeiter und Flößer bestanden. Nur sehr eingeschränkt blieben dagegen die Kontakte zu den sozialistischen Parteien in Schweden, nachdem sich die frühere schwedische Schwesterpartei der KPD(O),

24 Eine Darstellung findet sich u. a. bei Walter Ullmann: Metallarbeiter im antifaschistischen Widerstandskampf, Berlin 1982.
25 Siehe Günther, Gewerkschafter, S.143.
26 Siehe ebenda, S.92.
27 Siehe ebenda.
28 Siehe Mitteilungsblatt der LdG, 1944, Nr. 12, ABA, Zeitschriftensammlung.
29 Zu dieser Position siehe u. a. Günther, Gewerkschafter, S.121.
30 Siehe Müssener, Exil, S.179; Unveröffentlichte Abhandlung Erwin Gräffs über die KPD(O) im skandinavischen Exil, ABA, (Gräff), 225, V, 1.

die „Sozialistische Partei“, im Jahre 1937 gespalten hatte.[31] Die Flüchtlinge aus der KPD(O) wurden, wenn auch, wie Gräff schreibt, nur „widerwillig bis böswillig“, von der sozialdemokratisch orientierten *Arbetarrörelsens Flygtningshjälp* unterstützt. Dennoch wirkten sich die Repressionen gegenüber der politischen Aktivität der Flüchtlinge auch auf die KPD(O) aus: So wurde der aus Norwegen gekommene Max Strobl 1940 wegen der Aufnahme von Kontakten mit Gewerkschaftern nach Nordschweden verbannt.[32]

Die KPD(O)-Gruppe in Stockholm gab seit Mai 1943 eine eigene Publikation heraus, die zunächst einmalig als „Brev 1“ (Brief 1), bis Februar 1945 als „KPDO-Brief“, bis September 1945 als „Revolutionäre Briefe“ und schließlich als „Politische Briefe“ in der Regel monatlich erschien. Die Ausgaben waren maschinengeschrieben und abgezogen und wurden in einer Auflage von 60-75 Exemplaren an Genossen und Freunde in Schweden verteilt sowie nach Frankreich (Waldemar Bolze), Dänemark (Mogens Boserup) und Kuba (August Thalheimer und Heinrich Brandler) verschickt. Auf dieser Grundlage wurde ein kleines internationales Netzwerk wiederaufgebaut – alle vier Genannten trugen spätestens seit Anfang 1945 zu den Publikationen der KPD(O) in Stockholm bei.[33]

Wie viele andere Exilanten emigrierten die Mitglieder der KPD(O) erst relativ spät nach Schweden. Unter den in den Jahren 1938 bis 1940 Gekommenen befanden sich auch solche, die lange Erfahrungen im antifaschistischen Widerstand im Reich selbst (Josef Bergmann, der bis 1939 im Saarland und in Berlin war) oder als Mitarbeiter von Grenzstellen (wie Theodor Bergmann, der aus der ČSR kam) hatten. Die Gruppe behielt den Kontakt nach Deutschland zu Käthe Dräger, die in Berlin eine „Reichsleitung“ der Gruppe aufrechterhielt und in dieser Funktion mehrmals Stockholm besuchte.[34] Die Berichte der Gruppe aus Deutschland, die u. a. in den „Revolutionären Briefen“ veröffentlicht worden sind, stammen vielleicht aus Käthe Drägers Feder oder waren zumindest über sie vermittelt. Noch bis kurz vor Kriegsende glaubte die Gruppe der KPD(O) an die Möglichkeit eines Aufstandes in Deutschland und sammelte Hinweise auf derartige Entwicklungen. Alle Nachkriegsplanungen sollten nach Auffassung der KPD(O) davon ausgehen, daß letztendlich der Widerstand in Deutschland selbst die Nachkriegsorientierung würde bestimmen müssen.

---

31 Siehe Bernt Kennerström: Mellan två internationaler. Socialistiska Partiet 1929-1937 [Zwischen zwei Internationalen. Die Sozialistische Partei 1929-1937], Lund 1974. Die SP hatte den internationalen Zusammenschluß der um 1929 aus den Kommunistischen Parteien ausgeschlossenen Gruppierungen, die „Internationale Vereinigung der Kommunistischen Opposition“ (IVKO), schon 1933 verlassen.

32 Siehe Arbeiterpolitik, Zeitschrift der Gruppe Arbeiterpolitik, Bremen, 1971, Nr. 4.

33 Siehe ABA, (Gräff), 225 V, 1.

34 Über die Aktivitäten dieser „Reichsleitung“ ist nicht viel bekannt. Wahrscheinlich beschränkte sie sich im großen und ganzen auf das Sammeln von Informationen. Organisationsbezeichnungen wie „Reichsleitung“ und „Auslandsleitung“ sind schon deshalb irreführend, weil sie ein funktionierendes illegales Netzwerk, das zentral angeleitet würde, voraussetzen, das es zu diesem Zeitpunkt sicher nicht mehr gab. So liegt auch Jan Foitzik falsch, wenn er die KPD(O)-Gruppe in Stockholm in der Kontinuität der Auslandsleitung der Organisation in Paris beschreibt, siehe: Patrik von zur Mühlen u. a.: Lexikon des deutschen Exils, Berlin 1998, S.507. Zur „Reichsleitung“ siehe auch Bergmann, Gegen den Strom, S.228.

Neben der zentralen Bedeutung, die eigene Erfahrungen in der Illegalität und Berichte aus Deutschland hatten, wurde die Position der KPD(O)-Gruppe auch durch die Erfahrungen mit der Volksfrontpolitik der 1930er Jahre bestimmt. Wie zunächst auch die SAP hatte die KPD(O) im Spanischen Bürgerkrieg die POUM (und vereinzelt die anarchistischen Milizen) unterstützt. Einige KPD(O)-Mitglieder (wie Max Strobl und Walter Schwarz) kamen aus dem norwegischen Exil, wo sich die Spaltung der SAP wesentlich aus dem Konflikt um die Haltung zur POUM ergeben hatte. Schwarz, der den Buchladen der POUM in Barcelona betrieben hatte, teilte und unterstützte die Kritik der Gruppe „Neuer Weg" – was der Haltung der KPD(O) und der IVKO auch insgesamt entsprach.[35]

Zum vorliegenden Dokument

Mit dem im Anschluß dokumentierten Text faßte die Exilgruppe der KPD(O), in der Erwartung einer baldigen Remigration,[36] ihre Kritik an den Nachkriegsplänen des sozialistischen Exils noch einmal dezidiert zusammen. Der Text wurde in Nr. 6 der „Revolutionären Briefe" vom Juni 1945 veröffentlicht. Nicht zufällig beschäftigte sich die Gruppe hier mit der Rolle, die die (zu diesem Zeitpunkt bereits aufgelöste) SAP in der Formulierung der Nachkriegsvorstellungen des Exils gespielt hatte. Die beiden Texte, die hier kritisiert werden, waren zu diesem Zeitpunkt bereits mehr als ein Jahr alt. „Misslyckad revolt", der „missglückte Aufstand", bezog sich, wie bereits erwähnt, auf ein Buch von Brandt und Szende über den 20. Juli 1944. Mit dem, was im vorliegenden Dokument als „Nachkriegsprogramm der deutschen Sozialisten" zitiert ist, ist eine Erklärung gemeint, mit der u. a. SAP-Mitglieder aus Stockholm und Göteborg im September 1944 ihren Anschluß an die Sozialdemokratische Partei erklärten. Auch Willy Brandt und die Enderles hatten diese Erklärung unterschrieben.[37]

Die Auseinandersetzung mit der Position dieser Gruppe gewann eine neue Aktualität durch das Ende des Krieges und die Perspektive, nach Deutschland zurückkehren zu können. In dieser Situation war der Wunsch der SAP-Mitglieder nach „Realpolitik" und Anschluß an die Siegermächte auch aus Sicht der „Revolutionären Briefe" naheliegend und in gewissem Sinne auch nachvollziehbar. Aus Kuba hatte Heinrich Brandler erklärt, eine wesentliche Ursache des Wunsches nach „Realpolitik" sei, daß die illegalen Gruppen in Deutschland nicht in der Lage gewesen waren, eine

35 Obwohl die SAP der Partner der POUM in der Internationale linkssozialistischer Gruppen war, blieb die KPD(O) die einzige deutsche Organisation, die die Nin-Maurin-Gruppe vorbehaltlos unterstützte. Der Anschluß von KPD(O)-Genossen an CNT-Milizen ist durchaus in Einzelfällen nachweisbar, kam jedoch wohl eher durch die Zufälle zustande, die aus der unübersichtlichen Situation in Spanien selbst resultierten. Allerdings lehnte die Auslandsleitung der KPD(O) ein solches Engagement auch keineswegs ab. Siehe den Bericht eines KPD(O)-Genossen aus dem Kampf der CNT-Milizen im spanischen Bürgerkrieg, ABA, 146 (Korbmacher, IVKO-Archiv), Berichte aus Spanien. Siehe auch, Kopie Schreiben W. Schwarz an W. Buschak, ABA, Gräff, 225, V, 1.

36 Diese Erwartung wurde in den meisten Fällen enttäuscht, da die Alliierten dies in der Anfangszeit keineswegs förderten. Später nahm auch das Interesse der Migranten selbst an einer Remigration ab.

37 Siehe Lorenz, Mehr als Willy Brandt, S.210.

Alternative zur Unterordnung unter die Politik der jeweiligen Besatzungsmacht bzw. des gewendeten Teiles der bürgerlichen Eliten in Deutschland zu formulieren. Dieser Erklärung schließt sich der vorliegende Text an. Im Gegensatz zu den meisten anderen Gruppen des sozialistischen Exils hielt es die KPD(O) allerdings für falsch, die Ziele der Arbeiterbewegung in Deutschland der Politik der Alliierten unterzuordnen. Dies galt auch für die Sowjetunion – Brandler befürchtete die Einrichtung „sozialistischer“ Republiken, die sich lediglich „auf Bajonette“ stützen würden.[38] Dem gegenüber wurde auf den Prozeß sozialer Veränderung gesetzt, der, in der Tradition der Novemberrevolution von 1918/19 und der „Übergangsforderungen“ der KPD von 1923, an die unmittelbaren „Alltagsinteressen der Werktätigen“ anschließen sollte. Entsprechend trat die Gruppe Arbeiterpolitik später in den westlichen Besatzungszonen gegen Demontageaktionen der Alliierten und für die Eigenständigkeit der gewerkschaftlichen Basisstrukturen gegenüber der Gewerkschaftsbürokratie auf.[39]

Aber die Ablehnung der „Besatzungsherrschaft“ durch die KPD(O) war zugleich auch der Idee der „Einheit der Arbeiterklasse“ verpflichtet, und zwar wohlgemerkt der „deutschen Arbeiterklasse“. Die alliierte Kontrolle über Deutschland wurde als eine Art der „Kolonialherrschaft“ gefaßt, gegen die das „deutsche Volk“ unter der Führung der „Arbeiterklasse“ Widerstand leisten müsse. Eine derartige Mobilisierungsstrategie beinhaltete, daß, wie in anderen sozialistischen Entwürfen, die „Arbeiterklasse“ als Kollektiv verstanden wurde. Und zugleich beinhaltete sie, daß die Ambivalenz, die im Begriff wie in der Sache der Arbeiterklasse lag und liegt, die sozialen Widersprüche innerhalb dieser Klasse, zwischen Männern und Frauen, bezahlter und unbezahlter Arbeit, Arbeiter(innen) mit völlig unterschiedlichem Rechtsstatus usw. genannt wurden. Gerade diese Widersprüche prägten aber das Bild der konkreten sozialen Situation in Deutschland – ganz besonders in den Jahren unmittelbar nach dem Ende des Krieges, einer Periode großer Migrationsbewegungen und einer extremen Verschlechterung von Arbeits- und Lebensverhältnissen. Hinsichtlich der Betonung der „Einheit der Arbeiterklasse“ unterschied sich die kommunistische Opposition des Jahres 1945 nicht wesentlich von den Konzeptionen der Sozialdemokratie und der KPD. Damit blieb ihre Idee der „Räterepublik“ – mit der sich die Opposition vom Mainstream abgrenzen wollte – merkwürdig blaß. Im Kontext einer Revolutionstheorie, die auf die Eroberung des Nationalstaates setzte, gehörte dieser Bezugspunkt vielleicht bereits 1945 einer definitiv vergangenen Epoche an.

38 ABA 146 (Brandler).

39 Siehe hierzu ausführlich Klaus Peter Wittemann: Kommunistische Politik in Westdeutschland nach 1945. Der Ansatz der Gruppe Arbeiterpolitik, Hannover 1977.

Dokument

„Revolutionäre Briefe“, Nr. 6, Juni 1945[40]

Das Nachkriegsprogramm des deutschen Reformismus

In dem 1944 erschienenen Buch „Misslyckad revolt“ wird ein 20-Punkte-Programm für den Wiederaufbau Deutschlands nach Hitler veröffentlicht. Das Programm enthält Gedankengänge führender Sozialdemokraten, vor allem in der Emigration. Da es in den meisten Punkten mit der im gleichen Jahr veröffentlichten Schrift „Zur Nachkriegspolitik deutscher Sozialisten“ übereinstimmt, ersparen wir uns die Wiederholung. Der Unterschied beider Schriften liegt im Ausgangspunkt. In „Misslyckad revolt” steht als erster Programmpunkt die Beseitigung Hitlers. Durch eine Zusammenarbeit mit der sogenannten Generalsopposition sollte diese verwirklicht werden und als Grundlage wurde eben das 20-Punkte-Programm ausgearbeitet. Da es die Plattform für eine Arbeitsgemeinschaft mit bürgerlichen Gruppen bilden sollte, enthält es nichts, was über den Rahmen des bürgerlichen Staates hinausgeht. Kritikern dieses „sozialistischen“ Programms gegenüber wird wahrscheinlich gerade auf dessen Bedeutung als Sammelprogramm für alle oppositionellen Gruppen in Deutschland hingewiesen werden.
Die Frage ist, war es möglich, die wirklich entscheidenden Kräfte im Lager der Hitlergegner mit einem solchen Programm zu mobilisieren. Auf Grund vieler Berichte dürfen wir heute annehmen, daß das Ausbleiben einer bewaffneten Erhebung des arbeitenden Volkes in Deutschland nicht nur mit dem Himmlerschen Terror erklärt werden kann, – sondern auch auf das Fehlen einer revolutionären Organisation mit einem wirklich revolutionären Programm zurückzuführen ist. Um Hitler zu stürzen, bedurfte es anderer Kräfte als solcher Generäle, die am „endgültigen“ Sieg des Nazismus zu zweifeln begannen.
Während das 20-Punkte-Programm keinen Anspruch darauf macht, ein sozialistisches Programm zu sein, wird in obiger Schrift „Zur Nachkriegspolitik der deutschen Sozialisten“ ausdrücklich von dem demokratischen und sozialistischen Aufbau in Deutschland gesprochen, von der deutschen Revolution u. a. Mit dieser Schrift vollzog die ehemalige SAP ihren Anschluß an die alte SP. Die Schrift entspricht also ihrem ganzen Inhalt nach sozialdemokratischen Gedankengängen.

40 Da die skandinavischsprachige Tastatur kein „ß“ enthält, ist dieser Buchstabe im Original immer als „ss“ geschrieben worden. Dies wurde hier stillschweigend geändert, ebenso kleine orthographische Fehler bzw. Tippfehler. Ergänzungen stehen in eckigen Klammern, runde Klammern und Unterstreichungen sind aus dem Original übernommen. Eine Schwierigkeit der Lektüre besteht darin, daß sich der Text auf ein Dokument bezieht, das vor dem 8. Mai 1945, namentlich im Januar 1945, verfaßt wurde, jedoch erst in der unmittelbaren Nachkriegszeit veröffentlicht wurde. Er ist also zugleich Kritik an einem Nachkriegs*programm* und an der Umsetzung dieses Programms, über die jedoch nur sehr wenige aktuelle Informationen vorlagen.

Einleitend werden in „Voraussetzungen für ein neues demokratisches Deutschland“ die Kräfte gemustert, die für einen Neuaufbau in Frage kommen. Im Gegensatz zu in „Misslyckad revolt“ dargelegten Gesichtspunkten wird die Wehrmacht als Verbündeter abgelehnt. Im bürgerlichen Lager wird nur der Kirche eine bedeutende Rolle zugemessen, deren zweifelhafte Haltung aber unterstrichen. Abschließend wird der Arbeiterbewegung die führende Rolle zugewiesen und auf die Betriebe als Schwerpunkt der Arbeiteropposition hingewiesen. Diese gutzuheißende Analyse der Klassenkräfte schließt jedoch mit der Behauptung, der man wiederholt in dieser Schrift begegnet, daß eine neue deutsche Regierung nicht auf der Basis eines sozialistischen Endzielprogrammes gebildet werden könne. Dies, weil es keine [im Original unleserlich] und einheitliche illegale Bewegung gäbe, die am Tage nach Hitler die Macht ergreifen könne. – Das Ausbleiben einer Massenerhebung gegen Hitler seit dem Vormarsch der Alliierten in Deutschland wird vielen diese Argumentation zugänglich machen. Worin liegt der Fehlschluß? Darin, daß keine illegale Organisation Massencharakter haben kann. Eine illegale Bewegung unter den schwersten Bedingungen des Hitlerterrors konnte nur Kaderorganisation sein. Das Bedeutungsvolle ist, daß solche Kader auch unter den schwersten Bedingungen in Deutschland existierten und damit Ansatzpunkte vorhanden sind, um eine Massenorganisation im gegebenen Augenblick aufzubauen. Letzteres setzt allerdings voraus, daß die Vorkämpfer des Sozialismus selbst von der Notwendigkeit überzeugt sind und ihn als den Ausweg ansehen, um die sozialen und politischen Probleme in Deutschland zu lösen. Nur auf diesem Wege ist es möglich, Bundesgenossen im Lager der proletarisierten Kleinbürger, der verarmten Bauern, der beschäftigungslosen Intelligenz zu finden. Von vornherein auf die Erneuerung des bürgerlichen Staates hinarbeiten und den Sozialismus abschreiben, heißt sich selbst um alle Aussichten auf Verwirklichung des Endzieles und des Endzielprogramms bringen.

Warum eine rein sozialistische deutsche revolutionäre Regierung zu proklamieren unmöglich sein soll, wird im folgenden Abschnitt Die außenpolitischen Bedingungen für den, der zwischen den Zeilen liest, klar. Es sind nicht die innenpolitischen Verhältnisse in Deutschland, die die Durchführung des Sozialismus schwierig machen. Die eindeutig negative Haltung der Westmächte und die unklare der Russen gegenüber allen Sozialisierungsplänen ist der bequeme Weg für eine opportunistische Politik. Wenn von dem „hohen Grad der Auslandsabhängigkeit der deutschen Revolution“ gesprochen wird, so darf diese Tatsache nicht dazu führen, daß man auf die Revolution überhaupt verzichtet. Gerade das aber ist es, was geschieht. Wenn wir im folgenden die wichtigsten Punkte dieser Schrift kritisch beleuchten wollen, so geschieht es, um nachzuweisen, daß hinter allen radikalen Losungen sich alte reformistische Auffassungen verbergen.

In „Die Zielsetzung der demokratischen Revolution“ werden die Hauptaufgaben einer neuen demokratischen Regierung nach Meinung der Verfasser der Schrift umrissen: 1. Verhaftung und Bestrafung aller nazistischen Verbrecher; Auflösung aller Naziorganisationen. Aufhebung aller Terrorgesetze; Reinigung aller öffentlichen Institutionen von aktiven (!) Nazis, vor allem der Polizei. Ihre Aburteilung durch Volksgerichte. 2. Wiederherstellung der demokratischen Grundrechte im Prinzip für

alle, die nicht unter Kategorie „nazistische Verbrecher“ fallen. 3. Abwehr von Hungersnot, Massenepidemien und Arbeitslosigkeit. 4. Demokratisierung der Verwaltung usw., Wiederherstellung der kommunalen Selbstverwaltung. 5. Abstandnahme von allen Hitlerschen Annexionen. Bereitschaft zur Abrüstung, Auslieferung von Kriegsverbrechern. 6. Verständigung mit ausländischen Zwangsarbeitern zur Verhinderung „sinnloser Konflikte“ und Organisierung ihres Abtransports. 7. Wiedergutmachung im Rahmen des Möglichen. 8. Schaffung von Voraussetzungen durch Friedens- und Verständigungspolitik für Aufnahme Deutschlands in zukünftigen Völkerbund.

Die Wege zur Lösung dieser Aufgaben machen den eigentlichen Inhalt der Schrift aus. Bezeichnenderweise werden die außenpolitischen Probleme vorangestellt, immer mit dem Hinweis auf die Auslandsabhängigkeit der deutschen Revolution. Die Abstandnahme von allen Hitlerschen Annexionen (Punkt 5) wird verbunden mit der Ablehnung des Vansittartismus und einer bedingungslosen „Erfüllungspolitik“. Wenn auch auf diese Weise eine „Grenze für die Zusammenarbeit mit den Vertretern der Siegermächte“ gezogen wird, so wird gleichzeitig davon gesprochen, daß eine Politik der „weißen Weste“ und des fortdauernden Protestierens zu keinen vernünftigen Resultaten führen kann. Das ist „Realpolitik“ mit dem zugegebenen Ziel, das „Verhältnis zu den Siegermächten zu normalisieren, da sonst die Revolution ersticken und das Volk verhungern“ werde. Es ist möglich, daß auch revolutionäre Sozialisten zum Nachgeben gegenüber ihren Gegnern gezwungen werden können. Rußland z. B. hat Brest-Litowsk abschließen müssen, um den Herd der Revolution zu retten. Von da aber bis zur Aufgabe aller wesentlichen Punkte ist es ein weiter Schritt. Die eigene Politik kann nicht unter dem Gesichtspunkt geformt werden, das Verhältnis zu den Siegermächten zu normalisieren. Damit bringt man sich von vornherein in eine schlechte Position, was die Erreichung eigener Ziele gilt. Um die eigenen Möglichkeiten abzuschätzen, muß man ein klares Bild der Lage haben, die man nur auf Grund einer klassenmäßigen Analyse gewinnen kann. Die Schrift geht davon aus, daß die Zusammenarbeit zwischen den Hauptpartnern der Vereinten Nationen den Krieg überleben wird und die europäische Entwicklung durch Vereinbarungen zwischen England, USA und der SU bestimmt sein werde. Wir verneinen nicht, daß von beiden Seiten, d. h. von seiten der Westmächte und Russlands, Voraussetzungen zu einem zeitweiligen Ausgleich gegeben sind – unter den augenblicklichen Verhältnissen. Starke, revolutionäre Strömungen in Europa können jedoch alle diese Voraussetzungen zunichte machen, da beide Mächtegruppen auf Grund ihrer verschiedenen ökonomischen Basis ein ungleiches Interesse an den Vorgängen in Europa nehmen müssen. Es ist daher falsch, wenn die Politik der deutschen Arbeiterklasse sich auf eine augenblickliche Mächtekonstellation einstellen soll, die zudem ein so verschieden geartetes Interesse an der deutschen sozialistischen Bewegung nimmt. Die „Realpolitik“ des Augenblicks erweist sich auf längere Sicht als Opportunismus.

Ohne klassenmäßige Analyse der außenpolitischen Situation kann man nicht zu einem wahren Verständnis der Kriegsziele der Alliierten gelangen. Ohne

klassenmäßige Analyse kommt man dahin, die nach außen proklamierten Grundzüge als bare Münze zu nehmen und sich Illusionen über die Möglichkeit einer europäischen Zusammenarbeit und der Verhinderung künftiger Kriege zu machen. Der Beitrag, den das deutsche Volk liefern soll in Form von Steuer, Abrüstung, Wiedergutmachung u.s.w. dient nicht den proklamierten Zielen, sondern den Interessen der Herrschenden in den alliierten Ländern zur Niederhaltung des imperialistischen Konkurrenten bzw. zur Verhinderung der Bewaffnung revolutionärer Massen in Deutschland, zur Abwälzung der Kriegslasten auf das deutsche arbeitende Volk. (Das gilt in diesem Zusammenhange von England-USA). So führt die sozialdemokratische Perspektive auf „sachliche Zusammenarbeit mit den Vertretern der Vereinten Nationen“ zu einer Zusammenarbeit mit deren Bourgeoisie mit dem offen erklärten Ziel, Umwälzungen in Deutschland nicht zuzulassen. Die Absicht, durch eine Zusammenarbeit mit den Okkupationstruppen dem deutschen Volk „zusätzliche Opfer zu ersparen“ und die Dauer der Okkupation abzukürzen, ist in Wirklichkeit der längere Weg, wenn überhaupt einer.

Die Vorbehalte, die in dieser Schrift noch gemacht werden, sind schon längst über Bord geworfen worden. In einem Aufruf „Das andere Deutschland und die Alliierten“ haben deutsche Emigrationsgruppen sich bedingungslos hinter die vorgegebene Politik der Alliierten, mit dem Faschismus Schluß zu machen, gestellt. Und das in einem Augenblick (Januar 1945), als die Ergebnisse alliierter Politik in Italien vorlagen, deren Politik in den übrigen „befreiten Ländern“ sich deutlich abzeichnete, und die englische Intervention in Griechenland im vollen Gange war! Als Unterzeichner traten auf die SP, die KP, der freie deutsche Kulturbund und die deutschen Gewerkschafter in der Emigration in Schweden. Erfreulicherweise hat sich unter letzteren eine kräftige Opposition gegen den ohne Wissen der Mitglieder gefaßten Beschluß des Vorstandes gezeigt. Bei einer solchen Politik werden die deutschen Partner der Okkupationsbehörden sehr schnell in die Position von Agenten kommen.

Was den innerpolitischen Teil des Programmes angeht, so steht die Bestrafung aller nazistischen Verbrecher an erster Stelle. Dasselbe war der Fall in allen befreiten Ländern und in keiner Frage haben die jeweiligen Regierungen so gründlich versagt wie in dieser. Und doch ist das eine Forderung, der sich breite bürgerliche Kreise angeschlossen haben. Das hat nicht verhindert, daß die eigentlichen Hintermänner des Faschismus, ja, reine Kriegsverbrecher, der gerechten Strafe entkommen sind. Worin liegt die Ursache? Darin, daß der Faschismus aus der bürgerlichen Gesellschaft entsprungen ist, daß er eine ihrer politischen Erscheinungsformen ist. In Wirklichkeit hat die Bourgeoisie national wie international ihre Solidarität mit dem Faschismus bewiesen. National, als sie in Italien und Deutschland die politische Machtausübung an ihn abtrat, international, als die „demokratischen“ Mächte dessen Festigung duldeten und ihn materiell und moralisch unterstützten. (Churchills Loblieder auf den italienischen Faschismus anläßlich seiner Italienreise 1927 und vieles mehr.) Wenn seit Kriegsausbruch die Westmächte Opfer an Material und Menschenleben gebracht haben, um den deutschen und italienischen Faschismus niederzuringen, so widerspricht das nicht dem Obigen. Für die Westmächte [ging es

um] die Sicherung ihres Besitzes gegenüber einem Konkurrenten, wobei der ehrliche Wille der Massen in der alliierten Welt, mit dem Faschismus Schluß zu machen, von der Alliierten Bourgeoisie für ihre Zwecke mißbraucht wurde, nämlich 1. ihre politische Herrschaft gegenüber den Nazikonkurrenten zu bewahren und 2. ihre soziale Herrschaft gegenüber den eigenen Massen zu erhalten. Letztere Tendenz ist seit dem Niedergang des Faschismus immer deutlicher zu Tage getreten.. Darum auch der Versuch, ehemalige Kollaborateure, Quislinge u.s.w. zu schützen. In Frankreich hat Anfang des Jahres de Gaulle eine Verfügung erlassen, wonach alle Reinigungsaktionen (die bisher immer sabotiert worden waren) bis zum 15. Februar bzw. 15. März abgeschlossen sein sollten. Schwere Vergehen, auf die die Todesstrafe steht, sollten bis zum 1. Mai abgeschlossen sein. Das bedeutet die Niederschlagung aller Prozesse, von denen bisher die Polizei und die Justiz überhaupt nicht berührt waren.

In diesem Lichte betrachtet nimmt sich die Forderung [nach] Demokratisierung in Verwaltung und vor allem der Polizei als Illusion aus. Die Polizei ist immer das wirksamste Argument in den Händen der Bourgeoisie und auch die demokratische Polizei Severings hat sich nicht gescheut, von dem Gummiknüppel Gebrauch zu machen, als es galt, sozialen Forderungen deutscher Arbeiter zu begegnen. In der heutigen Zeit mit ihrem angehäuften Konfliktstoff wird die internationale Bourgeoisie noch weniger bereit sein, sich diese Waffe entwinden zu lassen. In allen befreiten Ländern ist die alte Polizei, die unter den deutschen oder einheimischen Nazis Dienst machte, sofort übernommen worden, und alle außerhalb des bürgerlichen Staates entstandenen Ordnungsgruppen sind entwaffnet und aufgelöst worden, soweit das möglich war. Es ist bezeichnend, daß auch die Nazipolizei in Deutschland sofort in den alliierten Dienst gestellt worden ist (die Russen haben das nicht gemacht) und bereits aktiv zusammen mit den alliierten Truppen an der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung gewirkt hat.

Der gleiche Gedankengang, vorhandene Organisationen zu „übernehmen“ und an ihre Spitze zuverlässige Personen zu stellen, liegt vor, wenn ein großer Teil der bestehenden wirtschaftlichen Kontrollapparate „übernommen“ werden soll. Das soll geschehen um, wie es weiter heißt, „die Menschen so weit wie möglich vor dem Hunger zu bewahren, Massenepidemien zu verhindern und das Gespenst der Arbeitslosigkeit zu bannen“. Geschehe das nicht, so werde man einen wirtschaftlichen Zusammenbruch erleben. Als ob die zu übernehmenden nazistischen Kontrollorgane all das verhindert hätten!! In welch groteske Verwirrungen solche Gedankengänge führen, zeigt sich z. B. in der Frage rein nazistischer Unterorganisationen. (Neben der Wiedererrichtung der freien Gewerkschaften wird in „Misslyckad revolt“ die Übernahme aller Arbeitsfrontorganisationen gefordert.)

In bezug auf den politischen Aufbau des deutschen Reiches kommt das sozialdemokratische Programm naturnotwendig auf alte Vorbilder zurück: eine parlamentarische Demokratie, gestützt auf politische Parteien und ein Parlament, aus allgemeinen freien Wahlen hervorgegangen. Dieses wird als „demokratisch“ hingestellt und „der nach dem Sturze des Nazismus so notwendigen Erziehung der

Bevölkerungsmehrheit [eher?] entsprechend als ein von manchen Sozialisten erstrebtes, politisches Delegiertensystem, das von den Arbeitsstellen ausgeht und in einen Rätekongreß ausmündet“. Die Frage der Räte, die nach 1918 in Deutschland eine so große Rolle spielte und in politischen Sturmzeiten immer wieder auf der Tagesordnung steht, so zuletzt in Norditalien nach dem Sturz Mussolinis, wird hier von vornherein abgetan und eine wichtige Quelle der Masseninitiative verschüttet. Gerade in dieser Frage zeigt sich das völlige Unverständnis, um nicht zu sagen [der] Unwillen reformistischer Kreise für neue Formen gesellschaftlicher Organisierung. Diese gilt es zu entwickeln und den bürgerlichen Organisationsformen gegenüberzustellen. Nur auf diesem Wege läßt sich eine wahre Demokratie verwirklichen und nicht durch einen Personenwechsel an der Spitze. Um nicht in Gegensatz zu breiten Bevölkerungsschichten zu kommen, sollen die Betriebsräte in den neuen Staat eingegliedert werden und als Organe der neu entstehenden Gewerkschaften fungieren. Als solche sollen sie ein Kontroll- und Mitbestimmungsrecht in den Unternehmen erhalten. Es ist die alte arbeitsgemeinschaftliche Zielsetzung zwischen Kapital und Arbeit, die nach 1918 zur „Verankerung“ der Betriebsräte im Gesetz führte und sie damit allen revolutionären Inhaltes beraubten. Die Einstellung zu den Betriebsräten entspricht dem Wunsch, revolutionäre Strömungen unter Kontrolle zu bringen, die in diesem Fall die Kontrolle des bürgerlichen Staates sein muß. Der gleiche Wunsch nach Kontrolle spielt mit, wenn sofortige Wahlen zum Parlament abgeschrieben werden und eine provisorische Regierung gefordert wird, die sich auf politische Parteien stützt, wobei auf das italienische Beispiel besonders hingewiesen wird, das unseres Erachtens wenig Lockendes haben dürfte. Um das Übergewicht gegenüber konkurrierenden bürgerlichen Parteien und revolutionären Neugründungen völlig zu machen und die Macht der Bürokratie zu stützen, wird eine Sozialistische Einheitspartei empfohlen auf dem Boden der glattesten Prinzipienlosigkeit. Diese Partei, die keine „weitschweifenden“ ideologischen Debatten führen soll, soll auch Raum haben für städtische und ländliche Mittelschichten. Es ist klar, daß eine revolutionäre Organisation auch das Kleinbürgertum zu gewinnen versuchen muß. Das geschieht am besten, indem man das eigene sozialistische Programm der bürgerlichen Lösung der gesellschaftlichen Probleme gegenüberstellt. Insbesondere in Deutschland sind durch die Verminderung des Kleinbürgertums und [die] Proletarisierung gute Ansatzmöglichkeiten gegeben. Legt man das eigene sozialistische Programm aber in die Schublade und versteckt sich hinter kleinbürgerlicher Ideologie, ist man zum Schluß selbst der Betrogene.

Arbeiter in Volkspolen*

Janusz Żarnowski

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges sind sechzig Jahre vergangen, von denen 45 Jahre lang das kommunistische System herrschte. Anfänglich geschah das in einer Form, die äußerlich an die parlamentarisch-demokratische Struktur erinnerte, obwohl dem Wesen nach die PPR (Polska Partia Robotnicza; Polnische Arbeiterpartei) und ihre unmittelbaren Verbündeten alle wichtigen Machtpositionen kontrollierten. Seit der Jahreswende 1948/1949 entstanden die Strukturen des kommunistischen Staates mit allen seinen Attributen und wurden in der Verfassung von 1952 formal bestätigt. Obwohl diese Verfassung weiterhin galt, war das kommunistische System seit 1956 in seiner stalinistischen Form geschwächt und kompromittiert, und in diesem Zustand funktionierte es in der Praxis bis 1989. Alle diese Veränderungen hatten große Bedeutung für die Arbeiter, für die Arbeiterklasse,[1] für die Arbeiterfamilien, für die einzelnen Arbeitergenerationen. Hierzu ist allerdings anzumerken, daß die Ereignisse von 1970 und von 1980/1981 die lange Zeitspanne zwischen 1956 und 1989 innerlich teilten und sich während dieser zeitlichen Unterabschnitte die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterklasse in erheblichem Maße voneinander unterschieden.

Nach der Wende 1989 verschwand die bisherige Arbeiterklasse nicht. Doch sie, die anfänglich ähnlich wie vor der Wende aussah, machte die Folgen der gesellschaftlichen und besonders der wirtschaftlichen Reformen durch. Heute sind die Verhältnisse im Arbeitermilieu bedeutend verändert, aber die Kontinuität zur vorhergehenden Entwicklungsetappe besonders in den ersten Jahren nach der Wende ist leicht wahrzunehmen, wovon noch die Rede sein wird.

Man kann schwerlich einen Text über die Arbeiter nach 1945 beginnen, wenn man nicht kurz an die Situation des Arbeitermilieus erinnert, wie sie sich in den Jahren 1944/1945 als Ergebnis der Katastrophe des Krieges gestaltete.

Krieg und Okkupation

Die Niederlage im September 1939 erlebte die Arbeiterklasse ähnlich wie die anderen Schichten der polnischen Gesellschaft. Auf dem ethnischen polnischen Territorium waren jüdische und deutsche Arbeitergruppen ansässig, und jede von

---

* Überarbeitete und aktualisierte Fassung des Aufsatzes: „Robotnicy w Polsce Ludowej", in: Dzieje najnowsze, 2002, H. 1, S.29-46. Dieser Text bildet zugleich einen Bestandteil des von Janusz Żarnowski herausgegebenen Bandes: Włodzimierz Mędrzecki/Szymon Rudnicki/Janusz Żarnowski: Społeczeństwo polskie w XX wieku [Die Gesellschaft Polens im 20. Jahrhundert], Warszawa 2003, S.185-203. Die Veröffentlichung der deutschen Übersetzung erfolgt mit freundlicher Genehmigung des Autors.

1 Dieser Terminus wurde aus ideologischen Gründen in der Volksrepublik Polen (VRP) mißbraucht, das begründet jedoch nicht seine Verbannung aus den historischen und soziologischen Betrachtungen, die in der gegenwärtigen Literatur und Publizistik sichtbar ist.

ihnen teilte das Schicksal ihrer Nationalität. Die Juden wurden vernichtet. Die Deutschen mußten dem Dritten Reich dienen, und die meisten von ihnen wurden nach 1944 ausgesiedelt oder flohen aus Polen. Ähnlich teilten die ukrainischen und belorussischen Arbeiter im Osten das Schicksal ihrer Nationalitäten. Auch die polnischen Arbeiter fielen in gewissem Umfang Deportationen zum Opfer. Die Klinge der Politik der Okkupanten richtete sich aber nicht vornehmlich gegen diese Schicht, die sie so vollständig wie möglich für ihre Kriegs- und allgemeinen Ziele ausnutzen wollte.

Die überwiegende Mehrheit der Arbeiterklasse blieb die ganze Zeit des Krieges und der Okkupation hindurch unter der deutschen Herrschaft. Im allgemeinen war die Zahl der körperlich tätigen Lohn- und Zwangsarbeiter in diesem Zeitraum – trotz der Abnahme, die durch die unmittelbare Vernichtung hauptsächlich der jüdischen Bevölkerung verursacht wurde – verhältnismäßig hoch und überstieg den Vorkriegsstand. Das lag darin begründet, daß die Okkupanten jegliche Arbeitskraftressourcen verwerteten. Ungefähr eine Million Männer und Frauen mit unterschiedlichem gesellschaftlichen und beruflichen Status mußten eine Tätigkeit als Arbeiter aufnehmen.[2] Zur Arbeit herangezogen wurden junge Menschen, die in einem höheren Maße als vor dem Krieg (meist aber unter unmittelbarem oder situativem Zwang) Beschäftigung fanden. Breit wurden Frauen zur Arbeit in der Industrie rekrutiert. Vor der Ermordung der Juden nutzte man die Arbeit der jüdischen Arbeiter umfassend aus.[3]

Die Mehrheit der beschäftigten Arbeiter stellten weiterhin diejenigen, die schon vor 1939 Arbeiter gewesen waren. Nur ein Teil von ihnen arbeitete aber in seinem Beruf, denn die deutschen Verwaltungsbehörden nahmen im „Wartheland", aber auch in der Mehrzahl der Industriezentren des Generalgouvernements grundlegende Verschiebungen vor. Sie schlossen viele Betriebe und versetzten die Beschäftigten in solche, in denen eine umfangreichere Produktion für die Kriegsbedürfnisse aufgebaut werden sollte. In ihren Arbeitsbetrieben verblieben z. B. im allgemeinen die Bergarbeiter und die Eisenbahner, bei denen es schwierig gewesen wäre, sie schnell durch andere Arbeitskräfte zu ersetzen.

In den dem Reich einverleibten Territorien, wie das Gebiet von Poznań, Pommern, der Bezirk Łódź und besonders Oberschlesien, erhöhte sich im Ergebnis der Politik der Okkupanten die Zahl der Arbeiter im Vergleich zum Vorkriegsstand. Das betraf besonders solche für die Kriegswirtschaft wichtigen Bereiche wie den Bergbau und das Hüttenwesen. Die Zahl der am Ende der Okkupation im Bergbau Beschäftigten verdoppelte sich fast im Vergleich zu 1939. Dagegen gab es im Generalgouvernement weniger Industriearbeiter als vor dem Krieg. Zum Zeitpunkt, als der Spitzenwert (Juni 1944) erreicht wurde, betrug ihre Zahl 90 Prozent derjenigen aus der

2 Siehe Wacław Długoborski: Die deutsche Besatzungspolitik und die Veränderungen der sozialen Struktur in Polen 1939-1945, in: Ders. (Hrsg.): Zweiter Weltkrieg und sozialer Wandel. Achsenmächte und besetzte Länder, Göttingen 1981, S.348.

3 Siehe ebenda, S.349-351.

Vorkriegszeit.[4] Die Zahl der Handwerker verringerte sich bedeutend, hauptsächlich infolge der Vernichtung der Juden.

Man muß daran erinnern, daß der beste Personalausweis der *Ausweis* war, der bestätigte, daß man in einem *Kriegswichtigen Betrieb* arbeitete. Eine nicht geringe Gruppe von Menschen war als Arbeiter teilweise oder gänzlich fiktiv beschäftigt; unter ihnen waren viele, die beruflich in der Illegalität arbeiteten, aber auch lernende Jugendliche.

Alle Arbeitergruppen waren unter stärkerem (z. B. im „Wartheland") oder schwächerem Zwang tätig. Hunderttausende der zur Arbeit ins Reich Gebrachten lebten unter einem Regime, das an Konzentrations- oder an Arbeitslager erinnerte. Etwas anders, doch ganz und gar nicht besser, stellte sich die Situation der Arbeiter dar, die zur Arbeit in den Wirtschaften deutscher Bauern geschickt wurden. Aber auch die Arbeitsbedingungen von Arbeitern, die „normal" beschäftigt waren, sei es im „Wartheland" oder im Generalgouvernement, waren unvergleichlich schlechter als früher: längere Arbeitszeit, teilweise Beseitigung der Sozialversicherung, nicht zu reden von den manchmal geradezu symbolischen Hungerlöhnen. Auch die Berufsschulung der polnischen Arbeiter wurde auf ein nur sofort notwendiges Minimum eingeschränkt. Das war besonders in den dem Reich einverleibten Gebieten zu spüren.[5]

Die Zahl der polnischen Arbeiter, die zur Zwangsarbeit ins Reich deportiert wurden, war sehr hoch. Von ihnen kamen ca. 1,2 Mio. Personen aus dem Generalgouvernement, ca. 600-700.000 aus dem „Wartheland" und ca. eine halbe Million aus den Gebieten hinter dem Bug. Insgesamt wurden aus den polnischen Gebieten ungefähr drei Millionen Personen verschleppt. Im Herbst 1944 arbeiteten im Reich etwa 1,7 Mio. polnische Arbeiter beiderlei Geschlechts.[6] Eine bedeutende, doch schwer näher zu bestimmende Zahl von Polen wurde in den Jahren 1939-1941 ins Innere der UdSSR deportiert. Sie waren Zwangsarbeiter oder Gefangene in Arbeitslagern. Vollständig wird über ihr Schicksal erst in jüngster Zeit gesprochen (und besonders geschrieben).

Im Ergebnis des Krieges von 1939 befand sich die überwältigende Mehrheit der polnischen Arbeiterklasse unter der Herrschaft des Dritten Reiches. 1941 wurde ihr die Handvoll polnischer Arbeiter hinzugefügt, die in den Ostgebieten der II. Rzeczpospolita lebte.

Die materielle Lage der Arbeiterklasse war die schlechteste von allen Schichten der polnischen Gesellschaft, die unter der deutschen Okkupation verblieben waren, denn die Arbeiter hatten nicht solche Möglichkeiten des „Sich einrichtens" wie die Intelligenz noch des Zugangs zu Nahrungsmitteln wie die Bauern. Letzteres war

4 Siehe ebenda, S.350.

5 Siehe ebenda, S.346. Siehe auch Kazimierz Piesowicz: Społeczne skutki II wojny światowej i okupacji hitlerowskiej [Die gesellschaftlichen Folgen des II. Weltkrieges und der Hitlerokkupation], in: Ekonomia, Bd. 39, 1980, S.16-183.

6 Siehe Czesław Madajczyk: Polityka III Rzeczy w okupowanej Polsce, Warszawa 1970, Bd. 1, S.251, Tab. 12 (dt. gek.: Czesław Madajczyk: Die Okkupationspolitik Nazideutschlands in Polen 1939-1945, a. d. Poln. von Berthold Puchert, Berlin 1987, hier Tab. 7, S.245.)

damals besonders wichtig und entschied oft über das Überleben. Nur einigen Kategorien von Arbeitern ging es besser, und zwar jenen, die die Möglichkeit hatten, sich illegal mit verschiedenen, durch sie selbst erzeugten Produkten zu versorgen, oder die Berufe hatten, bei denen Chancen zum „Zuverdienen" bestanden.

Die Arbeiterklasse wurde zum Element eines gigantischen Zwangsarbeitssystems, und sie verwandelte sich in bedeutendem Maße von einer Schicht freier in unfreie Lohnarbeiter. Das hatte wesentliche und vielfältige Auswirkungen in der Bewußtseinssphäre der Arbeiter. Unter den Bedingungen des Zwangs zur Arbeit für den Feind wurde der Losung des „Arbeite langsam" die hohe Würde eines Prinzips verliehen. Wirtschaftssabotage, der Diebstahl von Materialien und Fabrikaten, die Zerstörung der Werkzeuge, die Abwesenheit von der Arbeit waren patriotische Verpflichtung. Lebensnotwendig waren hingegen Nebeneinnahmen und „Schwarzarbeit", heimlicher Handel und illegale Dienstleistungen. Unter diesen Bedingungen unterlag das Verhältnis des Arbeiters zur Arbeit einer Erosion, nahm pathologische Züge an.

Der scharfsinnige Beobachter Kazimierz Wyka schrieb über die Kriegszeiten: „Die Mehrheit mußte sich den Mitteln entsprechend zu helfen wissen, die – leider – negative psychosoziale Folgen hervorriefen. Um sich durchzubringen, mußte sie mit jeglicher Moralität der Arbeit brechen. Während der Okkupation stahl der Arbeiter und mußte stehlen. Alle Bemühungen der Arbeiter waren also darauf gerichtet, unrechtmäßig entweder eine Ware von höherem Handelswert oder freie Zeit mit demselben Handelswert zu erwerben, darauf ‚nach Waren zu fahren', zu verkaufen und zu verdienen. Der Arbeiter trieb Handel, besonders der städtische Arbeiter. Wenn er es nicht selbst konnte, schickte er seine Frau. Das war ein besonderer Handel der Not und der Notwendigkeit. Die mit ihm Befaßten muß man von den Händlern und berufmäßigen Zwischenhändlern unterscheiden. Ich kenne kein Beispiel eines Arbeiters, der es bei diesem Handel aus Notwendigkeit zu etwas gebracht und Dollars kapitalisiert hätte. Was er verdiente – verzehrte er, und er war nicht imstande, viel mehr über das hinaus zu verdienen, als er für's Essen ausgeben mußte. Das moralische Verhältnis zwischen dem Arbeiter und seiner Arbeit zerbrach. Der Arbeiter, der für ein verhaßtes System arbeitete, arbeitete so wenig und so schlecht wie möglich."[7]

Das gesellschaftliche Bewußtsein und der Patriotismus veranlaßten die Arbeiter, ähnlich wie auch die anderen gesellschaftlichen Schichten und Gruppen, sich an den Untergrundorganisationen zu beteiligen. Beträchtlichen Einfluß hatten die militärischen Organisationen des Londoner Lagers, vor allem der Verband für Bewaffneten Kampf (Związek Walki Zbrojnej; ZWZ) bzw. später die Heimatarmee (Armia Krajowa; AK). Ein Teil der in der Widerstandsbewegung aktiven Arbeiter befand sich in den Reihen der linken Parteien PPR und PPS (Polska Partia Socjalistyczna; Polnische Sozialistische Partei). Im Laufe der Zeit, vor allem am

7 Kazimierz Wyka: Gospodarka wyłączona [Ausgeschaltete Wirtschaft], in: Życie na niby. Pamiętnik po klęsce [Quasi-Leben. Erinnerungen nach der Niederlage], Kraków 1984, S.149.

Ende des Krieges und mit der sich von Osten nähernden Front, trat eine gesellschaftliche und politische Radikalisierung vieler Arbeitergruppen ein, deren Orientierung sich in Richtung der Linken verschob.

Nach dem Krieg: die Intentionen der Macht – die Haltung der Arbeiter

Die Kommunisten und die Sozialisten waren programmatisch bestrebt, sich im politischen Handeln auf die Arbeiterklasse zu stützen. Die Vertreter des neuen Nachkriegsregimes – das die Kommunisten von Anfang an dominierten – erhofften und suchten nicht ganz grundlos Zustimmung in den Arbeiterzentren. Tatsächlich basierte in den ersten Tagen nach der Vertreibung der Deutschen eine solche Sichtweise auf der Haltung, die die Arbeiterbelegschaften in den großen Industriezentren einnahmen. Die Arbeiter reagierten in gewissem Grade auf den Appell des zahlenmäßig kleinen Aktivs der PPR und ihrer Sympathisanten, aber auch anderer linker Organisationen. Vor allem aber handelten sie spontan. Sie schützten – im Rahmen der Möglichkeiten – in vielen Fabriken ihre Arbeitswerkstätten vor Abtransporten des Hab und Guts und der Rohstoffe durch die fliehenden Deutschen. Dann bemühten sie sich, diese so schnell wie möglich in Gang zu bringen, und setzten keine geringe Anstrengung und Findigkeit daran, um Rohstoffe, die zum Teil fehlenden Maschinen, Kabel und elektrische Stromlieferungen aufzutreiben.[8] Fabrikkomitees entstanden, die in bedeutendem Maße durch die PPR beherrscht wurden. Die PPR verfügte über eine Kaderorganisation, die bereit zum Handeln war und vollständig offen wirken konnte. Darin drückte sich auch das von unten kommende, damals bei den Arbeitern allgemeine Streben nach Übernahme der Kontrolle über den eigenen Arbeitsbetrieb aus. Solche Komitees entstanden noch 1944 z. B. in der Huta Bankowa (Bankhütte), dem Walzwerk Renard, den Hulczyński-Werken, den Zieleniewski-Werken, in beinahe allen Gruben des Dąbrowa-Beckens sowie in einigen Gruben Oberschlesiens. Das machte die dann durchgeführte Nationalisierung, die übrigens von keiner Seite auf breiteren Widerstand traf, bedeutend einfacher. Die Losung, die Großindustrie zu nationalisieren, stellten – übereinstimmend mit der Stimmung breiter Kreise der Bevölkerung – praktisch alle politischen Kräfte auf, nicht nur das „Lubliner" Lager, sondern auch die Polnische Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe; PSL) von Stanisław Mikołajczyk (1901-1966) und zuvor der mit der Exilregierung in London verbundene Rat der Nationalen Einheit (Rada Jedności Narodowej; RJN) in seiner Deklaration vom März 1944. Von solchen Schritten war übrigens auch aus Westeuropa (u. a. den neuentstandenen Labour-Regierungen in Großbritannien) zu hören.

Im Laufe der ersten Monate und sogar Jahre präsentierte sich das im Juli 1944 in Lublin eingesetzte Regime als eine Art parlamentarische Demokratie, mit einer

8 Siehe Upaństwowienie i odbudowa przemysłu w Polsce (1944-1948). Materiały źródłowe, do druku przygotowała i wstępem poprzedziła Hanna Jędruszczak, t. 1 [Verstaatlichung und Wiederaufbau der Industrie in Polen 1944-1948. Quellenmaterialien, hrsg. und eingeleitet von Hanna Jędruszczak, Bd. 1], Warszawa 1967, Einleitung sowie S.107, 182 u. a.

Parteienpalette, die auf die Linke und die Mitte begrenzt war. In der Realität leitete jedoch die kommunistische Partei – die PPR – den neuen Staatsapparat, und sie besetzte die Schlüsselpositionen. Zu diesem Zweck, aber auch zur Stärkung der sich bildenden Industriebürokratie war ein Arbeiteraktiv erforderlich, also eine ziemlich zahlreiche Gruppe nicht nur von Mitgliedern und Sympathisanten der PPR, sondern ein breiterer Kreis von Menschen, der in diesem Milieu neu war und sich politisch bisher nicht engagiert hatte. Man muß dabei daran erinnern, daß ein bedeutender Teil der gewandteren und gebildeteren Arbeiter in die Westgebiete zwecks Inbetriebnahme der dortigen Fabriken strömte.

Die Arbeiterklasse vergrößerte ihre Reihen infolge des Zustroms eines Teils des Kleinbürgertums und der Geistesschaffenden schon in der Zeit des Zweiten Weltkrieges. Jedoch ging nach der Befreiung von der deutschen Okkupation ein bedeutender Anteil dieser Zwangsarbeiter aus der Arbeiterklasse wieder weg. Dagegen floß beinahe seit den ersten Tagen nach der Befreiung des Landes ein damals noch schmales Bächlein der Landbevölkerung in die Städte und in die Industrie. So siedelte sich jetzt auch ein Teil der sogenannten Repatrianten aus dem Osten, der vorher auf dem Lande gewohnt hatte, in den Städten an und bildete in ihnen eine gewisse Bevölkerungsreserve, die potentiell eine Arbeiterreserve war. Auf diese Weise stieg in den Jahren 1946-1950, also noch vor der großen Industrialisierungswelle, der Prozentsatz der städtischen Bevölkerung in Polen von 32 auf 39 an.[9] Allein schon die Verschiebung der Staatsgrenzen hatte ein Anwachsen des Urbanisierungsgrades und der Arbeiterbevölkerung zur Folge. Das waren die Vorboten der großen Umgestaltungen, die in den späteren Jahren die ganze Arbeiterklasse in Polen erfaßten.

Anfänglich dominierten innerhalb der Arbeiterklasse noch die Vorkriegsarbeiter oder die, die die Arbeit während der Okkupation (diese letzteren waren ziemlich viele) begonnen hatten. Die Neuankömmlinge kamen in den damaligen – im allgemeinen bescheidenen und notvollen – Arbeits- und Lebensrahmen hinein, man muß aber daran erinnern, daß der alltägliche Bezugspunkt die Zeit des Krieges und der Okkupation war. Die Arbeitstechnik war ähnlich wie vor dem Krieg, nur in manchen Punkten etwas modernisiert (teilweise durch die Deutschen in der Besatzungszeit). In diesen Notzeiten war der Arbeitsbetrieb von großer Bedeutung als Institution, die Fürsorge und Hilfe bot, zusätzliche Einkommen und Zuteilungen verschaffte. Diese Bedeutung ergab sich auch mittels der Administration und durch die Gewerkschaften, die von den Arbeiterparteien, vor allem der PPR, beherrscht waren und auf sozialem Gebiet jetzt eine große Rolle spielten. Die Betriebsräte (anfänglich manchmal Belegschaftsräte genannt) stellten die niedrigste Ebene der Gewerkschaftsorganisationen und zugleich die Vertretung der Arbeiter und Angestellten dar. Sie wurden sofort berufen, nachdem die Unternehmen unter den neuen

9 Siehe Krystyna Kersten: Kształtowanie stosunków ludnościowych [Die Gestaltung der Bevölkerungsverhältnisse], in: Polska Ludowa 1944-1950. Przemiany społeczne [Volkspolen 1944-1950. Die gesellschaftlichen Veränderungen], Wrocław 1974, S.175.

Bedingungen die Tätigkeit aufgenommen hatten. Die spontan entstandenen Arbeiterkomitees bildeten sich in Räte um, was das Dekret vom 6. Februar 1945 legalisierte und beschloß.[10] Bald waren die Räte zusammen mit den Gewerkschaften in ein System eingebunden, das den von den Regierungsparteien (hauptsächlich der PPR) abhängigen Gewerkschaften ein Monopol sicherte. Sie blieben aber von bestimmtem Gewicht, wenn es darum ging, für die Arbeiter erträgliche Arbeitsbedingungen und die Versorgung zu sichern. Schließlich waren sie auch in gewissem Umfang eine Instanz, bei der man oftmals die eine oder andere Hilfe, auch in innerbetrieblichen Konflikten, finden konnte. Zugleich jedoch waren sie zwangsläufig das niedrigste Glied des regierenden politischen Lagers.

Einige Jahre nach der Bildung des neuen Regimes in Polen begann die Umwandlung der sogenannten Volksdemokratie in ein dem sowjetischen angenähertes System, das sich auf die Grundsätze des „Marxismus-Leninismus" stützte und in dem die Arbeiterklasse die zentrale Kategorie bildete. Diese Gesellschaftsordnung sollte die Diktatur des Proletariats verwirklichen, das heißt eine Form der Machtübernahme durch die Arbeiterklasse sein. Die Partei aber übte in ihrem Namen die Macht aus. Arbeiter stellten zu bestimmten Zeiten die Mehrheit der Parteimitglieder, in anderen war es jedoch die weniger zahlreiche Gruppe der Angestellten jeglicher Art, darunter die Parteiangestellten. In den ersten Nachkriegsjahren dominierten jedoch die Arbeiter; sie stellten über 60 Prozent der Mitglieder der PPR und einen ähnlichen Anteil an den PPS-Mitgliedern. Die Machtorgane waren inständig bemüht, sich auf das Arbeiteraktiv zu stützen, das der PPR oder den mit ihr verbündeten Gruppierungen, hauptsächlich der sogenannten Wiedergeborenen PPS unter Führung von Edward Osóbka-Morawski (1909-1997), anhing. Letztere entwickelte sich schnell und hatte gegen Ende 1946 fast 300.000 Mitglieder, während der PPR nahezu 550.000 Personen angehörten. Die Mitgliederzahl der beiden Parteien machte einen sehr hohen Prozentsatz der damals beschäftigten Arbeiter und körperlich Tätigen aus, die insgesamt einige Millionen zählten.

Neue Chancen der Klasse

Es ist angebracht festzustellen, daß die Arbeiter in dieser Zeit tatsächlich Chancen bekamen, wie sie sie niemals zuvor hatten. Sie erhielten die Möglichkeit, innerhalb der Hierarchie ihres Arbeitsbetriebes, ihrer Fabrik oder außerhalb davon, in Partei und Verwaltung, aufzusteigen. Dabei konnte die Arbeiterjugend, die diese Gelegenheit bisher nicht hatte, schon seit den ersten Jahren nach der Befreiung des Landes mit dem Lernen beginnen. Das betraf vor allem die Jugendlichen, die damals die Allgemeine (heute: Grund-) Schule beendeten. Das Lernen wurde ihnen in unterschiedlicher Weise erleichtert, indem Stipendien gestiftet, spezielle Mittelschulen geschaffen wurden usw. Auch für die arbeitende Jugend organisierte man in ziemlich breitem Umfang eine korrespondierende (gegenwärtig Fern- genannt) Ausbildung auf einem mittleren Niveau. Aus all den Initiativen entstand bald ein

10 Siehe Hanna Jędruszczak: Miasta i przemysł w okresie odbudowy [Städte und Industrie in der Wiederaufbauperiode], in: Polska Ludowa, S.347.

koordiniertes System. Diese Initiativen waren im Falle der Lenkung auf eine leitende Position und in den Staatsapparat, nicht zu reden vom Apparat von Partei, Gewerkschaft usw., politisch sowie bei politischen Schulen und Kursen ideologisch bedingt. Die entstandenen Möglichkeiten trugen entscheidend dazu bei, daß ein bedeutender Teil der aktiven und fähigen Arbeiter die Arbeiterklasse verließ und sich im Ergebnis dessen die Zusammensetzung und das Antlitz des fundamentalen Teils der Arbeiterschicht in Polen gründlich veränderten. Man muß das unterstreichen, denn es scheint, daß diese Erscheinung nicht ausreichend wahrgenommen wird.

Auf die Plätze, die die Zehntausenden bisheriger Arbeiter geräumt hatten, strömten beinahe schon seit den ersten Tagen der neuen Macht Ankömmlinge aus dem Dorfe in die Arbeiterklasse. Trotz der Bodenreform und besonders der Chancen, die die landwirtschaftliche Besiedlung der neuen, ehemals deutschen West- und Nordgebiete eröffnete, waren unter den damals existierenden gesellschaftlichen Bedingungen neue Beschäftigungsgelegenheiten angesichts der in dieser Zeit noch nicht beseitigten landwirtschaftlichen Überbevölkerung weiterhin wichtig. So spielten also in Polen wie auch in den anderen gesellschaftlich und ökonomisch schwach entwickelten und durch die Kommunisten regierten Ländern das Aktiv und die Funktionäre bäuerlicher Herkunft die Rolle, die gemäß der Theorie des Marxismus-Leninismus die Arbeiterklasse ausüben sollte. Jene faktische Einschränkung der Funktion der Arbeiter in der „Diktatur des Proletariats" rechtfertigte man mit der damals verkündeten Formel des „Arbeiter- und Bauernbündnisses". Tatsächlich zogen im Grunde in der damaligen Situation die Arbeiter in geringerem Maße den wirklichen Nutzen aus den Veränderungen, bedeutendend höher war er bei der bäuerlichen Bevölkerung, besonders den armen Schichten des Dorfes. Diese erhielten Bodenreformland beziehungsweise Wirtschaften in den Westgebieten oder ehemals deutsche in den früheren polnischen Territorien. Die Jugend, die aus verschiedenen, besonders aber den ärmeren Schichten des Dorfes stammte, erlangte, wie schon erwähnt, einen leichteren Zugang zu Mittel-, Berufs- und höheren Schulen, aber auch zu verschiedenen Berufen und Positionen in der Verwaltung. Das beeinflußte natürlich die Haltungen und die Weltanschauung der Betreffenden. Ein Teil dieser Jugendlichen, aber nur ein Teil, verstärkte tatsächlich die Arbeiterklasse. Ein anderer Teil, vielleicht der umfangreichere, besetzte eher Posten von Geistesarbeitern.

Über diese Fragen fehlen völlig sichere Informationen, man muß jedoch auf ein Buch hinweisen, das die Frage des Arbeitsmarktes in ziemlich erschöpfender Weise behandelt.[11] Die Anfangszeit brachte die Rückkehr Hunderttausender Menschen in Polen in ihre früheren Beschäftigungen. Aus den Arbeitermassen flossen die künstlich in sie hineingebrachten degradierten Angestellten und Angehörigen der Intelligenz, die aus dem Gebiet von Poznań und aus Pommern ausgesiedelten Geistesarbeiter, die Handwerker und Händler wieder ab. Von den früheren Arbei-

11 Siehe dies.: Zatrudnienie a przemiany społeczne w Polsce w latach 1944-1960 [Beschäftigung und gesellschaftliche Veränderungen in Polen in den Jahren 1944-1960], Wrocław 1972.

tern verblieben angesichts der Veränderung der Grenzen und des Systems sowie aufgrund unterschiedlicher persönlicher Verhältnisse einige Menschen im Ausland, besonders im Westen und in geringerem Maße im Osten.

Unter diesen Umständen konnte man in jenen ersten Monaten zwei gewissermaßen gegensätzliche Erscheinungen wahrnehmen. Vor allem trat, besonders in manchen Bereichen, ein heftiger Mangel an Fachkräften und irgendwie qualifizierten Beschäftigten ein. Er zeigte sich besonders in den Westgebieten, wo Hunderttausende von Arbeitern gesucht wurden. Gleichzeitig gab es in den Jahren 1946-1948 durchschnittlich etwa 100.000 registrierte Arbeitslose in Polen, hauptsächlich beruflich nicht qualifizierte Menschen. Einen Arbeitskräfteüberschuß, der in der folgenden Zeit beseitigt wurde, gab es u. a. in Bielsko-Biała, Bytom, Lublin, Piotrków, Płock, Radom, Toruń, Włocławek, Wrocław, Zabrze und Żyrardów.[12]

Die neue Arbeitsgesetzgebung führte entsprechend den Anweisungen der Machthaber auf der einen Seite für eine Übergangszeit die Arbeitspflicht bei bestimmten Beschäftigtenkategorien ein, was z. B. die Eisenbahner betraf. Zugleich erhielten auf der anderen Seite besonders die Fabrikbelegschaften neue Rechte. Es erfolgte auch eine Wiederherstellung der in den dreißiger Jahren eingeschränkten Rechte (46-Stunden-Arbeitswoche, Zuschläge bei Überstundenarbeit u. a.). Die Versicherungsanrechte der verschiedenen Arbeiterkategorien wurden vergrößert, das Recht auf kostenlose ärztliche Behandlung erweitert und die Gesamtheit der Versicherungsbeiträge auf den Arbeitgeber übertragen. In breitem Maßstab führte man Kollektivverträge ein, die zugleich das Prinzip der einen (durch die Machthaber gebilligten) Gewerkschaft im Arbeitsbetrieb beachteten. Die Vertretung der Arbeiter (die Betriebsräte) erlangte Kompetenzen nicht nur für den Schutz der Beschäftigten, sondern zum Teil auch auf dem Gebiet der Verwaltung. Das konnte jedoch angesichts ihrer Einbeziehung in die Struktur der zentralisierten Gewerkschaften nur lokale Bedeutung haben und war abhängig von der Situation im jeweiligen Arbeitsbetrieb.

Der Einfluß der Fabrikbelegschaften auf das Funktionieren der Fabriken und der Industrie, auch wenn er in der Praxis eine Illusion war, förderte in der Industriearbeiterklasse das Entstehen der Überzeugung, daß sie das Recht habe, über die Geschicke ihres Arbeitsbetriebes zu entscheiden oder wenigstens mitzuentscheiden. Auch war im Gedächtnis eines bedeutenden Teils der damaligen Arbeiter noch die Erinnerung an die Situation in den Zwischenkriegsjahren lebendig, als man den Arbeiter ausschließlich als abhängige Arbeitskraft behandelte, und das sowohl in der privaten als auch in der staatlichen Industrie. Begründet wurde das damals oft mit der Theorie des Taylorismus, die im Namen der Rationalisierung der Arbeit die Rolle des Arbeiters auf die eines spezialisierten Automaten reduzierte, dessen Denkaktivität im Produktionsprozeß nicht nur nicht vorgesehen war, sondern vor

12 Siehe Rocznik statystyczna [Statistisches Jahrbuch] 1947. GUS, S.4f.; Janusz Kaliński (Hrsg.): Historia gospodarcza Polski (1939-1989) [Wirtschaftsgeschichte Polens (1939-1989)], Warszawa 1996, S.218 (Danach gab es je 1.000 Beschäftigte 1946 29 und 1949 18 Arbeitslose); Jędruszczak, Miasta i przemysł, S.342-343. Das waren keine großen Zahlen, aber Arbeitslosigkeit existierte noch.

der man als ungünstig für die Arbeitsproduktivität warnte. Solche extremen Theorien wurden im Westen mit der Zeit als unrichtig und unbrauchbar aufgegeben, in Polen hatten sie aber einen gewissen Zuspruch. Unterdessen appellierten nach dem Zweiten Weltkrieg – obwohl rein verbal und mit propagandistischem Ziel – die neuen Machthaber an die Aktivität, den Einfallsreichtum und den Erfindergeist der Arbeiter, was letzteren gestattete, sich zusätzlich als Mitbesitzer des Arbeitsbetriebes zu fühlen. Nach und nach machten Propaganda und Bürokratie diese „Rationalisatorenbewegung" in der öffentlichen Meinung und in gewissem Maße auch im Arbeitermilieu radikal lächerlich, obwohl man bemüht war, hier das Element der materiellen Interessiertheit einzuführen.

Die zahlenmäßige Stärke der Arbeiter und der Arbeiterbevölkerung nahm rasch zu. Trotz des sehr bedeutenden Rückgangs der Bevölkerungszahl in Polen im Vergleich zum Vorkriegsstand (1937 – 34,5 Mio.; 1946 – 23,9 Mio.!) erreichte und überschritt der Beschäftigungsgrad in der Industrie schon 1946 den Vorkriegsstand. Eine große Rolle spielte die Industrie in den Westgebieten, dennoch überstieg in diesem Territorium der Anteil der in diesem Bereich Beschäftigten nicht 25 Prozent derjenigen in der gesamten Industrie. Der Löwenanteil entfiel folglich auf die früheren polnischen Vorkriegsgebiete, wo die Fabriken sehr schnell die Produktion wiederaufnahmen.[13]

Die Lebensbedingungen der ganzen Gesellschaft waren schwer, doch wuchsen Produktion und Nationaleinkommen schnell. Ein bedeutender Teil des Einkommens wurde damals akkumuliert. Nach Berechnungen betrug das Niveau der realen Vergütungen der Arbeiter nach einer gewissen Zeit etwa zwei Drittel dessen aus der Vorkriegszeit (s. unten). Die Situation der Intelligenz und der Angestellten wurde als schlechter, die Lage der bäuerlichen Schicht als insgesamt besser als vor dem Krieg eingeschätzt.

Die nächsten Jahre vergingen im Zeichen des Dreijahrplanes und des nachfolgenden Sechsjahrplanes. Der erstere von 1947–1949 sollte den Wiederaufbau und die Integration des Landes sowie die Anfänge seiner Modernisierung sichern. Jedoch wurden schon in den Jahren des Dreijahrplanes immer deutlicher sozialistische Ziele formuliert. Das hing mit der Veränderung in der Strategie der PPR zusammen, die aus den aus Moskau kommenden neuen Direktiven resultierte.

Tabelle 1: Beschäftigte in der Industrie und im Bauwesen in den Jahren 1946-1990 (in Tausend)

Jahr	1946	1950	1955	1960	1965	1970	1975	1980	1985	1990
Beschäftigte	1.110	2.618	3.532	3.969	4.638	5.528	6.556	6.582	6.159	5.863

13 Siehe Rocznik statystyczny 1947, S.69.

Wie aus der obigen Tabelle hervorgeht, erhöhte sich in der Zeit des Dreijahrplanes die Zahl der Industriearbeiter und – proportional – der Arbeiter insgesamt bedeutend. Diese wachsende Arbeiterzahl war mit dem Wiederaufbau der zerstörten Industrie in den früheren und in den Westgebieten verbunden. In dieser Zeit entstanden neue Arbeitsbetriebe eher nicht, die größeren Betriebe und großen Zentren wurden dagegen wiederaufgebaut. Dagegen warteten die kleineren Betriebe, besonders wenn sie in kleineren Städten und auch außerhalb Schlesiens lagen, viele Jahre auf ihre Inbetriebnahme. Trotzdem erlaubte es dieser Wiederaufbau, daß in der Wirtschaft auf dem nach dem Krieg veränderten Territorium ein bedeutend größeres Industriepotential als vor dem Krieg entstand, und die Industrieproduktion überschritt das Vorkriegsniveau. Das vollzog sich vermutlich 1947 (die einzelnen Schätzungen sind sehr verschieden), aber schon in den Jahren 1948-1949 ging die Industrieproduktion über den Stand von 1938 hinaus. Weil sich die Bevölkerungszahl des Landes bedeutend verringert hatte, verwies das auf eine Anhebung des Industrialisierungsniveaus des Landes und dadurch auch der Bedeutung der Arbeiterklasse.

Im Verlaufe des Dreijahrplanes wurde, wie schon erwähnt, das Wiederaufbauprogramm in eines zum sozio-ökonomischen Umbau nach sozialistischen Prinzipien entsprechend den sowjetischen Vorbildern transformiert. Schon im zweiten und mehr noch im dritten Planjahr begann die Einführung neuer Mechanismen und – jetzt schon ausdrücklich nach sowjetischem Vorbild – des sogenannten Arbeitswettbewerbs. In diese Maßnahmen waren ziemlich viele Arbeiter einbezogen.

Die Arbeiter lebten, trotz der Fortschritte beim Wiederaufbau und obwohl die Industrieproduktion wuchs, weiter unter schweren Bedingungen. Die Löhne waren sehr niedrig und ihre Struktur undurchsichtig, denn es gab zu den mikroskopischen Grundlöhnen zahlreiche Zulagen und Prämien. Hinzu kamen Deputate in natura, die jedoch zusammen mit der Normalisierung der Verhältnisse schrittweise verschwanden. Im großen und ganzen erhielt ein bedeutender Teil der Arbeiter höhere Löhne als vor dem Kriege, hauptsächlich unqualifizierte Arbeiter und verschiedene Arbeiterschichten sowie früher benachteiligte Berufe. Dagegen lebten, angesichts einer erheblichen Nivellierung des Lohnniveaus, sogar die verhältnismäßig gut verdienenden Fachleute bedeutend bescheidener als früher. Das Kartensystem, das erst Anfang 1949 abgeschafft wurde, trug zusätzlich zur Einebnung der Unterschiede in den Einkommen bei. Aus den Einschätzungen der Forscher zu diesem Problem ist zu schlußfolgern, daß die Reallöhne bis 1949 durchschnittlich nicht den Vorkriegsstand erreichten und in diesem Jahr, dem letzten des Dreijahrplanes, auf etwa zwei Drittel dieses Standes (nach H. Jędruszczak 67,2 Prozent) kamen. Um das richtig zu bewerten, muß man hinzufügen, daß die Höhe der Reallöhne Anfang 1945 nur 6-14 Prozent des Vorkriegsniveaus betrug. Wenn man die Lage der Arbeiterklasse mit der in der Vorkriegszeit vergleicht, sind auch die größeren Möglichkeiten zur Nutzung der Sozialfonds, von Betriebsküchen, Erholungsaufenthalten, Ferienkolonien, Renten usw. in Betracht zu ziehen.

Anzunehmen ist auch, daß sich trotz der Zerstörungen der Wohnungssubstanz z. B. infolge der Migration in die Westgebiete und der Besetzung ehemals deutscher Wohnungen die Wohnbedingungen der Arbeiter, obwohl sie weiter schwer waren, etwas verbesserten. Das galt jedoch für die am meisten zerstörten städtischen Zentren, vor allem für Warschau, nicht.

Die furchtbaren Erlebnisse des Zweiten Weltkrieges und der Okkupation verursachten empfindliche Lücken in der Schulausbildung bei einem Teil der jungen Arbeiter. Durch den Wiederaufbau des Schulsystems nach 1945 konnte dieser Prozeß eingedämmt werden. Es gab umfangreiche Pläne, die Schule zu demokratisieren und Mittelschulbildung allgemein zugänglich zu machen. Das drückte sich darin aus, daß erprobt wurde, achtjährige Grundschulen mit Elementen eines gymnasialen Programms zu schaffen. 1.600 solcher Schulen entstanden. Das wurde aber nach einigen Versuchen in den Jahren 1945-1948 fallengelassen.

Die Konzeption, eine hauptsächlich berufliche Schulung durchzusetzen, diente dem Programm der sozialistischen Industrialisierung. Sie sollte der grundlegende Weg für die Berufskarriere der Jugendlichen aus dem Arbeitermilieu werden. Man muß zugeben, daß gleichzeitig viel getan wurde, um möglichst viele dieser Jugendlichen in die Mittel- und besonders die höheren Schulen zu lenken. Gerade dem dienten die Versuche, ein weiterbildendes „Nulljahr“ an den Hochschulen (1945-1946), „Vorbereitungskurse“ (1946) und „Vorbereitende Universitätsstudien“ (1949) zu schaffen. Vorgesehen waren sie besonders für die Arbeiterjugend.[14]

Umfangreich wurde auch Unterricht für die Analphabeten organisiert, von denen es nach zeitgenössischen Statistiken ungefähr 1,5 Mio. gab. Eine Million Personen, darunter einige ältere Arbeiter, lernten lesen und schreiben. Die tatsächlichen Ergebnisse dieser Aktion sind jedoch unsicher, umso mehr, da diese einen deutlich propagandistischen Akzent hatte.

Die Arbeiterklasse ingesamt lebte unter schweren Bedingungen. Einzelne ihrer Gruppen aber erzielten soziale Errungenschaften, eine soziale Position sowie Chancen des Aufstiegs und des Zugangs zu Schulen und zum kulturellen Leben, wie sie sie bisher nicht gehabt hatten. In den ersten Jahren offenbarten sich noch nicht so deutlich die negativen Folgen einer Politik, die den „Aufbau der Grundlagen des Sozialismus“ anstrebte.

---

14 Siehe Janusz Żarnowski: Awans społeczny w Polsce. Problem inteligencji [Der gesellschaftliche Aufstieg in Polen. Das Problem der Intelligenz], in: Przełomy w historii. XVI Powszechny Zjazd Historyków Polskich, Wrocław 15-18 września 1999 roku. Pamiętnik, t. 2, cz. 2, [Wenden in der Geschichte. XVI. Allgemeiner Kongreß der Polnischen Historiker, Wrocław 15.-18. September 1999, Tagebuch, Bd. 2, T. 2], S.445-456, Toruń 2000 (dort auch Literaturangaben). In vielen historischen und soziologischen, sogar wertvollen, Arbeiten wird diese Problematik in ideologisierter Weise behandelt. Siehe z. B. Hanna Palska: Nowa inteligencja w Polsce Ludowej. Świat przedstawień i elementy rzeczywistości [Die neue Intelligenz in Volkspolen. Vorstellungswelten und Wirklichkeitselemente], Warszawa 1994.

Die Arbeiter und die sozialistische Beschleunigung

Schon in der ersten Hälfte des Jahres 1947 und dann 1948 begannen mit der Verstaatlichung des privaten und genossenschaftlichen Sektors, der Schaffung eines zentralen Wirtschaftsverwaltungapparates, der Inangriffnahme der Industrialisierung in großem Maßstab und der Durchführung der Kollektivierung der Landwirtschaft Aktivitäten, die auf eine Annäherung des Wirtschaftsmodells Polens an sowjetische Vorbilder gerichtet waren. Der Sechsjahrplan sollte den „Aufbau der sozialistischen Ordnung" herbeiführen. Für die Arbeiterklasse waren diese Veränderungen von großer Tragweite. Auf der einen Seite bedeuteten sie aufgrund des erforderlichen Einsatzes von Investitionsmitteln, daß sich die materielle Situation verschlechterte. Auf der anderen Seite erhöhten sich der Arbeitskräftebedarf und die Notwendigkeit, jegliche Reserven in diesem Bereich zu mobilisieren, von denen die größten auf dem Lande, in der bäuerlichen Landwirtschaft verblieben waren.

Die Jahre 1949-1955/56 vergingen im Zeichen des Sechsjahrplanes. Der I. Parteitag der PZPR (Polska Zjednoczona Partia Robotnicza; Polnische Vereinigte Arbeiterpartei), die im Dezember 1948 aus der Vereinigung von PPR und PPS hervorging, beschloß für diesen Zeitraum den Plan der gesellschaftlichen Umgestaltung, des Aufbaus des Sozialismus, der forcierten Industrialisierung und der Umgestaltung der Landwirtschaft, das heißt der Einführung von Produktionsgenossenschaften nach dem Vorbild des sowjetischen Kollektivierungssystems. Nachdem der Generalsekretär der PPR, Władysław Gomułka (1905-1982), und seine Anhänger im Sommer 1948 unter dem Vorwurf einer „rechtsnationalistischen Abweichung" von ihren Funktion entfernt und eine der stalinistischen ähnliche Diktatur geschaffen worden waren, wurde – auch unter dem Druck des sowjetischen Zentrums – in den Jahren 1949-1950 entschieden, die Industrialisierung und den Umbau bis an die Grenzen der Möglichkeiten und über diese hinaus zu beschleunigen. Wenn also auf dem PZPR-Parteitag von einem Anwachsen der Industrieproduktion um 85-95 Prozent gesprochen worden war, so war 1950 schon ein Anstieg um 158 Prozent (!) geplant, und in der Landwirtschaft waren es 50 Prozent anstatt 35-45 Prozent. In den Vordergrund rückte der Aufbau eines großen Industriepotentials, das die Grundlage für die Macht des durch Stalin geführten kommunistischen Staatenblocks, besonders die Grundlage von Rüstung und Kriegswirtschaft, bilden sollte. Vorgesehen war hauptsächlich ein Wachstum der Schwerindustrie; die Erzeugung konsumtiver Güter sollte bedeutend langsamer zunehmen. Da es an Hilfe von außen fehlte, konnten die großen Investitionen nur um den Preis einer Verarmung breiter Schichten der Gesellschaft, vor allem der Bauern und nachfolgend auch der Arbeiter getätigt werden.

Im Ergebnis war die Industrieproduktion die einzige Kennziffer, die 1955 überschritten wurde. Sie erhöhte sich im Vergleich zu 1949 um 171 Prozent. Dagegen nahm die landwirtschaftliche Produktion in dieser Zeit nur um 13 Prozent zu, und die Reallöhne wuchsen praktisch nicht oder stiegen kaum um ein paar Punkte an. In den meisten Kennziffern wich der Plan also bedeutend von den beschlossenen Grundsätzen ab.

Auf die Arbeiterklasse wirkte sich der Sechsjahrplan immens aus. Diese Wirkung war nicht eindeutig negativ, obwohl den wahren und zugleich symbolischen Abschluß der Arbeiteraufstand in Poznań im Juni 1956 bildete.

In der Zeit des Sechsjahrplanes vergrößerte sich um etwa 40 Prozent vor allem die zahlenmäßige Stärke der Arbeiterklasse. Natürlich waren das Dorf, besonders die Dorfjugend und die ärmeren Dorfschichten in einigen Regionen, die Hauptquelle für die neuen Arbeiter, obwohl unter ihnen im Ergebnis des sogenannten Kampfes gegen den Kulaken auch Menschen aus begüterten Wirtschaften auftauchten. Die meisten neuen Arbeiter brauchte man zum Aufbau und zum Betrieb von „Banner"-Objekten des Sozialismus wie Nowa Huta (Neue Hütte) bei Kraków, die Werften in Gdynia und Szczecin, die Stickstoffwerke in Kędzierzyn, die Kunstfaserfabriken in Gorzów Wielkopolski und Jelenia Góra, „Dolmel" in Wrocław, die Hütte in Częstochowa, die Personenkraftwagenfabrik und die Kasprzak-Werke in Warschau, die Kupferhütte in Legnica und die Aluminiumhütte in Skawina, die Autofabriken in Lublin und Jelcz, die Erntemaschinenfabriken in Płock und Piotrków Trybunalski, Zambrów und Białystok („Fasty") und viele andere. Insgesamt wurden über 1.000 Objekte errichtet oder ausgebaut. Alle erwähnten Betriebe stellten eine vieltausendfache Zusammenballung von Arbeitern dar.[15]

In dieser Zeit hatte sich die Arbeiterklasse im Vergleich zum Vorkriegsstand schon sehr verändert und war in gewissem Grade atomisiert. Das stand im Widerspruch zur einheitlichen, ihr aufgezwungenen Organisation. Die einheitlichen und einzigen „staatlichen" Gewerkschaften waren eng mit den Machtorganen und mit der regierenden Partei verbunden. Um die Partei und die Gewerkschaften herum funktionierte ein Kreis von ebenfalls unifizierten Hilfsorganisationen. Mit dem ganzen System dieser Institutionen sollte der Tätigkeit der Arbeiter eine bestimmte Richtung gegeben und ihr Leben kontrolliert werden.

Die Struktur der Arbeiterklasse wandelte sich im Verlaufe dieser Umgestaltungen deutlich.[16] In den Jahren des Sechsjahrplanes stieg die Beschäftigung in der Schwerindustrie um das Zweieinviertelfache und in der Konsumtionsmittelindustrie um fast das Eineinhalbfache. In der Schwerindustrie arbeiteten jetzt fast 70 Prozent aller Industriearbeiter. Gerade damals entstand das Modell der Arbeiterklasse, das bis 1989 erhalten blieb. Gewaltige Kombinate wurden gebaut und die kleinen Unternehmen, besonders die privaten, beseitigt. Damals tauchte zugleich eine Kategorie auf, die bis in die jüngste Zeit eine große Rolle spielte: Arbeiter, die ihren Wohnort nicht veränderten und im allgemeinen in ihren Wirtschaften verblieben,

15 Diese Prozesse behandelt, nicht ohne kontroverse Feststellungen und gewöhnliche Irrtümer, aber in geordneter Weise das Buch von Antoni Czubiński: Polska i Polacy po II wojnie światowej (1945-1989) [Polen und die Polen nach dem Zweiten Weltkrieg (1945-1989)], Poznań 1998, S.289-294. In der gängigen Literatur der letzten Jahre wurden diese Fragen im allgemeinen nicht objektiv und sogar karikaturistisch dargestellt. Siehe z. B. Andrzej Paczkowski: Pól wieku dziejów Polski. 1939-1989 [Ein halbes Jahrhundert Geschichte Polens 1939-1989], Warszawa 1995, S.229-237.

16 Den Arbeitern in den Jahren 1948-1956 widmet sich ein Kapitel der Arbeit von Dariusz Jarosz: Polacy a stalinizm 1948-1956 [Die Polen und der Stalinismus 1948-1956], Warszawa 2000, S.61-115.

das heißt die Bauern-Arbeiter. Insgesamt kam es in den Jahren 1949-1955 zur Beschäftigung von 2,5 Mio. neuen Arbeitskräften, davon 1,4 Mio. in der Industrie und im Bauwesen. Aus der Landwirtschaft gingen in diesem Zeitraum ungefähr eine Million Menschen weg, hauptsächlich in die Industrie. Die Machtorgane führten auf dem Lande eine regelmäßige Werbeaktion für die Industrie durch. Die Migration vom Dorf in die Stadt betrug mindestens ca. 600.000 Personen. Einen bedeutenden Teil dieser neuen Arbeitskräfte und sogar ihre Hauptmasse stellten Arbeiter ohne jegliche berufliche Vorbereitung dar. Jedoch verließen in jenen Jahren auch etwa 800.000 junge Fachleute die Berufsschulen – natürlich nicht nur für die Arbeit in der Industrie. Schließlich fanden in den behandelten Jahren rund eine Million Frauen eine Beschäftigung, darunter in einem bedeutendem Maße in der Industrie. Viele bisher für die Männer reservierte Produktionstätigkeiten wurden Frauen zugänglich gemacht, wobei man sich um die Gesundheitsrichtlinien, aber auch um die noch aus der Vorkriegszeit stammende Schutzgesetzgebung nicht allzusehr kümmerte. Einige Fachgebiete und Berufe unterlagen einer dauerhaften Feminisierung.[17]

Im Ergebnis änderte sich die Zusammensetzung der Arbeiterklasse. Die Verbindungen zum Dorf, die immer stark gewesen waren, sich aber nach dem Abschluß der Massenmigrationen des 19. Jahrhunderts etwas abgeschwächt hatten, verstärkten sich wieder. In einigen Zentren, besonders in den auf der grünen Wiese errichteten, bestand die ganze Arbeiterbevölkerung aus früheren Bauern. Die Millionenmasse von Bauern-Arbeitern verblieb im Grenzgebiet dieser beiden sozialen Schichten und verküpfte sie mit starken Banden zusätzlich.

Seit dem Augenblick, als die „sozialistische Umgestaltung" proklamiert worden war, wurde diese zahlenmäßig mächtigere Arbeiterklasse einer immer strikteren Disziplin und Aufsicht unterworfen. Die politische Kontrolle übten die Partei und die durch sie geleiteten Gewerkschaften aus, die Polizeiaufsicht geschah durch die verzweigte Struktur des Sicherheitsdienstes und gewissermaßen durch die Verwaltung der Betriebe und Institutionen. Die Arbeiter waren von den damals eingeführten drakonischen Strafen für die geringfügigste wirkliche oder angebliche Verletzung der Arbeitsdisziplin betroffen, etwa bei Verspätungen, wenn sie der Arbeit fernblieben oder Unwillen gegenüber den offiziell proklamierten „Taten" zeigten, die sie zum zusätzlichen Verweilen in der Fabrik während der Freizeit nötigten. Besonders galt das für die Maßnahmen, die zum Ziel hatten, sie zu maximaler Anstrengung bei immer schlechteren Entlohnungen und Arbeits- und Lebensbedingungen zu zwingen. Die Vorbereitungsaktion für den Sechsjahrplan war mit einem „Inordnungbringen der Löhne und Normen" verbunden, was schon Politbüromitglied Hilary Minc (1905–1974) auf dem Vereinigungsparteitag der PZPR angekündigt hatte. Die wirtschaftlich-investiven Aufgaben wurden im Sechsjahrplan bis an die Grenze der Möglichkeiten hochgeschraubt, nachdem schon 1950 die Akkumulation nahezu 30

17 Die Fragen behandelt Jędruszczak, Zatrudnienie a przemiany społeczne, S.151-196. Auch D. Jarosz berührt sie. Siehe Dariusz Jarosz: Polityka władz komunistycznych w Polsce w latach 1948-1956 a chłopi [Die Politik der kommunistischen Machthaber in Polen in den Jahren 1948-1956 und die Bauern], Warszawa 1998, S.482, aber auch in dem Buch: Polacy a stalinizm, S.116-144.

Prozent des Nationaleinkommens ausmachte. Für den Konsum blieb also nicht viel, und die Lebensbedingungen fingen an, sich zu verschlechtern. 1950 wurde eine Währungsreform durchgeführt, die der Gesellschaft mindestens zwei Drittel ihrer Ersparnisse raubte. Die bald verkündete „Nationale Anleihe zur Entwicklung der Kräfte Polens" wurde faktisch zwangsweise unter der Bevölkerung verteilt. Anfänglich nutzte man die Reserven, die während des Dreijahrplans angesammelt worden waren. Aber im Zusammenhang mit der sich verschärfenden internationalen Situation (Krieg in Korea) wurden die Aufgaben erneut erhöht und die Hauptanstrengung auf die Investitionen in die Rüstungsindustrie gerichtet. Kosumtive Waren für den Markt begannen zu fehlen. Bald (1951) wurde unter verschiedenen Namen das soeben abgeschaffte Kartensystem wieder eingeführt. Das Niveau der Reallöhne der Arbeiter war niedriger als 1949. Die Schwierigkeiten auf dem Markt ergaben sich auch aus der forcierten Kollektivierung der individuellen Landwirtschaft, die einen Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion zur Folge hatte. Schließlich erfolgte im Januar 1953 eine Reform der Preise und Löhne, die im Grunde eine bedeutende Steigerung der Preise und eine bescheidene Erhöhung der Löhne war. Die Karten wurden damals abgeschafft. Es war die Zeit mit dem niedrigsten Lebensstandard bei den Arbeitermassen. Nur dadurch, daß sich die Zahl der Beschäftigten erhöhte, konnte der Verarmung der Arbeiterfamilien entgegengewirkt werden.[18]

Seit 1954 versuchten die Machthaber den Rückgang des Konsums und der Verarmung der Bevölkerung, darunter der Arbeiter, aufzuhalten, um so mehr, da der Aufstand der Bevölkerung in der DDR (1953) und die Unruhen in Tschechien (Plzeň) eine gefährliche Mahnung waren. Die Löhne wurden erhöht und die Preise etwas gesenkt, was die weitere Verringerung des Lebensniveaus der Arbeiter bremste.[19] Jedoch war die Verbesserung sehr bescheiden, und grundsätzliche Veränderungen traten nicht ein. Der Strom der offenen Kritik, der, auch unter den Arbeitern, zu fließen begonnen hatte, nahm ständig an Kraft zu, bis er 1956 ausbrach.

Vom Oktober zum Dezember

Im ersten Nachkriegsjahrzehnt erlangte die Arbeiterklasse als Ganzes eine neue gesellschaftliche Position. Die Machthaber verkündeten offiziell die These von der „führenden Rolle der Arbeiterklasse" und wiederholten sie ständig. Das hatte propagandistischen Charakter, entsprach aber in gewissem Grade den wahren Intentionen der Partei, waren doch die Arbeiter eine Schicht, an der den Herrschenden sehr gelegen war. Aus ideologischen, politischen und sozio-taktischen Gründen beriefen sie sich also auf die Arbeiter und unterstrichen deren Rolle. Aus dem Arbeiter-, Fabrik- und Jugendaktiv entnahmen sie neue Kader von politischen,

18 Das bestätigt Henryk Słabek: Historia społeczna Polski Ludowej 1944-1970 [Sozialgeschichte Volkspolens 1944-1970], 1988 (vervielf. Ms.), S.244.

19 Siehe Jędruszczak, Zatrudnienie i przemiany społeczne, S.168f.

Partei- und Staatsangestellten. Sie förderten Arbeiter oder Menschen mit Arbeiterherkunft bei der Besetzung von Schlüsselpositionen.

Die Ereignisse von Poznań und die Oktoberwende 1956, als Władysław Gomułka als 1. Sekretär des ZK der PZPR an die Parteispitze zurückkehrte, bestätigten paradoxerweise, daß die konzentrierten Arbeitermassen in Wendemomenten tatsächlich die entscheidende Kraft gewesen sind, besonders, wenn sie gemeinsam mit der Intelligenz handelten. Und gerade der Sechsjahrplan hatte im Verhältnis zu bisher eine gewaltige Konzentration von Arbeitern in gewaltigen Betrieben zur Folge, mit denen die Machthaber in Krisenzeiten rechnen mußten! Das kommunistische Programm, das der Atomisierung der Gesellschaft angeklagt war, bewirkte in diesem Falle eine entgegengesetzte Erscheinung.

Trotzdem übten in den nächsten mehr als zehn Jahren die Arbeitermassen wie der Rest der Gesellschaft einen ernsthafteren Einfluß auf die Richtung der gesellschaftlichen und politischen Wandlungen nicht aus. Die Autorität von Władysław Gomułka, die er in den Arbeitermassen während der Jahre 1955-1956 errungen und gefestigt hatte, und die geringer werdende, aber weiter lebendige Autorität der herrschenden Partei reichten aus, um innerhalb der Arbeiterklasse die einen ruhig zu halten, die anderen zu bändigen und noch andere anzuziehen. Ihre zahlenmäßige Stärke vergrößerte sich durch die Verlagerung bäuerlicher Bevölkerung weiter, obwohl das Tempo dieses Zuwachses zurückging. Die Arbeiterklasse konsolidierte sich schrittweise, wobei die viele Millionen zählende, im Grenzbereich dieser Klasse und der bäuerlichen Bevölkerung angesiedelte zweiberufliche Bevölkerung der „Bauern-Arbeiter“ oder „Arbeiter-Bauern“ immer mehr an Bedeutung gewann. Die materielle Situation der Arbeiterbevölkerung verbesserte sich in einem wenig wahrnehmbaren Tempo. Die Lebensmittel verschlangen über 50 Prozent der durchschnittlichen Ausgaben der Arbeiter-und Angestelltenfamilien.

Nach und nach schufen die unerbittlichen demographischen Veränderungen auch für die Herrschenden neue Probleme. Die Anzeichen für einen Aufstieg der ganzen Arbeiterklasse befriedigten die jungen Arbeiter schon nicht mehr, denn sie waren für sie abstrakt und ihnen egal. Die Wege ihrer individuellen Avancierung wurden, trotz der amtlichen Deklarationen, der Punkte für eine Arbeiterherkunft an den Hochschulen usw., immer weniger durchlässig. Trotzdem nahm die Unzufriedenheit in dieser Zeit nicht die Form eines ernsten kollektiven Protestes an. Sie wurde neutralisiert durch die anstrengende und quälende, aber vorankommende Industrialisierung des Landes, die vielfältige und komplizierte gesellschaftliche Prozesse in Gang setzte. Es gab weiterhin Arbeitskraftreserven, für die eine Beschäftigung außerhalb der Landwirtschaft und besonders in der Großindustrie attraktiv war. Infolgedessen erhöhte sich der Anteil der Arbeiterklasse an der Bevölkerungszahl insgesamt ständig und erreichte um 1970 40 Prozent.[20]

Neue Industriebezirke und -zentren waren entstanden und entstanden weiterhin. Zu ihnen gehörten die Gruben in der Region Rybnik, die schwefelproduzierenden

20 Siehe Czubiński, Polska i Polacy, S.414f., der sich auf von J. Szczepański und K. Wajda herausgegebene Arbeiten stützt.

Betriebe in der Region Tarnobrzeg, der Kupferbezirk in der Region Głogów und Legnica, die Betriebe in Puławy, Płock und Sandomierz.[21] Die Verteilung der Arbeiter veränderte sich also. Der Fortschritt von Technologie und Technik erforderte eine technische Schulung. Alles das veränderte den Charakter der Arbeiterklasse. Der Zustrom von Jugendlichen, die schon in normalen allgemeinbildenden und Berufsschulen ausgebildet waren, erhöhte den durchschnittlichen Bildungsgrad der Arbeiterbevölkerung, obwohl die Machthaber die Expansion einer vollständigen Mittelschulbildung ständig eingeschränkten und den Besuch von Berufsschulen nach der Grundschule präferierten. Das förderte – besonders im jüngeren Teil dieser Bevölkerung – Wünsche, die das damalige System in keiner Weise befriedigen konnte.

Paradox ist, daß in einem System, das sich auf die Arbeiterklasse berief, die für sie spezifischen kulturellen Merkmale schwanden. Die Keime einer Arbeiterkultur, die z. B. in den beiden Zwischenkriegsjahrzehnten sichtbar waren, hatten keine Entwicklungsmöglichkeiten. Allein schon die bedeutende Ausweitung der zahlenmäßigen Stärke der Arbeiterbevölkerung, die in der Mehrheit aus anderen Schichten (hauptsächlich den Bauern und Landarbeitern) kam, machte die Kontinuität der kulturellen Tradition zunichte. Die Arbeiter wollten in die Gesamtheit der städtischen Einwohner und in die Kultur der gebildeten Schicht eingeschmolzen werden und nicht irgendeine nicht allzu genau definierte eigene kultivieren. Sichtbar waren die dörflichen Einflüsse zwar im Leben und Brauchtum der neuen Generation von Arbeitern. Der gebildetere Teil der Arbeiterschicht unterschied sich jedoch hinsichtlich des Verhältnisses zur Kultur nicht bedeutend von der (meist von Arbeitern, Bauern und Kleinbürgern abstammenden) Angestelltenschicht. Die Unterschiede begannen erst im Verhältnis zur Intelligenz und zur intellektuellen Schicht, die aber eine unbedeutende Minderheit darstellte.

Vom Dezember zum Dezember

Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation in den Jahren 1969-1970 wurde zur unmittelbaren Ursache der Gärung in den Arbeiterzentren. Die stärkste und über längere Zeit andauernde Spannung herrschte, wie sich erwies, an der Küste von Gdańsk, wo sie im Dezember 1970 zum Ausbruch kam. Władysław Gomułka wurde von der Macht entfernt. Edward Gierek (1913-2001), seit dem 20. Dezember 1970 neuer 1. Sekretär des ZK der PZPR, und sein Umfeld beriefen sich ostentativ auf die Meinung und die Unterstützung der Arbeitermassen: „Helft ihr?“ – die bekannte Frage Giereks auf dem Zusammentreffen mit Arbeitern im Januar 1971. In den ersten Monaten und sogar Jahren nach dem Dezember 1970 war der Grad des Rückhalts oder der Zustimmung in der ganzen Gesellschaft, vor allem aber in der Arbeiterklasse, sicher der höchste in der ganzen 45jährigen Geschichte der Volksrepublik. Die Verwendung der damals aufgenommenen beträchtlichen Kredite

21 Siehe Janusz Kaliński: Gospodarka Polski w latach 1944-1989. Przemiany strukturalne [Die Wirtschaft Polens in den Jahren 1944-1989. Strukturelle Veränderungen], Warszawa 1995, S.114f.

aus dem Westen bewirkte, daß sich das Lebensniveau der Arbeiter und der anderen gesellschaftlichen Schichten bedeutend erhöhte.[22]

Gleichzeitig wurden jedoch die Industrieinvestitionen ungemein ausgebaut. Ihre Liste war sehr lang. Als Symbol berufen wir uns hier nur auf die „Huta Katowice" (Hütte Katowice), auf die sich die damaligen Pläne, unerfüllten Hoffnungen und die spätere Kritik konzentrierten. Die damals verübten Fehler wiederholten zum Teil diejenigen vor 1956 und aus der Zeit der Wende von den 50er zu den 60er Jahren. Anfänglich herrschte Zustimmung, auch unter den Arbeitern, die durch den Kontrast zur Stimmung in der Endzeit der Gomułka-Regierungen angefacht wurde. Aber schon nach zwei bis drei Jahren verschlechterte sich die Versorgung. Die internationale Wirtschaftsdepression durchkreuzte die Hoffnungen auf wirtschaftlichen Wandel und Modernisierung. Die Ökonomie des Landes begann, auf der schiefen Ebene herabzurutschen, und wurde sowohl durch die dem System innewohnende Starrheit und Inelastizität als auch durch die wachsende Last der Auslandsverschuldung nach unten gezogen.

Die Versuche, die Wirtschaft in Ordnung zu bringen, führten zu einer Anhebung der Preise für Lebensmittel im Juni 1976. Das zog Widerstand, Streiks sowie eine allgemeine Krise nach sich und zwang die Machthaber, die Erhöhungen zurückzunehmen. Im Zusammenhang mit dem Einsatz zum Schutz der Arbeiter vor den Repressionen nach den Juni-Ereignissen 1976 entstand die erste offene Oppositionsorganisation – das Komitee zur Verteidigung der Arbeiter (Komitet Obrony Robotników; KOR), obwohl ihm Arbeiter eigentlich nicht angehörten. Die durch das KOR organisierte Aktion war erfolgreich: Die im Juni 1976 verhafteten Arbeiter wurden aus dem Gefängnis entlassen. Das KOR verwandelte sich damals in das Komitee zur Gesellschaftlichen Selbstverteidigung (Komitet Samoobrony Społecznej; KSS) „KOR". Auch andere oppositionelle politische Organisationen entstanden, doch engagierten sich trotz wachsender Unzufriedenheit mit der Politik der Gierek-Mannschaft breitere Kreise und die Arbeitermassen im allgemeinen in der politischen Tätigkeit nicht. Die Versuche, freie Gewerkschaften zu organisieren und eine illegale Arbeiterpresse („Robotnik") herauszugeben, erfaßten einige Betriebe an der Küste von Gdańsk und Szczecin. Breitere Massen waren nicht organisiert. Die oppositionellen Tendenzen wuchsen aber rasch an. Jegliche Versuche, die Wirtschaft in Ordnung zu bringen, zerbrachen an Trägheit und

22 Zur Entwicklung der Arbeiterklasse in Volkspolen existiert, außer den oben erwähnten Arbeiten, eine sehr kärgliche historische Literatur. Siehe. z. B. Społeczeństwo PRL, sekcja w ramach zjazdu historyków w Toruniu w 1974 r. [Die Gesellschaft der VRP, Sektion im Rahmen des Historikerkongresses in Toruń 1974], Warszawa 1977 sowie eine breite soziologische Literatur. Von dieser muß man vor allem, wenn auch nur als Beispiel, in der Reihe: Z badań klasy robotniczej i inteligencji, 28 t. od 1958 [Zu den Forschungen zur Arbeiterklasse und zur Intelligenz, 28 Bde., 1958 ff.] erwähnen: Jan Szczepański: Przemysł i społeczeństwo w Polsce Ludowej [Industrie und Gesellschaft in Volkspolen], 1969 und Zmiany społeczeństwa polskiego w procesie uprzemysłowienia [Die Veränderungen der polnischen Gesellschaft im Industralisierungsprozeß], 1973 sowie Stanisław Widerszpil: Skład polskiej klasy robotniczej [Die Zusammensetzung der polnischen Arbeiterklasse], 1965. Die eine und die andere Gruppe von Ausarbeitungen muß der heutige Historiker mit der gebührenden Vorsicht verwenden, was übrigens immer eine Pflicht des Forschers darstellt.

Stillstand sowie den mannigfaltigsten Interessen des Partei- und Staatsapparates, aber auch verschiedener gesellschaftlicher Schichten, besonders der Belegschaften der großen Industriebetriebe. Das tägliche Leben wurde immer schwerer. Mal standen die Fabriken still, weil Rohstoffe und Halbfabrikate fehlten, mal, weil es an elektrischer Energie mangelte. In den Läden waren immer weniger Waren zu finden. Der strenge Winter 1978/1979 legte die organisatorische Schwerfälligkeit des Systems und seine Unfähigkeit, die Krise zu beherrschen, bloß. Die Regierungspropaganda erwies sich als offenkundig wirkungslos. Die Propaganda der Opposition nahm in den intellektuellen und teilweise den Intelligenzkreisen sowie unter der Jugend zu und erstreckte sich jetzt schon massenhaft auf die Arbeiter, besonders die in den großen Industriezentren.

Wie schon erwähnt, erstarrten die gesellschaftlichen Strukturen in den siebziger Jahren immer mehr. Der Zustrom jener schwach qualifizierten Dorfbevölkerung, die mit der Arbeit und dem Lohn zufriedener und gefügiger war, in die Arbeiterklasse verringerte sich. Dagegen bildete die schon in der Stadt und in Arbeiterfamilien geborene Jugend einen immer größeren, ja den überwiegenden Teil des Arbeitermilieus, besonders in den großen Betrieben und Zentren. Diese Jugend war bedeutend besser ausgebildet, verfügte über einen breiteren Horizont und hatte größere Forderungen und Erwartungen. Indessen schrumpften die Möglichkeiten, aufzusteigen und den Status zu erhöhen, damals offenkundig und drastisch. Frustration und Auflehnung wuchsen gerade in diesem Milieu, das sich weder an die Vorkriegs- noch die stalinistischen Zeiten erinnerte. Noch stärker war die Frustration innerhalb der immer größeren Gruppe der Techniker, die eine mittlere (und sporadisch auch höhere) Bildung hatte und zur Arbeit auf – besser bezahlten – Arbeiterpositionen gezwungen war. Im allgemeinen überstieg das Qualifikationsniveau der Arbeiter den Stand der Technik bedeutend. Zwei Drittel der Arbeiter waren beruflich qualifiziert, doch fehlten in den Arbeitsbetrieben gerade gering qualifizierte Arbeitskräfte. Der Umfang an schwerer Handarbeit war weiterhin enorm.[23]

Gegen Ende der siebziger Jahre wurde es offensichtlich, daß sich die Situation der Arbeiter in vieler Hinsicht verschlimmert hatte. So war zum Beispiel ihre Wohnungssituation schlechter als die aller übrigen Klassen und Schichten – das machte die Volkszählung von 1978 deutlich. Warteten 1975 nur 16 Prozent der Arbeiter fünf Jahre lang auf eine Wohnung, so waren es 1980 schon 75 Prozent![24] Die Lohnspanne zwischen den verschiedenen Arbeiterkategorien wuchs, doch der Zusammenhang zwischen der Lohnhöhe sowie der Leistung, der Arbeitsproduktivi-

23 Siehe Melanie Tatur: Arbeitersituation und Arbeiterschaft in Polen 1970-1980, Frankfurt a. M.-New York 1983; dies.: Zu Wandlungen der Sozialstruktur der polnischen Arbeiterschaft, Köln 1982.

24 Siehe Edward Kozłowski: Charakterystyka struktury społecznej i społeczno-zawodowej oraz warunków mieszkaniowych podstawowych grup w Polsce w 1978 r. [Die Charakteristik der sozialen und sozial-beruflichen Struktur sowie der Wohnungsbedingungen der grundlegenden Gruppen in Polen 1978], in: Położenie klasy robotniczej w Polsce, t. 2: Kwestia mieszkaniowa [Die Lage der Arbeiterklasse in Polen, Bd. 2: Die Wohnungsfrage]. Warszawa 1984 (vervielf. Ms.), S.27.

tät und den Qualifikationen wurde immer schwächer. Die Chancen, eine höhere Ausbildung (aus der sich der Lebensvorteil als immer zweifelhafter erwies) zu erreichen, waren damals für die Jugendlichen mit Arbeiterherkunft mehrfach geringer als für die Intelligenzjugend. In unmittelbarem Zusammenhang mit diesen Erscheinungen stand die wachsende Demoralisierung eines Teils der Arbeiterklasse. Unter den für verschiedene Straftaten Verurteilten waren Arbeiter überrepräsentiert. Sie machten bei einem Anteil an der Gesamtgesellschaft von ca. 40 Prozent etwa 80 Prozent der Straftäter aus.[25] Der Prozentsatz von Alkoholikern war in dieser Klasse der Gesellschaft am höchsten.[26] Ebenso waren Arbeiter unter den Selbstmördern überproportional vertreten.[27] Man muß auch unterstreichen, daß der grundlegende Teil der Arbeiterklasse in Gebieten mit einer ökologischen Katastrophe lebte und einem zerstörerischen Handeln unterworfen war, wodurch es zu einer Erosion der Umwelt kam. Unabhängig davon war der Zustand der Arbeitssicherheit und -hygiene sehr schlecht. Er verschlimmerte sich noch, als z. B. die Produktion auf der Grundlage gekaufter Lizenzen in Betrieb ging, aus Sparsamkeit aber die Schutzvorrichtungen für die Arbeitenden abgeschaltet worden waren. Auch wurden notorisch die Angaben über Unfälle gefälscht und verheimlicht.

Man muß feststellen, daß in dieser Zeit der Mythos von der entscheidenden und positiven Rolle der Arbeiterklasse schwächer wurde, was sich deutlich unter der Intelligenz und den Geistesschaffenden bemerkbar machte. Dessen Spuren finden sich auch in der damaligen Publizistik. So kam damals in der Umgangsprache der „aufgeklärten Schicht" das abwertende Wort vom „robol" bzw. „robole" auf, das am ehesten mit dem deutschen Wort „Prolet" wiedergegeben werden kann. Es fand allerdings erst mehr als zehn Jahre später breitere Anwendung.

In der ersten Hälfte des Jahres 1980 geriet das Funktionieren der Wirtschaft jeden Augenblick ins Stocken. Die furchtbare Last der Verschuldung begann, ins Bewußtsein breiterer gesellschaftlicher Kreise vorzudringen. Die Explosion war nur eine Frage der Zeit. Sie erfolgte an der Küste, wo die Opposition am stärksten mit den Arbeitermassen verbunden war, aber im Juli und August hielten die Streiks in ganz Polen an. Am 14. August brach der Streik in der Werft von Gdańsk aus und führte zum generellen Sieg der Opposition in Gestalt des Vertrages mit der Regierung vom 31.8.1980. Von diesem Moment an begann die Geschichte der „Solidarność". Formal war sie eine Gewerkschaft in den großen Industriebetrieben, in der Realität aber eine Organisation von gesamtgesellschaftlichem und allgemeinpolitischem Charakter. Ihre Geschichte geht also über die Geschichte nur der Arbeiterklasse hinaus. Nach ihrer Gründung 1980 überstieg die Mitgliederzahl der „Solidarność" die Zahl der Arbeiter bedeutend. Diese stellten jedoch die

25 Siehe Paweł Moczydłowski: Robotnicy a przestępczość [Arbeiter und Kriminalität], in: Położenie klasy robotniczej, t. 4, [Die Lage der Arbeiterklasse in Polen, Bd. 4], Warszawa 1985, S.58f.

26 Siehe Jacek/Moskalewicz/Janusz Sierosławski: Alkohol i robotnicy [Alkohol und Arbeiter], in: ebenda, S.316f.

27 Siehe Maria Jarosz: Nierówności społeczne [Soziale Ungleichheiten], Warszawa 1984, S.236-238.

Mehrheit der Mitglieder in dieser Organisation.[28] Die Arbeiterströmung innerhalb der „Solidarność“ war vor allem mit der Streikbewegung verbunden, die die Hauptwaffe der neuen Organisation darstellte. Sie bemühte sich, die spezifischen Arbeiterforderungen in den Fabriken zu verwirklichen, die durch die lokalen Strukturen der „Solidarność“ vorgebracht wurden. Im Verlaufe der mehr als 15 Monate zwischen August 1980 und Dezember 1981 gab es innerhalb der Arbeiterklasse einen gewaltigen politischen Aufschwung, und ihre Reihen radikalisierten sich schnell. Die Enttäuschung über die sich immer mehr verschlechternden Lebensbedingungen und über die Ratlosigkeit der Machthaber, aber auch der Institutionen wuchs.
Diese Periode förderte die Integration der Arbeiterklasse in die breitere Gemeinschaft der nationalen Gesellschaft. Auf dem Gebiet der Arbeitsbetriebe war die damalige „Solidarność“ dagegen eine Arbeiterorganisation fast ohne Konkurrenz.

Neue Situationen – neue Fragen

Die Einführung des Kriegszustandes am 13.12.1981 veränderte die Lage der Arbeiterklasse, bewirkte ihre Desintegration und Lähmung. Auch in den folgenden Jahren verbesserte sich die Situation nicht. Anfänglich dauerten die verschiedenen Demonstrationen gegen den Kriegszustand an und wurden durch die Miliz auseinandergetrieben. Die Beteiligung der Arbeiter an der oppositionellen Tätigkeit wurde – nach den Zusammenstößen in den schlesischen Gruben im Dezember 1981 – immer begrenzter. Die halbkonspirative „Solidarność“ verlor aktive Mitglieder, obwohl das Unzufriedenheitspotential unter den Arbeitern nicht nur hoch blieb, sondern noch weiter anwuchs. Die Propaganda des „Solidarność“-Aktivs beeinflußte auch die Evolution der Stimmung unter den Arbeitern.
Über die inneren Veränderungen innerhalb der Arbeiterklasse in dieser Zeit wissen wir nicht viel, und ihre Richtungen bleiben unklar. Man muß feststellen, daß die Arbeiter oder vielmehr die körperlich Arbeitenden das Apogeum ihrer zahlenmäßigen Stärke vor 1980, in den Jahren 1977-1979, erreicht hatten. Die Arbeiter (in dieser Bedeutung) machten damals beinahe die Hälfte der beruflich Aktiven (1979 - 46,6 Prozent) aus . Ihre Ausbildung erhöhte sich ständig, z. B. in den Jahren 1970-1978 um etwa eine Klasse (ein Lernjahr) von durchschnittlich 7,3 auf 8,1 Klassen. Schrittweise entstand unter dem Bildungsgesichtspunkt somit eine gänzlich neue Arbeiterklasse, die sich von der vor 20-30 Jahren unterschied. Der Hauptteil der jungen Arbeiter erhielt eine Ausbildung und berufliche Vorbereitung in Berufsgrundschulen, auch wenn über die Hälfte aller Arbeiter (darunter auch die älteren) nur Grundschulbildung erworben hatte. Im Verhältnis zum früheren Niveau war das ein großer Schritt vorwärts, denn typisch für die Arbeiterklasse wurde die Ausbildung über die Grundschule hinaus, was die Teilnahme an der Nationalkultur

28 Auf dem Kongreß der „Solidarność“ stellten die Arbeiter aber lediglich 22% der Delegierten. Siehe Krzysztof Pomian: Pologne: défi à l'impossible. De la révolte à Poznań à Solidarité, Paris 1982, S.204f. Siehe auch: Alain Toraine u.a., Solidarité, Paris 1982.

ermöglichte. Vom Gesichtspunkt der Verbreitung einer mittleren Bildung war die Berufsschule jedoch eine Sackgasse. Die materiellen Bedürfnisse der Arbeiter wurden immer schlechter befriedigt. Eine Umfrage von 1983 zeigte, daß bis zu 42 Prozent der Arbeiter nur zweimal oder seltener in der Woche Fleisch aßen und nur 15 Prozent fünf- bis siebenmal wöchentlich. Eine große Bedeutung hatte die beträchtliche Preiserhöhung von 1982, in deren Ergebnis die Lebenshaltungskosten um das Zweifache stiegen. 1982 sank die Konsumtion der Arbeiter- und Angestelltenhaushalte um ein Viertel gegenüber 1981, als ihr Niveau doch schon bedeutend abgenommen hatte.[29] In den folgenden Jahren ließ der wirtschaftliche Verfall immer stärker von sich hören. In einer Umfrage des Instituts für Philosophie und Soziologie von 1975 erklärten 55 Prozent der Arbeiter, daß sie mit dem Leben zufrieden und 5 Prozent, daß sie entschieden unzufrieden sind. 1982 bekundeten 33 Prozent Zufriedenheit und 10 Prozent Unzufriedenheit.
Am Ende der kommunistischen Epoche in Polen verharrte ein bedeutender Teil der Arbeiter in der Apathie. Nur die besonders aktiven Zentren der „Solidarność" waren imstande, ihre Anhänger zu aktivem Vorgehen emporzureißen. Jedoch veranlaßte der Zerfall des Macht- und Wirtschaftssystems die Führer der Volksrepublik Polen, Gespräche mit der Opposition zu beginnen. Es kam der Augenblick des Zusammenbruchs des Systems und des Beginns einer neuen Epoche. Die Arbeiterklasse trat in diese voller Unzufriedenheit mit den bis dahin existierenden Verhältnissen ein. Zugleich war sie aber, was viele Beobachter unterstreichen, mißtrauisch angesichts der neuen, unbekannten Perspektiven.

Die Arbeiterklasse, die die Hauptkraft der großen nationalen und sozialen Bewegung der 80er Jahre in Polen gewesen war und zur Zerstörung des kommunistischen Regimes am meisten beigetragen hatte, befand sich nach 1989 in einer schweren und degradierten Lage. Die Rekonstruktion und Privatisierung der Industrie und anderer Wirtschaftszweige hatten eine massive Arbeitslosigkeit zur Folge, die 2005 wohl weiterhin hoch sein und etwa 18-19 Prozent betragen wird. Hinzu kam, besonders anfänglich, in 90er Jahren, eine Pauperisierung beträchtlicher Gruppen und Schichten der Arbeiter. Es darf also nicht verwundern, daß die Arbeiter im heutigen Polen eher konservative und von der aktuellen parlamentarischen Demokratie distanzierte Tendenzen aufzeigen. Ein Teil der Arbeiterschaft bleibt unter dem Einfluß der nationalistischen und klerikalen Gewerkschaften und politischen Gruppen. Neue Entwicklungsformen der Arbeiterklasse werden sich vielleicht nach einer Stabilisierung des Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells zeigen.

Aus dem Polnischen übersetzt von Christa Hübner

29 Eine Handvoll Informationen über die Lebensbedingungen der Arbeiter Anfang der 80er Jahre gibt der Sammelband von Przemysław Wójcik (Hrsg.): Położenie klasy robotniczej w Polsce t. 3: Warunki bytu robotników [Die Lage der Arbeiterklasse in Polen, Bd. 3: Die Lebensbedingungen der Arbeiter], Warszawa 1984 (vervielf. Ms.).

Die „Neue Rheinischen Zeitung“ und die preußische verfassunggebende Versammlung. Vom Erscheinen der Zeitung bis zum Sturz des Ministeriums Camphausen und zur Bildung des Ministeriums Auerswald/Hansemann[1]

Walter Schmidt

Die „Neue Rheinische Zeitung“ hatte es im Verlauf des knappen Jahres, in dem sie erschien, mit drei wichtigen deutschen Volksvertretungen zu tun.[2] Das Frankfurter Nationalparlament[3] und die preußische verfassunggebende Versammlung in Berlin tagten bereits seit rund zehn Tagen, als die Kölner Tageszeitung unter Marx' Chefredaktion am 1. Juni 1848 an die Öffentlichkeit trat. Gut eineinhalb Monate später, am 22. Juli, eröffnete der Wiener Reichstag, zu dem Abgeordnete aus der gesamten Habsburger Monarchie gewählt worden waren, seine Beratungen.

Das Berliner Parlament war am 22. Mai 1848 zusammengetreten. Es nannte sich offiziell „Versammlung zur Vereinbarung der Preußischen Staats-Verfassung“, wurde nicht selten aber auch als „constituirende Versammlung für Preußen“ bezeichnet, ein Begriff, den die ersten Berichte der „Neuen Rheinischen Zeitung“ aus Berlin auch übernahmen. Die Redaktion hielt sich jedoch mit einem deutlich abwertenden Touch an die offizielle Bezeichnung der Berliner Vertretungskörperschaft. Da sie auf das vom Vereinigten Landtag Anfang April vorgegebene Prinzip einer Vereinbarung mit der Krone festgelegt worden war und nicht als souveräne Konstituante die Verfassung aus eigener Machtvollkommenheit erarbeiten sollte, nannte die Redaktion das Berliner Parlament von vornherein nur „Vereinbarungs“- oder „Vereinbarerversammlung“. Als am 25. Juni per königlichem Dekret festgelegt worden war, das Parlament offiziell „Nationalversammlung“ zu nennen, berichtete ein Berliner Korrespondent zwar darüber,[4] aber in der Kölner Redaktion nahm niemand davon Notiz. Auch der Vorschlag, den der schlesische

---

1 Überarbeiteter und mit Anmerkungen versehener Vortrag auf der Wissenschaftlichen Konferenz des MEGA-Fördervereins, der Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V., der Hellen Panke e.V. Berlin, des Arbeitskreises Vormärz und 1848er Revolutionsforschung der Leibniz-Sozietät e.V. und der Marx-Gesellschaft e.V. Hamburg: „Die Journalisten Marx und Engels. Das Beispiel Neue Rheinische Zeitung“ in Berlin vom 26. und 27. November 2004.

2 Die Zeitung gewährte angesichts der zentralen Rolle der französischen Revolution natürlich auch der französischen Nationalversammlung großen Raum. Kaum Berücksichtigung fanden die Parlamente in den verschiedenen deutschen Mittel- und Kleinstaaten.

3 Zum Verhältnis der „Neuen Rheinischen Zeitung“ (NRhZ) zum Nationalparlament existiert nur eine Dissertation: Wilhelm Döhl: Die deutsche Nationalversammlung im Spiegel der „Neuen Rheinischen Zeitung“, phil. Diss., Bonn 1930.

4 *Berlin, 27. Juni: Sitzung der Vereinbarer-Versammlung vom 27. Juni, in: NRhZ, 30.6.1848, S.3, Sp. 2-3: „Seit dem 25. Juni heißt die Versammlung der ‚Vereinbarer‘ ‚Nationalversammlung‘. Siehe den Erlaß, de dato Sanssouci, 25. Juni, unter Minister Nr. 2 Hansemann kontrasigniert.“

Pfarrer Friedrich Wilhelm Müller Ende Juli als Antrag einreichte, dem Gremium den Namen „Erste Preußische Konstituierende Reichsversammlung“ zu verleihen, weil es ja nur eine deutsche Nationalversammlung geben könne und die tage in Frankfurt, stieß, zwar ebenfalls aus Berlin nach Köln gemeldet,[5] dort natürlich gleichermaßen auf kein Gehör. Es blieb für die Redaktion dabei, daß es sich in Berlin um keine konstituierende, sondern um eine Vereinbarungsversammlung handelte, deren Abgeordnete für sie die Vereinbarer hießen.

Das besondere Interesse der Redaktion an der Berliner Versammlung

Gleichwohl brachte die Redaktion dem Berliner Parlament von Anfang an besonderes Interesse und große Aufmerksamkeit entgegen.[6] Diese Vorzugsstellung erklärt sich zu einem gewissen Grade sicher daraus, daß die Zeitung der rheinischen Metropole ja in Preußen erschien, was sie indes nicht abhielt, stets deutliche Distanz gegenüber dem ostelbischen Berlin zu wahren und eine Zerstörung des altpreußischen Staatswesens anzustreben. Ausschlaggebend war jedoch die Tatsache, daß die preußische Volksvertretung – anders als die nationaldeutsche in Frankfurt – realen politischen Gewalten direkt gegenüberstand, einer liberalen Regierung, die den alten Verwaltungsapparat unangetastet gelassen hatte und eine Vereinbarung mit der Monarchie anstrebte, und dem durchweg reaktionären Königtum, das zwar angeschlagen war, aber vor allem mit der Armee über einen intakten Machtapparat verfügte. Das Parlament hatte hier mit politischen Gegenmächten um die Vorherrschaft im Lande zu kämpfen.[7] Auch war gewiß nicht ohne Einfluß auf die Haltung der Redaktion, daß in Berlin die demokratische Linke, so unzufrieden die Kölner radikal-demokratischen, äußersten Linken mit ihr auch waren, wesentlich stärker war als in Frankfurt und sich bisweilen in den Auseinandersetzungen gegenüber den rechten Liberalen und wirklichen Konservativen auch durchsetzen konnte. Schließlich konnte bei aller tiefen Aversion gegenüber dem altpreußischen Staatswesen auch bei den entschiedensten deutschen Demokraten nicht ganz

5 #Berlin, 2. August: Anträge in der Vereinbarer-Versammlung, in: NRhZ, 5.8.1848, S.2, Sp. 2: „Die Vereinbarer machen Riesenfortschritte. [...] Soeben kommt uns aber die Mitteilung zu, daß der Abgeordnete Pastor Müller folgenden Antrag gestellt hat, der aber wohl erst in einigen Wochen zur Beratung kommen wird.“

6 Eine spezielle Untersuchung über den Platz des Berliner Parlaments in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ liegt noch nicht vor. Nur ganz knapp tangiert wird das Thema bei Hermann Kümhof: Karl Marx und die Neue Rheinische Zeitung in ihrem Verhältnis zur demokratischen Bewegung der Revolutionsjahre 1848/49, Berlin 1961 (phil. Diss. FU Berlin v. 20.7.1961), S.67-70. Stärker berührt ist diese Problematik in: Joachim Strey/Gerhard Winkler: Marx und Engels 1848/49. Die Politik und Taktik der „Neuen Rheinischen Zeitung“ während der bürgerlich-demokratischen Revolution in Deutschland, Berlin 1972, insbes. S.47-54 und 66-78.

7 Darauf verwies Engels nach der Revolution ausdrücklich. Siehe Revolution and Counter-Revolution in Germany, in: MEGA2, Erste Abteilung, Bd. 11, Berlin 1985, S.39; deutsch: Revolution und Konterrevolution in Deutschland, in: Marx/Engels: Werke (im folgenden: MEW), Bd. 8, S.47f.: „In Österreich und Preußen dagegen waren die konstituierenden Körperschaften wenigstens wirkliche Parlamente, die wirkliche Regierungen stürzten und einsetzten und mindestens eine Zeitlang den Fürsten, mit denen sie im Kampfe lagen, ihre Beschlüsse aufzwangen.“

übersehen werden, daß spätestens seit der Zollvereinsgründung von 1835 Preußen der stärkste deutsche Staat war, von dessen Schicksal – ebenso wie von dem Österreichs – letztlich auch die Herstellung der nationalstaatlichen Einigung der deutschen Lande abhing.

Von den Berliner parlamentarischen Kontroversen und Konflikten zwischen Parlament und Regierung plus Krone war weit mehr für eine Vertiefung des revolutionären Prozesses zu erwarten als von den Frankfurter Debatten. Kein Wunder, daß deshalb von Anfang an nicht nur – wie aus Frankfurt auch – regelmäßig über die Parlamentsdebatten berichtet wurde. Der Berliner Versammlung nahm sich sofort auch die Redaktion selbst mit eigenen Stellungnahmen, Analysen und Urteilen an; weit mehr als sie es in den ersten Wochen gegenüber dem Frankfurter Parlament tat. Es spricht für die Bedeutung, die die Redaktion der Berliner Versammlung beimaß, daß gleich im ersten Monat ihres Erscheinens die mit Abstand meisten redaktionellen Artikel den Debatten im preußischen Parlament wie dessen Konfrontationen mit der Regierung gewidmet waren. Von insgesamt 28 redaktionellen Beiträgen im Juni befassen sich 21, also genau drei Viertel, mit den Berliner Vorgängen. Will man sich über die Stellung der „Neuen Rheinischen Zeitung“ zur preußischen parlamentarischen Vertretung Klarheit verschaffen, kann man bei den Parlamentsberichten selbst nicht stehenbleiben, sondern muß vom ersten Tage an die Kölner redaktionellen Leitartikel einbeziehen.

Die Behandlung der Berliner Versammlung durch die „Neue Rheinische Zeitung“ läßt sich nur verstehen, wenn man beachtet, welche Auffassung Marx und Engels über die Rolle von parlamentarischen Institutionen in einem revolutionären Prozeß vertraten. Für den Erfolg einer Revolution waren in ihrer Sicht letztendlich zwar die Aktionen des „revolutionären Volkes“ ausschlaggebend, weil nur durch dessen Intervention die alten Macht- und Gesellschaftsverhältnisse beseitigt und der Demokratie Bahn gebrochen werden konnte. Gleichwohl wiesen sie in den Auseinandersetzungen zwischen Revolution und Konterrevolution parlamentarischen Vertretungen einen hohen Stellenwert zu. Dabei ließen sie sich von den historischen Erfahrungen leiten, die in den bürgerlichen Revolutionen in England und Frankreich gemacht worden waren. In ihren Analysen zu den deutschen Parlamenten bezogen sie sich auch immer auf die Rolle der englischen und französischen Revolutionsparlamente. Die von den Märzrevolutionen erst erzwungenen und vom Volk erstmals relativ frei gewählten Vertretungskörperschaften in Frankfurt, Berlin und Wien stellten in ihrer Sicht objektiv Organe der Revolution dar. Sie sollten – wie die Revolutionsparlamente in England und Frankreich – aus eigener Machtvollkommenheit agieren, die demokratischen Resultate der ersten revolutionären Welle machtpolitisch, nicht zuletzt durch die Ausarbeitung und Verabschiedung einer Verfassung, absichern, die Umgestaltung der Gesellschaftsverhältnisse voranbringen und zugleich den revolutionären Prozeß bis zum vollständigen Sturz der alten Mächte und zur Verwirklichung entschieden demokratischer Verhältnisse fördern. Darin sahen sie die historische Funktion von konstituierenden Körperschaften im Revolutionsprozeß; daran maßen sie auch die

Rolle der deutschen Revolutionsparlamente von 1848 in Frankfurt, Berlin und Wien. Die Parlamente waren in ihren Augen der eigentliche *institutionelle* Gegenpart zu der von der Krone verkörperten Konterrevolution, während die Regierungen zwischen Konstituante und Krone standen und sich – so in Preußen – nicht als Machtinstitutionen der Revolution, sondern als Vermittlungsorgane zwischen Parlament und Krone verstanden.

Marx und Engels strebten – sich am Verlauf der Großen Französischen Revolution orientierend – eine aufsteigende Linie der Revolutionsentwicklung an.[8] Für sie war mit dem Übergang von Regierungspositionen in die Hände der liberalen Bourgeoisie erst der Anfang gemacht. Nur durch eine Weiterführung der Revolution über diese erste Stufe hinaus konnte bei Verdrängung der Liberalen von der Macht und deren Eroberung durch revolutionär-demokratische Kräfte die bisherige Vormachtstellung der Konterrevolution endgültig gebrochen und der Weg für eine von feudalen Elementen freie Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft gewährleistet werden. Die Anforderungen der „Neuen Rheinischen Zeitung" an die preußische Versammlung wie deren Kritik ist nur von den Positionen dieses Revolutionskonzepts aus zu begreifen.

Die Berliner Parlamentsberichtserstatter

Seit am 2. Juni die erste Berliner Parlamentskorrespondenz erschien, gehörten die Berichte aus der preußischen verfassunggebenden Versammlung zu den regelmäßigen Informationen, die das Blatt seinen Lesern lieferte. An manchen Tagen berichteten sogar mehrere Korrespondenten über das Parlamentsgeschehen bzw. über die Konflikte zwischen Regierung und Parlament, wobei sie sich oft ergänzten, bisweilen aber auch widersprachen. Im Juni erschienen rund 20 solcher Korrespondenzen. Zwischen der Parlamentssitzung, über die durchweg noch am gleichen Tag der Bericht verfaßt wurde, und seinem Erscheinen in der Kölner Zeitung lagen in der Regel zwei Tage. In den ersten Wochen bemühten sich die Berichterstatter, die Parlamentsdebatten knapp zusammenzufassen und dabei die wichtigsten Beiträge, oft unabhängig von der Reihenfolge in der Diskussion, hervorzuheben. Erst im Juli nahmen die Berliner Parlamentsberichte eine nahezu protokollartige Form an, wodurch der Leser den Debattenverlauf fortan genauer verfolgen konnte. Darauf hat sicher auch Engels' Behandlung der Debatten Einfluß genommen.

Was die Namen der Berliner Parlamentsberichterstatter der „Neuen Rheinischen" betrifft, so tappen wir bis auf einen, den ersten, den vor drei Jahrzehnten bereits

8 Ausführlich zum Revolutionskonzept von Marx und Engels siehe Herwig Förder: Marx und Engels am Vorabend der Revolution. Die Ausarbeitung der politischen Richtlinien für die deutschen Kommunisten (1846-1848), Berlin 1960, insbes. S.278-306; Walter Schmidt: Marx und die Revolution von 1848/49: Das Marxsche Revolutionskonzept, in: Johannes Klotz (Hrsg.): Die Revolution in Deutschland. Radikale Kräfte 1848/49, Heilbronn 1998, S.37-73

Gerhard Becker ausfindig machte,[9] völlig im dunkeln.[10] Bis etwa in die Mitte des Juli 1848 informierte Stephan Born unter einem Mal-Zeichen über die Debatten der preußischen Versammlung. Ob von den durch Briefwechsel bekanntgewordenen Berliner Korrespondenten – dem früheren Heidelberger Studenten Emmanuel Fernbach, der schon im Juli in Berlin verhaftet wurde, Hermann Püttmann, der erst von Januar bis März 1849 aus Berlin und danach aus Elberfeld korrespondierte, Dr. M. Dyrenfurth, der von Juli bis Oktober 1848 unter dem Zeichen eines Dreiecks schrieb, oder dem Gymnasiallehrer und Freund von Marx Karl Friedrich Köppen[11] – auch einer aus dem Parlament berichtete, muß offen bleiben. Bis in den September tauchen insgesamt elf verschiedene Berliner Korrespondenten auf. Es gab – legt man zumindest die unterschiedlichen Korrespondenzzeichen zugrunde – auch mehrere Korrespondenten, die aus der Singakademie und seit dem 15. September aus dem Schauspielhaus nach Köln Berichte schickten. Einer dieser Berliner Mitarbeiter, der unter dem Zeichen # schrieb, spezialisierte sich seit Mitte Juni vorwiegend auf die Parlamentsberichterstattung; von ihm stammen jedenfalls fortan die weitaus meisten Informationen über die Parlamentsdebatten in der preußischen Hauptstadt, ohne daß er sich darauf beschränken ließ. Seinen Namen kennen wir nicht. Ob sich eventuell dahinter D'Ester verbarg, mit dem Marx sicher in Kontakt stand, ist zwar nicht ganz ausgeschlossen, erscheint indes eher zweifelhaft.

Die ersten Parlamentsberichte und Redaktionskommentare

Die ersten, zumeist von Stephan Born nach Köln gelieferten Berichte zwischen dem 30. Mai und dem 8. Juni suchen dem Leser einen nicht gerade übermäßig interessanten Einblick ins Berliner Parlamentsgeschehen zu vermitteln. Da gab es allerdings auch nicht viel Aufregendes und substanziell Bemerkenswertes zu erzählen. Es gingen „unendliche Diskussionen“ um die Geschäftsordnung vonstatten; die Wahl des Präsidenten stand an. Interpellationen an die Regierung wurden vorgetragen und zahlreiche Anträge gestellt, darunter auch einige von Bedeutung, so immerhin, daß nicht der Regierungsentwurf akzeptiert, sondern die Versammlung selbst eine Verfassung entwerfen sollte, daß man den Barrikadenkämpfern des 18./19. März ihre Verdienste ums Vaterland bestätigen und die entschädigungslose

9 Siehe Gerhard Becker: Stephan Born als Korrespondent der „Neuen Rheinischen Zeitung“. Zu seiner politischen Tätigkeit in Berlin bis August 1848, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1973, H. 5, S.548-583.

10 Folgende Berliner Korrespondenzzeichen tauchen auf:; #; *; ?; †*; ††; √; das Mal-Zeichen von Stephan Born bis Mitte Juli; ein Kreis mit einem Mittelpunkt; ein Dreieck aus sechs Punkten; das Dreieck Δ von Dyrenfurth und ein stilisiertes Eisernes Kreuz. Außer Born und Dyrenfurth sind die dahinterstehenden Korrespondenten nicht bekannt. Auch Gustav Adolph Schlöffel soll für die „Neue Rheinische“ korrespondiert haben. Am 12. August meldete Dyrenfurth, daß Fernbach seit sechs Wochen verhaftet ist. Ihm wurde wegen eines Flugblatts „unmittelbare Teilnahme an versuchtem Hochverrat“ zur Last gelegt. (NRhZ, 17.8.1848, S.1, Sp. 2).

11 Siehe dazu S. Gurjevič: „Novaja Rejnskaja Gazeta“ K. Marksa i F. Engel'sa, Moskva 1958, S.110ff.; Sophia Z. Leviova: Die Redaktionsarbeit der „Neuen Rheinischen Zeitung“, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 8, Berlin 1973, S.65.

Abschaffung des feudalen Jagdrechts und anderer Feudallasten beschließen sollte, wofür sich die schlesischen Demokraten in besonderer Weise einsetzten. Beraten wurde über die Valdenaire-Affäre, über die Zulassung des Trierer Abgeordneten, den man verhaftet hatte. Auch war man sich uneins darüber, ob man dem König eine Adresse schicken sollte, und wählte dann doch eine Adreßkommission. Das Parlamentsgeschehen präsentierte sich dem uneingeweihten Leser so wie ein politischer Gemischtwarenladen.[12] Ein herausragendes gravierendes Ereignis war darunter in den ersten Wochen nicht zu entdecken.

Da fiel schon einigermaßen ins Gewicht, als der Ministerpräsident Camphausen sich am 30. Mai gezwungen sah, die Position seiner Regierung zur stattgefundenen Revolution näher zu bestimmen.[13] Die Existenz der Märzrevolution, von ihm lediglich als „Begebenheit" bezeichnet, könne, so meinte er, zwar nicht ganz geleugnet werden, doch leite sie sich ebenso wie die Konstituierende Versammlung vor allem vom Beschluß des Vereinigten Landtags vom 8. April 1848 her. Und es sei gerade das Verdienst seiner Regierung, daß durch den Vereinigten Landtag politische Kontinuität zum Vormärz wiederhergestellt worden sei. Schon Borns Bericht darüber hatte festgestellt, daß Camphausen sich zur Revolution vom 18. März in einer Weise geäußert habe, „daß er sie fast ganz desavouierte".[14]

Bei dem knappen Resümee Borns konnte es die Redaktion angesichts der Bedeutung dieser ersten offiziellen Erklärung des führenden preußischen Regierungsliberalen vor dem Parlament natürlich nicht belassen. Der Versuch Camphausens, den revolutionären Bruch mit der reaktionären Vergangenheit theoretisch zu überbrücken und über den Vereinigten Landtag eine ungebrochene Kontinuität zum Vormärz herzustellen, bot den Kölnern den ersten Anlaß, sich mit einem Vorgang im Berliner Parlament zu befassen. Marx selbst lieferte in scharfem, ironisch-sarkastischem Ton die erste kritische Analyse der liberalen Doktrin, die der Vereinbarungstheorie zugrunde lag.[15] Der Sinn der Doktrin war, den Leuten weiszumachen, daß das liberale preußische Märzministerium zwar nach, aber nicht durch die Revolution zustande kam: „Post et non propter, d.h. Herr Camphausen ist nicht *durch* die Märzrevolution, sondern *nach* der Märzrevolution Ministerpräsident

12 Siehe dazu die Korrespondenzen Borns vom 30. und 31.5. und 2.6.1848, in: NRhZ, 2., 3. und 5.6.1848; Wiederabdruck bei Becker, Stephan Born, S.565-571.

13 Zu Camphausen siehe Jürgen Hofmann: Ludolf Camphausen. Erster bürgerlicher Ministerpräsident in Preußen, in: Helmut Bleiber/Walter Schmidt/Rolf Weber (Hrsg.): Männer der Revolution von 1848, Berlin 1987, Bd. 2, S.425-448.

14 Becker, Stephan Born, S.565. Born resümierte zutreffend: Camphausen „bemerkte nämlich, dass das jetzige Ministerium zwar teilweise aus der Revolution am 18. März hervorgegangen, dass diese aber auf die Prinzipien, nach welchen es die Führung der Staatsangelegenheiten übernommen, keineswegs einen Einfluss ausgeübt. Sogleich nach seinem Geschäftsantritt habe das Ministerium dadurch ein Zeugnis von seinem Anknüpfen an die früheren Zustände gegeben, die es fortzuentwickeln gedenke, dass es den vereinigten Landtag zusammenberufen und ein Wahlgesetz von ihm habe dekretieren lassen.".

15 Siehe Marx: Camphausens Erklärung in der Sitzung vom 30. Mai, in: NRhZ, 3.6.1848; MEW, 5, S.25-28.

geworden.“[16] Tags darauf bekräftigte Marx diese Kritik: Camphausen ziehe „durch eine künstliche Theorie“ eine grade Linie „zwischen seinem Ministerium und den alten Zuständen der preußischen Monarchie“, degradiere die Märzrevolution zu einem „Zwischenfall“ und stelle sie so in Frage.[17] In der gleichen Ausgabe erläuterte die Redaktion im einzelnen, wie Camphausen den nahtlosen Übergang vom Vormärz in den Nachmärz über den Vereinigten Landtag praktiziert hatte und wie er nun in der Konstituante mit dem Druckmittel der Kabinettsfrage sein Konzept durchzusetzen verstand.[18] Zwei Tage später signalisierte die Redaktion am Beispiel des Antrags eines Rechten in der Versammlung, den am 18. März gefallenen Soldaten ein Denkmal zu errichten, daß nun gar versucht werde, die Revolution als Aufruhr zu brandmarken.[19] Mit dieser konzentrierten Artikelfolge begrüßte die Kölner Redaktion in den ersten Junitagen auf ihre Weise die Regierung Camphausen und die Berliner Versammlung. Sie war der Beginn einer prinzipiellen Auseinandersetzung mit der die Volkssouveränität eskamotierenden Vereinbarungstheorie, die zum liberalen Credo des preußischen Liberalismus des Nachmärz wurde und auf die das Parlament ein für allemal festgelegt werden sollte. Die Anfangsphase der redaktionellen Polemik umfaßt die erste Dekade des Juni und mündet in die Analyse der Debatten um den berühmten Antrag Berends, zu erklären, daß sich die Märzrevolutionäre um das Vaterland verdient gemacht haben.

Seit diesen ersten, vornehmlich noch gegen das Ministerium gerichteten Interventionen behielt die Redaktion zugleich aber auch das Berliner Parlament fest im Auge. Fast täglich erschienen nicht nur Originalberichte, sondern auch redaktionelle Stellungnahmen, oft aus der Feder von Marx oder Engels, zum Parlamentsgeschehen. Binnen kurzem bildete sich so eine im Grund normale Arbeitsteilung zwischen dem jeweiligen Berliner Parlamentskorrespondenten und der Redaktion heraus. Der Berliner Berichterstatter informierte in der Regel sachlich und lakonisch resümierend, ohne ausführliche politische Wertung, aber mit eindeutiger demokratischer Tendenz – wozu auch gehörte, daß er die Auftritte der Linken besonders berücksichtigte –, über das, was auf der Parlamentsbühne Tag für Tag passierte. Die Redaktion hingegen unterzog, durchweg schon gestützt auf das inzwischen greifbare stenographische Protokoll (dessen nicht selten verspätete Zustellung Engels bald monierte)[20] die Vorgänge einer gründlichen kritischen Analyse und lieferte in der Regel eine umfassendere politische Bewertung, ließ den Leser erst den Standpunkt der Zeitung erkennen. Engels übernahm es vor allem, der Berliner Versammlung genau auf die Finger zu schauen. Er wurde schon in der ersten Junihälfte zum eigentlichen Analytiker und glänzenden Polemiker der Berliner Debatten und blieb es in den folgenden Wochen.

16 Ebenda, S.25.
17 Das Ministerium Camphausen, in: NRhZ, 4.6.1848; MEW, 5, S.32f.
18 Siehe Lebens- und Sterbensfragen, in: NRhZ, 4.6.1848; MEW, 5, S.29-31.
19 Siehe Die Reaktion, in: NRhZ, 6.6.1848; MEW, 5, S.36.
20 Siehe Engels: Vereinbarungsdebatte vom 7. Juli, in: NRhZ, 14.7.1848; MEW, 5, S.206.

Vermittelten seine, nicht selten auch ins Detail gehenden Untersuchungen erst einen wirklichen Einblick in die Diskussionen, so enthüllten sie vor allem das politische Wesen der Auseinandersetzungen vom Standpunkt der entschiedenen Demokratie. Der „Neuen Rheinischen Zeitung" ging es von Anfang an um zwei Grundprobleme. Einmal legte sie Wert darauf, das antidemokratische politische Konzept der an die Macht gelangten Bourgeoisie, des Ministeriums Camphausen-Hansemann, das im Grunde tagtäglich im Parlament zur Debatte stand, bloßzustellen. Zum anderen aber war – gerade an der Stellung zu diesem Regierungskonzept – die Haltung der Versammlung kritisch zu hinterfragen, ob sie sich als souveräne Konstituante zu einem realen demokratischen Machtfaktor zur Sicherung und Weiterführung der Revolution entwickelte oder aber sich auf das von Regierung und Krone verordnete Vereinbarungskonzept einließ und so die gebotenen Chancen vertat.

Schon die ersten Berliner Berichte hatten die wenig kritische Haltung der Versammlung gegenüber der Regierung moniert, die laufend die Möglichkeit erhalte, sich reinzuwaschen.[21] Auch kritisierte der Korrespondent, daß sich die Versammlung zumeist von der Regierung unter Druck setzen lasse, vor allem in der Debatte um eine Adresse an den König als Antwort auf dessen Thronrede. Zwar lehnte die Linke eine solche Adresse konsequent ab, doch sprach sich eine bedeutende Majorität unter dem Druck der von Camphausen gestellten Kabinettsfrage dafür aus und wählte eine Adreßkommission.[22] Die Kritik der Redaktion fiel durchweg wesentlich schärfer aus. Sie gab der Volksvertretung keine Schonfrist, sondern ging mit ihr gleich scharf ins Gericht. Schon am 4. Juni geißelte sie am Beispiel der Adreßfrage Camphausens inflationären Mißbrauch der Kabinettsfrage, um für die Regierung günstige Abstimmungsergebnisse zu erzwingen.[23]

Engels machte sich lustig über die Idylle des Berliner Parlamentslebens, über die „gemütlichen", „zwanglosen Konversationen", das „Trommeln, Murren, Durcheinanderschreien".[24] Er prangerte am Beispiel der Diskussion um eine Untersuchungskommission über die Ursachen des Posener Bürgerkriegs das beschämende Hin und Her der Diskussion darüber an, ob das Parlament überhaupt das Recht habe, eine solche Kommission einzusetzen, was die Regierung natürlich bestritt, und konstatierte geradezu apodiktisch: „Ohne solche Kommissionen ist die ministerielle Verantwortlichkeit eine leere Phrase."[25] In der Auseinandersetzung um den die Auslieferung von Flüchtlingen ermöglichenden preußisch-russischen Kartellvertrag, die der Berliner Demokrat Georg Jung mit seiner Anfrage ausgelöst hatte,[26] übte er erstmals offen Kritik am Parlament, weil es dem Minister den Begriff „Untertan" durchgehen ließ. „Hätte die Versammlung nur einen Funken des revolutionären

21 Siehe NRhZ, 5.6.1848, Becker, Stephan Born, S.569f.
22 Siehe NRhZ, 3.6.1848, Becker, Stephan Born, S.568f.
23 Siehe Lebens- und Sterbensfragen, in: NRhZ, 4.6.1848; MEW, 5, S.29-31.
24 Engels, Berliner Vereinbarungsdebatten, in: NRhZ, 7.6.1848; MEW, 5, S.44.
25 Engels, Vereinbarungsdebatten, in: NRhZ, 8.6.1848; MEW, 5, S.52.
26 Siehe NRhZ, 5.6.1848; Becker, Stephan Born, S.570.

Stolzes, dem sie ihre Existenz verdankt, sie hätte den servilen Minister mit einem einzigen Ruf der Indignation von der Tribüne und von der Ministerbank heruntergedonnert.“[27] Und in der Adreßdebatte lasse sie sich, statt selbst in die Offensive zu gehen und der Regierung einen Rechenschaftsbericht über ihre bisherige Verwaltung abzuverlangen – wie es ihr Recht und ihre Pflicht sei – von dieser, die bei jeder für sie kritischen Anfrage mit der Kabinettsfrage drohe, erpressen und gebe ihr mit einer Adresse gar die Gelegenheit, ihre bisherige Politik zu rechtfertigen.[28] Aus der Entscheidung, dem König eine Adresse zukommen zu lassen, aber lasse sich sehr leicht, so die Redaktion, „eine Anerkennung der Vereinbarungstheorie, eine Verzichtleistung auf die Volkssouveränität herleiten“.[29]

Die Anerkennungsdebatte in den Berichten und in der Sicht der Redaktion

Der 8. und 9. Juni wurde zum ersten Höhepunkt im parlamentarischen Leben in Berlin[30] und fand natürlich eine entsprechende Widerspiegelung im Kölner Demokratenblatt. Stephan Born informierte ausführlich über den Antrag von Julius Berends, offiziell zu erklären, daß sich die Kämpfer des 18. und 19. März ums Vaterland verdient gemacht haben.[31] Kern des Sache war, eine Anerkennung der Revolution durch das Parlament zu erreichen. Berends hatte, wie berichtet wurde, dies auch in den Mittelpunkt seiner Begründung gestellt, indem er seinen Antrag frontal gegen die liberale Vereinbarungstheorie setzte. Daß die Versammlung eine „sehr ernste, parlamentarische, der Frage angemessene Haltung“ dazu einnahm, führte Born vor allem auf die machtvolle Demonstration zu den Gräbern im Friedrichshain zurück, über die bereits berichtet worden war.[32] Zwar hatte das Parlament den Antrag von Nees von Esenbeck, sich als Institution daran zu beteiligen, mehrheitlich abgelehnt, aber die Linke war ziemlich geschlossen dabeigewesen.

Zunächst lief auch die Diskussion recht günstig für den Antrag, so daß nach dem ersten Tag für Born festzustehen schien, „daß die demokratische Partei hier den ersten Sieg erringen wird.“ Daß dann am 9. Juni eine Wende eintrat und die Versammlung schließlich den Antrag des rechten Zentrumsvertreters Ferdinand Zachariä, wonach die Bedeutung des 18. März allerdings zusammen mit den königlichen Patenten als Grundlage der weiteren Entwicklung anzusehen sei, aber man unberechtigt wäre, Urteile abzugeben, sondern „die Verfassung mit der Krone zu vereinbaren“ und daher zur Tagesordnung überzugehen habe, mit 196:177

27 Engels, Berliner Vereinbarungsdebatten, in: NRhZ, 7.6.1848; MEW, 5, S.45.
28 Siehe Die Adreßfrage, in: NRhZ, 8.6.1848; MEW, 5, S.53f.
29 Ebenda, S.53.
30 Siehe dazu Jürgen Hofmann: Das Ministerium Camphausen-Hansemann, Berlin 1981, S.146-150; Kurt Wernicke: Julius Berends (1817-1891). Ein Berliner Linker von 1848, in: Helmut Bleiber/Walter Schmidt/Susanne Schötz (Hrsg.): Akteure eines Umbruchs. Männer und Frauen der Revolution von 1848/49, Berlin 2003, S.83-87.
31 Siehe Vereinbarungsdebatten, in: NRhZ, 11.6.1848; Becker, Stephan Born, S.573.
32 Siehe Revolutionsfest, in: NRhZ, 8.6.1848; Becker, Stephan Born, S.571.

Stimmen annahm, erklärte Born damit, daß es Hansemann in der Zwischenzeit gelungen wäre, die Mehrheit der schlesischen Bauern durch Versprechungen für die Regierungsseite zu gewinnen.[33] Er kritisierte die Linke, die sich zwar – vor allem in den Reden von Jacoby und D'Ester – mannhaft gewehrt, aber nicht genug hervorgehoben habe, „daß die Versammlung mit der Annahme der motivierten Tagesordnung ihre eigene Kompetenz beschränkt hat". „Sie hat nun erklärt, daß ihr Beruf darin besteht, die Verfassung zu ‚vereinbaren', d. h. einen Kompromiss mit dem Königtume abzuschließen."[34] Damit war das Wesentliche über diese Niederlage der Demokratie gesagt. Die Berliner Korrespondenten informierten in den folgenden Tagen über Stellungnahmen der Linken wie der Rechten über die Abstimmung und lieferten ein komplettes Namensverzeichnis von der namentlichen Abstimmung mit der Erläuterung, daß das „Nein" diesmal Votum für die Anerkennung der Revolution bedeutet.[35]

Die Redaktion reagierte verständlicherweise umgehend selbst auf das Berliner Parlamentereignis. Sie erklärte zunächst lakonisch-knapp, damit habe die Berliner Versammlung – ebenso wie die Frankfurter mit der Anerkennung des Bundestages als vorgesetzte Behörde – „feierlich ihre Inkompetenzerklärung zu Protokoll gegeben".[36] Die Berliner Volksvertretung „gesteht, ausdrücklich nur zur Vereinbarung der Verfassung berufen zu sein, und erkennt damit das Grundprinzip des ihr von dem Ministerium Camphausen vorgelegten Verfassungsentwurfs an". Doch war die Sache zu gewichtig, um es bei einer solch kurzen Stellungnahme zu belassen. Hier bot sich die Gelegenheit, sich genauer zur historischen Situation zu äußern, über die Aufgaben des Berliner Parlaments zu sprechen und sich mit dessen bisheriger Haltung auseinanderzusetzen. Engels stellte sich dem in einer, seiner ersten Artikelserie, die vom 14.-17. Juni erschien.[37] Es war die erste umfassende kritische Analyse der Berliner Versammlung.

Engels charakterisierte zunächst die durch den 18. März neu entstandene historische Situation.[38] Er umriß das Ergebnis der Märzrevolution, nannte ihre Leistungen wie Grenzen und konstatierte zwei Reihen von Resultaten: Volksbewaffnung, Assoziationsfreiheit und faktische Volkssouveränität, aber eben auch die Beibehaltung der Monarchie und die Herrschaft der Bourgeoisie in Gestalt des Ministeriums Camphausen. Der 18. März war deshalb in seinen Augen nur eine halbe Revolution, und man befinde sich erst am Anfang einer langen revolutionären Bewegung, in der es darum gehe, die Herrschaft der Bourgeoisie, die nur einen „unvermeidlichen Durchgangspunkt" darstelle, zu überwinden und die Demokratie

33 Siehe Vereinbarungsdebatten, in: NRhZ, 12. und 13.6.1848, p. 1, Sp. 2-3.
34 Siehe ebenda.
35 NRhZ, 15.6.1848, p.2, Sp. 1-3.
36 Inkompetenzerklärungen der Versammlungen in Frankfurt und Berlin, in: NRhZ, 12. und 13.6.1848; MEW, 5, S.63.
37 Siehe Engels, Die Berliner Debatte über die Revolution, in: NRhZ, 14., 15., 16. und 17.6.1848; MEW, 5, S.64-77.
38 Siehe MEW, 5, S.64f.

voll zu verwirklichen. Da nun aber die Bourgeoisie die Revolution bereits (durch den Vereinigten Landtag und das Vereinbarungskonzept) mehrfach in Frage gestellt habe, könne es bei einem Antrag zur Anerkennung der Revolution nur darum gehen, gegenüber der Bourgeoisie, die die demokratischen Ergebnisse konfiszieren wolle, die demokratische Seite der Revolutionsresultate zur Geltung zu bringen. „Die Revolution anerkennen, das hieß in diesem Augenblick gerade die *Halbheit* der Revolution, und damit die demokratische Bewegung anerkennen, welche sich gegen einen Teil der Resultate der Revolution richtet.“[39]

So zutreffend Engels' Situationsbeschreibung aus dem Blick der äußersten Linken, einer nach Weiterführung des revolutionären Prozesses strebenden demokratischen Bewegungspartei, war, so problematisch war dann doch, was er über die Absichten und Chancen des sicher nicht wenig verdienstvollen Vorstoßes der demokratischen Parlamentslinken äußerte.[40] Er war nicht bereit, sich auf die tatsächlichen Realitäten im Parlament einzulassen. Seine einleitende Generalkritik am Niveau der Debatte überhaupt und auch an den Beiträgen der meisten Linken war cum grano salis sicher nicht von der Hand zu weisen. Die Linken traten ihm zu wenig revolutionär auf, und nur Jacoby, dessen Rede er für „die beste der ganzen Sitzung“ hielt,[41] und D'Ester wurden seinen Ansprüchen gerecht.

Nicht zu akzeptieren sein dürfte allerdings die überbordende hyperkritische, wenig realitätsgerechte Beschreibung der Position der Versammlung wie der Bemühungen der Linken. Im Grunde gab er dem Parlament überhaupt keine Chance mehr, sich zu einer wirklichen Konstituante zu entwickeln. Wegen der Berufung durch den Vereinigten Landtag sei diese Versammlung, so meinte er, von vornherein eine Leugnung der Revolution gewesen, was mit dem eigenen Votum des Parlaments für eine Adresse an den König und mit der Ablehnung der Teilnahme an der Demonstration zu den Gräbern der Barrikadenkämpfer bekräftigt worden wäre. Ja selbst die Tatsache, daß die Berliner überhaupt neben der Frankfurter Versammlung tage, qualifiziere sie als „Leugnung der Revolution“. Und er schlußfolgerte daraus: „Da die Versammlung einmal *reaktionär* (Hervorhebung von mir. W. Sch.) war, da es feststand, daß das Volk von ihr nichts mehr zu erwarten hatte, so war es im Interesse der Linken, daß die Minorität für den Antrag möglicht klein war und nur die entschiedensten Mitglieder umfaßte.“[42] Man sollte deshalb „möglichst entschieden, möglichst revolutionär auftreten“ und das Parlament sogar auffordern, nun auch offen die Revolution zu verleugnen. Eine Mehrheit für den Antrag zur Anerkennung der Revolution zu gewinnen konnte, ja durfte also in Engels' damaliger Sicht von den Linken erst gar nicht angestrebt werden. Eine kleine, aber feine revolutionäre Minderheit, die alle anderen politischen Elemente als rückständig entlarvte, war ihm im Moment offensichtlich lieber. Da hat er ohne Frage die Zügel allzu sehr schießen

39 Ebenda, S.65.
40 Siehe ebenda, S.67f.
41 Ebenda, S.73.
42 Ebenda, S.67.

lassen hin zu einem Fatalismus, der eine Entwicklung zu einer Konstituante von vornherein ausschloß und wohl eher ihre baldige Auflösung für eine reale und im Interesse der Demokratie sogar günstigere Perspektive hielt.

Von dieser überzogenen Position, die auf alles oder nichts setzte und durch äußerste Zuspitzung der Widersprüche Entwicklungen vorantreiben wollte, unterzog Engels dann den Berendsschen Antrag einer unerbittlichen Kritik.[43] An der ganzen Aktion der Linken ließ er keinen guten Faden. Sein Generalvorwurf an die Linken lautete: „Sie gaben sich der Illusion hin, die Versammlung zu einem revolutionären Schritt überreden zu können. Sie haben daher Zugeständnisse gemacht; sie haben gemildert; sie haben von Versöhnung gesprochen und damit selbst die Revolution verleugnet.“ Das war recht starker Tobak. Die Linken, die für die Anerkennung der Revolution fochten, die Versammlung zu einer Konstituante machen wollten, erschienen in Engels' etwas eigenartiger Konsequenz nun sogar selbst als Verleugner der Revolution. Zugleich übte er aber auch Kritik am preußischen Volk. Einerseits stellte er den Abgeordneten das Volk wegen seiner Energie und Leidenschaft zwar als Vorbild hin, dem sie nicht gerecht wurden.[44] Andererseits aber bemängelte er, daß die Berliner die Revolution in Preußen nicht bis zum Sieg der Demokratie fortgesetzt haben.[45]

Engels' Analyse der anschließenden Debatte enthält durchweg zutreffende Kritik an den Auftritten der Rechten und Zentrumsleute, vor allem an den Reden der Klerikalen (Müller/Wohlau, Sydow und Jonas), die die Revolution vom Standpunkt der Religion und Sittlichkeit zumeist in Frage stellten. Daß auch die Linken kaum Zustimmung erfuhren, sondern der Inkonsequenz geziehen wurden, lag bei seinem Konzept auf der Hand.

Zugrunde lag seiner überharten Kritik an Versammlung, Parlamentslinken und Volk das an den Erfahrungen der Französischen Revolution ausgerichtete Revolutionskonzept der Kommunisten, das auf eine etappenweise aufsteigende Revolutionsentwicklung abzielte, auf die Marx und seine Anhänger als revolutionäre Demokraten mit allen Kräften hinarbeiteten. Den aktuellen Hintergrund bildeten indes die Erfahrungen mit der Revolution in Österreich, die sich zwischen März und Juni 1848 in aufsteigender Linie entwickelt hatte: „Wie ganz anders haben sich die Wiener benommen, die Schlag auf Schlag die Reaktion überwältigten und jetzt einen *konstituierenden* statt eines vereinbarenden Reichstags erobert haben!“[46]

Eine solche politische Position ließ sich, wollte man reale Politik betreiben und dazu am jeweiligen linken, demokratischen Ende anknüpfen, nicht aufrechterhalten. Zwar ist die Kölner Redaktion auch in der Folgezeit nicht zum Defensor oder gar Fürsprecher des Berliner Parlaments geworden, hat vielmehr ihre kritische Haltung, auch gegenüber der demokratischen Linken, beibehalten. Doch zwangen spätere

43 Siehe ebenda, S.66-69.
44 Siehe ebenda, S.66
45 Siehe ebenda, S.70.
46 Ebenda.

Entscheidungen im Parlament Engels und die Redaktion, von der Absolutheit rein negativer Urteile einigermaßen abzurücken. Wie Born spricht übrigens auch Engels vor allem Hansemann das Verdienst zu, eine Mehrheit gegen den Berendsschen Antrag zusammenbekommen zu haben, aber wohl nicht – wie Born meinte – durch Gewinnung schlesischer Bauern, sondern durch seine lauthals verkündete These, eine Verleugnung der Revolution sei das beste Mittel zur Wiederherstellung des Vertrauens, was viele Abgeordnete mehr überzeugte.[47]

Souveräne Beschlüsse, Redaktionshoffnungen auf eine Konstituante und harte Kritik an der Linken

Seit der Abstimmung über den Berends-Antrag vom 9. Juni war die Lage des Camphausen-Ministeriums in den Augen der Berliner Berichterstatter äußerst angespannt,[48] was auch der Realität entsprach.[49] Der Sieg über den demokratischen Vorstoß wäre allzu knapp ausgefallen, nur durch Kunstgriffe und massive Agitation im Zentrum und dank Fehlens vieler Linker erreichbar gewesen, im Grunde eher eine „entschiedene Niederlage“; und Camphausen denke daher bereits an Rückzug. Das im Wortlaut vorgestellte Programm „des linken Zentrums“ stehe zwar zum Vereinbarungskonzept, enthalte aber genügend Differenzen zum Regierungsprogramm, so daß deren Anhänger in Zukunft werden mit der Linken gehen müssen. Sobald die Adreßfrage zur Debatte stehe, sei ein „Sturz der Regierung“ vorauszusehen. Und man spekulierte über den Charakter eines Nachfolgeministeriums, das mit Sicherheit nicht aus der demokratischen Partei hervorgehen werde, sondern höchstens ein Übergangsministerium aus Vertretern „des linken Zentrums“ sein könnte.

Dem Pyrrhussieg der Regierung vom 9. Juni folgte in der zweiten Junidekade tatsächlich Schlag auf Schlag eine Niederlage nach der anderen, beigebracht von ihrem Widerpart, der verfassunggebenden Versammlung, und es formierte sich in der Tat eine Einheitsfront von Linker und linkem Zentrum. Eine Mehrheit im Parlament wehrte nicht nur, wie aus Berlin berichtet wurde,[50] alle Versuche der Rechten ab, die Versammlung wegen der Belästigung zweier Abgeordneter ob ihrer revolutionsfeindlichen Haltung in der Anerkennungsdebatte militärisch absichern zu lassen oder sie gar von Berlin weg nach Potsdam zu verlegen, sondern sie beschloß am 15. Juni ausdrücklich, das Parlament unter den Schutz der Berliner Bevölkerung zu stellen. Und sie ließ sich auch nicht durch die Aufregung, die der Zeughaussturm

47 Siehe ebenda, S.77.

48 # Berlin, 13 Juni: Programm der Abgeordneten des linken Zentrums, und * Berlin: 13. Juni, Lage des Ministeriums, in: NRhZ, 16.6.1848, S.2, Sp. 3.

49 Zum Verhältnis von Ministerium und Versammlung im Juni 1848 siehe Hofmann, Das Ministerium Camphausen-Hansemann, S.118-153.

50Siehe + Berlin, 14 Juni: Die preußische konstituierende Versammlung (15. Sitzung vom 14. Juni); in: NRhZ, 17.6.1848, S.2, Sp. 1-2; ; x Berlin, 15. Juni: Anderer Bericht, in: NRhZ, 15.6.1848; Becker, Stephan Born, S.574f.; * Berlin, 15. Juni: Die Vereinbarerversammlung. Namentliche Abstimmung, in: NRhZ, 18.6.1848, S.2, Sp. 1-2; Die preußische konstituierende Versammlung (16. Sitzung am 15. Juni), in: NRhZ, 18.6.1848, S.2, Sp. 2-3.

in der Nacht vom 14. zum 15. Juni verursacht hatte, davon abbringen. Mehr noch, am gleichen 15. Juni entschied sich eine Parlamentsmajorität endgültig für den Antrag von Waldeck und Wachsmuth, den vorgelegten Verfassungsentwurf der Regierung vom Tisch zu fegen und durch eine gewählte 24köpfige Verfassungskommission selbst einen Verfassungstext „von unten" zu entwerfen.[51] Die Regierung geriet damit geradezu in eine Zwangslage.

Die Redaktion behielt zwar ihre kritische Haltung zur Versammlung, würdigte nun aber diese beiden Beschlüsse als „die nachträgliche Anerkennung der Märzkämpfer", als „die nachträgliche Kassation ihrer Inkompetenzerklärung". Indem sie das Verfassungswerk in die eigenen Hände nahm, suchte sie sich „mit dem Volk ‚zu vereinbaren'". „Die Vereinbarungsversammlung hat am 15. Juni ihre eigne Vergangenheit geleugnet, wie sie am 9. Juni die Vergangenheit des Volkes leugnete. Sie hat ihren 21. März erlebt." [52] Doch sei der entscheidende Schritt noch zu tun, die Bastille ist noch nicht gestürmt. Der Zar indes werde die Revolution retten, indem er sie zentralisieren werde.

Die positiven Entscheidungen der preußischen Versammlung, die Hoffnungen auf eine Entwicklung hin zu einer wirklichen Konstituante aufkommen ließen, waren in den Augen der Redaktion vor allem ein Resultat der Berliner revolutionären Gewaltaktion vom 14./15. Juni, des Zeughaussturms. Ungewöhnlich viel Platz war den Berliner Informationen darüber eingeräumt worden. Die Korrespondenten setzten dabei freilich unterschiedliche Akzente. Der eine Berliner Bericht, für den diese Aktion sich vor allem aus dem Konflikt zwischen Arbeitern und Bürgerwehr entwickelt hätte, gab den „Volksmännern", den Demokraten und Vertretern der Linken im Parlament die Schuld dafür, daß die revolutionäre Chance verpuffte[53], und dafür, daß, wie es die Redaktion sah, aus dem „Wetterleuchten" keine neue „zweite Revolution" wurde.[54] Stephan Born hingegen erklärte das Scheitern des Zeughaussturms vor allem damit, daß das Militär keinen Widerstand leistete, sondern das Zeughaus stürmen und ausräumen ließ. „Hätte das Militär angegriffen, so war die Revolution da."[55] Ungeachtet dieses Mißerfolgs, so meinte er, habe die Bewegung dennoch Früchte getragen, und zwar in der Versammlung. Dem Ministerium seien die beiden genannten Niederlagen beigebracht worden und das Ministerium Camphausen sei nun seinem Ende nahe.

Als die Regierung dann massiv gegen die Zeughausstürmer vorging und sich auch das Parlament damit befaßte, unterzog Engels den gesamten Ereigniskomplex in der Junimitte einer kritischen Besichtigung.[56] Er griff dabei Überlegungen der beiden Berliner Korrespondenten auf. Als „Ereignis ohne unmittelbare Resultate, eine auf

51 Siehe Hofmann, Das Ministerium Camphausen-Hansemann, S.135-138.
52 Die Vereinbarungsversammlung vom 15. Juni, in: NRhZ, 18.6.1848; MEW, 5, S.79.
53 Siehe ++ Berlin, 14. Juni: Der 15. Juni,in: NRhZ, 17.6.1848, Extrabeilage, S.1, Sp. 1-2.
54 MEW, 5, S.79.
55 x Berlin, 15. Juni: Anderer Bericht, in: NRhZ, 17.6.1848, Extrabeilage, S.1, Sp. 2-3, Becker, Stephan Born, S.574f.
56 Siehe Engels: Die Vereinbarungssitzung vom 17. Juni, in: NRhZ, 20.6.1848; MEW, 5, S.85-89.

halbem Wege stehengebliebene Revolution“[57] zeitigte sie gleichwohl Wirkungen: die beiden Beschlüsse in der Vereinbarungsversammlung und die faktische Auflösung des Camphausen-Ministeriums. Zugleich richtete er die bisher schärfsten Angriffe gegen die Linken im Berliner Parlament. Sie enttäuschten zunächst, weil keiner ihrer Vertreter sich im Parlament für die verfolgten Zeughausstürmer in die Bresche warf, sondern die Linke es dabei beließ, die Verleumdungen der Rechten nur durch Zischen zu beantworten. Doch dehnte er seine Kritik auch auf das Verhalten der linken Führungselite während des Zeughaussturms aus und wiederholte – zugespitzt und Roß und Reiter benennend, wobei er sich auffällig auf die schlesischen und Berliner Demokraten beschränkte und die Rheinländer und Westphalen, D'Ester und Waldeck, nicht erwähnte – die Schuldzuweisung des Berliner ††-Korrespondenten: „Die Berliner Linke benimmt sich überhaupt immer feiger, immer zweideutiger. Diese Herren, die bei den Wahlen das Volk exploitiert haben, wo waren sie in der Nacht vom 14. Juni, als das Volk aus bloßer Ratlosigkeit die gewonnenen Vorteile bald wieder fahren ließ, als nur ein Führer fehlte, um den Sieg vollständig zu machen? Wo waren die Herren Berends, Jung, Elsner, Stein, Reichenbach? Sie blieben zu Hause oder machten ungefährliche Vorstellungen bei den Ministern.“[58]

Das Ende des Ministeriums Camphausen

Der schon länger vorausgesagte und erwartete Rücktritt Camphausens am 20. Juni war für die zahlreichen Berliner Berichte vom gleichen Tage[59] schon keine Sensation mehr. Man beschäftigte sich lediglich mit zwei Fragen, mit den Ursachen für das Ende des Ministeriums und mit dem Charakter der Nachfolgeregierung. Wesentlich veranlaßt wurde der Fall der Regierung in der Sicht aller Korrespondenten durch ihre Niederlagen in der Vereinbarerversammlung.

Zwei Korrespondenten suchten den Rücktritt jedoch historisch tiefer zu verorten. Als „Heiland unserer Bourgeois“ habe Camphausen wie Buridans Esel zwischen einem „auf seine Revolution eifersüchtigem Volk und einem intriganten Hof“ gestanden, sich so verhalten, als hätte es keine Revolution gegeben, und antidemokratische Maßnahmen durchgeführt. „Alles passte eher unter das ancien regime als in eine Zeit, die eine Revolution hinter sich hat und selbst noch Revolution ist. [...] Seine Unentschiedenheit war sein Tod. Es trug bei Geburt den Keim dazu in sich. – Seine Siege waren offenbare Niederlagen.“[60] Eine andere Korrespondenz resümierte knapp und treffend: „Das Ministerium Camphausen, auf dem Rechtsboden von

57 Ebenda, S.85.
58 Ebenda, S.89.
59 Siehe √ Berlin, 20. Juni: Gescheiterte Rekrutierungsversuche des Ministeriums Camphausen, in: NRhZ, 23.6.1848, S.1, Sp. 3 - S.2, Sp.1; x Berlin, 20. Juni: Die Vereinbarungssitzung. Beginnende Opposition des linken Zentrums gegen die Linke. Esser I. Ministerialgelüste. Natzmer soll sich erschossen haben, ebenda, S.2, Sp.2; Becker, Stephan Born, S.577f.; Signum Eisernes Kreuz, Berlin 20. Juni: Abermals Camphausens Abdankung, in: NRhZ, 23.6.1848, S.2, Sp. 2; # Berlin, 20. Juni: ebenda, S.2, Sp.3.
60 Eisernes-Kreuz-Korrespondenz (wie FN 59).

1847 und dem Erlaß vom 18. März stehend, kann aber die Volkssouveränität, hervorgegangen aus der Revolution des 18. und 19. März, nicht anerkennen."[61]
Alle Korrespondenten vermuteten, daß die künftige Regierung ein Ministerium des linken Zentrums werden würde. Auch wäre eine Kombination von Pinder und Milde im Spiel. Einer warnte vor einer Beteiligung der Linken: „Männer des Volkes sollten sich nicht ins Joch der Fürstendienerei einspannen lassen", und er schlußfolgerte: „Lassen wir die konstitutionellen Kräfte sich abnutzen, damit das noch befangene Volk von der Unfähigkeit und Schwäche des Justemilieus sich tatsächlich überzeuge, wie es sich von der der Herren Camphausen und Hansemann überzeugt hat."[62] Dem König stünden aus internationaler Sicht nur zwei Wege offen, so meinte ein anderer: entweder ein Ministerium aus Linken und linkem Zentrum mit Waldeck und Rodbertus, das eine antirussische Politik treiben und sich an Frankreich anlehnen könnte, oder ein Ministerium der äußersten Rechten, wo auf dem Programm stünde: „Nachgeben gegen die russische Politik, d.h. Fortschreiten auf dem Wege der Reaktion und der Volkssouveränität trotzend."[63] Indes: Eine „Verschwörung mit Russland wäre der Grundstein zur deutschen Republik."[64]
Der Redaktion war die Nachricht vom Rücktritt Camphausens ein Extrablatt wert, herausgegeben am 21. Juni 10 Uhr abends. Nach einem Brief aus Berlin vom 20. Juni teilte sie den Vorgang im Parlament am Morgen des 20. Juni mit und knüpfte daran die kurze Bemerkung: „Unsere Leser werden von dieser Nachricht nicht überrascht sein. Wir hatten den Fall des Ministeriums Camphausen täglich vorausgesagt. Wir hatten hinzugefügt: Entweder eine neue Revolution oder ein entschieden reaktionäres Ministerium. Der Versuch zu einer Revolution ist gescheitert. Ein russenfreundliches Ministerium wird dem Zar die Wege bereiten.".[65]
Am folgenden Tag widmete die Redaktion dem „Sturz des Ministeriums Camphausen" eine einzige, wahrscheinlich von Marx verfaßte Stellungnahme.[66] Sie erschien am gleichen Tag wie die Masse der Berliner Korrespondenzen. Marx ordnete hier erstmals den Platz der Camphausen-Regierung in die Koordinaten des deutschen und internationalen Revolutionsprozesses ein und nahm bereits einiges von dem vorweg, was er in der nach der Auflösung der Berliner Versammlung resümierenden Artikelfolge über „die Bourgeoisie und die Konterrevolution" von Dezember 1848 entwickelt hatte. Er ging von einer, wie er glaubte, bereits gewandelten oder zumindest sich in grundlegender Veränderung befindlichen politischen Kräftekonstellation aus, gekennzeichnet durch den erfolgreichen Vormarsch der Konterrevolution seit dem 19. März, und er konstatierte daher, wie sich zeigen würde allzu kurzschlüssig, daß das liberal-bürgerliche Gewand, das diese Regierung

61 # Berlin, den 20. Juni (wie FN 59).
62 Eisernes-Kreuz-Korrespondenz (wie FN 59).
63 # Berlin, 20. Juni (wie FN 59).
64 Eisernes-Kreuz-Korrespondenz (wie FN 59).
65 Köln, den 21. Juni, 10 Uhr Abends: Sturz des Ministeriums Camphausen, in: NRhZ, Extrabeilage zu Nr. 22. Dieser Text wurde nicht in die Werkausgabe aufgenommen.
66 Siehe Sturz des Ministeriums Camphausen, in: NRhZ, 23.6.1848; MEW, 5, S.96f.

der Konterrevolution zunächst geliefert habe, nicht mehr vonnöten sei. Diese habe ihre Kräfte formiert; und es sei auch außenpolitisch eine Situation entstanden, die bürgerliche Vormünder überflüssig mache. In diesem Zusammenhang verwies er nicht nur auf die Interventionsbereitschaft des Zarismus, sondern erstmals auch auf die Rolle Englands als Fels im Meer, „worauf die Kontrerevolution ihre Kirche bauen wird“.[67]

Da ein Ministerium des linken Zentrums sich nur kurze Zeit würde halten können, könnte der wirkliche Nachfolger Camphausens nur der Prinz von Preußen, also die offene Herrschaft der äußersten Rechten sein. Dieser Sicht blieb die Redaktion in den folgenden Monaten treu. Bei jeder Krise meinte sie, es könne nur noch eine Regierung der offenen Reaktion ans Ruder kommen. Damit nahm Marx die Aussage aus der Extrabeilage vom Tag zuvor auf. Doch hieß dies keineswegs, daß Camphausen ein offen reaktionäres Ministerium unmittelbar folgen würde, sondern es war lediglich die Perspektive der Entwicklung der deutschen Revolution angedeutet, die schon in zwei Berliner Korrespondenzen im Kalkül war. Unter dem Aspekt eines nicht zu übersehenden Vormarschs der Konterrevolution wertete Marx auch die objektive Funktion der Camphausen-Regierung. Sie bestand in seiner Sicht darin, durch ihren im großbürgerlichen Interesse geführten Kampf gegen die Demokratie der Konterrevolution Handlangerdienste zu leisten und sie so zu retten und zu kräftigen: „Im Dienst der großen Bourgeoisie mußte es die Revolution um ihre demokratischen Früchte zu prellen suchen, [...] mußte es sich mit der aristokratischen Partei verbünden und das Werkzeug der kontrerevolutionären Gelüste werden. Sie ist genug erstarkt, um ihren Protektor über Bord werfen zu können. Herr Camphausen hat die Reaktion gesät im Sinne der großen Bourgeoisie, er hat sie geerntet im Sinne der Feudalpartei. Das war die gute Absicht des Mannes, das sein böses Geschick.“[68]

Bildung und Anfänge des „Ministeriums der Tat“.
Das Konzept einer Steigerung der Revolution an der Konterrevolution

Den Prozeß der neuen Regierungsbildung begleitete die Redaktion lediglich mit einem knappen Kommentar anläßlich der Beauftragung Hansemanns mit dieser Aufgabe, was schon am 21. Juni aus Berlin gemeldet worden war,[69] und sie qualifizierte das zu erwartende neue Ministerium sofort als „Kabinett Hansemann“.[70] Wie die zahlreichen Berliner Korrespondenzen zu diesem Vorgang vermutete auch die Redaktion zunächst, daß Hansemann sogar zum Premier berufen würde, und wertete die Hereinnahme des linken Zentrumsführers Rodbertus ins Regierungsboot, den Berliner Korrespondenzen bereits als künftigen Innenminister sahen, als

67 Ebenda, S.96.
68 Ebenda, S.97.
69 Siehe in: NRhZ, 24.6.1848, S.1, Sp. 2-3 und 25.6.1848, S.1 Sp. 3 - S.2, Sp. 1. Korrespondenzen von #, *, x und Eisernem Kreuz-Zeichen; # Berlin, 24. Juni: Das Provisorium und die Reaktion, in: NRhZ, 27.6.1848, S.1, Sp. 2-3.
70 Siehe Das Kabinett Hansemann, in: NRhZ, 24.6.1848; MEW, 5, S.100f.

„Mittler, der den reuigen Trümmern des Ministeriums Camphausen die Gnade und Vergebung des linken Zentrums verschafft",[71] als faktischen Retter eines liberalen Ministeriums. Die Distanz gegenüber der Regierungsumbildung war unübersehbar. Der Versuch des preußischen Regierungsliberalismus, sich durch Aufnahme eines linken Zentrumsvertreters eine breitere parlamentarische Basis zu verschaffen, änderte nichts an der politischen Gegnerschaft der „Neuen Rheinischen". Die offizielle Einsetzung der neuen Regierung am 25. Juni, die eine Extrabeilage am 27. Juni zusammen mit, aber eben *nach* den ersten Nachrichten über die in Paris ausgebrochenen bewaffneten Kämpfe meldete,[72] ging dann angesichts der dominierenden Berichterstattung über die Pariser Junirevolution unter.

Eine lange Regierungszeit war dem von Hansemann zusammengestellten Kabinett von der „Neuen Rheinischen" schon im voraus nicht prophezeit worden, denn „die Reaktion und die Russen pochen an, und ehe der Hahn dreimal gekräht haben wird, wird das Kabinett Hansemann gefallen sein trotz [...] dem linken Zentrum."[73] Diese Sichtweise übernahmen durchweg auch die Berliner Korrespondenten. Der erste, offenbar von Stephan Born verfaßte, Bericht über die neue Regierung und ihr sogleich im Parlament vorgestelltes Programm[74] gab Auerswald/Hansemann nur acht Tage. Und dies, obwohl nun im Programm die Revolution anerkannt wurde, man sich auf den „Rechtsboden der Revolution" stellte und eine Reihe von politischen Angeboten machte, die sich gegen die Feudalität richteten und auf bürgerliche Verhältnisse abzielten. Denn, so informierte Born, in der folgenden Debatte des Parlaments wurde von der Linken scharf kritisiert, daß nichts darüber gesagt würde, wie die hehren Postulate tatsächlich realisiert werden sollten. Vor allem D'Ester monierte nachdrücklich diesen Mangel, der einem „Ministerium der Tat", wie es sich selbst titulierte, nicht abgenommen werden könnte. Die aus Berlin ebenfalls berichtete gleichzeitige Diskussion um Hansemanns, der „Ministerialmutter" Antrag, die Adresse an den König entsprechend seinen neuen Aspekten nochmals an die Kommission zur Überarbeitung zurückzugeben, was trotz entschiedener Zurückweisung durch die Linke schließlich von der Mehrheit auch abgesegnet wurde, hat sich Engels erst Tage später in einem Kommentar vorgenommen.

Als nur zehn Tage nach der Regierungsbildung, am 4. Juli, deren Linke-Zentrum-Stütze Rodbertus, dem das Kultusministerium zugesprochen worden war, wieder absprang und am gleichen Tag das Ministerium bei der Abstimmung über eine Untersuchungskommission zu den Vorgängen in Polen eine Niederlage erlitt, meldete die Zeitung dies in einer Extrabeilage als „Ministerkrise".[75] Rodbertus hatte

71 Ebenda, S.100.

72 Siehe * Berlin, 25. Juni: NRhZ, Extrabeilage zu Nr. 27, 27.6.1848; NRhZ, 28.6.1848, Extrabeilage Sp. 2-3 gab unter „Amtliche Nachrichten" lediglich die Ernennungskabinettsorder vom 25.Juni wieder.

73 MEW, 5, S.101.

74 Siehe x Berlin, 26. Juni: Vereinbarungsdebatten, in: NRhZ, 29.6. Beilage, S.1, Sp. 1-2.

75 # Berlin, 4. Juli: Neue Ministerkrise. Rodbertus ausgetreten. Sieg der Linken. Staatsstreich der Rechten, in: NRhZ, 6.7.1848. Extrabeilage.

die Segel gestrichen, weil er als einziger sich gegen die Erklärung der Regierung wandte, die Frankfurter Nationalversammlung hätte ihren Beschluß über die Zentralgewalt mit der preußischen Regierung vorher abstimmen sollen. Er war vielmehr der Meinung, daß auch Preußen sich den Beschlüssen des Frankfurter Parlaments unbedingt zu unterwerfen habe; er habe also, wie der Korrespondent schrieb,[76] die Volkssouveränität anerkannt.

Als dann auch noch das Gerücht gemeldet wurde, die Krone wolle ein Ministerium aus Vincke, Mevissen und Pinder zusammenstellen, kommentierte Marx, sollte sich dies bestätigen, dann „wären wir also *endlich* vom Ministerium der Vermittlung durch das Ministerium der Tat zu einem Ministerium der Kontrerevolution gelangt. *Endlich!*“[77] Daß Potsdam dann doch am Ministerium Auerswald/Hansemann festhielt, bedauerte er im Grunde, und es war dies für ihn nur der „verschleppte Untergang dieses Ministeriums“.[78] Die Berliner Versammlung aber kritisierte er vor allem deshalb, weil sie „vor ihren eigenen Gelüsten“, die Regierung zu stürzen, immer wieder zurückschreckte. Deren Inkonsequenz erklärte er damit, daß sie wohl ahnte, daß „ein Ministerium nach ihrem Herzen zugleich das Ministerium der Krise und der Entscheidung ist“.[79]

Die Redaktion erwartete im Sommer ein Scheitern der bürgerlich-liberalen Machtausübung und die Installierung eines offen reaktionären Ministeriums. Sie hielt eine solche Entwicklung sogar als für das Schicksal der deutschen Revolution ebenso nützlich wie eine Intervention Rußlands, die in diesen Wochen immer wieder nicht nur als reale Möglichkeit, sondern auch als Chance für die deutsche Revolution angesehen wurde.[80] Dem zugrunde lag ein strategisches Konzept, das den Vormarsch der Konterrevolution nicht nur als Rückschlag betrachtete, sondern auch ins Kalkül zog, daß sich die Revolution an der Konterrevolution aufrichten und geradezu steigern würde:[81] Erfolgreiche konterrevolutionäre Attacken und gar eine Rückeroberung der Macht durch die Reaktion würden die gesellschaftlichen Konflikte enorm verschärfen, den Widerstand der revolutionären Elemente im Lande mobilisieren und steigern und schließlich in eine zweite Revolution einmünden, in der die Macht der Reaktion endgültig gebrochen und einer radikalen Demokratie über die Köpfe der Großbourgeoisie hinweg zum Durchbruch verholfen werden könnte. Die Redaktion wollte einen möglichst *baldigen* revolutionären Entscheidungskampf, den sie für unvermeidlich hielt und der je

76 Siehe # Berlin, 5. Juli: Ursachen für Rodbertus Rücktritt, in: NRhZ, 8.7.1848, S.2, Sp.1-2.
77 Marx: Das Ministerium der Tat, in: NRhZ, 9.7.1848; MEW, 5, S.184.
78 Ders.: Die Ministerkrisis, in: NRhZ, 10.7.1848; MEW, 5, S.189.
79 Ebenda.
80 Siehe Walter Schmidt: Der Kampf der „Neuen Rheinischen Zeitung“ um ein festes Kampfbündnis zwischen der polnischen und der deutschen Demokratie, in: Jahrbuch für die Geschichte der UdSSR und der volksdemokratischen Länder Europas, Bd. 5, 1961, S.131-136.
81 Kritisch zu dieser Auffassung von Marx siehe Walter Schmidt, Marx und die Revolution von 1848/49, S.62-72.

früher desto mehr auch Chancen für die Demokratie hätte. Je länger er hinausgeschoben würde, um so schwieriger und blutiger würde er werden.
Diese konzeptionellen Vorstellungen entstanden allerdings erst in der konkreten Situation des deutschen Nachmärz, als dem ersten Schlag gegen die Reaktion in der Märzrevolution kein zweiter folgte, der der Reaktion jegliche Machtbasis nahm. Dadurch entwickelte sich die deutsche Revolution – anders als 1789 in Frankreich und in den ersten Monaten 1848 zunächst auch in Österreich – nicht in aufsteigender Linie. Die Chancen, der Reaktion nach dem März 1848 frühzeitig das Rückgrat zu brechen, waren vertan worden. Marx und Engels sahen die Regierung Camphausen, aber auch die Parlamente in Frankfurt und Berlin in der Schuld, in den ersten Monaten, als die Konterrevolution geschwächt und verwirrt war, nichts in dieser Richtung getan zu haben. In der dadurch entstandenen Lage, als nicht die Revolution, wie sie erhofft hatten, sondern die Konterrevolution auf dem Vormarsch war, machten die Chefs der „Neuen Rheinischen Zeitung" gewissermaßen aus der Not eine Tugend, sahen sie echte Erfolgschancen für die Demokratie nur in einer direkten und offenen Konfrontation von „revolutionärem Volk" und wieder ganz zur Macht gelangter Konterrevolution. Die Möglichkeit, daß eine Rückeroberung der Macht durch die alte Reaktion von Adel und Monarchie zu einer endgültigen Niederlage der Revolution führen könnte, war für die Kölner Radikaldemokraten als überzeugte Revolutionäre überhaupt nicht im Kalkül. Sie hielten konterrevolutionäre Rückschläge nur für eine kurzfristige Angelegenheit, die rasch von einer radikaleren revolutionären Gegenaktion abgelöst würde.
Mitte Juli trug Engels erstmals die Vorstellungen der Redaktion vor. Deutschland bedürfe bei Strafe des Untergangs der Überwindung der Zersplitterung und einer „strengeren revolutionären Zentralisation", zumal es zwischen die beiden mächtigsten und zentralisierten Kontinentalstaaten eingeklemmt sei und auch in einem gespannten Verhältnis zu seinen kleinen Nachbarn sich befinde: „[...] ein solches Land kann in der gegenwärtigen Zeit der allgemeinen Revolution weder dem Bürgerkriege noch dem auswärtigen Kriege entgehen. Und diese Kriege, die uns ganz sicher bevorstehen, werden um so gefährlicher, um so verheerender werden, je unentschlossener das Volk und seine Leiter sich benehmen, je länger die Entscheidung hinausgeschoben wird."[82]

Resümee

Wie die Frankfurter Nationalversammlung, der Wiener Reichstag und die französische Nationalversammlung in Paris war auch die preußische verfassunggebende Versammlung in Berlin für die „Neue Rheinische Zeitung" eine für den Gang der Revolution wichtige Institution. Das galt für das Berliner Parlament insofern in besonderer Weise, als es sich im Unterschied zu Frankfurt in ständiger harter Konfrontation zu den beiden Machteinrichtungen: Regierung und Krone befand. Natürlich standen für sie als Organ der revolutionären Demokratie die

82 Engels: Die Debatte über den Jacobyschen Antrag, in: NRhZ, 19.7.1848; MEW, 5, S.227f.

Aktionen des revolutionären Volkes an erster Stelle. Doch Vorwürfe einer Vernachlässigung, Geringschätzung oder gar Mißachtung der Parlamente in der Revolution, und so auch der Berliner Versammlung, sind unzutreffend. In der politischen Kräftekonstellation von Krone, Regierung und konstituierender Versammlung war für sie das Parlament jene Institution, die, weil aus der Revolution direkt hervorgegangen, Volkssouveränität verkörperte und den der revolutionären Bewegung am nächsten stehenden direkten Kontrahenten von Regierung und Krone bildete, die von ihren Möglichkeiten und ihrer Verantwortung her eigentliche *institutionelle* Gegenmacht zur adlig-monarchischen Konterrevolution darstellte.

Die „Neue Rheinische Zeitung“ hatte von ihrer äußersten linken, revolutionär-demokratischen Position aus eine durchweg kritische Haltung gegenüber der Berliner verfassunggebenden Versammlung, aber nicht, weil es sich um ein – von ihnen angeblich generell nicht geschätztes – Parlament handelte, sondern weil sie die ihr zustehende Funktion als eine vom Volk gewählte souveräne Konstituante nicht ausfüllte und sich mehrheitlich auf das von der vermittelnden bürgerlich-liberalen Regierung und der Krone vorgegebene Konzept einließ, die Verfassung nicht aus eigener Machtvollkommenheit, sondern in Absprache und Vereinbarung mit der Krone zu verabschieden. Zwar schlug nach der Ablehnung des Berendsschen Antrags auf Anerkennung der Revolution bei Engels die Enttäuschung kurzzeitig zu extremen Urteilen und Überspitzungen um. Doch hat die Redaktion in der Folgezeit die verschiedenen Schritte hin zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben als wirkliche Konstituante auch entsprechend zu würdigen gewußt.

Die entschiedene Linke in Berlin, die im Laufe der Monate stärker wurde und im Herbst mit der Rechten numerisch nahezu gleichauf zog, war für die Kölner Radikaldemokraten ohne Frage ihr Bundesgenosse innerhalb des Parlaments. Doch waren sie von ihrer revolutionär-demokratischen Position aus jederzeit äußerst kritische Weggefährten dieser Fraktion, die in Berlin auch ein weit größeres Gewicht besaß als in Frankfurt. In ihrer Kritik, die von dem Bestreben geleitet war, den revolutionären Prozeß auch vom parlamentarischen Felde aus zu forcieren, gab es, vor allem im Juni bei Engels, auch ungerechtfertigte Schärfe. Doch sowohl die Berichterstattung aus dem Parlament als auch die meisten redaktionellen Kommentare zur Tätigkeit der linken Fraktion, die von gemäßigten wie radikalen Demokraten gestellt wurde, und die Analysen der Parlamentsdebatten bezeugen die stets kritische, aber unverkennbare Solidarität mit der parlamentarischen Linken.

Was die konkrete Beschäftigung der Zeitung mit der Berliner Versammlung betrifft, so erfolgte sie – wie auch bei den anderen Parlamenten während der Revolution – auf zwei Ebenen. Regelmäßig erfolgte eine fast tagtägliche Information über das Parlamentsgeschehen durch einen oder auch mehrere Berliner Korrespondenten. Deren Berichte waren durchweg sachlich und objektiv gehalten, bei Betonung der Auftritte von linken Debattenrednern, enthielten sich jedoch tiefergehender Analysen und begründender Bewertungen. Zu wichtigen Debatten und Entscheidungen nahm die Redaktion in gesonderten Artikeln Stellung, lieferte so

gewissermaßen ihre revolutionär-demokratische Sicht nach und nahm eine Einordnung der Vorgänge entsprechend ihrem Revolutionskonzept vor.

+ die geschichte einer großen familie +
+ zwei jahrhunderte gespiegelt in einer familie +
+ herausgegeben von gerd kaiser +

+ 26 euro + 374 seiten + ISBN 3-929390-62-0 +
+ direkt beim verlag und im buchhandel erhältlich +

Biographisches

Drei mutige Frauen in der französischen Résistance: Henny Dreifuss, Yvette Bloch, Marie-Luise Plener*

Ulla Plener

Die Teilnahme deutscher Widerstandskämpfer und -kämpferinnen an der Résistance in Frankreich 1940-1944 gegen deutsche Okkupation und Nazi-Herrschaft ist in der deutschsprachigen Historiographie, besonders in der DDR, relativ ausführlich behandelt worden.[1] Seit 1997 gibt es eine vom Verband Deutsche in der Résistance, in den Streitkräften der Antihitlerkoalition und der Bewegung Freies Deutschland e.V. (DRAFD) getragene Ausstellung „Deutsche in der Résistance", die inzwischen in verschiedenen Städten gezeigt wurde. Sowohl in der Literatur als auch in dieser Ausstellung wird der Anteil der Frauen aus Deutschland am Widerstand in Frankreich eher am Rande behandelt. Deshalb wurde von der Autorin auf Anregung des Vorstands der DRAFD – anläßlich des 60. Jahrestags der Gründung des Nationalkomitees Freies Deutschland (NKFD) 2003 – als Ergänzung zur Ausstellung eine Text- und Anschauungsmappe „Deutsche Frauen in der Résistance" erarbeitet. Sie ist dem ehrenden Gedenken an die Frauen des antifaschistischen Widerstands, die sich in Frankreich aktiv an der Résistance beteiligt haben, gewidmet. Bisher konnten aus der Literatur 83 dieser Frauen namentlich ermittelt werden. Sieben von ihnen waren von der Gestapo gefaßt und hingerichtet worden: Johanna Kirchner, Ruth Österreich, Lisa Ost, Hedwig Rahmel-Robens, Käthe Voelkner, Lenchen Weber, Irene Wosikowski.

Die Aufgaben und Bedingungen der illegalen Arbeit waren vielfältig und kompliziert. Oft mußten die Frauen eine falsche Identität annehmen, also mit gefälschten Papieren zur Person leben; sie mußten sich möglichst unauffällig bewegen, also Straßenkontrollen u. ä. meiden und sich nach den strengen Regeln der Konspiration bewegen; die eigene Sicherheit mußte gewährleistet und die Verbindungen untereinander und zur Einsatzgruppe aufrechterhalten werden; es mußte eine sichere Unterkunft ausfindig

---

* Vorabdruck aus: Ulla Plener (Hrsg.): Frauen aus Deutschland in der französischen Résistance. Eine Dokumentation, Berlin 2005, ISBN 3-929390-80-9.

1 Genannt seien: Résistance. Erinnerungen deutscher Antifaschisten, Berlin 1973; Karlheinz Pech: An der Seite der Résistance, Berlin 1974. Aus jüngerer Zeit - Herbert Mayer: In der Résistance - zwischen Atlantik und Mittelmehr, in: Stefan Doernberg (Hrsg.): Im Bunde mit dem Feind. Deutsche auf alliierter Seite, Berlin 1995, S.88-140 (der Dokumententeil dieses Beitrags enthält sechs Erinnerungsberichte, davon ist lediglich einer von einer Frau - Dora Schaul). Siehe auch: Gottfried Hamacher unter Mitarbeit von Herbert Mayer u.a.: Gegen Hitler. Deutsche in der Résistance, in den Streitkräften der Antihitlerkoalition und in der Bewegung „Freies Deutschland". Kurzbiographien, Berlin 2005.

gemacht werden, was gute Beziehungen zu französischen Patrioten erforderte.
Waren diese Bedingungen gegeben, so ging es darum, behutsam politische Arbeit zu leisten: Gespräche mit und Kontakte zu Wehrmachtsangehörigen zu suchen und mit der nötigen Vorsicht deren Geisteshaltung zu erkunden; Informationen über Stimmungen, Aufenthaltsbedingungen der Besatzungstruppen und militärische Vorgänge zu sammeln und an die Résistance-Organe weiterzugeben. Die gewonnenen Kenntnisse wurden für die mündliche und schriftliche Agitation, u. a. die Herstellung illegaler Flugblätter und Zeitungen, verwendet. Die deutschen Soldaten sollten überzeugt werden, in ihrer Umgebung gegen Krieg und für Frieden aktiv zu werden; sie sollten beeinflußt werden, aus der Armee zu desertieren; in gelungenen Fällen mußten gefälschte Papiere, Kleidung und Unterkunft für die Deserteure beschafft und diese zu den kämpfenden Résistance-Gruppen weitergeleitet werden.
Zu betonen ist der hervorragende Anteil der Frauen an der Travail Allemand (TA) - Deutsche Arbeit, bei der es in erster Linie um die illegale Tätigkeit in deutschen Dienststellen und unter Wehrmachtsangehörigen ging. Gerade die Letztere, stets mit Lebensgefahr verbundene, wurde vor allem von Frauen geleistet. Ihre illegale Tätigkeit in einer Dienststelle oder einem Betrieb der Besatzungsmacht als Dolmetscherin, Büroangestellte, Hilfsarbeiterin bei Tankstellen, Truppenübungsplätzen, in Häfen und auf Flugplätzen galt dem Ziel der Sabotage bzw. der Informationssammlung.
An dieser Stelle werden drei Beiträge aus der oben genannten Publikation wiedergegeben: die Erinnerungen von Henriette (Henny) Dreifuss, Düsseldorf, von ihr für die Veröffentlichung zur Verfügung gestellt, sowie die Beiträge über Yvette Bloch und Marie-Luise Plener.

„Von heute an gehörst du zu denen, die sich wehren." Mein Weg in die französische Résistance

Von Henny Dreifuss

Bei uns waren Geburtstage Familientreffen. Der Zufall wollte es, daß mein Onkel Fritz an einem 30. Januar geboren wurde. Am 30. Januar 1933 kam es zu einem gewaltigen Familienkrach. Mein Vater, ein Sozialdemokrat, sehe nur schwarz, war die einhellige Meinung. Man müsse erst mal abwarten. Dieser Hitler würde sich schon abwirtschaften. Mit den Juden, das könne doch nicht so schlimm werden. Und für die Familie schon gar nicht, schließlich seien alle Brüder, bis auf den jüngsten, Soldat im Weltkrieg gewesen.
Am selben Tag erlebte ich noch abends mit meinen Eltern und meinem Bruder hinter den unbeleuchteten Fenstern unseres Wohnzimmers den Fackelzug der Nazis. Wenige Tage später sagte mir meine Freundin – wir waren neun Jahre alt – sie werde nicht mehr mit mir spielen. Ich erinnere mich an den ersten plakativen Boykott jüdischer Geschäfte, an die Aufregung im Elternhaus über die Bücherverbrennung und die Verhaftung von Freunden.

Wir gingen bereits 1933 in die Emigration nach Frankreich. Aus politischen Gründen. Die jüdische Herkunft spielte dabei eine untergeordnete Rolle; sie holte uns später ein. Die Jahre seit 1933 waren geprägt vom Verlust der Heimat – ich war ein Ausländerkind geworden –, von der Arbeitslosigkeit der Eltern, von vielen Ungewißheiten, die unser Leben betrafen, aber auch von den politischen Verhältnissen in Deutschland und dem Schicksal unserer Verwandten.

Im Rahmen unserer bescheidenen Möglichkeiten unterstützten wir die spanische Republik. Den Sieg Francos erlebten wir mit Entsetzen. Es war ein düsteres Anzeichen. Dennoch konnten wir uns im September 1939 nicht vorstellen, daß zehn Monate später die Hitlertruppen Frankreich überfluten und am 22. Juni 1940 Pétain einen Waffenstillstand unterzeichnen würde, in dessen Artikel 19 die Verpflichtung stand, in Frankreich lebende Deutsche auszuliefern, was die Vichy-Regierung bereitwillig tat. Dieser Juni 1940 war wie eine Mausefalle.

Zehntausende von Hitlergegnern, Spanier und vor allem Deutsche, die in den Internationalen Brigaden in Spanien gekämpft hatten, waren bereits vor dem Krieg, nach Überschreiten der französischen Grenze, unter menschenunwürdigen Bedingungen interniert worden. 1939/40 kamen Tausende Männer und Frauen, politische und rassische Flüchtlinge als angeblich feindliche Ausländer dazu.

Ich arbeitete zu dieser Zeit in einem Kinderheim in Limoges. Die Helferinnen gehörten fast alle zu den politisch oder rassisch Verfolgten. Die Kinder waren Emigrantenkinder. Sie hatten fast alle schon viel mitgemacht: Verfolgung, Krieg, Entbehrungen, weil ihre Eltern sich verstecken mußten, verhaftet waren oder keine feste Bleibe fanden.

Aber es kam noch schlimmer: Am 22./23. Oktober 1940 wurden 6.504 badische und Pfälzer Juden in das berüchtigte Lager Gurs deportiert, darunter viele Kinder. Das war ein auf Schlamm erbautes Barackenlager am Fuß der Pyrenäen. Es ist uns gelungen, Kinder aus Gurs herauszubekommen. Ich habe dort Kinder abgeholt, selbst das ganze Elend gesehen. Die Kinder waren schwach, unterernährt und verlaust. Die Trennung war für die Kinder und die Eltern schrecklich gewesen. Später kamen die meisten badischen und Pfälzer Juden nach Revesaltes, ebenfalls am Fuß der Pyrenäen, aber mit Schienenanschluß, und von dort 1942/43 nach Auschwitz. Aber vor dem Abtransport der Eltern holte die Polizei bei Nacht und Nebel die Kinder in unserem Heim in Limoges aus den Betten, um sie mit den Eltern zu deportieren - mit deutscher Gründlichkeit.

Das war die Zeit, in der wir dazu übergingen, Kinder in französischen Familien zu verstecken. Die Hilfsbereitschaft war groß. Den Kollaborateuren und Denunzianten, den Feiglingen und Gleichgültigen standen die unendlich Vielen gegenüber, die halfen, selbstlos und mutig. Meine Großmutter, die kein Wort französisch sprach, war in einem Kloster von Nonnen versteckt. Diese wahrhaft heiligen Frauen hatten eine ganze Anzahl älterer Menschen jüdischer Herkunft aufgenommen. Nie haben sie auch nur eine Frage gestellt. Auch nicht an mich, wenn ich die Großmutter besuchte. Das war kein Einzelfall.

Das Jahr 1942 war schrecklich. Eine Razzia jagte die andere. Die Deportationen liefen bereits auf Hochtouren. Ich habe die Züge nach Osten fahren sehen, überfüllt mit verzweifelten Menschen, die einzig und allein ihrer jüdischen Herkunft wegen in den Tod verfrachtet wurden. Immer drängender stellte sich die Frage: Verstecken? Schicksalsergeben warten? Abwechselnd hoffen und resignieren? Oder etwas gegen den Faschismus tun? Entscheidungen, die je nach persönlichen Möglichkeiten, aber auch nach dem politischen Hintergrund auf jeden einzelnen zukamen. Dabei muß man bedenken, daß sich viele jüdische Emigranten nie zuvor politisch betätigt hatten.

Ich kam aus einer Familie, in der Politik kein Tabu war. Im Kinderheim arbeitete ich mit Kommunistinnen zusammen und habe mich u. a. an der Solidarität für die eingesperrten Spanienkämpfer beteiligt, habe zusammen mit einer polnischen jüdischen Genossin etwa drei Monate eine österreichische Genossin, die von der Gestapo gesucht wurde, in unserem kleinen Zimmer versteckt. Die Razzia, bei der es auch mich hätte treffen können, lag in der Luft.

Die französische Widerstandsbewegung wurde zu einer beachtlichen Kraft. Auch deutsche Antifaschisten, vor allem die Kommunisten, begannen bereits 1940, ihren Widerstand zu organisieren. Sie waren Teil der nach Sprachgruppen organisierten ausländischen Emigranten und Arbeiter, die in Frankreich lebten. Unterstützt von der FKP und mit ihrer Hilfe wurden viele Probleme gelöst, für die uns die Verbindungen fehlten und bei denen wir Ausländer aufgefallen wären. Mein Weg führte über Kontakte zu Kommunistinnen, mit denen ich im Kinderheim zusammengearbeitet hatte, zur Résistance. Nicht ganz neunzehn Jahre alt, fuhr ich im Januar 1943 von Limoges als Henny Dreifuss ab und kam in Lyon als Marguerite Barbe an.

Es lag nahe, daß die antifaschistische Tätigkeit der Deutschen und Deutschsprachigen besonders auf die Okkupationstruppen ausgerichtet wurde. Kannten wir doch ihre Sprache, ihre Mentalität und wußten auch, daß sie nicht alle Hitleranhänger waren. Ich werde nie das Gefühl vergessen, das ich nach dem Ankleben des ersten „Spuckzettels“ hatte: Von heute an gehörst du zu denen, die sich wehren. Wenn du sterben mußt, dann nicht mehr umsonst.

Unsere auf die Besatzungstruppen orientierte Arbeit wurde verstärkt, als sich in Frankreich im September 1943 das „Komitee Freies Deutschland für den Westen“ gründete. Neue Mitstreiter unterschiedlicher Weltanschauung kamen hinzu, teils nicht-kommunistische Emigranten, teils Wehrmachtsangehörige. Es war nicht immer einfach, persönlichen Kontakt zu den Besatzungssoldaten herzustellen. So unauffällig wie möglich mußten die Gespräche angeknüpft werden. Das war für Frauen leichter als für Männer. Zusammen mit einer Genossin (nie alleine) gingen wir in Lyon z. B. in ein Kaufhaus und waren „zufällig“ da, wenn es Sprachschwierigkeiten gab. Es ging darum, Verbindungen zu bekommen, damit illegale Flugblätter und Zeitungen verteilt und antifaschistische Gruppen innerhalb der Wehrmacht gebildet werden. Um die Stimmung zu kennen – das war wichtig für die

Herstellung der Materialien –, haben einige von uns, auch ich, bei einer Wehrmachtsstelle gearbeitet.
Unser Ziel war vor allem: Schluß mit dem Krieg. Schluß mit der deutschen Besatzung. Bestrafung der Kriegsverbrecher. Schaffung eines demokratischen Deutschlands.
Es war eine schwierige Zeit, mit vielen Aufregungen und Ängsten, die man sich nicht anmerken lassen durfte, eine Zeit, die ständiger Aufmerksamkeit bedurfte, mußte man doch jeden Tag erneut in die falsche Identität schlüpfen. Aber es gab auch Hoffnungen, vor allem nach Stalingrad, da waren wir sicher, daß dieser Krieg das Ende des Faschismus bringen würde. Nie hätte ich gedacht, daß Klaus Barbie, der Schlächter von Lyon, erst 43 Jahre später vor einem französischen Gericht stehen würde. Nie hätte ich gedacht, daß Lammerding, der Kommandeur der SS-Division „Das Reich", der für seine Mordtaten in Tulle und Oradour-sur-Glane von einem französischen Gericht in Abwesenheit zum Tode verurteilt wurde, bis zu seinem Lebensende als Bauunternehmer unbehelligt in Düsseldorf tätig sein könnte.
Die Befreiung erlebte ich in Lyon. Es waren bewegende Tage, aber auch Stunden der Trauer um diejenigen, die nicht mehr dabei sein konnten, und von Ungewißheit über das Schicksal der Familie. 1945 kehrte ich als Mitglied der KPD nach Deutschland zurück. Meine Eltern waren in Auschwitz, mein Bruder in Maidanek umgekommen. Meine Großmutter wollte keinen Fuß mehr auf deutschen Boden setzen.

Yvette Bloch
geb. Szilard, 9. Februar 1909 - 14. Mai 1992

Sie stammte aus einem kleinbürgerlichen ungarisch-jüdischen Elternhaus in Transsilvanien (Rumänien). Schon in jungen Jahren hatte sie sich von ihrer Familie gelöst und ging um 1932 nach Paris, wo sie in ihrem Beruf als Schneiderin in der Haute Couture arbeitete. 1932 heiratete sie den deutschen Kommunisten Walter Bloch und wurde dadurch deutsche Staatsbürgerin. Antifaschistische Aktionen, an denen sie sich mit jugendlichem Elan beteiligte, führten sie um 1933 in die Französische Kommunistische Partei. Begeistert erlebte sie die Tage der Volksfront in Frankreich und unterstützte - wenn auch mit Bangen - ihren Ehemann, als er sich 1936-1939 freiwillig zur Verteidigung der Spanischen Republik in die Internationalen Brigaden eingereiht hatte.
Nachdem 1940 ein großer Teil und 1942 ganz Frankreich von deutschen Truppen besetzt worden war, schonte sie sich bis zur Befreiung 1944 nicht. Mit ganzer Kraft leistete sie Hervorragendes im Widerstand gegen die deutschen Besatzer und deren französische Helfershelfer. Dafür trennte sie sich 1942 sogar für zwei lange Jahre von ihrem 1940 geborenen Töchterchen Annette. Sie brachte sie mit Hilfe von Freunden bei einer französischen Familie in der Nähe von Paris unter, um voll in den Widerstand einsteigen zu können, ohne das Kind zu gefährden. Die Trennung traf sie persönlich

tief. Erst nach der Befreiung, 1944, konnte sie ihr Kind wieder in ihre Arme schließen.
Deutschsprachig aufgewachsen, nahm sie im Rahmen der Travail Allemagne, mit falschen Papieren ausgestattet, zunächst an der Propagandaarbeit unter deutschen Wehrmachtsangehörigen teil. Über die Gefährlichkeit dieser Arbeit berichtete die österreichische Kommunistin Lisa Gavrič in ihren Erinnerungen. „In der Frauengruppe", erzählte sie, „kämpften Genossinnen verschiedener Nationen, die Deutsch als Muttersprache oder wie ihre Muttersprache beherrschten: eine ganz junge Deutsche, fast noch ein Kind; die Genossin Else[2], eine langjährige deutsche Kommunistin, von Beruf Sekretärin [...]; eine kleine, schwarzhaarige ungarische Ärztin; die Rumänin Ivonne, die schon die ganze Skala von Hunger bis zu Gefängnissen und Polizeifoltern durchgemacht hatte; die Polin, deren Haare über Nacht blond wurden, um ihre von der Polizei verfolgten Spuren zu verwischen; und die vielen österreichischen und deutschen Genossinnen und Nichtgenossinnen. Alle gaben sich als Elsässerinnen aus, und unglaublich erscheint es, daß die auf Rassenhaß gedrillten Soldaten weder erkannten, wenn die Mädchen Jüdinnen waren, noch die manchmal merkwürdige Aussprache bemerkten."[3] Die „Soldatenarbeit", schrieb Lisa Gavrič, beanspruchte den ganzen Menschen, zerriss die Nerven - und gab doch dem Leben einen Sinn. Tag für Tag. Jahre hindurch.
In Toulouse, wo Yvette um 1941 mit Walter Bloch untergekommen war, erhielt sie von den Organisatoren der TA als eine von zwei Frauen den Auftrag, in einer deutschen Dienststelle zu arbeiten. Es war die Niederlassung der deutschen Reichsbank, die die Geldangelegenheiten der Besatzungstruppen zu regeln hatte. Dort erreichte Yvette mit Intelligenz und Geschick eine solche Vertrauensstellung, daß sie (es muß, so Walter Bloch, 1943 gewesen sein) mit einem kühnen Handstreich eine gehörige Geldsumme für die TA sicherstellen konnte. Vor einem der Zahltage, erinnert sich Gerhard Leo, zu jener Zeit ebenfalls in Toulouse in der TA tätig, brachte Yvette einen Koffer mit in die Dienststelle, packte ihn unbemerkt mit den im Geldschrank (der Schlüssel dazu war ihr aufgrund ihrer Tätigkeit zugänglich) gelagerten Franc-Scheinen voll und verschwand sogleich mit der schweren und teueren Last. Es waren, einer mündlichen Überlieferung zufolge, mehr als eine Million Franc. Das Geld wurde für die TA in Südfrankreich eingesetzt, ein Teil davon der Résistance in Paris zur Verfügung gestellt.
Schwieriger noch als das Geldbeschaffen war das Untertauchen danach. Marie-Luise Plener, damals als die zweite der beiden Frauen ebenfalls im Auftrag der TA an einer deutschen Dienststelle tätig, erinnerte sich noch 30 Jahre später an die große „Schwierigkeit, die Yvette hatte, nach ihrer gelungenen Aktion unterzutauchen". Es gab zwar einen Plan für ihr „Verschwinden", eine Unterkunft war verabredet worden, aber es klappte alles nur, wie Walter Bloch sich erinnert, „mit Ach und Krach". Auch Yvettes Haare wurden über Nacht blond, sie wurde in andere Kleider gesteckt, erhielt

2 Vermutlich Else Fugger. Auskünfte über sie Plener, Frauen aus Deutschland.
3 Lisa Gavrič: Die Straße der Wirklichkeit. Bericht eines Lebens, bearbeitet und mit einem Nachwort versehen von Ulla Plener, Berlin 1984, S.252-273, hier S.254f.

ein ganz anderes Aussehen und gefälschte Papiere. Nach einigen Tagen wurde sie von einem deutschen Genossen zu einer kleinen Bahnstation gebracht, von wo aus sie nach Lyon fuhr. Ihr Ehemann Walter war schon vorher dort und versuchte - es war eisig kalter Winter -, eine einigermaßen beheizte Wohnung in der Stadt ausfindig zu machen.
In Lyon blieben beide nur kurze Zeit. Die Partei schickte sie mit einem neuen Auftrag nach Paris. Zusammen mit Walter Hähnel mieteten sie in einem Vorort von Paris eine Villa, wo sie den Londoner und den Moskauer Rundfunk allabendlich (mit Kopfhörern, nicht per Lautsprecher, denn jegliches Abhören „feindlicher" Sender war streng verboten) abhören konnten, die Nachrichten schriftlich aufnahmen und an die Herausgeber der illegalen deutschsprachigen Schriften (Zeitungen, Flugblätter), die für die Wehrmachtsangehörigen bestimmt waren, weitergaben. Beide waren auch als Artikelautoren an diesen Schriften beteiligt.
Mutig und stets zuverlässig, wie es ihrem Selbstverständnis entsprach, setzte sich Yvette so für das Ende des Krieges, für ein besseres Deutschland, für eine humane Welt ein.
Es war ein entbehrungsreiches Leben, erzählte Walter Bloch. „Ständig mußte man sich verstecken, täglich daran denken, wie man sich bewegen sollte, ohne aufzufallen, ohne der französischen Polizei oder der Besatzungsmacht in die Hände zu laufen. Auch wenn die von uns mit der Waffe der Propaganda angestrebte Massendesertion der Wehrmachtssoldaten nicht erreicht wurde, - der Widerstand hatte sich gelohnt. Wir haben nie bereut - auch wenn die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland es uns nie gedankt haben -, daran aktiv teilgenommen zu haben. Wir haben das andere, das demokratische Deutschland vertreten und uns dafür eingesetzt, ohne uns zu schonen."[4]

Marie-Luise Plener
später Huber, geb. Weinand, 30. November 1909 - 7. Juni 1996

Sie stammte aus einer Krupp-Arbeiterfamilie in Essen/Ruhr. Ihre Kindheit war vom ersten Weltkrieg überschattet. 1924 wurde sie Mitglied und aktiv im KJVD, 1929 in der KPD. Seit der Machtübergabe an Hitler 1933 war sie in einer KPD-„Dreier-Gruppe" illegal in Berlin tätig. Da ihr Ehemann von der Gestapo steckbrieflich gesucht wurde und Hausdurchsuchungen stattfanden, die die illegale Organisation gefährdeten, verließ sie Deutschland.
Seit Juni 1939 lebte Marie-Luise als politische Emigrantin in Paris. Im Mai 1940 interniert und in das KZ Gurs eingeliefert, gelang ihr einen Monat später zusammen mit Martha Berg-André, der Witwe des von den Nazis 1936 ermordeten Etkar André, die Flucht. Seitdem und bis etwa November 1942 beteiligte sie sich, noch legal, zunächst von Toulouse, dann von dem 12 km von Toulouse entfernten Dorf St. Pierre de Lages aus vor allem an den Solidaritätsaktionen für die in verschiedenen KZ – so in

4 Aus einem Gespräch von Helmut Weinand, Essen, mit Walter Bloch (1910-2004) und Henny Dreifuss am 12. August 2003 in Düsseldorf (Tonbandaufnahme). Die übrigen Angaben nach Privatarchiven von Walter Bloch und Ulla Plener.

Gurs und Argelès sur Mer – internierten republikanischen Spanienkämpfer, zu denen auch ihre beiden Brüder gehörten. Die Verbindungen herzustellen, halfen italienische Spanienkämpfer.

Im November 1940 suchte Otto Niebergall, Mitglied der KPD-Leitung in Südfrankreich, sie in Toulouse auf und sprach mit ihr über Möglichkeiten der Arbeit unter den deutschen Okkupanten. An Dora Schaul schrieb Marie-Luise im Juni 1974, Otto Niebergall habe damals „bereits alle möglichen Punkte der TA-Arbeit entwickelt". Wie Marie-Luise von dem Redakteur des FKP-Zentralorgans „Humanité" Georges Benichou wußte, hatte eine solche Untergrundarbeit bei französischen Genossen zur Debatte gestanden, die die Arbeit unter deutschen Offizieren und Soldaten für nötig und möglich hielten.

In St. Pierre de Lages hatte Marie-Luise einen guten Stand. Die Mitglieder des Gemeinderates Bauer Boyer und Graf de Rigaud beschafften ihr Wohnung und Aufenthaltserlaubnis. Sie verdiente sich ihren Unterhalt als Köchin und Garnwicklerin, gab Sprachunterricht. Im Dorf hatte sie viele Kontakte, u. a. beratschlagte sie mit den Bauern, wie deren Ablieferungspflicht an die Okkupanten zu umgehen war. Ihr Nachbar Cossè war bei der Instandhaltung der Chausseen tätig und deshalb bestens über alle Geschehnisse informiert. Die Nachricht vom Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 kommentierte er mit den Worten: „Das ist der Anfang vom Ende des deutschen Faschismus. Wir werden das noch erleben, Madamme Louise."

Für ihre Sicherheit und die spätere politische Arbeit sorgte auch die Freundschaft mit Marie-Louise Gally und deren Vater, dem Bahnhofsvorsteher der kleinen Station an der Strecke Toulouse-Monteaudran-Lanta-Revel. Sie ermöglichte es, den für Ausländer damals stark eingeschränkten Ortswechsel zu umgehen: So oft wie nötig fuhr Marie-Luise nach Toulouse. Nachdem im November 1942 auch Südfrankreich von den Deutschen okkupiert wurde, war es ein großer Vertrauensbeweis, als man ihr erzählte, der Schwiegersohn des Grafen de Rigaud, ein Marineoffizier, habe an der Versenkung der französischen Flotte in Toulon teilgenommen, damit diese nicht den Deutschen in die Hände fiele. Von den Dorfbewohnern erfuhr sie auch, daß die Ausländerkartei in Toulouse verbrannt sei. „Bei uns sind Sie sicher. Bleiben Sie hier. Auch der nahe Wald kann Schutz bieten, Madamme Louise", erklärten sie.

Gleich im November 1942 übernahm sie, nunmehr illegal, mit falschen Papieren, die sie als im Elsaß geborene Marie Tiebert auswiesen, die Aufgabe, an der „stillen Front" unter den deutschen Besatzern in Toulouse zu arbeiten. Inzwischen hatte auch ihre Partnerin bei dieser Arbeit, Friedel Brix,[5] in St. Pierre de Lages eine sichere Bleibe gefunden, nachdem die Gestapo ihren Mann Walter Brix in Toulouse verhaftet hatte.

5 Friedel Brix (1905-1984), Mitglied der KPD, aktiv in der Résistance im Rahmen der TA, u. a. bei Herausgabe und Verbreitung der illegalen Zeitung „Soldat am Mittelmehr. Organ der Soldatenorganisation in Frankreich"; kam Ende 1944 im Auftrage ihrer Partei, als französische Zwangsarbeiterin getarnt, zur illegalen Arbeit nach Deutschland, wo sie in Suhl (Thüringen) in einem Rüstungsbetrieb tätig war. Weitere Auskünfte über sie ebenfalls in Plener, Frauen in Deutschland.

Die Gespräche, die die beiden Frauen mit deutschen und österreichischen Wehrmachtsangehörigen führten, erbrachten wichtige Hinweise auf Truppenbewegungen, Gegensätze zwischen Deutschen und Österreichern in der Wehrmacht, Stimmung und Lage in der Heimat. Von einem österreichischen Offizier der Luftwaffe erfuhr Marie-Luise schon im Mai von der bevorstehenden Juli-Großoffensive der Deutschen 1943 in der Sowjetunion, eine wichtige Nachricht, die sie an ihren Verbindungsmann weitergab. An Kasernen und Sammelplätzen der Wehrmacht verbreiteten die beiden Frauen Flugblätter und den Aufruf des Nationalkomitees „Freies Deutschland". Die Tätigkeit ordnete sich in die Arbeit der Organisation Francs-Tireur et Partisans (FTP), der Marie-Luise angehörte, ein.

Im Herbst 1943 erhielt Marie-Luise im Zusammenhang mit der einsetzenden Arbeit des „Komitees Freies Deutschland für den Westen" den Auftrag, in einer deutschen Dienststelle als Dolmetscherin zu arbeiten. Dafür wurde sie wiederum mit falschen Papieren, dieses Mal auf den Namen der Französin Marianne Bernat, versehen. In Toulouse, so berichtete Marie-Luise in einem Brief an Dora Schaul[6] 1974, erhielt auch Yvette Bloch den Parteiauftrag, in einer deutschen Dienststelle zu wirken, - für beide Frauen, so schrieb sie, ebenso wie für Dora Schaul in Lyon, eine schwere Arbeit.

Mit Herzklopfen betrat Marie-Luise anfangs das Gebäude des Arbeitseinsatzstabes (centre de recrutement) am Place Jeanne d`Arc Nr. 1 in Toulouse. In der Dienststelle waren faschistische Sonderführer und Uniformierte mit hohem militärischen Rang tätig, die Südfrankreich nach Arbeitskräften und Wirtschaftsressourcen durchkämmten. Marie-Luises Aufgabe lautete: Namen und Adressen, vor allem wichtige Informationen sammeln, die Arbeit der Dienststelle stören und darüber in regelmäßigen Abständen dem Verbindungsmann berichten. In der ersten Zeit fragte sie sich oft beim Betreten der Arbeitsstelle, ob sie am Abend noch ein freier Mensch sein würde. Über ihre Motivation für das Weitermachen schrieb sie an Dora Schaul: „Du weißt, daß uns bei unserer TA-Arbeit der Kampf der Sowjetvölker und ihr Heroismus stets beflügelt hat und immer gegenwärtig gewesen ist. Was hätten wir auch sonst ausrichten können? Siegen konnten wir nur durch dieses große Ringen im Osten." Die Opfer und Siege der sowjetischen Völker wie auch die ihrer französischen Freunde gaben ihr, so erzählte sie später, immer wieder Kraft und Ruhe. Dem zackigen „Heil Hitler!" der Offiziere konnte sie immer ein gelassenes „Bonjour, Messieurs" entgegensetzen, und diese mußten es akzeptieren, schließlich war sie eine Französin.

Marie-Luise sorgte dafür, daß Mitarbeitern der Dienststelle deutschsprachiges Aufklärungsmaterial der Résistance zugeschickt wurde. Einmal bemerkte sie, wie ihr Chef, ein Sonderführer, beim Öffnen der Post die Farbe wechselte und sie scharf anblickte. Am nächsten Morgen hing ein großes Hitlerbild über seinem Schreibtisch. Dennoch erfuhr sie von ihm: Kein Flugzeug kann mehr starten, die Benzinvorräte der Fliegerhorste sind

6 Dora Schaul (1905-1999), seit 1934 Mitglied der KPD, 1940-1944 aktiv in der Résistance, u. a. in deren Auftrag mit gefälschten Papieren an verschiedenen deutschen Dienststellen in der Region Lyon tätig; in der DDR eine der Historiographinnen des Widerstandes von Deutschen in Frankreich.

erschöpft. Gut so, dachte sie, bald werden die Fliegerhorste hier verschwinden. Die Information wurde sogleich weitergeleitet.
Im April 1944 meldete Marie-Luise, das Personal der Dienststelle habe bei einer Razzia einige hundert Menschen aufgegriffen, sie sollten zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt werden. Etwa 70 Franzosen, Spaniern und Italienern konnte sie gestempelte Bescheinigungen zustecken, die sie als unabkömmlich auswiesen und dadurch vor dem Transport bewahrten. Viele von ihnen konnten so zu den Maquis entkommen.
Nachdem bewaffnete Kräfte des französischen Widerstands, noch bevor Paris im August 1944 frei wurde, die Südzone und Toulouse befreit hatten, war Marie-Luise als Sprecherin am Sender Toulouse tätig und gab in deutscher Sprache die Losungen des Komitees Freies Deutschland und seine Hinweise, was getan werden müsse, um den Krieg schnellstens zu beenden, an die Landsleute weiter. Zugleich verbreitete sie die in Südfrankreich von deutschen Genossen gedruckte Zeitung für Wehrmachtsangehörige „Soldat im Westen". Ein weiteres Tätigkeitsfeld war 1944/1945 die Arbeit in Lagern für deutsche Kriegsgefangene, wobei es neben der politischen Aufklärung auch um humanitäre Hilfe ging.
Im Mai 1945 kam Marie-Luise Plener auf illegalem Wege - französische Freunde brachten deutsche Antifaschisten in kleinen Ruderbooten über die Mosel und schleusten sie durch verschiedene Grenzsperren - nach Deutschland zurück.
Ihren Einsatz in der französischen Résistance verstand sie immer - so in dem Brief an Dora Schaul - als Kampf der „deutschen Antifaschisten gegen den Raubzug der deutschen Monopole in den Ländern Europas", wobei es „um die Rettung der Menschlichkeit und der humanistischen Ideale" gegangen sei.[7]

7 Siehe Tatsachenberichte aus der Résistance, Teil IV, von Dora Schaul, in: Neue Berliner Illustrierte (NBI), H. 36, 1. September-Heft 1974, S.22f.; weitere Tatsachen - im Nachlaß von Marie-Luise Plener-Huber.

Dokumente

Aus Briefen Käte und Hermann Dunckers aus den Jahren 1939 bis 1947 (Teil 2)[1]

Heinz Deutschland

Käte Duncker (USA) an Hedwig Weiss (Basel), vom 8. Mai 1945

[Brief] No. 4, Near Washington, May 8th 1945. Dearest Hedwig![2]

At last the nightmare is over and the top Nazigangsters are beaten – whether they are really dead or not. We are with our Washington friends for a short visit. A mighty large stone fall off our hearts – even when we are not in a mood of celebrating.

Too deep was the suffering all over the world and the real end has not yet come. And we do not yet know if our dear ones are still living. Please try to get in touch with them, directly or by the Red Cross. Perhaps you can give them our address (83-85 118th Street, Kew Gardens 15, N. Y.) so that they can send us a message as soon as possible. It will not be possible to go back soon – we are both old and would perhaps be only a burden in a time where food and shelter is scarce, as it will certainly be. But as soon as they think we could be of any help to them we will certainly try.

Das ist mein vierter Brief an Dich hin, hoffentlich hast Du den dritten auch bekommen. Man kann sich nicht vorbehaltlos freuen, daß die Macht des Bösen gebrochen ist. Deutschland wird furchtbar zahlen müssen für all das Unheil, das sein „Führer" und seine Räuberbande über die Welt gebracht haben. Und die Unschuldigen werden mit den Schuldigen leiden. Ich hoffe, daß die schrecklichen Dinge, die die letzten Wochen an den Tag gebracht haben, auch den letzten gutgläubigen Nazi-Nachläufer überzeugt haben, daß er „in den Banden des Antichrist" gewesen ist.

---

1 Als Teil 1 der Dokumentation (JB 2005/I, S. 107-124) bereits erschienen war, fand ich in alten Papieren das Protokoll einer Diskussion zum Thesenentwurf für eine biographische Skizze über Käte Duncker vom Dezember 1960 in Bernau. Zu dieser Beratung waren auch Veteranen – ehemalige „Schüler" von Käte und Hermann Duncker aus Stuttgarter Tagen — wie Jacob Walcher und Albert Schreiner eingeladen worden, die beide den Versuch einer Würdigung Käte Dunckers, lebhaft unterstützten. Schreiner, der im 1. Teil der Dokumentation mehrfach erwähnt wird (vgl. insbesondere S.116, Anm. 24), erinnerte sich dabei auch seiner Gespräche mit Hermann Duncker in Paris. „Ich hatte", sagte er laut Protokoll, „z. B. 1938/39 in Paris sehr lange Aussprachen mit Hermann Duncker. Das waren sehr harte und gründliche Aussprachen. Für mich war es damals gar nicht so einfach, die ganze Tragweite dieser Gedanken und Auseinandersetzungen zu erfassen. Ich war ja damals noch viel jünger. Heute, wo ich selbst älter geworden bin, verstehe ich manches viel besser." – Ich wollte auf diesen Nachtrag keinesfalls verzichten.

2 Die Einleitung in englisch weist wohl auf die Hoffnung auf eine milder zu stimmende Briefzensur.

Alle, auch wir deutschen Flüchtlinge sind verantwortlich dafür, daß solche schrecklichen Dinge sich entwickeln konnten, daß ein Mann, der an die niedrigsten Instinkte in den Menschen appellierte, der die Bestie, die in den meisten Menschen lauert, loskettete, 12 Jahre lang das deutsche Volk beherrschen konnte. Je rascher diese Erkenntnis in den Köpfen aufdämmert, je rascher sie ihrer Mitschuld bewußt werden, desto eher kann ein ehrliches, sauberes Deutschland wieder aufgewachsen. Aber erst muß eine strenge Musterung gehalten und müssen die Bluthunde ausgemerzt werden.
Ach, liebe Hedwig, mein Herz ist schwer trotz „Victory Day". Laß mich bald hören, ob alles in Ordnung ist bei Euch und im kleinen Großmutterhaus in Thüringen. Ob sie Not leiden, ob man ihnen irgendwie helfen kann, von hier aus vielleicht. Es werden jetzt noch sehr schwere Jahre kommen. Wie alt ist der Jüngste? Und wie heißt er? Haben Hedwigs [Kaltenhäuser] Nerven die furchtbare Anspannung der letzten Zeit leidlich ausgehalten? Und wo war Andy[3] die ganze Zeit? Hoffentlich nicht mehr in Berlin, im Hildegard Krankenhaus!
Wissen die Leute dort, was alles sich ereignet hat, oder sind sie bis zuletzt auf den Nazi-Lügenapparat angewiesen gewesen? Es wird ein furchtbares Erwachen für alle diejenigen sein, die in völliger „Isolation" gelebt haben.
Leider ist es immer noch nicht möglich, Luftpostbriefe zu schicken. Vom 15. Juni bis 15. Sept[ember] werden wir nicht in New York sein, sondern irgendwo in den sogenannten Catshills. Aber Briefe sollen immer an die erwähnte Adresse gehen, sie werden nachgesandt. Freunde haben dort ein Häuschen gemietet, an dem wir teilhaben, für wenig mehr als was wir in New York brauchen. Ich bin der furchtbaren Sommerglut nicht gewachsen.
Lebwohl für heute! Viele Grüße an all die Deinen, an die Züricher Tante [von Hermann Duncker] und wen Du sonst von gemeinsamen Bekannten erreichst.
Innigst, Deine Käte und Hermann.

Hermann Duncker (New York) an Hedwig Weiss (Basel)
[New York, 2. 11. 1945] Liebe Hedwig.
Dein Brief, respektive Erikas Zeilen geben uns wenig Hoffnung mehr, daß Wolfgang sein schweres Schicksal überlebt hat. Möge von Wolfs gutem Herzen und reichen geistigen Gaben etwas in Klein-Borja[4] übergegangen sein! Und vor allem, möchten Erika und Borja durch dieses düstere Geschick nicht dauernd verbittert bleiben! Nicht ein ganzes Volk schuldig sprechen und verurteilen, wenn es doch die Untat einzelner engstirniger und herzloser Machtpersonen war. –
Wüßte man doch Näheres! Gäbe es doch noch ein wenig Trost für uns alle! Aber da ist nur die erbarmungslose Feststellung, daß Millionen von Familien völlig vernichtet worden sind, 100.000e Kinder ganz verwaist umherirren – ein Ozean von Leid und Not!

3 Dr. med. Andreas Kaltenhäuser (1905-1958), Ehemann von Dr. Hedwig Kaltenhäuser.
4 Boris Duncker (geboren 1937), Lehrer i. R., lebt in Basel.

Wenn dieses entsetzliche Geschick in uns Überlebenden einen unerschütterlichen Willen zu menschlicher Bruderschaft und gegenseitiger Hilfe hervorriefe, dann wären unsere Lieben nicht umsonst geopfert worden! Ach, wenn! Was wird Borja noch alles innerlich zu verarbeiten haben, um mit warmer Menschenliebe seines Vaters großes ehrliches Wollen wachsen und Früchte bringen zu lassen! Und möchte Erika alle Bekümmernisse und Erschütterung tapferer überstehen – die liebe Erika muß sich für Zukunft und Welt nicht verschließen, das war sicher Wolfgangs Wunsch und Hoffnung für Sie auch.
Sage Manfred innigen Dank für seine lieben Zeilen. Wie freute ich mich, von seiner Freundestagung zu hören. Ich weiß, daß in vielen verschiedenen Sprachen ein und dasselbe menschliche Herz stammelt, und ich sehe deutlich, daß dieses Wissen und Fühlen um die soziale Gleichheit aller Menschen die Voraussetzung alles Guten in der Welt ist (der Mensch mißhandelt, ausbeutet, versklavt nur den, den er für inferior hält!). Alle Inhumanität wurzelt in der Leugnung sozialer Gleichheit. [...]
Viele herzliche Grüße Euch allen, die wir in unseren Schmerzen und Erinnerungen an unsere liebsten Menschen vereinigt sind. Schreib bald und mehr.
In Liebe, Dein alter Hermann

Hermann Duncker (New York) an Frank Weiss[5] (Bachs bei Zürich)
[New York, 15. 3. 1946] Lieber Frank.
Käte hat schon unseren Dank ausgesprochen. Ihre Worte sind auch die meinen, aber ich kann es doch nicht unterlassen, noch einen eigenen Gruß hinzuzufügen. Ich bin so froh, Dich in Dich befriedigender Arbeit zu wissen. Und Du wirst auch das Deinige dazu tun, dem Menschen die Augen zu öffnen. Geht nicht eine Seuche von politischer Kurzsichtigkeit durch die Welt? Mir scheint, daß sich in dem nachfaschistischen Geschichtszeitalter, in dem wir jetzt leben, die politischen Zielsetzungen im Grunde wesentlich vereinfacht haben (aber das wollen viele noch nicht einsehen). Die Demokratie erhält jetzt eine Tragfähigkeit und Tragweite, die aber Marx und Engels für gewisse Länder auch schon in Rechnung gestellt hatten (vgl. Marx Rede in Amsterdam 1872[6]).
Ich glaube, daß jetzt eine neue theoretische Grundlegung der Demokratie von nöten ist. Demokratie, Sozialismus und Humanismus sind das Dreigestirn für meine Weltorientierung. (NB. Eine äußerst interessante Form der Demokratie hat sich in Nordchina entwickelt. Ich las verschiedene sehr bedeutsame Bücher über diese chinesische Gestaltung). Kropotkins „Gegenseitige Hilfe in der Entwicklung“ ist meines Erachtens eines der wichtigsten Bücher der Weltliteratur (wenn auch schon 50 Jahre alt, doch in nichts veraltet). Du siehst, ein alter Schulmeister muß immer dozieren!

5 Frank Weiss (geboren 1913), Bruder von Erika Weiss-Duncker.
6 MEW, Bd. 18, S.160.

Viele herzliche Grüße an die Deinen in Basel und Bachs und meine Tanten in Zürich. Schreibe bald wieder! Berta Hohermuth kann Dir hoffentlich mal von uns erzählen. Sie hat hier feine Arbeit geleistet.
Lebwohl, Lieber, Dein alter Hermann.

Käte Duncker (Haines Falls, New York) an Erika Duncker-Hartmann[7] *(Schwerin)*
Haines Falls, N[ew] Y[ork], June 20, 1946.[8] Liebste Erika,
[...] wir leben [hier in New York] nur mit Hilfe von Committees. Ich führe meinen kleinen Haushalt, zwei Zimmer, Küche und Bad, und Hermann schreibt, liest, sitzt am Radio, nimmt englische Stunden, interessiert sich brennend für das Negerproblem und für China. Hat viele alte und neue Freunde. Und beide warten wir, daß wir wieder heim können. Hier leben wir ja nicht, wir überleben nur. Wir möchten doch noch Kinder und Enkel sehen und, soweit unsere alten Kräfte noch ausreichen, an der Umerziehung der deutschen Jugend mithelfen, deren Geist und Herz durch die Nazis so fürchterlich verzerrt und verkrüppelt worden ist.[9] Viel Zeit bleibt uns ja nicht mehr – ich bin vor einem Monat 75 Jahre alt geworden. Vater ist mit seinen 72 noch mindestens ein Jahrzehnt jünger und leistungsfähiger, trotz seiner geringen Sehkraft. Wir hoffen dann, auch Dich wiederzusehen und Borja und auch Deinen Jüngsten kennen und mit unserer Großelternliebe umfassen zu dürfen. [...] Schreib bald wieder, bitte. Hoffentlich braucht dieser Brief nicht auch zwei Monate wie der Deine.
Herzlichst umarmen Dich und Deine Buben
Vater und Mutter Duncker

Eine Stimme aus dem alten Deutschland
Hermann Duncker[10]

Aus Jugendzeit und Jugendland

Ein fernes Grüßen klingt herüber,
Und lauschst Du still und unverwandt,
Hörst Du die alten Kinderlieder.
Da steigt auch auf manch lieb' Gesicht
Und löst sich wie aus Nebelschleiern.
Sie haben Dich vergessen nicht
Und möchten Wiedersehen feiern.

Das alte Deutschland, warm und hell,
Mit Bach-Chorälen und Grimm's Märchen,

7 Erika Weiss, verh. Duncker bzw. Hartmann (1907-2003).
8 Antwort auf den ersten Brief aus Schwerin von 22.4.1946.
9 Dieser Wunsch fast wörtlich auch im Brief an Hedwig Weiß vom 20. August 1945.
10 Das Gedicht trägt kein Datum, ist auch keinem Brief zuzuordnen. Es dürfte aber um 1946 entstanden sein und ist sicher eine interessante Ergänzung zu den Brieftexten.

Mit Goethes Faust und Schillers Tell
Und Heine-Lied für Liebespärchen –
Dies alte Deutschland scheint zerstört,
Begraben wie im Kraterschlunde –
Ein bloßes Abbild nur gehört
Uns noch. Es bringt die beste Kunde:

Vertrau', daß Deutschland aufersteht
Geläutert in dem Höllenfeuer,
Daß noch durch künft'ge Zeiten geht,
Was wertvoll war und uns so teuer.

Es wird im großen Völkerchor
Die deutsche Stimme wieder klingen.
Wer die Erinn'rung nicht verlor,
Hört trostvoll auch die Zukunft singen!

Hermann Duncker (New York) an Lotte und Hans Erxleben (Berlin)[11]
[New York] Juli 1946. Liebe Lotte und lieber Hans.
Euer Brief war eine unerwartete große Freude für uns. Vielen Dank. Der Brief kam zusammen mit Rudi Stahls Brief an. Wie herrlich, daß Ihr alle überlebt habt und so kampfbereit und zukunftssicher überlebt habt. Diese beiden Briefe haben mir einen ordentlichen Auftrieb gegeben, daß ich vergesse, daß ich bereits 72 Jahre alt bin und 10 Jahre auf die Folter einer tatenlosen Exilexistenz gespannt war. Ein Auge habe ich auch verloren (aber die Weltgeschichte schreibt ja mit großen Buchstaben). Wenn ich doch auch mithelfen könnte! Ja, ich verlange sehr, hinüberzukommen. Nur möchte man nicht nur Last und unnützer Esser sein. Eine Einheit der deutschen Arbeiterschaft, eine sozialistische Einheit - das war mein Traum schon lange Jahre. Und nichts hat mich im Exil so geschmerzt, wie all der persönliche Hader und die politische Uneinigkeit der antifaschistisch und sozialistisch sein wollenden Refugees.
Es ist doch klar, daß die beiden Hauptprobleme, die vor der heutigen Menschheit liegen, die Erhaltung des Weltfriedens einerseits und die Schaffung der sozialistischen Einheit der Arbeiterklasse sind.
Wir müssen ja Marx' Losung [von] vor 100 Jahren heute erst einmal bescheidener lesen: Proletarier, vereinigt Euch in jedem Lande! Nun ist der Anfang gemacht. Ich beneide Euch um Eure Arbeit. Das Kind ist da, wenn es wohl auch eine Zangengeburt war. Es kann doch wachsen und gedeihen. – Die nachfaschistische Periode der bürgerlichen Gesellschaft bietet den Ländern, in denen mit dem Sturz des Faschismus die bourgeoise Klassenmacht eine erhebliche Machteinbuße erlitten hat, ganz neue Entwicklungsmöglichkeiten. Da wird eine neue Anwendung der

11 SAPMO-BArch NY 4445/170.

marxistischen Theorie nötig. Ein Funktionswandel der „Reform“ ist möglich, die Demokratie bekommt einen neuen Inhalt.[12]
Ich bin 1941 über ein Konzentrationslager bei Casablanca schließlich von Marseille nach New York gelangt.[13] 1940 war mein ältester Sohn Karl hier in Amerika gestorben. Käte hatte alle Hebel angesetzt, um mich endlich nach USA zu bekommen. Schließlich gelang es. Nun hausen wir in einer kleinen Wohnung in New Yorker Vorstadt und warteten zuerst auf den Sturz des Nazismus und nun auf ein neues demokratisches, auf den Sozialismus zuschreitendes Deutschland – und auf die Möglichkeit der persönlichen Rückkehr. Bitte schreibt bald wieder und mehr, mehr!
Viele Grüße an alle, die sich unser noch erinnern, besonders aber an Euch beide,
Hermann und Käte.

[Angefügt:] Hermann Duncker: Volksballade über den amerikanischen Arbeiterführer Joe Hill, [Es folgt eine Übersetzung des Textes. Am Schluß heißt es]: Das Lied ist ein Lieblingslied des Negersängers Paul Robeson, vom dem ich es zuerst hörte.[14]

Hermann Duncker (New York) an Sophie Ludwig (Berlin)[15]
[vermutlich Mitte August 1946] Liebe Sophie.
Dein Brief vom 31. Mai [eingetroffen am 10.7.46] war uns eine unendliche Freude! Wie schön, daß Du überlebt hast und wieder tätig und hoffnungsvoll bist. Briefe von Hedwig und Erika und anderen haben die Sehnsucht, wieder mit Euch allen zu arbeiten, ebenfalls gesteigert. 10 Jahre Exil ist eine zu lange Zeit, wenn es nur eine Wartezeit ist. Und es war nur Wartezeit. Fast nichts konnte ich tun im Sinne meiner Überzeugung. Und dazu die beschämende Uneinigkeit unter den deutschen Antifaschisten hier. Ich spielte vergeblich die Rolle des alten Attinghaus (im Tell) „seid einig – einig – einig!“ Und dann alle die unvorstellbaren Bestialitäten der Nazis, von denen man las, und die Kriegsgreuel – und das Warten auf die Nachricht vom Ausbrechen des Bürgerkrieges gegen die Nazis. Und nichts dazu helfen können! Das war das Schlimmste. Ach, liebe Sophie, und nichts wissen von den Seinen. Genug, das ist ja alles vorüber. Aber nicht das Warten auf ein Hinüberkommen. Am 7.

12 Die hier angedeuteten Überlegungen, die in den folgenden Briefen noch weiter ausgeführt sind, beschäftigten Hermann Duncker in dieser Zeit besonders intensiv (siehe dazu seine umfangreichen Aufzeichnungen in SAPMO-BArch NY 4445/35-38). Ausführlich entwickelt wurden sie in den in der „Einheit“ veröffentlichten Artikeln Hermann Dunckers „Zur Einheit der Arbeiterbewegung“ und „Drei Epochen des Marxismus“ (April 1947 u. Februar 1948). Hermann Duncker: Ausgewählte Schriften und Reden aus sechs Jahrzehnten, Berlin 1984, S.190-195 (beachte die Anmerkung dazu, S.190).
13 So im Original. Es muß heißen: Ich bin 1941 von Marseille über ein Konzentrationslager bei Casablanca schließlich nach New York gelangt.
14 Siehe dazu auch die verschiedenen Varianten einer Übersetzung von Hermann Duncker, SAPMO-BArch NY 4445/35, Bl. 186-189.
15 SAPMO-BArch NY 4445/187. Sophie Ludwig (?), gehörte zum Kreis um Heinrich Jacoby und Elsa Gindler (siehe Anmerkung 16 u. 17).

September sollen eine Anzahl von deutschen Refugees zurückfahren dürfen, die aus der amerikanischen Zone stammen. Wir sind noch nicht so glücklich. Friedrichroda ist ja russische Zone. Aber wir wohnten doch auch Suarezstr.[in Berlin-Charlottenburg], wie Du weißt. Das wäre doch Berlin und amerikanische oder britische Zone (?). Wenn ich in diesen Zonen nur eine vernünftige Bleibe wüßte. Freilich, was kann ich 72jähriger einäugiger armer Teufel noch der Welt nutzen? Ich brüte über Kursen über Demokratie usw. Und ich möchte natürlich noch lehren[16] (und mich belehren lassen). Aber ist man nicht doch nur eine Last? Der Gedanke, daß sich endlich doch wieder eine Einheit in der Arbeiterbewegung anbahnt und daß man dabei mithelfen könnte, ist aber sehr verlockend. Ja, wir wollen gerne hinüber, Käte nicht vor nächstem Frühling, und eher wird es für mich wohl auch nicht möglich werden.
Über Jacoby[17] erfuhr ich von einer lieben Schweizer Freundin (Berta Hohermuth), die mir seinerzeit in Marseille geholfen hatte, die Ausreise (1940) nach USA zu bekommen. B[erta] H[ohermuth] ist wieder in Genf und auch zeitweise Schülerin von Jacoby (sie leitet das Internationale Migration Office in Genf). In diesem Frühjahr war sie nach New York eingeladen, und so habe ich sie wiedergesprochen und von Jacoby gehört usw. Vielleicht kommt sie im Herbst nach Deutschland. Du und Ella [Elsa] Gindler[18] würdet große Freude haben, sie kennenzulernen.
(Der Brief ist in Absätzen geschrieben, wie Du merkst. Kannst Du meine Schrift überhaupt lesen?) Zur Weltlage? Ich glaube, daß kein Volk einen Weltkrieg will. Aber die Welt ist gespalten in Ost und West (die Scheidelinie geht mitten durch Deutschland), und das Gleichgewicht der Kräfte ist eine unheimlich schwankende Angelegenheit. Für die Länder, in denen ein faschistisches Regime gestürzt worden ist, ist der historisch seltene Fall eingetreten, daß die alte bürgerlich-herrschende Klasse erheblich geschwächt und gespalten worden ist. Wenn nun eine einige Arbeiterklasse da wäre, könnte eine demokratische Staatsform Reformen ermöglichen, die einen sozialistischen Aufbau begünstigen könnten. Die Dreieinigkeit von Demokratie, Sozialismus und Humanismus muß die leitende Vision sein. Wir wollen jetzt wieder mehr sozialistische Visionen studieren. Kennst Du Bellamys *Rückblick* aus dem Jahr 2000?[19] Er ist 1887 in Amerika geschrieben und jetzt noch sehr anregend. Oscar Wilde hat einmal gesagt: „Eine Weltkarte ohne die Insel Utopia ist

16 Dieser Wunsch ging in Erfüllung, besondere Freude löste dabei immer wieder das Zusammentreffen mit „Schülern“ aus der Zeit vor 1933 aus. „Du kannst Dir aber nicht vorstellen, wie glücklich es macht, überall auf alte Schüler und Hörer zu stoßen, die erzählen, daß sie vor 20 oder 30 Jahren mal da oder da Kurse von mir mitgemacht hätten. Im kleinsten mecklenburgischen Dorf fand ich ehemalige Teilnehmer. Das gibt rührende Szenen (Und ich bin glücklich, daß man doch einmal gewirkt hatte!)“. (Aus einem Brief an Grete und Hans Cohn, vermutlich Dez. 1947, SAPMO-BArch NY 4445/170). An Käte Duncker schrieb Lotte Erxleben im März 1948: „Ach Käte, wieviel haben wird Dir alle zu danken, wenn ich nur an Deine Kurse denke.“ (Aus einem Brief an Grete und Hans Cohn (vermutlich Dez. 1947, SAPMO-BArchNY 4445/250).

17 Heinrich Jacoby (1889-1964), Musikstudium, seit 1915 Lehrer für Harmonie- und Formenlehre in Dresden-Hellerau, seit 1928 in Berlin, ab 1935 in Zürich.

18 Elsa Gindler (1885-1961), Lehrerin für Gymnastik, die wesentlichen Einfluß auf die Entwicklung der modernen Gymnastik gehabt hat, seit 1926 Zusammenarbeit mit Heinrich Jacoby.

19 Edward Bellamy: Rückblick aus dem Jahre 2000 auf das Jahr 1887 (Übersetzung von Clara Zetkin), neu hrsg. von Hermann Duncker, Berlin 1949.

nicht des Anschauens wert."[20] Und ein Schuttplatz gibt doch mehr Anregung zum Bauen als eine fertige Siedlung, sollte ich meinen.
Ich las einige sehr interessante Bücher über das sogenannte Rote China, den Teil Chinas unter kommunistisch-demokratischer Verwaltung. Die Entfaltung einer sozialistischen Volksmoral ist einfach überwältigend. Ich las fünf verschiedene Bücher bürgerlicher amerikanischer und englischer Korrespondenten und Augenzeugen, die einstimmig in ihrer Bewunderung sind. (Wenn nur Tschiang Kaischek das nicht alles vernichtet – mit fremder Hilfe!? Aber nein, das wird ihm nicht gelingen.) Über einen chinesischen Proletarierroman *Rickshaw Boy*[21], geschrieben 1936 von Lau Shaw (Lao Sheh), habe ich hier einmal in einer Negerbibliothek gesprochen. (Es gibt eine gute englische Übersetzung.) Der Roman ist mit den besten Sachen von Maxim Gorki vergleichbar. NB. Ich hörte, daß in der amerikanischen Zone eine deutsche Übersetzung von David Lilienthals TVA *Democracy on the march*[22] erhältlich ist. Das ist ein sehr feines Buch über das größte Flußregulierungswerk im Tennessee Tal und seine sozialen Wirkungen. Suche es doch zu lesen. – Und hast Du den Schweizer Film The last chance gesehen? Das ist wie ein Gottesdienst in Humanismus.
Erzähle mir doch mehr von alten gemeinsamen Freunden. [...] Erzähle mir vom geistigen Aufbau. Eine Nummer (Nr. 1) von Karl Lotmanns *die neue schule* kam mir in die Hände und war recht gut. Was Du mir über Berlin an Berichten verschaffen kannst, wird mich sehr interessieren. Wer sind Deine New Yorker Freunde? Wir würden sie gerne kennenlernen, denn sie wissen doch gewiß mehr von Dir. Ach, manchmal ist es mir wie ein Traum, daß sich noch jemand – und so lieb – meiner erinnert. Da war manche schwarze, schwere Stunde im Exil, wo ich mich verzweifelt fragte: Ist es je gewesen? Von 1893-1933 hatte man in der deutschen Arbeiterbewegung zu wirken gesucht – und dann schien der Nazismus alles vernichtet zu haben!
So verstehe, was Deine lieben Worte und Deine Erinnerung mir bedeutet.

---

20 Hermann Duncker zitierte aus dem Gedächtnis. Der vollständige deutsche Text in der 1901 von Gustav Landauer und Hedwig Lachmann besorgten Übersetzung lautet: „Eine Weltkarte, in der das Land Utopia nicht verzeichnet ist, verdient keinen Blick, denn sie läßt die eine Küste aus, wo die Menschheit ewig landen wird. Und wenn die Menschheit da angelangt ist, hält sie Umschau nach einem besseren Land und richtet ihre Segel dahin. Der Forschritt ist die Verwirklichung von Utopien." (Oscar Wilde: Der Sozialismus und die Seele des Menschen, Diogenes Taschenbuch, Zürich 2004, S.35.) Ich zitiere hier auch den englischen Originaltext, den Prof. Jörn Janssen und Linda Clarke, London, für mich herausgesucht haben: „A map of the world that does not include Utopia is not worth even glancing at, for it leaves out the country at which Humanity is always landing. And when Humanity lands there, it looks out, and seeing a better country, sets sails. Progress is the realization of Utopia." (Oscar Wilde: The Soul of Man under Socialism and Selected Critical Prose, Penguin Books, London 2001, p. 141.) Dieser philologische Exkurs schien mir wichtig, weil ich bei einem Blick in die Ausgabe: Oscar Wilde: Sämtliche Werke, Magnus Verlag, Essen 2004, in der Übersetzung von Birgit Neuwald-Morton, H. C. Hoppe und A. Schall, mit Erstauen feststellen mußte, daß dort (S.730) Utopia mit Schlaraffenland übersetzt ist.
21 Nach seiner Rückkehr hat Hermann Duncker sich bemüht, eine deutsche Ausgabe bei der Büchergilde Gutenberg zu veranlassen (siehe dazu seinen Briefwechsel mit Walter Victor im Frühjahr 1950, SAPMO-BArch NY 4445/38). Sein Anliegen wurde abschlägig beschieden.
22 David Lilienthal, TVA (Tennessee-Valley-Authority), New York 1944, dort auch eine deutsche Überseeausgabe: Die Tennessee-Stromtal-Verwaltung.

Rußland als historische Massenerscheinung ist doch kolossal. Die Details kann man aus der „Ferne“ schwer beurteilen, und es sind auch nur „Details“, die das Urteil über den Gesamtbau nicht verwirren dürfen. Aber ein sozialistisches Deutschland wird doch auch seine eigenen Züge aufweisen (das hat Lenin immer wieder betont). Übrigens kann die so gefährliche nationalistische Vision (aus der Nazihinterlassenschaft) wirklich nur durch eine starke sozialistische Vision verdrängt werden. Wir sollen und müssen wieder Phantasie und Mut und Erkenntnis zum Sozialismus in uns und unseren Nebenmenschen zu entwickeln suchen. Freilich im toleranten Verständnis für die Kurzsichtigkeit und Unbeholfenheit unseres Nachbarn. Mühevoll! – Aber da bin ich arg ins „Predigen“ hineingekommen, liebe Sophie, und Du wirst mit Recht ungeduldig sein. Und sicher: Ein Gramm sozialhelfender Tätigkeit ist besser als ein Zentner frommer Worte (aber ich bin eben ein Mensch ohne „Tätigkeit“, das ist der Fluch des Exils). Schreib bald wieder, und laß uns wissen, was Du schaffst und hoffst.
Sehr wünscht ein Wiedersehen mit Dir und allen lieben Freunden
Dein alter, sehr alter Hermann Duncker

Im Exil
Und Glocken klingen
aus dunklen Tiefen –
ein fernes Singen,
als ob mich riefen
verschollene Zeiten,
verschollene Stunden
und heimgeleiten
was nun sich gefunden.

Hermann Duncker (New York) an Wilhelm Pieck (Berlin)[23]
23. September 1946. Lieber Freund Wilhelm.
Sehr froh bin ich, Dich an der Spitze der Einheitsbewegung des deutschen Proletariats zu wissen! Wir Alten, die wir ja in unserem eigenen Leben beide Flügel der deutschen Arbeiterbewegung verkörperten, fühlen gewiß am stärksten die Notwendigkeit des Wiederaufbaus einer einigen proletarischen Partei. Wo doch offensichtlich die alte herrschende bürgerliche Klasse durch den Sturz des Nazismus an Prestige und politischer Macht erhebliche Einbuße erlitten hat, könnte eine zielbewußte, einige proletarische Klasse eine in der bürgerlichen Gesellschaft noch nie dagewesene Machtstellung erringen. Ein „Funktionswandel der politischen Reform“ könnte sich offenbaren. An die Stelle der konservierenden Reform der alten bürgerlichen Politik könnte die Demokratie des werktätigen Volkes nunmehr revolutionierende Reformen durchsetzen. Es ist mir unverständlich, daß die deutsche Arbeiterschaft so zögernd an die Einigung herangeht.

23 Veröffentlicht als Fotokopie des hs. Originals in: Die Vereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bilder und Dokumente, Berlin 1976, S.285.

Ich möchte mit meinen letzten Kräften noch gern an dem Einheitsbau der Arbeiterfront mitwirken und dadurch auch einer wirklichen „Deutschen Reformation" voranhelfen, die sich ja nur im Zeichen des Sozialismus vollziehen kann!
Wann und wie es mir und Käte vergönnt sein wird zurückzukehren, wissen wir leider noch nicht! Kann es nicht von drüben [für] uns gefordert werden?
Mit herzlichem Gruß auch von Käte in sozialistischer Kampfgemeinschaft,
Dein alter Hermann Duncker

Hermann Duncker (New York) an Lucy Nachmann (Berlin)[24]
5. Februar 1947. Liebe Frau Nachmann.
Ihr Brief vom 13.12., der heute am 5.2. bei mir einlief, hat mich sehr beglückt. Ich danke Ihnen innig, daß Sie sich noch so freundlich meiner erinnern. Sie verstehen, daß in den Jahren des Exils angesichts der grauenvollen Nachrichten aus Nazi-Deutschland ich mich oft verzweifelt fragte: Ist den alles vor die Hunde gegangen? Die eigene frühere Arbeit schien einem dann „als sei sie nie gewesen!"
Da sind mir nun so herzliche Worte, wie Sie für mich gefunden haben, ein großer Trost. – Natürlich kehre ich zurück. Im April, hoffe ich! Freilich, gegenüber dem, was ich noch leisten möchte, mit sehr schwachen Kräften. Ich bin 73jährig, liebe Genossin, stehe vor der Operation meines letzten Auges (ach, das andere habe ich 1939 in Paris nicht wie Wotan für Weltweisheit verloren!). Aber eine brennende Sehnsucht habe ich, am geistigen Wiederaufbau Deutschlands mitzuwirken. Und dreifach glücklich werde ich sein, jüdische Genossen und Freunde zu begrüßen. Wenn die sich nicht mit zur Arbeit einfinden würden, würde ich an einer re-education der deutschen Jugend verzweifeln. Wie herrlich, daß Sie und Ihr Mann schaffensbereit sind und daß Ihr Sohn auch zurückkommen will. Wenn die furchtbarste physische Not nur ein wenig behoben sein wird, wird auch die Aussaat des demokratischen, sozialistischen Humanismus möglich werden. Freilich, die große Ernte müssen wir wohl kommenden Generationen überlassen. „Nur Zeit!"
Alles muß und wird gut und besser werden, wenn nur die Atombombe nicht alle Kulturhoffnungen verschüttet. Aber ich bin Optimist, denn ich bin Sozialist. Wie könnten wir auch ohne diese Vision noch leben! Sie kennen das Wort Wildes: „A map of the world that does not include Utopia is not worth even glancing it."
Auf baldiges Wiedersehen, herzlich grüßend der Welt- und Wüstenwanderer Hermann Duncker
NB: Sollte es den Menschen guten Willens in Deutschland nicht zum Bewußtsein kommen, daß als erstes Zeichen des Erwachens ein Massenkreuzzug gegen den Antisemitismus in Deutschland nottut![25] Es müßte eine überparteiliche Demonstra-

24 SAPMO-BArch NY 4445/189. Lucy Nachmann hatte sich in ihrem Brief vom 13.12.1946 als „Lucy Wilczynski, eine Schülerin aus dem Kursus an der Enckestraße", vorgestellt. Weitere Angaben konnten nicht ermittelt werden.
25 Siehe dazu auch die Rede Hermann Dunckers auf dem Ersten Schriftsteller-Kongreß, in: Ursula Reinhold/Dieter Schlenstedt/Horst Tanneberger (Hrsg.): Erster Deutscher Schriftstellerkongreß 4.– 8. Oktober 1947. Protokoll und Dokumente, Berlin 1997, S.219-221. Auf Vorschlag von Hermann Duncker verabschiedeten die Teilnehmer folgende Entschließung: „Die auf dem Ersten Kongreß versammelten

tion sein, die mit allen erdenkbaren Mitteln gefördert und publik gemacht werden müßte. Jetzt liest man in der Auslandspresse nur höhnische Bemerkungen über „Anwachsen des Antisemitismus in Deutschland".
(Hoffentlich renne ich nur offene Türen ein!)
Gestern abend hörte ich erschreckende Berichte über Antisemitismus in München.

Käte Duncker (New York) an Erika Duncker-Hartmann (Schwerin)[26]
Kew Gardens 15, March 16 [1947]. Liebe Erika,
das ist unser letzter amerikanischer Brief, glaube ich. Am 24. April fahren wir mit dem Schiff Ernie Pyle. Hoffentlich komme ich noch lebendig ans Ziel – es geht mir nicht gut, und ich weiß noch nicht, wie ich alles schaffen soll. [...]
Wir sind sehr bedrückt durch die Ereignisse der letzten Tage. Sollten unsere Enkel noch einen Weltkrieg durchmachen?! Es ist ein furchtbares Unglück, daß Roosevelt nicht mehr das Kriegsende und den Aufbau des Friedens erlebt hat. Es ist nicht wahr, daß es in der Geschichte nicht auf Persönlichkeiten ankommt. Roosevelt hätte die Anti-Russische Hysterie nicht so ins Kraut schießen lassen, und Rußland brachte ihm ja viel mehr Vertrauen entgegen als seinem – ach so kleinen – Nachfolger.[27] [...]
Es wäre jetzt gar nicht mehr möglich für uns, hier länger zu bleiben.
Aber es drängt uns doch zurück – die paar Jahre, die uns noch bleiben, in den Dienst der deutschen Jugend und ihrer Umerziehung zu stellen. [...]
Innigst, Mutter Duncker

---

deutschen Schriftsteller halten es für ihre Pflicht, vor aller Welt einmütig zu bekunden, daß der Antisemitismus eine der furchtbarsten und verächtlichsten Schandlehren des Nazismus in Deutschland war. Wir deutschen Schriftsteller werden darüber wachen, daß sich in keiner, sei es auch noch so versteckten Form, eine antisemitische Tendenz wieder in die deutsche Literatur hineinwagt. Wir deutschen Schriftsteller werden mit all unseren Mitteln dafür wirken, unser Volk von der deutschen Pest des Antisemitismus zu befreien, und die Zeit eines neuen deutschen Humanismus heranzuführen suchen." (ebenda, S.294).

26 SAPMO-BArch NY 4445/165.

27 Die hier angesprochene Entwicklung in den USA bereitete Käte Duncker bis zu ihrem Tode zunehmende Sorge. Immer wieder hat sie in Briefen an ihre amerikanischen Freunde dafür gedankt, daß es ihr und ihrem Mann vergönnt war, in den USA als von den Nazis Verfolgte Aufnahme zu finden und zu überleben. Gleichzeitig versuchte Käte Duncker, ihre Freunde jedoch auch auf die wachsende Kriegsgefahr und die dafür maßgeblichen Triebkräfte aufmerksam zu machen. Zwei Auszüge aus der umfangreicheren Korrespondenz seien hier zitiert. Es handelt sich um eine Rückübersetzung der in englischer Sprache verfaßten Briefentwürfe, die erhalten blieben. Käte Duncker an Bert und Sally Cory [Frühjahr 1949]: „Wir hoffen, daß der ökonomische und moralische Fortschritt, den wir gegenwärtig beobachten können, andauern wird und wir zu besseren Bedingungen gelangen können, wenn nur der Frieden erhalten werden kann. Es gibt keine Kriegsgefahr aus dem Osten, denn im Osten hängt aller Fortschritt der Produktion vom Frieden ab. Aber man kann des Westens nicht sicher sein, denn neben seinem Haß des Kommunismus braucht der Westen Kriegsproduktion, um Arbeitslosigkeit und finanzielle Krisen zu vermeiden. Ich hoffe, das amerikanische Volk paßt sehr gut auf, daß das aufgehäufte Kriegsmaterial nicht von selbst zu brennen beginnt." Käte Duncker (vermutlich 1952) an ihre Freunde Mathilde Gardner, Eleanor Bontecou und Ruth Odell: „Ich möchte nur nicht, daß meine amerikanischen Freunde sich von der Kriegs- und Haßpropaganda betören lassen, die uns in einen neuen Weltkrieg stürzen könnte!" (SAPMO-BArch NY 4445/ 250 u. 251)

Das Foto wurde vor der Abreise von Käte und Hermann Duncker aus New York aufgenommen, Abzüge davon wurde an Freunde in den USA übergeben. Zu einem dieser Fotos verfaßte Hermann Duncker für einen uns unbekannten Freund folgende Zeilen.

Zu einem Bild von Käte und mir

Ja, das sind wir beiden Alten,
als sie sich hierher gefunden,
eine neue Bleibe suchten,
bis der Hitlerspuk verschwunden.

Nun die Heimat ruft uns herzlich,
können wir uns da versagen?
Müssen unsern Zukunftsglauben
Zu den Tiefgebeugten tragen.

Du wirkst hier, wir schaffen dorten
Für das höchste Ziel auf Erden,
daß in Freude, Friede, Freiheit
alle Menschen Brüder werden.

April 1947

Chronik der Stationen des Exils von Hermann und Käte Duncker

14. 8. 1936 Hermann Duncker verläßt Deutschland. Gemeinsam mit der Schriftstellerin Auguste Lazar unternimmt er eine „Besuchsreise“ nach Kopenhagen zu deren Schwester.[28] Käte Duncker verbleibt in Friedrichroda und führt dort in der Gartenstraße 10 die von ihrer Mutter übernommene Ferienpension weiter.

28 Siehe Angaben in Reisepaß; Auguste Lazar: Arabesken. Aufzeichnungen aus bewegter Zeit, Berlin 1977, S.199 u. 207.

15. 8. 1936	Brief Hermann Dunckers an Wilhelm Pieck in Moskau, in dem er unter Hinweis auf Brief v. April um Unterstützung bei der Beschaffung eines Einreisevisums für die UdSSR bittet. Die Antwort ist vertröstend. Auch zwei weitere Briefe vom 12.9. u. 16.12.1936 erbringen keine Entscheidung
2. 2. 1937	Ausreise Hermann Dunckers über Esbjerg nach England, wo er beschränkte Aufenthaltserlaubnis erhält, die mehrfach bis 30. 6. 1938 verlängert wird.
25. 10. 1937	Wilhelm Pieck wendet sich an Jelena Stassowa (MOPR) und bittet sie, den Wunsch Hermann Dunckers auf Einreise bei den sowjetischen Behörden zu unterstützen.
9. 2. 1938	Hermann Duncker reist mit 14tägigem Besuchsvisum in Frankreich ein. Er muß dadurch ständig mit Abschiebung rechnen. Sein Aufenthalt wird jeweils nur kurzzeitig verlängert.
Febr. 1938	Karl Duncker beginnt im Rahmen einer Festanstellung mit Vorlesungen am Swarthmore-College in Pennsylvania (USA), nachdem ihm in Deutschland zweimal die Zulassung zur Habilitation verweigert worden war.
23. 3. 1938	Wolfgang Duncker wird in Moskau unter falschen Anschuldigungen verhaftet und ohne Untersuchung zu acht Jahren Arbeitslager verurteilt (8.6.1938).
22. 9. 1938	Hermann Duncker nimmt in Paris an einer von Heinrich Mann einberufenen Zusammenkunft deutscher Antifaschisten teil. Er gehört zu den Unterzeichnern der dort verabschiedeten Aufrufe „An das deutsche Volk und An die Völker der demokratischen Länder“.
22. 1. 1939	Hermann Duncker unterzieht sich in Paris einer Operation am rechten Auge, die sich jedoch nachteilig auf seine ohnehin eingeschränkte Sehfähigkeit auswirkt.
27. 1. 1939	Käte Duncker verläßt Deutschland mit der „Bremen“ in Richtung USA, offiziell zu einem Urlaubsaufenthalt bei ihrem Sohn. In den USA bemüht sich Käte Duncker durch Vorsprachen in der sowjetischen Botschaft und durch Eingaben um die Freilassung ihres Sohnes Wolfgang.
4. 5. 1939	Karl Duncker telegraphiert seinem Vater: „Mutter bleibt.“
13./14. 5. 1939	Hermann Duncker nimmt in Paris an der Internationalen Konferenz über Probleme des Friedens, der Demokratie und der Verteidigung der Menschenwürde teil.

12. 6. 1939 In einem zweiten Brief[29] an Wilhelm Pieck, der über Franz Dahlem nach Moskau weitergeleitet wird, bittet Hermann Duncker darum, daß die „Nachprüfung" des Falles von Wolfgang Duncker „beschleunigt wird".

30. 6. 1939 In Paris veranstalten Freunde Hermann Dunckers aus Anlaß seines 65. Geburtstags (24. Mai) eine Feier.

3. 9. 1939 Karl Duncker wendet sich an Thomas Mann u. a. Persönlichkeiten, den Überfall Hitler-Deutschlands und den Beginn des 2. Weltkriegs zum Anlaß für einen „Aufruf an die Deutschen" zu nehmen. Er legt dazu mehrere Entwürfe vor. Der Initiative ist kein Erfolg beschieden.[30]

23. 2. 1940 Karl Duncker wählt in einer depressiven Phase den Freitod.

12. 6. 1940 Hermann Duncker flieht vor der auf Paris vordringen Nazi-Wehrmacht über Orléan, Vierzon bis Limoges, er verliert alles Gepäck und wird mehrmals verhaftet.

15. 6. 1940 Fortsetzung der Flucht von Limoges über Perrigueux bis nach Agen an der Garonne (Ankunft am 22.6.1940).

9. 10. 1940 Hermann Duncker trifft in Marseille ein, um von hier aus über Hilfsorganisationen und unterstützt von seiner Frau die Ausreise in die USA bzw. nach Mexiko zu erwirken.

15. 5. 1941 Hermann Duncker reist aus Marseille mit der „Wyoming" nach Martinique ab.

17. 5. 1941 Das Schiff wird vor Oran (Algerien) und ab 28.5. vor Casablanca (Marokko) aufgehalten.

9. 6. 1941 Die auf den „Wyoming" befindlichen Flüchtlinge werden in Casablanca ausgeschifft und ins Lager Oued Zem, 150 km von der Küste entfernt, gebracht.

12. 7. 1941 Hermann Duncker wird aufgrund seines Gesundheitszustands in ein Krankenhaus in Casablanca überführt.

Anf. Sept. 1941 Hermann Duncker erhält das Einreisevisum für die USA und geht an Bord eines portugiesischen Schiffs.

---

29 Geht aus dem ersten Satz des zweiten Briefes hervor. Der erste Brief wurde noch nicht gefunden. Der Wortlaut des zweiten Briefes wurde von Carola Tischler veröffentlicht in: „Das Blättchen", Berlin, 25 (23.11) 1998, S.26f.

30 Siehe dazu: Alfred Förster: Nationalsozialismus ist nicht Deutschland, in: Spektrum. Mitteilungshefte der Mitarbeiter der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, 2 (1966), S.85-87; Die Briefe von Thomas Mann an Karl Duncker mit historischer Einleitung von A. Förster, in: Neue Texte. Almanach für deutsche Literatur, Berlin 1967, S.371-379; Georg Eckardt: Karl Duncker als Verfasser eines Aufrufs „An die Deutschen", in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Friedrich Schiller Universität Jena, 2 (1968), S.237-242; weniger fundiert die Ausführungen dazu von Sören Wendelborn: Der Gestaltpsychologe Karl Duncker, Frankfurt a. M 2003, S.133-139.

24. 9. 1941	Ankunft Hermann Dunckers in New York. Danach Aufenthalt an verschiedenen Orten, zuerst unterstützt von den Quäkern in der Nähe von Philadelphia. Von Februar 1942 bis Juni 1943 beide als Hausgehilfen bei amerikanischen Familien in der Nähe von Washingston.
26. 10. 1942	Wolfgang Duncker stirbt an den Folgen der Lagerhaft (Käte und Hermann Duncker erhalten eine definitive Todesnachricht erst Ende 1948, nachdem sie sich mit Unterstützung Wilhelm Piecks in einem Brief an Stalin gewandt hatten).
1. 9. 1943	Umzug von Käte u. Hermann Duncker nach New York, Kew Gardens, nachdem das Labor Aids Committee (unter Vorsitz von Friedrich Adler) Hermann Duncker eine monatliche Beihilfe von $ 150, 00 gewährt hatte.
2. 5. 1944	Der in den USA gebildete Council for a Democratic Germany veröffentlicht eine politische Erklärung, die auch von Hermann Duncker unterzeichnet ist.
Juni/Juli 1945	Bertolt Brecht liest in New York Hermann Duncker, Jacob Walcher u. Albert Schreiner sein *Lehrgedicht* vor.
23. 9. 1946	Brief Hermann Dunckers an Wilhelm Pieck mit der Bitte, die Rückkehr nach Deutschland zu unterstützen.
13. 2. 1947	Brief Wilhelm Piecks: „Ich wäre sehr froh, wenn Du und Käte recht bald hierher kommen könntet. Ich werde versuchen, daß Du an einer unserer Universitäten einen Lehrstuhl erhältst und wir Dich dann für diesen Zweck anfordern.“[31]
April 1947	Abreise von Käte und Hermann Duncker von New York nach Bremerhaven.
17. 5. 1947	Ankunft in Berlin.

31 Veröffentlicht in: Er trug die Flamme des Sozialismus in viele Herzen, Bernau 1984, S.99.

Zwei Briefe des ehemaligen Ostarbeiters Ivan Stepanovič Federovskij an seine Angehörigen vom Frühjahr 1945

Christa Hübner

Wenige Wochen nach seiner Befreiung aus dem Zwangsarbeiterlager in der Kaulsdorfer Straße 90 in Berlin-Kaulsdorf richtete Ivan Stepanovič Federovskij zwei Briefe an seine Angehörigen in der Ukraine. Er beschrieb darin die Zeit seit dem Juni 1942, nachdem er zur Zwangsarbeit nach Berlin verbracht worden war.

Federovskij stammte aus Zavoriči im Kiewer Gebiet, wo er am 22. November 1923 geboren wurde. Bevor man ihn unter Bewachung durch deutsche Polizisten nach Deutschland schaffte, besuchte er die Mittelschule.

Wenige Tage nach seiner Ankunft in Berlin wurde Federovskij im Lager der Deutschen Reichsbahn in der Kaulsdorfer Straße 90 untergebacht.[1] Dieses Lager war Ende 1939 als Wohnlager für Arbeiter, die die Bahnanlagen an der Berliner Wuhlheide umgestalten sollten, errichtet worden. Doch statt ihrer zogen um die Jahreswende 1939/1940 Deutsche aus Wolhynien ein, die die NS-Führung in einer „Heim-ins-Reich-Aktion" umgesiedelt hatte. Seit Oktober 1940 mietete der Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt Berlin das Lager als Unterkunft für französische Kriegsgefangene, ehe es am 30. April 1942 der Standort des größten Ostarbeiterlagers im heutigen Berliner Bezirk Marzahn-Hellersdorf wurde. Wie wohl die meisten anderen männlichen und viele weibliche Insassen des Lagers mußte Federovskij fast drei Jahre lang Zwangsarbeit im Reichsbahnausbesserungswerk in der Warschauer Straße verrichten.

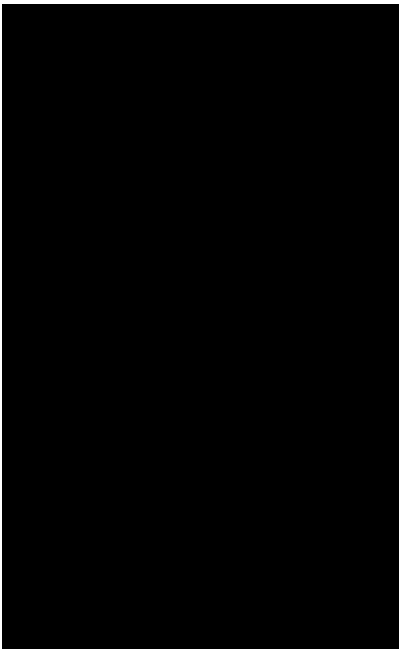
Nachdem Truppen der Roten Armee am 22. April 1945 Kaulsdorf erreicht hatten, wurde Federovskij, wie andere aus dem Lager befreite männliche Ostarbeiter auch, sofort in die Armee eingegliedert. 1947 kehrte er in die Sowjetunion zurück. Er konnte seine Ausbildung fortsetzen und schloß 1948 die Abendschule mit der Hochschulreife ab.

Von den beiden im folgenden veröffentlichten Briefen Federovskijs ist nur einer datiert, und zwar auf den 12. Juni 1945. Aus dem Inhalt des anderen Briefes, von dem offensichtlich der Schluß fehlt, ergibt sich, daß er mit hoher Wahrscheinlichkeit vorher verfaßt wurde. Für ein etwa gleichzeitiges Entstehen der beiden Briefe spricht, daß sie auf gleichem Papier und mit gleicher Tinte geschrieben sind.

Die Originale der Briefe und der nachfolgend publizierten Fotos überließ Ivan Stepanovič Federovskij 2002/2003 dem Bezirksmuseum Marzahn-Hellersdorf als Leihgaben für die Ausstellung zur Zwangsarbeit im Bezirk von 1939 bis 1945. Für

1 Ausführlicher zu diesem Lager siehe Daniela Schnitter: „Zu dieser Zeit wäre ich fast vor Schwäche gestorben." Zur Geschichte des Lagers der Deutschen Reichsbahn in der Kaulsdorfer Straße 90, in: Arbeitskreis Berliner Regionalmuseen (Hrsg.): Zwangsarbeit in Berlin 1938-1945, Berlin 2003, S.128-140.

diese Ausstellung erfolgte auch die Übersetzung der Briefe aus dem Ukrainischen. Diese Übersetzung und die Kopien der Abbildungen stellte das Archiv des Bezirksmuseums Marzahn-Hellersdorf dem „JahrBuch“ für diese Veröffentlichung dankenswerterweise zur Verfügung.



Ivan Stepanovič Federovskij bei der Registrierung

Dokument Nr. 1
Undatierter Brief an die Angehörigen (vermutlich vor dem 12. Juni 1945 geschrieben)

Guten Tag oder Abend Mama, Galja, Sonja und mein Bruder Vasja,
ich sende Euch einen flammenden Rotarmistengruß und wünsche Euch ein glückliches Leben in der Ukraine.
Ich möchte Euch kurz von meinem Leben in Deutschland in den letzten drei Jahren berichten. Ein wenig wißt Ihr ja schon davon aus meinen früheren Briefen. Darüber, wovon ich noch nicht geschrieben habe, berichte ich Euch in diesem Brief ausführlich.
Am 13. 6.1942 ging ich aus dem Haus. Von der Eisenbahnstation Bobryk wurden wir mit Waggons in Richtung Kiew transportiert. In Kiew waren wir vier Tage lang. Wir, Jungen und Mädchen, lebten in einer Schule zusammen, die „Arbeitsamt“ hieß. Hier ging es uns sehr schlecht. Es gab kein Wasser, und es war unerträglich heiß in

diesen Tagen. In Kiew untersuchte uns eine Kommission. Bis auf den Sohn von Lavrin Bezručko, Mykola, waren alle gesund.
Am 17.6.1942 fuhren wir in Güterwaggons aus Kiew ab. Wir waren 50-60 Personen in einem Waggon, und wir wurden von der deutschen Polizisten bewacht. In den Waggons gab es kein Bettzeug, nicht einmal Stroh. Alle schliefen zusammen, Jungen und Mädchen. Es gab kein Wasser, zu Essen gab es kaum etwas. Von Kiew über Warschau nach Berlin waren wir fünf Tage und Nächte unterwegs. An der deutschen Grenze wurde desinfiziert, weil viele Läuse hatten.
Wir wurden in einem Vorort von Berlin zum Arbeitsamt[2] gebracht. Hier waren wir noch alle zusammen, Jungen und Mädchen. Wieder kam eine Kommission. Sie verteilte uns – auf Fabriken, Betriebe und Privatwirtschaften. Ich blieb fünf Tage lang hier. Zu essen gab es einmal am Tag Suppe und 300 Gramm Brot. Dann wurden wir nach einer Liste aufgerufen und in eine Reihe aufgestellt. Wir wurden fotografiert, und man nahm uns Fingerabdrücke ab, damit wir nicht nach Hause laufen, aber viele liefen nachts weg. (Von den Jungen aus Zavoriči liefen weg: Timošenko, S., Badunja, M., Udovenko, M., Besručko, M.). Anschließend wurden alle Jungen zusammengestellt, und die Mädchen blieben im Arbeitsamt zurück. Wir verabschiedeten uns, und wir 80 Jungen wurden von den Polizisten weggebracht. Die meisten waren aus Oglev, Bobryk, Zavoriči und Kiew. Am 27.6.1942 haben sie uns getrennt. Wir wurden in das Lager Berlin-Kaulsdorf gebracht.
Hier waren bereits Leute aus dem Gebiet Stalino untergebracht. Das Lager und die einzelnen Baracken waren mit Stacheldraht doppelt umzäunt. Es gab 13 Baracken und einen Speisesaal. In diesem Lager war es noch schlechter. Zu essen gab es eine sehr schlechte Suppe aus Gras und 300 Gramm Brot aus Rübe, Spelte und 30 % Mehl. Ich wurde in der Baracke Nr. 10 untergebracht, in der fünf Jungen aus Zavoriči waren. Insgesamt waren im Lager 13 junge Leute aus Zavoriči.
Am 28.6.1942 wurden wir das erste Mal zur Arbeit getrieben, bewacht von Polizisten mit Hunden. Im Betrieb wurden wir von den Meistern aufgeteilt, ich kam in die Werkhalle Nr. 12. Der Meister war ein Faschist – ein sehr schlechter Mensch. Wir arbeiteten zuerst acht Stunden lang, in zwei Schichten. Ich arbeitete als Schmierer und schmierte Güterwaggons. Ich erfuhr, daß es ein Reparaturwerk für Güterwaggons war, 13 km vom Lager entfernt. Wir fuhren 15 Minuten mit dem Zug [zur Arbeit]. Während der Arbeit bekamen wir eine Suppe aus Kartoffelschalen und Wasser. Es gab keine Arbeitskleidung. Die Meister schlugen die Arbeiter. Überall war Polizei. Alle marschierten geschlossen in den Betrieb und zurück. Fünfmal täglich wurden wir aufgerufen, damit keiner von uns wegrennt, aber viele liefen weg. Viele wurden wieder aufgegriffen und zurückgebracht oder in andere Betriebe versetzt. Einige wurden in eine Privatwirtschaft gebracht, andere – in den Knast. Das war reine Glückssache.

2 Gemeint ist das sogen. Durchgangslager, das alle Zwangsarbeiter zwecks Registrierung, Untersuchung usw. durchlaufen mußten, ehe sie auf Arbeitgeber und Unterkünfte verteilt wurden.

Aus diesem Werk liefen Gajovič Andrij und Marfutko M. weg, seitdem habe ich sie hier nicht mehr gesehen. Andrej Fedorovskij rannte auch weg, aber er wurde gefaßt und zurückgebracht. Ich lief nicht weg. Ich dachte mir, wenn du sterben mußt, dann eben sterben.

Wir Arbeiter waren alle richtig dünn, in zerrissener und vollgeschmierter Kleidung. Es waren 1500 Mann im Lager: Jungen und Mädchen. Einige Mädchen arbeiteten in einer anderen Fabrik, aber die meisten in diesem Reparaturwerk für Güterwaggons. Wir waren fast alle aufgedunsen, viele starben (alte Menschen), viele liefen weg. Es kamen aber immer wieder neue Arbeitskräfte aus der Ukraine. Sie kamen von überall her. Im Werk arbeiteten verschiedene Nationen, die Meister waren aber nur Deutsche. Zu dieser Zeit wäre ich fast vor Schwäche gestorben. In die Stadt durften wir nicht gehen. Den Deutschen ging es jedoch nicht schlecht damals, einige von ihnen belästigten unsere Mädchen...

Der Arbeitslohn war 2 bis 3 Mark pro Monat, aber ein Teller Suppe kostete schon 5 bis 8 Mark, und 300 Gramm Brot – 18 Mark. Man konnte im Lager untereinander etwas handeln: Kleidung war billig, aber Lebensmittel waren sehr teuer. Später wurde es ein bißchen besser: Die Suppe schmeckte besser, und das Brot wurde aus Mehl gebacken, aber wir arbeiteten dann länger, bis zu zwölf Stunden. Wir gingen heimlich in die Stadt und nicht zur Arbeit, wußten bereits einige Tricks, kannten die Aus- und Eingänge, aber die Polizisten erwischten und schlugen uns. Man mußte um sein Leben bangen und wählte daher lieber von zwei Übeln das kleinere. Später hat sich die Lage noch ein bißchen verbessert. Die Polizisten wurden in die Armee einberufen. Als Ersatz kamen alte Männer, und wir konnten sie austricksen. Sie waren meistens Invaliden. Zu essen bekamen wir auch schon zweimal Suppe [am Tag]. Es gab 100 Gramm Margarine und 100 Gramm Wurst pro Woche.

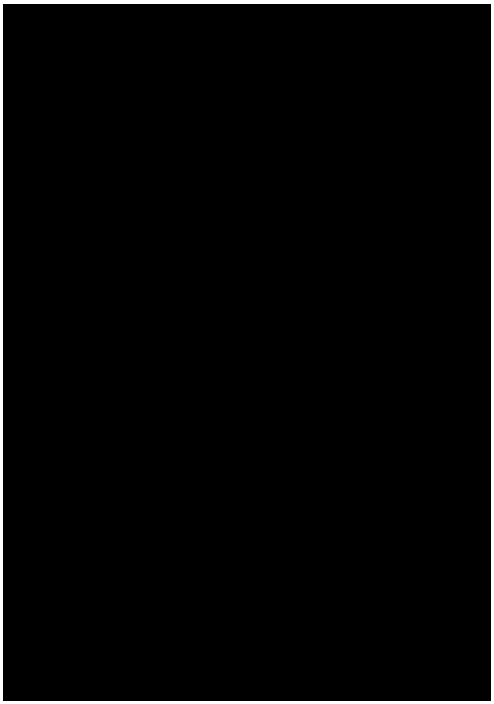
Ihr wißt ja, daß ich dann Briefe und Päckchen von zu Hause bekam, und dann ging es mir besser. Für den Tabak kaufte ich mir Lebensmittel. Wir wurden nun öfter in die Stadt entlassen, haben geklaut und gekauft – je nach Möglichkeit. Ich nahm ein bißchen zu. Aus Euren Briefen erfuhr ich die Adressen von Gajovič V., Marfutko M., Manja Tymošenka. Ich schrieb mich mit ihnen, und am Wochenende besuchte ich sie.

Nach der Arbeit entließ man uns nun häufiger in die Stadt. In der Stadt halfen uns Russen die Tschechen und Franzosen. Denen ging es besser als uns, sie erhielten auch Lebensmittelkarten. Dann bekam ich keine Post aus der Ukraine mehr und wurde sehr traurig, nur Manja schrieb mir.

Im Jahre 1944 ging es mir schon besser. Nach der Arbeit in dem Reparaturwerk arbeitete ich privat zwei Stunden, trug Kohle für private Haushalte, und am Wochenende arbeitete ich bei einem Deutschen im Garten. Das Essen wurde besser, und ich besorgte mir selber etwas. Zwölf Stunden arbeitete ich im Werk und zwei Stunden in der Stadt sowie zweimal monatlich bei dem Deutschen im Garten. Für die Erholung blieb keine Zeit. Ich kaufte mir Kleidung und Schuhe, hatte aber keine Zeit, sie zu tragen. Der Arbeitslohn im Werk wurde besser: 80 bis 100 Mark, und die Polizisten schlugen weniger.

Dann trat eine Verschlechterung ein. Die Deutschen kämpften bereits in Polen, auf Berlin fielen Tag und Nacht Bomben. Sie erhielten weniger Lebensmittel auf Karten, eigenes Getreide gab es nicht mehr, und die Zufuhr aus der Ukraine war ausgefallen. Auch wir spürten die Verschlechterung.

Im Werk blieben nur Deutsche – Invaliden. Ich lernte, mit einem Gasbrennschneider zu arbeiten, arbeitete [mit ihm] zwei Stunden lang. Die Arbeit war hart, die ganze Zeit am Feuer. In dieser Zeit lernte ich ein Mädchen kennen, allein war es schwer. Ich hatte keine Zeit, um Wäsche zu waschen oder zu flicken, und in den Baracken waren Läuse und Wanzen. Das Lager brannte dreimal ab, die ganze Kleidung verbrannte. Wir lebten dann sehr beengt – 40 Mann in einem Zimmer. Deswegen machte ich die Bekanntschaft mit diesem Mädchen. Sie half mir im Haushalt, und ich kaufte ihr Kleidung und gab ihr Lebensmittel. Das Leben zwang einen dazu. Ihr denkt, daß es Liebe war, nein, fast alle haben es so gemacht. Die Jungen hatten keine Zeit und keine Ahnung von Wäschewaschen und Flicken. Es war einfacher, nachts bei einem Deutschen einzubrechen und zu klauen, als Wäsche zu waschen und zu flicken. [...] [3]



Ivan Stepanovič Federovskij (rechts) mit einem Freund
als Angehörige der Roten Armee am 16. Oktober 1945 in Berlin

3 Das Ende des Briefes ist nicht überliefert.

Dokument 2

12. Juni 1945, Brief an die Angehörigen

Guten Tag oder Abend Mama, Galja, Tante Sonja,
ich sende Euch einen heißen Rotarmistengruß und wünsche Euch ein glückliches Leben in der Ukraine.
Galja! Ich versprach Dir in meinen früheren Briefen, die Stadt Berlin zu beschreiben. Heute habe ich ein bißchen Zeit und kann Dir kurz darüber berichten.
Galja, das erste Mal war ich am 22.6.1942 in Berlin, als ich aus der Ukraine nach Deutschland gebracht wurde. Ich fuhr mit dem Zug durch Berlin und habe wenig von dieser Stadt gesehen. Das Arbeitsamt, wo man die Arbeit zugeteilt bekam, lag in einem Vorort von Berlin, in einem Lager hinter Stacheldraht. Dann wurden wir am 27.6.1942 mit einem Zug in ein anderes Lager gebracht, wo ich fast drei Jahre verbrachte. Es war auch ein Vorort von Berlin, nur auf der anderen Seite der Stadt.
Am 28.6.1942 wurden wir das erste Mal in die Stadt zum Arbeiten getrieben. Ins Werk und zur Arbeit fuhren wir mit einem speziellen Zug für Russen, begleitet von der Polizei. Lange Zeit hatte ich keine Vorstellung von der Stadt gehabt, weil wir in ca. zehn Monaten nicht einmal für fünf Minuten aus dem Lager durften. Das erste Mal bekam ich am 7. Januar 1942,[4] dem ersten Weihnachtstag ,[5] einen Passierschein für sechs Stunden für die Stadt. Ich fuhr in das Zentrum Berlins. Es war sehr kalt, und ich hatte keinen Mantel an. Ich fror ziemlich und kam schnell in das Lager zurück. An die Stadt und ihre Schönheit konnte ich da nicht denken. Ich wollte mir nur den Bauch vollstopfen und dachte nur an den Abend und ans Schlafen, damit man nicht mehr ans Essen denken muß.
Im Jahr 1943 fing ich an, nach der Arbeit heimlich in die Stadt zu fahren. Abends konnte man dort noch etwas zu essen kaufen. Berlin war zu dieser Zeit noch heil. Die Stadt wurde wenig bombardiert. Die Bombenangriffe flogen die Engländer, aber es waren kleine Angriffe. Berlin ist sehr groß. Die Bevölkerungszahl betrug etwa sieben Millionen. Die Stadt ist nicht sehr schön, unser Kiew ist schöner, aber es gibt viele hübsche Orte in Berlin, viele Betriebe und Fabriken. Die Entfernung von Ost nach West beträgt 70 km und von Nord nach Süd auch 70 km. Berlin hat ein großes Schienennetz, es fahren viele Straßenbahnen und S-Bahnen. Durch die Stadt verlaufen viele Kanäle. Es gibt eine Metro und eine Hochbahn. Der Verkehr in der Stadt war sehr intensiv. Es gibt sehr viel Grün in der Stadt. Die Geschäfte sind fast alle leer, die Häuser 5-, 4- und 6-Geschosser. In dem Vorort von Berlin stehen Wochenendhäuser von reichen Deutschen, in den Wäldern Lager für ausländische Arbeiter.
In Berlin waren fast alle Nationalitäten vertreten. Alle hatten verschiedene Lebensbedingungen und trugen bestimmte Erkennungszeichen. Ende 1943 konnte man sich fast frei in der Stadt bewegen. Ich fing an, meine Freunde zu besuchen. Ich lernte die

4 Gemeint ist wohl der 7. Januar 1943.
5 Nach dem Julianischen Kalender, an dem die russisch-orthodoxe Kirche festhält, fällt Weihnachten in die ersten Tage des neuen Jahres.

Stadt Schritt für Schritt besser kennen, aber die Lage wurde schlechter und schlechter. Die Stadt, Fabriken, Betriebe und viele Häuser wurden von den Engländern und Amerikanern zerbombt, besonders das Zentrum der Stadt. Die Deutschen beeilten sich, die wichtigsten Betriebe und Schienennetze zu reparieren, aber sie schafften es nicht. Vor Weihnachten 1943 wurden zwei unserer Baracken zerbombt, das Werk wurde ein wenig getroffen.

Vor Ostern 1944 brannte das Lager fast völlig ab. Wir kamen im Werk auf dem Dachboden unter. Auf dem Territorium des Werkes wurde ein Haus errichtet, es wurde aber auch zerstört. Wir zogen in das Lager um und bauten die Baracken wieder auf, aber die Angriffe wurden immer mehr und mehr. In der Stadt verschlechterte sich die Lage zusehends, man konnte fast nichts mehr kaufen. Die Deutschen erhielten Lebensmittel außer Salz, Streichhölzern und Bier nur auf Lebensmittelkarten. Die Stadt verwandelte sich in eine Ruinenlandschaft. Es flogen bis zu 1000 Flugzeuge, sie zerbombten die Stadt vollständig. Es kam vor, daß man die Sirenen heulen hörte, zum Schutzkeller rannte und dort zwei-drei Stunden lang saß. Wenn man rauskam, wurde aus dem Tag Nacht und umgekehrt. Die Angriffe kamen Tag und Nacht. Die Stadt wurde so zerbombt, daß auf den Straßen nur für ein Fahrzeug Platz blieb. Die Straßenbahnen und S-Bahnen hörten auf zu fahren. Das Werk wurde fast vollständig zerstört. Die Produktion wurde nach draußen verlagert, die Deutschen beeilten sich, sie erneut aufzubauen, schafften es aber nicht. Im Jahr 1945 fanden im Laufe von vier Monaten fast ununterbrochen Angriffe statt, am Tage und in der Nacht. Die Stadt hungerte. Die Deutschen hörten auf zu bauen und räumten nur die Straßen für die Fahrzeuge frei. Die Häuser wurden bis auf die Grundmauern zerstört. Die Bewohner, die in den Kellern Schutz suchten, wurden lebendig unter dem Schutt begraben und starben dort später. Berlin verwandelte sich in einen Berg aus Schutt und Asche. Der Verkehr lag lahm. Während das Straßennetz repariert wurde, waren wir sieben-acht Tage lang gezwungen, zu Fuß ins Werk zu gehen. Von Berlin blieb maximal ein Viertel heil, der Rest wurde von den Engländern zerbombt. So in etwa ist die Stadt.

Ich besuchte den Berliner Zoo und ging ins Kino, aber selten, da ich wenig Zeit hatte. Es gibt nichts Besonderes in der Stadt. In den Restaurants gibt es nur Bier, und in den Kantinen werden Pellkartoffeln auf Lebensmittelkarten angeboten. Überall sind Puffs, eine verdorbene Stadt.

Die Stadt wurde jetzt ein wenig sauber gemacht. Hitler ließ Berlin untergehen, und selber hat er sich verdrückt.

Die Deutschen danken uns jetzt, den russischen Soldaten. Sie grüßen uns. Früher gingen sie vorbei und wandten sich ab. Jetzt haben sie genügend Brot zu essen. Früher bekamen sie nur 200 Gramm Brot [pro Tag] und im Monat einen halben Liter Milch.

Galja, das sind nur ein paar Stichpunkte. Alles zu beschreiben, ist sehr schwer. Ich erzähle Dir noch mehr von Berlin, wenn ich zu Hause bin.

Auf Wiedersehen

[unleserliche Unterschrift] Berlin, den 12.06.1945

Miszellen

Bedrohung oder Hoffnung?
Schlesische Pressestimmen zur Pariser Juniinsurrektion 1848

Helmut Bleiber

Der Aufstand der Pariser Arbeiter Ende Juni 1848 und seine blutige Niederschlagung gelten als Wendepunkt der europäischen Revolution 1848/49. Der Aufstand war eine Reaktion auf Maßnahmen der Regierung, die die Abschaffung der Nationalwerkstätten zum Ziel hatten. Die Nationalwerkstätten beschäftigten etwa 100.000 Proletarier, vorwiegend mit Kanalisations- und sonstigen Erdarbeiten. Sie waren eine soziale Errungenschaft der Februarrevolution. Viele Arbeiter sahen in ihnen die von dem Sozialisten Louis Blanc geforderten Volkswerkstätten, den Beginn einer Organisation der Arbeit. Als am 22. Juni die Regierung gegen demonstrierende Arbeiter das Militär in Alarmbereitschaft versetzte, griffen die Arbeiter zu den Waffen, die sie im Februar erobert hatten. Die Niederschlagung des Aufstandes leitete der Kriegsminister General Cavaignac. Vom 23. bis zum 25. Juni wehrten sich die Aufständischen gegen die Übermacht von regulärer Armee, Mobil- und Nationalgarde. Am 26. Juni ergaben sie sich. Der Rachefeldzug der Sieger nahm seinen Lauf. Etwa 10.000 Aufständische wurden ohne Urteil ermordet, 11.500 kamen vor Gericht, 3.500 wurden deportiert.

Adel und Bourgeoisie in Deutschland begrüßten die Niederschlagung des Arbeiteraufstandes in Paris. Der Zentralausschuß der demokratischen Vereine Deutschlands vermied eine offizielle Stellungnahme. Nur die „Neue Rheinische Zeitung“ ergriff als einzige große deutsche Zeitung Partei für die Pariser Arbeiter und würdigte ihre Erhebung als erste große offen ausgetragene Klassenschlacht zwischen Bourgeoisie und Proletariat.

Der Aufstand der Pariser Arbeiter im Juni 1848 wurde wie von der großen Mehrzahl der deutschen Zeitungen[1] auch von den meisten schlesischen Blättern mit Unverständnis und Ablehnung kommentiert. Das „Grünberger Wochenblatt“, eine von dem Demokraten und Paulskirchenabgeordneten (Fraktion Deutscher Hof) Wilhelm Levysohn verlegte und redigierte Zeitung,[2] meinte, ein Sieg der aufständischen Arbeiter in Paris würde die unmittelbare Wiedererrichtung von Guillotinen zur Folge haben.[3] Ausgehend vom Pariser Juniaufstand polemisierte das „Volksblatt für die Grafschaft Glaz“, gleichfalls demokratisch orientiert, redigiert von Louis Prager,

1 Siehe Helmut Neef: Vier Tage rote Fahnen in den Straßen von Paris. Die Kämpfe des Pariser Proletariats 1848 im Spiegel deutschsprachiger Presse, Berlin 1983.
2 Siehe Ursula Schulz: Wilhelm Levysohn (1815-1871). Ein schlesischer Verleger und Politiker, in: Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau, Bd. 14 (1969), S.75-137.
3 Siehe Grünberger Wochenblatt, Nr. 54, 6.7.1848.

unter dem Titel „Das Unheil der Theorie“ gegen die Repräsentanten des französischen Sozialismus und Kommunismus. „Es unterliegt keinem Zweifel, daß Louis Blanc, trotz der besten Absichten, der unheilvolle Genius der Pariser Juni-Emeute gewesen ist. Seine Theorie der Arbeiter-Einrichtung und die Errichtung der Nationalwerkstätten erregte beim Pöbel Hoffnungen und Wünsche, die nicht in Erfüllung gehen konnten; aber doch griff seine Lehre mit so viel Gewalt um sich, daß ein fürchterlicher Ausbruch unvermeidlich blieb – und wenn dieser Vulkan, der im Innern Frankreichs wütete, sich nicht schnell Luft gemacht hätte, so wären früher oder später alle Grundpfeiler der Religion, der Gesellschaft und des Staates wie morsches Rohr zusammengebrochen und dadurch gar die Existenz Frankreichs in Frage gestellt. Mit solchen unheilvollen Theorien wie der Louis Blancschen vereinen sich weder die beseligenden Lehren des Christentums noch die heiligen Gesetze der Ehre und der Familie, weder die unantastbaren Rechte des Eigentums und der Sicherheit der bürgerlichen oder politischen Freiheit. Wenn der Kommunismus um sich gegriffen hätte, so wäre Frankreichs Untergang unvermeidlich und der dadurch dem übrigen Europa beigefügte Nachteil und Schaden unersetzlich gewesen.“[4] „Ihr Theoretiker, Louis Blanc, Blanqui, Cabet, Barbes, Raspail usw. usw.! Ihr gehört entweder einer anderen Welt oder einem anderen Jahrhundert an, sucht euch beide, für uns bringt ihr und eure Theorien nichts als Unheil.“[5]

Es fanden jedoch auch einige Stimmen den Weg an die Öffentlichkeit, die sich dem Chor der allgemeinen Verurteilung entzogen. Der „Oberschlesische Bürgerfreund“, ein in Neiße erscheinendes Blatt, druckte eine ausführliche Korrespondenz aus Paris, deren Verfasser Verständnis für die Pariser Arbeiter erkennen ließ, indem er schrieb, „daß das Volk am bloßen Anblick der Republik seinen Hunger nicht stillt und seinen Durst nicht löscht“.[6] „Der Demokrat“, eine Art Vereinsorgan der Liegnitzer Demokraten, äußerte Sympathie für die Pariser Arbeiter und vertrat die Ansicht, daß durch die Pariser Ereignisse die Theorie Louis Blancs keineswegs widerlegt sei. „Die Frage über Anwendbarkeit oder Unhaltbarkeit der Blancschen Theorie wird dadurch in keiner Weise berührt.“[7]

So wie der zitierte Autor des Liegnitzer Blattes lehnte auch F. A. Stilch, ein bereits im Vormärz aktiver Breslauer Sozialist, es ab, die Pariser Ereignisse als Beweis für die Unausführbarkeit sozialistischer Gesellschaftsveränderungen zu akzeptieren. In einem im Breslauer Demokratischen Verein gehaltenen Vortrag beharrte er auf der Überzeugung, daß die Abschaffung des Kapitalismus unabdingbar sei. Staatliche Institutionen müßten die Regelung gesellschaftlicher und sozialer Beziehungen und Probleme übernehmen. „Wir bestehen auf dieser Forderung trotz des etwaigen Verweisens auf den Umstand jüngster ähnlicher Scheininstitutionen in Frankreich, die als vereinzelte exotische Pflanzungen des Sozialismus auf dem Boden des ganzen übrigen alten Ausbeutungssystems um so weniger gedeihen konnten, als ihre Pflege einer unselbständigen, kraftlosen und feigen Regierung anvertraut war, die ihrerseits

4 Volksblatt für die Grafschaft Glaz, Nr. 57, 16.9.1848.
5 Ebenda.
6 Oberschlesischer Bürgerfreund, Nr. 55, 8.7.1848.
7 Der Demokrat, 1848,Nr. 10, S.82f.

selbst nur an der mit dem Mantel der politischen Demokratie ziemlich schlecht verhangenen Leine der Ausbeutungskaste des Kapitalismus ging."[8]

Beachtung verdient die Haltung der „Allgemeinen Oder-Zeitung", des wichtigsten Sprachrohrs der schlesischen Demokraten. Auch sie verweigerte sich dem dominierenden Trend in der deutschen Presse. Sie brachte ein mehrseitiges Extrablatt mit Nachrichten und Berichten vom Aufstand der Pariser Arbeiter heraus und übernahm auch einen Bericht aus der „Neuen Rheinischen Zeitung". Am 11. Juli 1848 öffnete sie ihre Spalten einem Autor, der die Pariser Juniereignisse von sozialistischen Positionen aus kommentierte. Der Inhalt des Artikels und das Autorensignum P legen die Vermutung nahe, daß der Verfasser das Mitglied der schon in den Vormärzjahren aktiven Gruppe Breslauer Sozialisten und Kommunisten Dr. Isidor Pinoff gewesen sein dürfte. Der Beitrag beginnt mit der Feststellung: „Die Pariser Junirevolution des Jahres 1848 war die bedeutsamste, die je die Geschichte aufzuweisen hat." Die Franzosen wüßten nun sehr wohl, was eine soziale Revolution ist, „aber auch wir müssen es wissen [...] wir müssen uns klar werden über das, was die Welt erschüttert und sie aus den Fugen zu reißen droht. Vielleicht sind wir im Stande, das Damoklesschwert, das schon unser Haupt bedroht, durch vorbereitende weise Maßregeln von uns abzuwenden."

Der weitere Text des Artikels liest sich freilich dann eher so, als wollte der Autor diese eingangs geäußerte Hoffnung als Illusion bloßstellen. In einem historischen Abriß schildert er in groben Zügen die Entwicklung der proletarischen Emanzipationsbestrebungen in Frankreich seit der Verkündung der Menschenrechte in der französischen Revolution von 1789. „Die Arbeiterinsurrektionen tauchen zwar immer wieder auf, der Drang nach Emanzipation der Arbeit wurde zwar immer lebhafter gefühlt, aber die Zeit der Verheißung war noch nicht gekommen."

Der Verfasser kennt und bezieht sich auf die Theorien der französischen Sozialisten und Kommunisten von St. Simon bis Louis Blanc und meint, daß letzterer, der die Organisation du travail mit Leichtigkeit beschrieben habe, „mit den Arbeitern von Paris blos experimentiert hat". Der Autor stellt fest: „Die Junitage des Jahres 1848 haben den Zyklus der sozialen Revolutionen eröffnet." Dies sei so, weil „wir trotz aller Philosophie und Juristerei doch nicht gelernt haben, auf welch anderem Wege eine Ausgleichung der sozialen Mißverhältnisse stattfinden könne als durch die gewaltsamste und erschütterndste Umwälzung der ganzen alten Weltordnung." Der Idee der vormärzlichen Sozialisten und Kommunisten verpflichtet, es komme, um die „soziale Frage" zu lösen, darauf an, ein richtiges System zur Gestaltung der Gesellschaft zu entwickeln, schließt der Verfasser: „Wir raten Euch, Männer der Zeit, die Ihr an der Geschichte mitarbeiten wollt, nehmt die Logarithmen zur Hand und rechnet an dem großen, schweren Exempel, bis Ihr's herausbekommen habt. Rechnet aber nicht falsch, wie Lamartine und Louis Blanc."[9]

---

8 F. A. Stilch: Demokratie und Sozialismus. Eine Vorlesung im demokratischen Verein zu Breslau, Breslau 1848, S.15.

9 Allgemeine Oder-Zeitung, Nr. 159, 11.7.1848.

Falls der Autor dieser in der „Allgemeinen Oder-Zeitung“ veröffentlichten Betrachtung zum Aufstand der Pariser Arbeiter im Juni 1848 Pinoff gewesen sein sollte, darf vorausgesetzt werden, daß er die „Neue Rheinische Zeitung“ gelesen und sich mit deren Berichterstattung über den Verlauf des Aufstandes und auch mit Marx’ am 29. Juni 1848 erschienenen Grundsatzartikel[10] vertraut gemacht hat. In zwei Punkten besteht weitgehende inhaltliche Übereinstimmung mit den Ausführungen von Marx, erstens in der geschichtlichen Nachzeichnung der Emanzipationsbewegung des französischen Proletariats seit 1789 und zweitens in der welthistorischen Verortung der Juniinsurrektion. Daß der Autor bei der Niederschrift dieser Passagen sich von der „Neuen Rheinischen Zeitung“ beeinflussen ließ, ist möglich, aber nicht zwingend notwendig.

Nicht nur mögliche Beeinflussung, sondern direkte Textübernahme aus dem von Marx am 29. Juni 1848 in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ veröffentlichten Artikel findet sich in einem in „Der Rosenberg-Creutzburger Telegraph“ am 18. Juli 1848 unter dem Titel „Die französische Juni-Revolution“ erschienenen Aufsatz. Der nicht genannte Autor – Signum + – beginnt mit der Feststellung: „Die Bourgeois-Organe haben redlich das ihre getan, durch freche Lügen und Verleumdungen die öffentliche Meinung über den jüngsten welthistorischen Kampf irre zu leiten, sie für die dreifarbige Republik zu gewinnen und gegen die rote Republik zu erbittern.“ Auch der Telegraph, so der Autor, habe in seiner Berichterstattung über die Pariser Ereignisse in diesen Ton eingestimmt, eine Feststellung, die den Redakteur zu der Anmerkung veranlaßte, man habe über keine anderen Nachrichten verfügt. „Wir sind es der Sache der Menschheit, für die wir stets gekämpft“, so der Verfasser weiter, „schuldig, die Bedeutung des Kampfes ins rechte Licht zu stellen.“

Der nächste Absatz des Artikels beginnt: „Der 24. Juni ist ein großer, vielleicht der größte Tag in den Annalen der Neuzeit, denn der heimliche Kampf der Arbeit gegen das Kapital ist an ihm ein offenbarer geworden.“ Es folgen in teilweise eigener Diktion, aber eindeutig übernommen aus den Artikeln von Engels und Marx in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ vom 29. Juni 1848, Angaben zur Stärke der kämpfenden Pariser Arbeiter und ihrer Unterdrücker und die Feststellung von der Zerklüftung der französischen Nation in zwei Nationen, die Nation der Besitzer und die Nation der Arbeiter. Ab dem vierten Absatz des Marxschen Artikels, beginnend mit „Die Fraternité“, wird dieser dann ohne Hinweis auf die Vorlage wörtlich übernommen.[11]

Die näheren Umstände der Aufnahme des Artikels in den „Rosenberg-Creutzburger Telegraph“ bleiben im Dunkeln. Der erwähnten Anmerkung des Redakteurs ist nur zu entnehmen, daß er selbst zu diesem Zeitpunkt die „Neue Rheinische Zeitung“ noch nicht kannte. Der „Rosenberg-Creutzburger Telegraph“, ein Wochenblatt unter der Redaktion von Friedrich Kuhnert, verfolgte einen politisch entschieden demokratischen Kurs. Es warb für die Republik als Staatsform und trat für die entschädigungslose Beseitigung der Feudallasten ein.

---

10 Siehe Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 5, Berlin 1959, S.133-137.

11 Der Rosenberg-Creutzburger Telegraph, Nr. 43, 18.7.1848.

Abschließend ist festzustellen: Das entworfene Bild von der Bewertung der Juniinsurrektion der Pariser Arbeiter im Jahre 1848 in der Presse der preußischen Provinz Schlesien kann keinen Anspruch darauf erheben, umfassend und vollständig zu sein. Zeitungen, die als Sprachrohr politisch konservativer oder liberaler Zeitgenossen fungierten, wurden nicht erfaßt. Ihre pejorative Haltung gegenüber den Pariser Arbeitern und die Bejahung ihrer blutigen Unterdrückung steht außer Frage. Auch die Blätter, die mehr oder weniger entschieden demokratisch orientiert waren, konnten nicht annähernd vollständig durchgesehen werden. Die vorgeführte Auswahl offenbart gleichwohl drei bemerkenswerte Tatbestände. Sie demonstriert erstens, daß auch im Weltbild kleinbürgerlicher Demokraten zumeist kein Raum vorhanden war für eine objektive Bewertung und historische Würdigung proletarischer Emanzipationsbestrebungen. Ansätze zum Erfassen und Begreifen der sozialen Dimension, die mit der Entstehung der Arbeiterklasse und ihrer Bestrebungen gesellschaftliche Realität geworden war, sind jedoch gleichfalls offenkundig. Die „Allgemeine Oder-Zeitung“ ließ die Pariser Ereignisse von einem sozialistischen Autor kommentieren, und auch auf den Mitarbeiter des „Volksblatt für die Grafschaft Glaz“ wäre zu verweisen, der in seinem Artikel neben der bekenntnishaften Darlegung des Kanons bürgerlicher Wertvorstellungen Louis Blanc beste Absichten zugesteht und den Verfechtern sozialistischer und kommunistischer Theorien immerhin einen Platz in einem anderen Jahrhundert einräumt.

Bemerkenswert sind zweitens die Wortmeldungen schlesischer Sozialisten und Kommunisten. Der sehr wahrscheinlich von Isidor Pinoff verfaßte Artikel in der „Allgemeinen Oder-Zeitung“ unternimmt eine historische Einordnung der Pariser Juniinsurrektion, die der von Marx nahe kommt. F. A. Stilch und die Liegnitzer Sozialisten verwahren sich gegen die verbreitete Interpretation der Pariser Juniereignisse als Beweis für die Unausführbarkeit sozialistischer Projekte.

Schließlich: Der nach derzeitigem Kenntnisstand einzige schlesische Nachdruck des Artikels von Marx zum Pariser Juniaufstand vom 29. Juni 1848 im „Rosenberg-Creutzburger Telegraph“ zeugt erneut von der Existenz und Aktivität Marxscher Parteigänger in dieser Provinz.

Rosa Luxemburgs Vortrag in der SPD-Parteischule über „Sklaverei“.*

Narihiko Ito

Seit 1922 wurden die wichtigen Dokumente und Materialien Rosa Luxemburgs in Moskau gesammelt und sicher aufbewahrt. Entsprechend der Aufforderung Lenins begann unter Leitung von Clara Zetkin und Adolf Warski die Veröffentlichung der Gesammelten Werke Luxemburgs. Paul Frölich gab von 1923 bis 1928 drei Bände heraus.

Ich weiß ungefähr, welche Dokumente und Materialien in Moskau vorhanden sind, obwohl ich sie nicht direkt eingesehen habe. Weil aber 1995 die Friedrich-Ebert-Stiftung in Deutschland begonnen hat, die deutschen Schriften und Dokumente im Russischen Staatsarchiv auf Mikrofilme aufzunehmen, habe ich die Kopien des Rosa-Luxemburg-Nachlasses in der Bibliothek der Ebert-Stiftung in Bonn genutzt.

In Japan befasse ich mich jetzt mit der Herausgabe der Gesammelten Werke Rosa Luxemburgs in 17 Bänden. Deshalb habe ich die herzliche Bitte an die russischen Kollegen, den Nachlaß in Moskau aufzulisten und davon ihre wichtigen Schriften zu drucken. Mit dieser Arbeit würden Sie viel zur Rosa-Luxemburg-Forschung beitragen.

Worüber ich heute hier besonders sprechen möchte, ist ein Vortrag von Rosa Luxemburg an der Parteischule der SPD. Wie Sie alle wissen, arbeitete sie seit dem 1. Oktober 1907 als Dozentin an der SPD-Parteischule und unterrichtete Nationalökonomie als Nachfolgerin von Rudolf Hilferding, der aus Deutschland nach Österreich ausgewiesen worden war. Es ist bekannt, daß sie, auf diesem Vortrag aufbauend, von 1916 bis 1918 im Gefängnis ihr Manuskript „Einführung in die Nationalökonomie“ schrieb, das 1924 und 1975 gedruckt wurde.

Diese „Einführung in die Nationalökonomie“ blieb unvollendet. Rosa Luxemburg teilte in ihrem Brief vom 28. Juli 1916, den sie aus dem Gefängnis an den Verleger Heinrich Dietz richtete, den genauen Plan der „Einführung in die Nationalökonomie“ mit. Zwischen ihrem Plan und dem uns heute vorliegenden Werk gibt es einen ziemlich großen Unterschied. Die Dokumente, die ich hier vorstelle, geben die Möglichkeit, diesen Unterschied teilweise aufzuhellen. Ich meine die folgenden sechs Schriften aus dem Rosa-Luxemburg-Nachlaß:

1) Sklaverei (28 Seiten)
2) Mittelalter. Feudalismus. Entwicklung der Städte (72 Seiten)

---

* Redaktionell bearbeitete Fassung des Vortrags auf der internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz in Moskau am 12. Februar 2004.

3) Praktische Nationalökonomie. 2. Band des „Kapitals“ von Marx (35 Seiten)
4) Praktische Nationalökonomie. 3. Band des „Kapitals“ von Marx (18 Seiten)
5) Über die Lohnfondstheorie (6 Seiten).

Die Schriften 1) bis 5) sind auf einer Schreibmaschine mit violettem Farbband geschrieben. Meiner Vermutung nach besorgte die Abschrift Rosi Wolfstein, eine Studentin Rosa Luxemburgs an der Parteischule, die schon mit 17 Jahren deren Vortrag hörte. Beim Gründungsparteitag der KPD im Dezember 1918 arbeitete Rosi Wolfstein als Sekretärin für das Protokoll. In den 20er Jahren heiratete sie Paul Frölich und half höchstwahrscheinlich bei der Herausgabe der Gesammelten Werke Rosa Luxemburgs. Deren Schrift „Mittelalter. Feudalismus. Entwicklung der Städte“ kommentierte sie wie folgt: „Dieses lange Literaturverzeichnis muß, ehe es benutzt wird, auf seine Richtigkeit hin nachgeprüft werden. Einige Bücherangaben sind mangelhaft und offenbar nicht genau. Ich habe es, wie ich mich besinne und wie aus einer Spur im Stenogramm hervorgeht, von einem anderen Schüler bekommen.“

Unter diesen fünf Dokumenten beziehen sich „Sklaverei“ und „Mittelalter. Feudalismus. Entwicklung der Städte“ klar auf die „Einführung in die Nationalökonomie“.

Hier möchte ich besonders das Dokument „Sklaverei“ betrachten. Ich habe dieses Dokument in Deutschland veröffentlicht.[1] Rosa Luxemburg beschrieb in ihrem Brief von Ende Februar oder Anfang März 1910 an Leo Jogiches den Inhalt der „Einführung in die Nationalökonomie“: „Untertitel der Broschüren: 1. Was ist Nationalökonomie?, 2. Die Gesellschaftliche Arbeit, 3. Wirtschaftsgeschichtliches (Urkommunismus, Sklavenwirtschaft, Fronwirtschaft, Zunfthandwerk), 4. Der Austausch, 5. Lohnarbeit, 6. Herrschaft des Kapitals (Profitrate), 7. Krisen, 8. Tendenzen der kapitalistischen Wirtschaft.“[2] In ihrem schon genannten Brief vom 28. Juli 1916 an den Verleger Dietz schrieb sie zum Aufbau des Manuskripts der „Einführung in die Nationalökonomie“: „1.Was ist Nationalökonomie?, 2. Die gesellschaftliche Arbeit, 3., 4., 5. Wirtschaftsgeschichtliches (Urkommunistische Gesellschaft. Feudales Wirtschaftssystem. die mittelalterliche Stadt und Zunfthandwerk). 6. Die Warenproduktion. 7. Lohnarbeit. 8. Der Kapitalprofit. 9. Krise. 10. Tendenzen der kapitalistischen Entwicklung.“[3]

Wenn wir ihren Plan von 1910 mit dem von 1916 vergleichen, bemerken wir sofort, daß die „Sklavenwirtschaft“ von 1910 in die „Urkommunistische Gesellschaft“ von 1916 integriert wurde. Tatsächlich gibt es in der uns heute vorliegenden „Einführung in die Nationalökonomie“ das Kapitel „Sklavenwirtschaft“ nicht.

Im Kapitel „Wirtschaftsgeschichtliches“ spielt die Markgemeinschaft eine große Rolle; die Sklaverei tritt nur als ein Untergangsmoment der Markgenossenschaft auf: „Die antike Sklaverei hat letzten Endes den Untergang der griechisch-römischen

1 Siehe Narihiko Ito: Erstveröffentlichung von Rosa Luxemburgs Schrift „Sklaverei“, in: Jahrbuch für Historische Kommunismus-Forschung“, Berlin 2002, S.166-198.
2 Rosa Luxemburg: Gesammelte Briefe, Bd. 3, Berlin 1982, S.117.
3 Ebenda, Bd. 5, Berlin 1984, S.130.

Kultur hervorgebracht."[4] In der „Einführung in die Nationalökonomie" ist das ganze Bild der Sklaverei in der griechisch-römischen Zeit unklar, weil Rosa Luxemburg darin die Sklaverei als einen Teil der „Urkommunistischen Gesellschaft" behandelt. Dagegen ist die Schrift „Sklaverei" von heutigem Standpunkt aus gesehen sehr interessant und wichtig, weil sie die Realität und die Rolle der antiken Sklaverei in der menschlichen Geschichte als Ganzes und klar beschreibt. Am Anfang ihrer Schrift weist Rosa Luxemburg auf die Sklaverei als „die älteste Form der Klassenherrschaft und der ökonomischen Ausbeutung" hin. Dann kritisiert sie Friedrich Engels' Ausführungen im „Anti-Dühring", daß mit dem Privateigentum die Möglichkeit geschaffen worden sei, eine oder mehrere fremde Arbeitskräfte zu beschäftigen. Diese Erklärung könne uns, meint sie, genaugenommen nicht genügen.
Wie betrachtete Rosa Luxemburg die Beziehung zwischen dem Privateigentum und der Sklaverei? Sie war der Auffassung: „Wir brauchen nicht wie Engels, die Ausbeutung erst hinter die Entstehung des Privateigentums zu setzen. Die Markgenossenschaft selbst läßt Raum für Ausbeutung und Knechtung. Das Aufpfropfen einer fremden Markgenossenschaft auf eine andere erlaubt und schafft ein Ausbeutungs- und Knechtungs-Verhältnis nach außen hin." Danach fügte sie eine bemerkenswerte Zeile hinzu: „Die Mark verbürgt zwar den Kommunismus nach innen, aber nicht nach außen."
Der Kommunismus in der antiken Markgenossenschaft war also nach Rosa Luxemburg, wie die „Demokratie nach innen" im heutigen amerikanischen Reich, nach innen kommunistisch, nach außen aber Invasion und Krieg. Sie weist als Beispiel dafür auf das Inka-Reich hin: „Die Inkas hatten schon ein stehendes Heer notwendig zur Aufrecherhaltung der Eroberung. Es gab also schon eine gewisse Aristokratie innerhalb der Mark."
Mit dieser Analyse kam sie zur Schlußfolgerung, daß die Sklaverei nicht nach dem Aufkommen des Privateigentums entstanden war, sondern schon davor durch den Krieg als Ausbeutung- und Knechtungs-Verhältnis. Daraus sei die Klassengesellschaft innerhalb der Mark entstanden, die deren Kommunismus von innen zerstörte.
In der „Einführung in die Nationalökonomie" formulierte Rosa Luxemburg: „Der primitive Stand der Landwirtschaft gestattete damals keine größere Kultur als die einer Dorfmark, und damit steckte sie dem Spielraum der Interessensolidarität ganz enge Schranken. Und dieselbe mangelhafte Entwicklung der Produktivität der Arbeit war es endlich, die zugleich auch den periodischen Interessengegensatz zwischen den einzelnen sozialen Verbänden hervorbrachte und damit die rohe Gewalt als das einzige Mittel, diesen Gegensatz zu lösen. Der Krieg war damit als ständige Methode der Lösung von Interessenkonflikten zwischen sozialen Gemeinwesen geschaffen, die so lange vorherrschen sollte."[5] Und sie fügte hinzu: „Diese eigentümliche Struk-

4 Dies.: Gesammelte Werke Bd. 5, Berlin 1975, S.649.
5 Ebenda, S.660.

tur des Inkareiches ist deshalb wichtig, weil sie uns den Schlüssel zum Verständnis einer ganzen Reihe ähnlicher Gebilde im klassischen Altertum, namentlich an der Schwelle der griechischen Geschichte, bietet.“[6]

Rosa Luxemburg sah also den Grund für den Zusammenbruch des Kommunismus und den Untergang der Mark im Krieg und im daraus entstandenen Ausbeutungs- und Knechtungs-Verhältnis, d. h. in der Entstehung der Sklaverei.

Auf diese Weise – durch die Entstehung und Entwicklung der Sklaverei – stellt sie die antike griechisch-römische Geschichte kurz, klar und lebendig dar. Zum Schluß schreibt sie: „Wenn auch die Sklaven die weniger Zahlreichen waren, sie waren doch die Hauptsache. Sie proletarisierten die Bauern. Trennung des geistigen Lebens vom Produktionsprozeß. Das sind die Früchte der Sklaverei. Daraus mußte sich der Verfall der griechischen Geschichte ebenso wie der römischen ergeben.“[7] Karl Kautsky befaßte sich in seinem Buch „Ursprung des Christentums“ (1908) ebenfalls mit der Sklaverei. Er erklärte die Sklaverei im römischen Reich als „nötige Arbeitskräfte für großen Landesbetrieb“ und betrachtete sie, anders als es Rosa Luxemburg getan hatte, nicht in der Beziehung lediglich zum Urkommunismus.

Am Ende der Schrift „Sklaverei“ schrieb jemand anderes einen kurzen Kommentar: „Kautsky beleuchtet darin die Rolle der Sklaverei ein wenig anders als Rosa Luxemburg. Er faßt die Sklaverei ausschließlich auf als eine Norm des Verfalls und des Rückschritts; das kommt daher, weil er die römische Sklaverei im Auge hat. Entscheidend aber in der Weltgeschichte ist die griechische. In ihrer Ansicht über die Sklaverei stimmt die Genossin Luxemburg mit Marx und Engels überein, nämlich in der Ansicht, daß die Sklaverei Ausgangspunkt wichtigen Fortschritts ist.“

Wie es heißt, stimmte „die Genossin Luxemburg mit Marx und Engels überein“, nicht nur in der Ansicht über die Sklaverei, sondern auch über die antike Demokratie und Gemeinschaft. Vermutlich ist der Autor dieses Kommentars Paul Frölich.

Rosa Luxemburg wußte nicht, daß der alte Marx sich aufgrund der Werke des russischen Anthropologen M. M. Kovalevskij und des amerikanischen Anthropologen Lewis H. Morgan für das Altertum stark interessiert hatte. Ungeachtet dessen argumentierte sie in ihrer „Einführung in die Nationalökonomie“ mit den Werken von Maurer, Kovalevskij, Morgan und des britischen Rechtsgelehrten Sir Henry Maine, auf Basis derer auch der alte Marx die Gemeinschaftlichkeit und die Demokratie im Altertum betrachtete. In diesem Sinne stimmte wirklich „die Genossin Luxemburg mit Marx[...] überein“.

Daraus könnte ein neues Forschungsthema über die Verwandtschaft der Gedanken des alten Marx und der von Rosa Luxemburg entstehen. Aber das ist eine neue Aufgabe. Darüber werde ich an anderer Stelle schreiben.

---

6 Ebenda, S.661.

7 Luxemburg, „Sklaverei“, S.186.

Berichte

Rosa Luxemburg in der Weltfabrik. Konferenz-Notizen

Gerd Kaiser

Das südchinesische Guangzhou, eine Stadt, die zu Zeiten, da China generell und die Stadt speziell Objekt kolonialer Begierden war, Kanton genannt wurde, bot der Internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz am 21. und 22. November 2004 eine Heimstatt und beste Arbeitsbedingungen. Bereits zu Tagungsbeginn lagen als Manuskriptdruck jedem Konferenzteilnehmer nahezu alle Texte der Vorträge vor, wodurch Zeit für Debatten zu den Themenkreisen Demokratie und nationale Selbstbestimmung gewonnen wurde.

Veranstalter waren das Institut für Weltsozialismus in Beijing, die Internationale Rosa-Luxemburg-Gesellschaft e. V. und die Berliner Rosa-Luxemburg-Stiftung. Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e. V. Zu den Veranstaltern gehörten schließlich zwei ortsansässige Universitäten. Es war dies nicht die erste wissenschaftliche Konferenz in China, die dem Werk von Rosa Luxemburg gewidmet war. Nachdem Studien dazu in China 1981 aufgenommen worden waren, fand 1985 ein Symposium chinesischer und japanischer Wissenschaftler in Shanghai sowie 1994 eine Internationale Tagung in Beijing statt. Prof. *Narihiko Ito* (Tokio, Vorsitzender der Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft e. V.), der maßgeblichen Anteil an diesen und weiteren wissenschaftlichen Begegnungen gehabt hatte, verwies darauf, daß „die kürzlich stattgefundene Internationale Rosa-Luxemburg-Konferenz [...] sich völlig von der vor zehn Jahren [...] unterschied."

Nahezu 100 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nahmen an der Konferenz in Guangzhou teil. Sie waren vor allem aus China und Japan gekommen, aber auch aus Indien und den USA sowie aus Europa. Im Mittelpunkt standen, gebunden an das Lebenswerk Rosa Luxemburgs, vor allem wesentliche Entwicklungsprobleme der Volksrepublik China sowie neue Forschungsergebnisse zur Biographie Rosa Luxemburgs. Schließlich ging es um Wechselwirkungen zwischen Rosa Luxemburgs Werk und dem Wirken von so unterschiedlichen Persönlichkeiten wie Hannah Arendt, Nikolai Bucharin, Mao Zedong u. a.

Die Vorträge und Diskussionen zum Thema Demokratie waren eng mit Chinas derzeit wichtigsten Entwicklungsproblemen verknüpft. Die chinesischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler „diskutierten sehr frei und intensiv die Demokratisierung der KP und der chinesischen Gesellschaft im Lichte der Gedanken von Rosa Luxemburg." (Ito)

Auf einen stark verkürzten Nenner gebracht sind dies nach *Wu Yuanliang* (Beijing): 1.

China entwickelt sich zur „Weltfabrik“, und diese rasante Entwicklung ist sowohl mit Vorteilen als auch mit Nachteilen für das Land verbunden. Seine bildhafte Beschreibung für diesen Prozeß: „Kapitalistische Elemente sind wie Käse. Sie stinken, aber der Käse schmeckt.“ Deng Xiaoping hat dafür im Zuge der Verwirklichung eines seit Ende der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts auf Jahrzehnte ausgelegten wirtschaftlichen, politischen und sozialen Reformprogramms das Bild geprägt: „Es ist egal, ob eine Katze schwarz oder weiß ist – Hauptsache, sie fängt Mäuse“. 2. Während die Wirtschaftsreform sich schnell entwickelt, bleibt das Sozialsystem weit zurück. Das äußert sich in Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten, in scharf konturierten sozialen, regionalen, auch in ethnopolitischen Gegensätzen und Kontrasten, mancherorts auch in Konfrontationen. 3. Dem politischen System ist ein starkes Beharrungsvermögen eigen, konterkariert durch das Bestreben, seine Regierungsfähigkeit zu verbessern und die politische Reform voranzubringen, ohne politische Instabilität heraufzubeschwören. Besonders infolge der bestimmenden und letztendlich entscheidenden Rolle der KP Chinas im Land (65 Millionen Mitglieder, das sind fünf Prozent der Bevölkerung) und ihrer Funktionäre ist mehr innerparteiliche Demokratie die unabdingbare Voraussetzung für jedwede andere bzw. weitere Entwicklung. Im Staats- wie im Parteileben geht es um den Rückbau zentralistischer Führungselemente mit ursprünglich vollständiger Ausrichtung „von oben nach unten“ und die umsichtige Ablösung des maßgeblich mit dem Namen Mao Zedongs verbundenen, willkürlichen Führungsstils eines zentralistischen Sozialismus. Dieser habe sich u. a. sowohl in der dirigistischen Wirkungsweise der Plankommission als auch im „großen Sprung“ und in der „Kulturrevolution“ geäußert. Das von ihm geprägte Modell hat das öffentliche Leben bis Ende der 70er Jahre beherrscht.

Der derzeitige Ministerpräsident der Volksrepublik China Wen Jiabao beschrieb den augenblicklichen Entwicklungsstand im Land und die Aufgaben der politischen Führung während der Sitzung des Nationalen Volkskongresses 2004 so: In Übereinstimmung mit den Forderungen der Führung der KP Chinas gehe es um die einheitliche Entwicklung von Stadt und Land, der verschiedenen Regionen; von Wirtschaft und Gesellschaft; die harmonische Entwicklung von Mensch und Umwelt sowie die innenpolitische Entwicklung und die Öffnung nach außen. Bei Berücksichtigung aller Faktoren müsse der Idee vom Menschen als Maßstab aller Entscheidungen mehr Beachtung geschenkt werden. Gesellschafts- und Naturwissenschaften seien bei der Lösung dieser komplexen Aufgaben durch die Politik unverzichtbar. Die Sozialwissenschaften wären in diesem Entwicklungsprozeß Ideenreservoir („Sixingku“) und „weise Ratgeber“ („Zhinangtuan“) für die Politik der KP Chinas und der Regierung der Volksrepublik.

In diesen Prozeß eingeordnet, ist die Internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz zu sehen.

Wang Xuedong (Beijing) sprach über die aktuelle Bedeutung von Rosa Luxemburgs Auffassungen für die innerparteiliche Demokratie. *Zhan Zhenrong* (Hangzhou) verband den Gedanken der innerparteilichen Demokratie von Rosa Luxemburg mit

der expliziten Forderung, daß „die Macht nicht übermäßig konzentriert werden" dürfe. *Dai Haidong* (Wenzhou) referierte über die Demokratieauffassungen von Rosa Luxemburg und deren Bedeutung für die Stärkung der Regierungsfähigkeit der Partei. Sie ermöglichten Einblicke in bisher weitgehend unbekannte Entwicklungen.
Allerdings entstand beim Berichterstatter durch diese und weitere Vorträge wie auch teilweise durch die Diskussionen der Eindruck, daß die chinesischen Teilnehmer zwar an Rosa Luxemburgs Werk anknüpften bzw. sich darauf beriefen, jedoch eine konkrete Gesellschaftsanalyse scheuten. Eher handelte es sich um für die Entwicklung Chinas wichtige ideologische Abhandlungen.
Die konkreten Schritte der „Reform und Öffnung", die nach dem Ende der zehnjährigen Etappe der Kulturrevolution (1966-1976) durch Deng Xiaoping ab 1978/79 eingeleitet wurden, mit der Reform der Landwirtschaft begannen, 1984 auch die Industrie erfaßten und seit 1992 das Reformziel eines sozialistischen Marktwirtschaftssystems verfolgten, in dem seit 1997 nichtstaatliche Wirtschaftssektoren ein wichtiger Bestandteil der sozialistischen Wirtschaft sind, und die bis 2010 in ein relativ reifes sozialistisches Marktwirtschaftssystem münden sollen – wurden von chinesischer Seite während der Konferenz nicht zur Sprache gebracht und schon gar nicht analysiert. Ausgeblendet blieben eventuelle geistige Berührungspunkte zwischen Deng Xiaopings, dem Initiator der Reformprozesse und Schöpfer der Losung „Armut ist nicht Sozialismus, wohlhabend zu werden ist ehrenhaft", und entsprechenden Gedankenansätzen europäischer Wissenschaftler wie Antonio Gramsci (Italien) und Adam Schaff (Polen). Nicht eingegangen wurde auch auf das erklärte Ziel, bis Mitte des 21. Jahrhunderts die Modernisierung des Landes im großen und ganzen abgeschlossen zu haben, damit das Volk ein relativ wohlhabendes Leben führen könne. Und dies, obwohl Demokratie und Regierungsfähigkeit doch die Schlüsselbegriffe zur Erreichung dieser Ziele sind. Statt dessen waren die meisten chinesischen Vorträge bzw. Diskussionsbeiträge eher Exegese anstelle von Analyse.
Pan Lihong (Huanan) verglich die Auffassungen über Demokratie bei Rosa Luxemburg und Mao Zedong. Er deckte die aus zeitlichen und konstitutiven Elementen resultierenden Unterschiede auf, ging besonders auf die „zentralisierte Demokratie" Luxemburgs von unten nach oben und die „demokratische Zentralisierung" von oben nach unten bei Mao Zedong ein, wobei bei letzterem Macht, Leitung und politische Bildung überwogen. Diese Überlegungen wurden auch in der Diskussion aufgegriffen. Maos „große Demokratie" habe mit Demokratie eigentlich nichts zu tun gehabt, sondern sei Anarchie (*Huan Shiming*; Guangzhou), eine „gesetzlose Massenbewegung" (Tang Ming) gewesen, ein Teilstück, „auf dem langen und krummen Weg zur Demokratie Chinas", so *Pan Lihongs* (Guangzhou) Schlußfolgerung. *Zhan Zhenrong* verwies darauf, daß Mao viel von Stalins zentralistischem Führungsmodell übernommen, ihn jedoch bei weitem übertroffen habe. *Zhou Suiming* verglich nicht nur Luxemburgs Demokratieverständnis mit dem Maos, sondern setzte die Demokratieauffassungen von Luxemburg in Beziehung zu denen von György Lukacs. Dabei ging er ebenfalls auf die Diskussion um das Staatssystem und die innerparteiliche Demokratie ein. Er sah in Luxemburgs

Auffassungen eine wichtige theoretische Quelle für die Vorläufer des neuen Marxismus im Westen. Um den dialektischen Kern in Rosa Luxemburgs Vision von Demokratie ging es im Vortrag von *Subho Ranjan Dasgupta* (Kalkutta), dem Koordinator der Rosa-Luxemburg-Forschungen in Indien.

Klaus Gietinger (Frankfurt/Main) lenkte die Diskussion mit der Frage, wie Demokratie im wichtigen Wirtschaftsbereich verwirklicht werden könne, auf konkrete gesellschaftliche Schritte, und *Fritz Weber* (Wien) ging mit seinem tatsachengesättigten Vortrag über die „Weltfabrik" den Schritt von der ideologischen Debatte zur konkreten Gesellschaftsanalyse.

Jedoch nicht nur der „chinesische Faden" wurde gesponnen. So brachten Berliner Teilnehmer analytische Überlegungen zu Rosa Luxemburgs basisdemokratischem Konzept der proletarischen Massenbewegung (*Ottokar Luban*) und zu Politikansätzen eines demokratischen Sozialismus (*Evelyn Wittich*) in Deutschland ein. Diese Ansätze wurden besonders intensiv diskutiert, hatte Wittich doch den Gegenwartsbezug des demokratischen Sozialismus in den Mittelpunkt gestellt, die Debatte auf brisante Fragen gegenwärtiger Politik vor dem Hintergrund historischer Erfahrungen gelenkt. *Zhan Guangming* (Beijing) brachte im Rahmen der Debatte um einen demokratischen Sozialismus, anknüpfend an Rosa Luxemburg, den Begriff des „autonomen Sozialismus" in die Diskussion ein. Dem reformistischen Sozialismus in westlichen kapitalistischen Staaten, der zum Liberalismus und Neoliberalismus mutierte, und dem zentralistischen Sozialismus, der in orientalisch geprägten Ländern die Macht ergriffen und eine neue Bürokratiegesellschaft begründet hat, stellte er den auf Marx und Luxemburg zurückgehenden autonomen Sozialismus gegenüber. Er sei zur wichtigsten geistigen Errungenschaft geworden und habe u. a. in China in Chen Duxiu einen bedeutenden Vorkämpfer gefunden. Schließlich verband im Zusammenhang mit diesem Gedankenaustausch *Sobhanlal Datta Gupta* (Kalkutta) Rosa Luxemburgs Vision vom Sozialismus mit einem Ausblick auf das 21. Jahrhundert. Ausgehend von Erfahrungen kommunistischer Parteien bzw. Bewegungen in Deutschland äußerte sich schließlich *Theodor Bergmann* (Stuttgart) zu den Notwendigkeiten eines undogmatischen Marxismus, innerparteilicher Demokratie, dem Begriff der „Spontanität", dem Internationalismus und kritischer Solidarität, sowie historischem Optimismus, der nicht mit Determinismus verwechselt werden dürfe. *Robert Jevzerov* (Moskau) bezog sich auf Rosa Luxemburgs Auffassungen zur Demokratie im historischen Abriß und ging kritisch auf die „Präsidialdemokratie" Rußlands ein, „die Partei der Macht, die macht was sie will."

Für das zweite Konferenzthema „nationale Selbstbestimmung" war – im Unterschied zum ersten – eine betontere ideen- und lebensgeschichtliche Analyse verschiedener Aspekte charakteristisch. *Ito* stellte Rosa Luxemburgs Ausarbeitung über die Sklaverei im Altertum vor, ein Manuskript aus dem Luxemburgschen Nachlaß, zu dem Ito bereits in deutsch publiziert hat. Mit geistigen und politischen Wechselwirkungen zwischen so unterschiedlichen Denkerinnen und Denkern wie Rosa Luxemburg und Hannah Arendt (*Tanja Storlokken*, Oslo), Luxemburg und Nikolai Bucharin (*Alexander Vatlin*, Moskau) sowie Luxemburg und Alexandra Kollontai (*Michail Brie*, Berlin, dieser war nicht angereist, hatte jedoch sein

Manuskript zu Protokoll gegeben.) befaßten sich Wissenschaftler aus Europa. *Peter Hudis* (Chikago) ging neuen Perspektiven in Rosa Luxemburgs Schriften über eine vorkapitalistische „non western world " nach. Hudis ist gemeinsam mit Kevin P. Anderson der Herausgeber der wichtigsten politischen und ökonomischen Schriften von Rosa Luxemburg in einem Sammelband in englischer Sprache, der 2004 in New York erschien. Diese Forschungsergebnisse wurden ebenso intensiv diskutiert wie die politikwissenschaftlich und ethnopolitisch angelegte historische Studie von *Gerd Kaiser* (Berlin), der neben einer Analyse des theoretischen Ansatzes zum Thema „nationaler Selbstbestimmung" und der politischen Exekution der nationalen Frage im Spannungsfeld zwischen Demokratie und Diktatur auch jüngste familien- wie parteigeschichtliche Forschungsergebnisse über politische Freunde Rosa Luxemburgs vorstellte.

Förderverein für Forschungen
zur Geschichte der Arbeiterbewegung
in Zusammenarbeit mit der Zentral- und Landesbibliothek Berlin

Einladung zur Diskussion

Das Buch von Götz Aly
„Hitlers Volksstaat" – die Lösung der Faschismusfrage?

Einleitung: Prof. Dr. Kurt Pätzold, Berlin

Am 08. Juni, 18.00 Uhr

Im Kleinen Säulensaal,
Zentral- und Landesbibliothek,
Breite Straße 36 in Berlin-Mitte

Die Journalisten Marx und Engels. Das Beispiel „Neue Rheinische Zeitung“

Renate Merkel-Melis

Zu diesem Thema veranstaltete der Berliner Verein zur Förderung der MEGA-Edition e.V. gemeinsam mit der MEGA-Arbeitsstelle an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, dem 1848er Arbeitskreis, der Marx-Gesellschaft Hamburg und Helle Panke e.V. Berlin am 26. und 27. November 2004 eine wissenschaftliche Konferenz. Etwa 40 Teilnehmer, darunter auch ausländische Gäste aus Amsterdam, Seoul, Venedig und Wien waren der Einladung gefolgt.

Das Engels-Zitat „Das Zeitungsschreiben ... ein fortlaufendes Räsonieren über Dinge, die man nicht gelernt hat“ als Ausgangspunkt nehmend, referierte eingangs *Jürgen Herres* (Berlin) über Karl Marx als politischer Journalist. Er legte Kriterien des Journalismus dar und gab einen Überblick über das journalistische Schaffen von Marx, bei dem er sechs Phasen unterschied. Der Journalismus spielte in Marx' Gesamtwerk eine eigenständige Rolle, die noch ungenügend beachtet wird.

Malcolm Sylvers (Venedig) behandelte am Fall der New American Cyclopedia Marx, Engels und die progressive Kultur in den USA in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Die NAC, die über 300 Mitarbeiter zählte und von der 1858–1863 16 Bände erschienen, besaß gegenüber den vorliegenden englischsprachigen Enzyklopädien einen eigenen Charakter. Marx' und Engels' Artikel wiesen eine Spezifik auf, die einen Vergleich lohnend macht und neue Interpretation erlaubt.

Marx als Wirtschaftsjournalist in den Jahren 1852–1862 war Gegenstand des Beitrags von *Michael Krätke* (Amsterdam). Er verwies auf die drei bevorzugten Themen: internationale Politik, ökonomische Verhältnisse, speziell Finanz- und Geldfragen, sowie Welthandel. Für Marx' Kritik der politischen Ökonomie war die journalistische Arbeit unverzichtbar.

Walter Schmidt (Berlin) leitete zu dem Schwerpunkt „Neue Rheinische Zeitung“ (NRhZ) über, die nun im Mittelpunkt der Konferenz stand. Er verfolgte die Berichterstattung des Blattes über die Verhandlungen der preußischen verfassunggebenden Versammlung von Anfang Juni bis Ende August 1848. Gegenüber den anderen beiden deutschen Volksvertretungen – der Frankfurter Nationalversammlung und dem Wiener Reichstag – genoß das Berliner Parlament in der Zeitung zunächst eine Vorzugsstellung: Obgleich von Anfang an nicht souverän und als „Vereinbarerversammlung“ charakterisiert, stand es realen politischen Gewalten gegenüber, der liberalen Regierung und der Konterrevolution, und die demokratische Linke war stärker als in Frankfurt. Den hohen Erwartungen der Redaktion in die Rolle der Versammlung für die Vertiefung des revolutionären Prozesses entsprach eine Vielzahl eigener Stellungnahmen und Analysen. Sie widerspiegeln die Auffassung von Marx und Engels über die Rolle parlamentarischer Institutionen im revolutionären

Prozeß, denen sie einen hohen Stellenwert beimaßen, wenngleich sie die Aktionen des revolutionären Volkes als letztlich entscheidend betrachteten. (Siehe Beitrag in diesem Heft)

Zur Edition der MEGA²-Bände I/7–I/9 referierte *François Melis* (Berlin), wobei er die Frage einer neuen Sicht auf die „Neue Rheinische Zeitung" stellte. Inhalt dieser MEGA-Bände sind über 580 Artikel von Marx und Engels. Im Ergebnis der Forschungen des Referenten nach dem Abschluß der Vorbereitungsarbeiten 1992 konnten die Autorschaft von Marx und Engels an Beiträgen nachgewiesen bzw. ausgeschlossen und ein annähernd vollständiges Exemplar der Zeitung zusammengestellt werden. Dabei wurde das Marxsche Redaktionsexemplar entdeckt. Neue Erkenntnisse gibt es zur Geschichte des Blattes und zum inneren Funktionsmechanismus seiner Herstellung. Anfang 2003 wurde das Projekt unter der Verantwortung von Jürgen Herres an der MEGA-Arbeitsstelle der BBAW angesiedelt. Aus der Spezifik, daß Marx und Engels verantwortliche Redakteure – Marx als „Rédacteur en chef" – und selbständige Herausgeber waren, das politische Programm jedoch von der gesamten Redaktion getragen wurde, ergab sich für die Edition Neuland: Besondere Aufmerksamkeit erfordert – im Unterschied zu bisherigen Werkausgaben – der Nachweis der Autorschaft für die Artikel von Marx und Engels, die fast ausschließlich anonym erschienen; problematisch werden der Nachweis und die editorische Wiedergabe der Eingriffe beider in Texte Dritter; ein weites Feld ist die Untersuchung von Verbreitung und Wirkung ihrer Artikel während der Revolution.

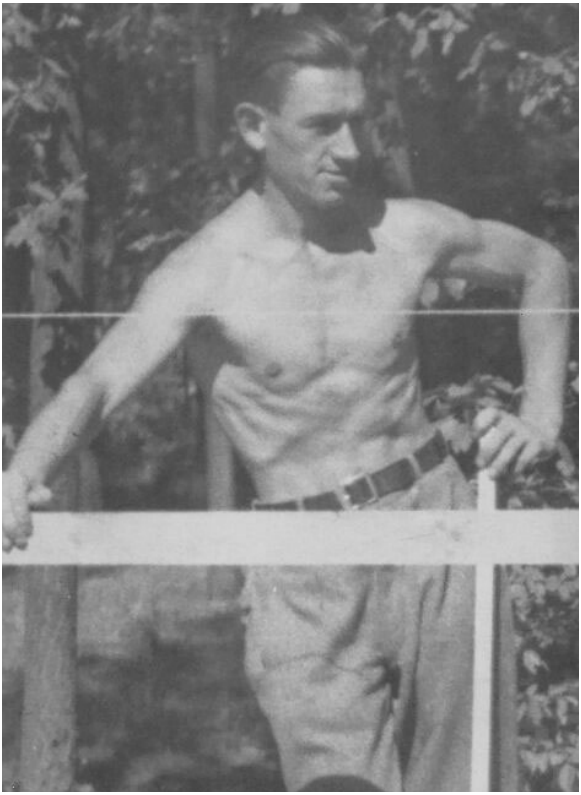
In lebendiger Form untersuchte *Kurt Wernicke* (Berlin) die Berichterstattung der NRhZ über die Berliner Revolutionsereignisse. Dabei warf er die Frage auf, ob die Aktionen der Berliner Demokraten von der Redaktion immer zutreffend bewertet wurden.

Ein Desiderat bisheriger Forschungen zur NRhZ bildet die Tätigkeit des Geschäftsführers Hermann Korff. Hierzu vermittelte *Erhard Kiehnbaum* (Greifswald) zu Tage geförderte Details aus dem Leben des Geranten, der eine hohe Allgemeinbildung, aber keinerlei kaufmännische Erfahrung besaß.

Die Rolle der NRhZ im journalistischen Spätwerk von Engels war Gegenstand des Beitrags von *Renate Merkel-Melis* (Berlin). Nach dem Tode von Marx bildete die Geschichte der frühen Arbeiterbewegung und der Revolution von 1848/49 zunächst einen Schwerpunkt in Engels' Publizistik. Die Rolle der NRhZ wurde durch den Wiederabdruck von darin erschienenen Arbeiten sowie durch entsprechende Artikel von Engels ins Bewußtsein gerufen. Dabei geriet das historische Detail mitunter unscharf – es ging ihm vor allem darum, durch die Vermittlung revolutionärer Traditionen die deutsche Sozialdemokratie bei ihrer Orientierung im Kampf gegen das Sozialistengesetz zu unterstützen.

Bernd Füllner (Düsseldorf) referierte darüber, wie das Werk von Heine – beispielsweise anhand von Verszeilen in Artikeln von Marx und Engels - in der Zeitung vielfachen Widerhall fand. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß die geistige Verwandtschaft mit Heine das ganze Herangehen von Marx stark prägte. Auch wurde ein Vergleich mit anderen Zeitungen angeregt.

Nun schon traditionsgemäß wurde im Rahmen der Veranstaltung der Rjazanov-Preis für junge Wissenschaftler verliehen, diesmal an Seijiro Kubo, Absolvent der Tohoku Universität, Sendai (Japan), und Assistent der MEGA-Gruppe, die den 2. Band des „Kapitals“ vorbereitet.



Jutta Seidel

Paul Nette:
»...daß mir weiter nichts fehlt als die Freiheit«

Eine Häftlingsbiographie in Briefen

Gefängnisbriefe 1934 bis 1944

In der Reihe der Edition Bodoni: Arbeiterbewegung: Forschungen · Analysen · Memoiren · Biografien

ISBN 3-929390-60-4

Diskussion

Der große Kohlenhaufen vor der Synagoge. Zu Bettina Völter: Judentum und Kommunismus. Deutsche Familiengeschichten in drei Generationen.

Verlag Leske & Budrich, Leverkusen 2003, 336 S.

Wolfgang Herzberg

Als gekürzte und überarbeitete Dissertation, mit der die Autorin an der TU Berlin im Jahr 2000 promovierte, stellt das Buch auf den ersten Blick eine außerordentlich differenzierte, materialreiche Dokumentation mit einem sehr anspruchsvollen, um methodisch-konzeptionelle Fundierung bemühten, stark mentalitätsgeschichtlich orientierten Interpretationsversuch von über 20 biographischen Interviews mit fünf jüdisch-deutschen Familien in drei Generationen dar. Diese waren nach 1945 in die entstehende DDR remigriert bzw. wurden dort in der zweiten und dritten Generation geboren. Die wichtigsten Interpretationsergebnisse der Autorin, die diese Interviews führte, lauten zusammenfassend:

1. Die Remigrantengeneration, zumeist aus sogenannten assimilierten deutsch-jüdischen Familien stammend, in der das religiöse Judentum nur noch eine marginale Rolle spielte, verdrängte, beschwieg oder tabuisierte überwiegend ihre einstige jüdische Herkunft sowie die tiefen Widersprüche zwischen ihren insbesondere in der Emigration sozialisierten linken Idealen und der politischen Wirklichkeit der DDR als erzwungene Folge ihrer „kommunistischen Orientierung". Die Verdrängung des Judentums, mit antisemitischen Momenten, wird ideologiegeschichtlich bereits auf die Frühschrift von Marx „Zur Judenfrage" zurückgeführt.
2. Seit den 80er Jahren, mit der Erosion und Auflösung des „antifaschistischen Diskurses" und der „kommunistischen Orientierung" erfolgte, mehr oder weniger in allen Generationen, insbesondere aber in der zweiten, eine widersprüchliche Rückbesinnung auf jüdische Kultur und Religion sowie eine zunehmend kommunismuskritische Auseinandersetzung, die in „latenten Botschaften" der Elterngeneration durchaus vorher schon vorhanden, aber bis heute, insbesondere durch die doppelten Verdrängungen, in den Familien nur sehr schwer kommunizierbar waren.
3. Insbesondere nach 1989 erfolgte ein Wandel „von der roten Assimilation zur Anerkennung der Differenz". Aus der Rückbesinnung auf die jüdische Herkunft, die „staatlicherseits und von seiten der jüdischen Kommunist/innen selbst zwar nicht in starkem Maße verleugnet, aber doch [...] subtil abgewertet und als wenig relevant für die eigenen Lebensgeschichten betrachtet" wurde, „erwuchsen [bei den

Nachkommen – W. H.] durchaus Ängste und Verunsicherungen, aber auch neue Sinngebung und gestärktes Selbstbewußtsein".

Obwohl diese Untersuchung zunächst also methodisch und empirisch differenziert erscheint, wirkt sie doch insgesamt auf den Rezensenten problematisch eindimensional und monokausal in den genannten Interpretationsmustern, welche die relativ wenigen Interviewzitate völlig überlagern und deshalb kaum beweiskräftig belegt sind. Die simplifizierenden Grunddeutungen werden bald klar und verstimmen erheblich. Keineswegs könnte behauptet werden, daß die oben genannten – und überhaupt nicht neuen Grundthesen – völlig ohne Realitätsgehalt wären. Aber da die spezielle wissenschaftliche Focussierung der Autorin, die auf ihrer (ihr sicher nicht vorzuwerfenden) teils westdeutschen, teils nicht-jüdischen Sozialisierung beruht, an keiner Stelle kritisch reflektiert wird, präjudiziert dieser Blickwinkel m. E. oft nur alte ideologische Delegitimierungsklischees einer z. T. vermessenen Außenansicht. Reflektierende Forschungsstimmen „von Innen", die bereits veröffentlichte Gegenpositionen darstellen würden, werden vollständig ausgeblendet. Aus meiner Binnensicht wurde damit leider nur ein weiteres geschichtliches Zerrbild bundesdeutscher Deutungshoheit nach 1989 reproduziert, das diese jüdisch-ostdeutschen Lebenserfahrungen im Kern eher abwertet, anstatt ihnen wirklich historisch gerecht zu werden.

Die Kernaussage der Untersuchung, daß die „rote Assimilation" dazu zwang, „jüdische Herkunft" subtil abzuwerten und „als wenig relevant für die eigenen Lebensgeschichten" zu betrachten, ist angesichts der Tatsache, daß bei allen untersuchten jüdischen Familien viele der nächsten Angehörigen durch die Nazis ermordet wurden, oder sie gerade noch der traumatischen Hölle entkamen, den oft steinigen Weg durch die Emigrationsländer gingen und nach 1945 ins zerstörte Nachkriegsdeutschland zurückkehrten, um an einer gesellschaftspolitischen Antwort auf den größten Völkermord aller Zeiten im zerstörten Nachkriegsdeutschland mitzuarbeiten, ungeheuerlich. Der Hauptdenk- und Wahrnehmungsfehler der Autorin besteht darin, daß sie nicht in der Lage ist zu erkennen, daß „jüdische Herkunft" im allgemeinen und für nicht mehr religiöse Juden (die noch dazu oft durch einen nichtjüdischen Elternteil gezeugt wurden) im besonderen kaum mehr für eine eindeutige Selbstdefinition infrage kam, noch dazu, wo die Rassentheorie der Nazis diese Zugehörigkeitszuschreibung – bei Juden und Nicht-Juden gleichermaßen – bis heute außerordentlich erschwert und umstritten gemacht hat.

Der entscheidende, überhaupt nicht vorurteilsfreie, weil antikommunistische „Knick in der Linse" aber besteht darin, daß V. jüdisch-ostdeutsche Lebens- und Familienerfahrungen vorwiegend auf ihre repressiv-defizitären Momente hin befragt und bewertet, nicht aber zugleich aufmerksam auch nach ihren entscheidenden, d. h. lebensbestimmenden emanzipatorisch-befördernden Momenten durchforscht.

Schon im Titel „Judentum und Kommunismus" und im Einband des Buches werden leider Anmaßung, Ungenauigkeit und Zerrbild deutlich. Ist dieser Haupttitel, der begrifflich nirgends definiert wurde (und auch schwerlich definierbar sein dürfte), bei der relativ schmalen Materialbasis und den wenigen davon verwendeten Zitaten, nicht entschieden ein paar Nummern zu groß geraten? „Deutsche

Familiengeschichten in drei Generationen"? Geht es nicht eigentlich nur um den Annäherungsversuch einer Westdeutschen an fünf jüdisch-deutsche Familienerfahrungen in drei Generationen aus der DDR?

Der große Kohlenhaufen vor der Synagoge in der Berliner Rykestraße (Einbandfoto) von 1988 soll wohl die tiefe Abwertung jüdischen Lebens in der DDR suggerieren. Wahr ist, daß dieser Tempel bald nach 1945 (!) und später aufwendig (wie andere Synagogen auch) restauriert und sehr schnell wieder eröffnet wurde, nachdem die Nazis daraus teilweise einen Pferdestall gemacht hatten.[1]

Sollte der Autorin wirklich entgangen sein, daß bereits im Zuge der bürgerlichen Emanzipation, mehr noch durch die Arbeiteremanzipationsbewegung im 19. Jh., auch ein starker Säkularisierungs- und Politisierungsprozeß einsetzte, der verständlicherweise auch die religiösen, z. T. noch gettoisierten Juden Europas erfaßte, die sich vor allem dadurch aus ethnischer, religiöser und sozialer Diskriminierung und Unterdrückung mühsam zu befreien versuchten? Ein Prozeß, der durch die Nazidiktatur nochmals, als Gegenbewegung, einen ganz entscheidenden internationalen Schub erhielt. Eine sozialistische Orientierung, die für ein menschenwürdiges Überleben eine ganz entscheidende Emanzipationsoption gerade auch für Juden darstellte, als „rote Assimilation" im Sinne der Distanzierung und Nivellierung von jüdischer Herkunft abzuwerten, versucht diese Geschichte wie in einer Kamera Obskura völlig auf den Kopf zu stellen. Wer kann sich, zudem nach Auschwitz und auch noch aus Deutschland kommend, anmaßen, jüdisches Leben in ein mehr oder weniger, richtiges (ethnisch-religiöses) oder falsches (rotes) Überleben einzuteilen, und sich eine Definitionsmacht anmaßen, die evaluiert, daß das „rote" jüdische Leben eigentlich das verfehlte war?

Natürlich wurden durch bürgerliche und sozialistische Emanzipationsbewegungen, quasi als Antithese (etwa auch bei Marx), überzogen-radikalistische Positionen deutlich, die durchaus wertvolle Momente jüdischer Geschichte, Ethnizität, Religion und Kultur unterschätzten, verdrängten und z. T. auch vernichteten. Dennoch erhielten gerade jüdische Familien in der sozialistischen Bewegung, auch in der DDR, Lebenschancen, von denen sie davor und danach kaum träumen konnten. Sie waren trotz temporärer Repressalien als Menschen insbesondere in der politischen und künstlerischen Aufbau- und späteren Reformgeneration der DDR oft außerordentlich gefragt, mehr noch: geistig konstitutiv. Dies einfach als „rote Assimilation" abzuwerten, in der „das Judentum" geopfert werden mußte, geht an den Lebenswirklichkeiten von Juden in der DDR vorbei. Im Gegenteil: Gerade ihre jüdische Herkunft und vielschichtige mentale Momente dieser jüdischen Herkunft und Kultur wirkten als unverzichtbare emanzipatorische Ressource und sogar vielfach als Schutz vor dogmatischen Repressionen, die keinesfalls verharmlost werden sollen. Das weiß jeder, der sich, von Innen her, in der DDR-Vor- und Verlaufsgeschichte bis 1989 einigermaßen auskennt und den konstitutiven, sicherlich

1 Allerdings wurde die Zentralheizung für die wöchentlichen Gottesdienste seitdem regelmäßig mit Kohlen beheizt, obwohl die DDR bekanntlich auch davon immer leider viel zu wenige hatte. So wird DDR-Realität bereits im Einband – wie schon im „Kalten Krieg", so leider auch hier – zu einem mit Vorurteilen beladenen Zerrbild.

widersprüchlichen Beitrag von jüdischen Familien darin realistisch zu würdigen vermag. Eine Würdigung, die allerdings bisher fast vollständig ausgeblieben ist.

In den 70er und 80er Jahren setzte, auch international, eine Renaissancebewegung gegenüber jüdischer Geschichte, Religion und Kultur ein. Und das hing weltweit nicht in erster Linie mit der angeblichen „Auflösung des antifaschistischen Diskurses" (der in Wirklichkeit als „antifaschistische Handlungsmaxime" zu bezeichnen wäre) sowie mit dem Zerfall der „kommunistischen Orientierung" und den damit zusammenhängenden Grundwerten zusammen. Vielmehr versuchte jetzt nicht nur die erste, sondern vor allem die zweite jüdische, wie auch nicht-jüdische Generation ihre spezielle Lebensproblematik, ihr zwiespältiges Generationsbewußtsein nach Auschwitz zu artikulieren und bis heute, bereits in der 3. Generation, künstlerisch und wissenschaftlich öffentlich zu verarbeiten, um sich ihrer besonderen Prägungen und Konflikte auf neue Weise bewußt zu werden. Vor allem aber: Haben sich die beiden existentiellen Identifikationswertesysteme Antifaschismus und Sozialismus bei den Interviewten um 1989 wirklich völlig aufgelöst und erledigt oder wurden und werden sie nicht vielmehr, oft im Widerstand gegen die dominante westliche Deutungshoheit, mühsam in eine neue Lebenswirklichkeit transformiert? Ersteres ist m. E. pures westliches Wunschdenken.

Die Hauptgefahr einer einseitigen, nur defizitorientierten Repressionsforschung und Repressionsdarstellung auch der jüdisch-ostdeutschen Geschichte besteht in der indirekten oder direkten Aufwertung und Apologetik repressiver Züge westdeutscher Nachkriegsgeschichte. Dies geschieht bei gleichzeitig diskriminierender Abwertung der zweifellos widersprüchlichen jüdischen Lebenserfahrungen und -leistungen in der DDR. Diese enthalten aber, trotz allem, für Gegenwart und Zukunft ein sehr wertvolles, durchaus transformierbares, emanzipatorisches Erbe, wie das aller Ostdeutschen. Das auszublenden oder auch nur geringzuschätzen, kommt nur den Ewiggestrigen zugute und mißdeutet aufs Neue auch jüdisches Leben in Deutschland, das eben auch außerhalb jüdischer Religionszugehörigkeit existierte und existiert.

Informationen

Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e. V.

1991 begründeten Archivare, Bibliothekare und Historiker aus dem Osten und dem Westen Deutschlands, unterstützt durch Kollegen aus dem Ausland, den „Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e. V." Sie wollten das Ihre tun, um den offenkundig gewordenen Gefährdungen zu begegnen, denen jene Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung ausgesetzt waren, die in der DDR entstanden waren.
Der Verein bezweckt entsprechend seiner Satzung
- die Unterstützung aller Bestrebungen, Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung geschlossen zu erhalten, sie systematisch zu ergänzen und der Öffentlichkeit zugängig zu machen;
- die Pflege des kulturellen Erbes, speziell der Arbeiterbewegung, sowie die Förderung der nationalen und internationalen Wissenschafts- und Kulturbeziehungen;
- Öffentlichkeitsarbeit zur Förderung der Vereinszwecke und die Verbreitung von Arbeitsergebnissen aus Archiven und Bibliotheken;
- die Interessenvertretung seiner Mitglieder als Nutzer einschlägiger Archive und Bibliotheken.

Nach kurzer Zeit zählte der Förderkreis über 200 Mitglieder, unter ihnen Depositare, Wissenschaftler, Archivare und Bibliothekare aus zahlreichen europäischen und außereuropäischen Staaten. Der Förderkreis schaltete sich in die Auseinandersetzungen um die Herausbildung neuer Strukturen im Archiv- und Bibliothekswesen ein. Er war bemüht, die staatlichen und gesellschaftlichen Verantwortungsträger in die Pflicht zu nehmen, berechtigte Anliegen von Einbringern und Mitarbeitern der betroffenen Archive und Bibliotheken zur Geltung zu bringen und Interessen von Forschern und Publizisten zu vertreten. Zugleich begann der Verein mit Öffentlichkeitsarbeit, durch die Herausgabe von „Mitteilungen des Förderkreises" und bald auch durch eine gemeinsam mit der Johannes-Sassenbach-Gesellschaft und der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv eröffneten Vortragsreihe.
Der Förderkreis ist Mitglied der International Conference of Labour and Social History und der International Association of Labour History Institutions.

Seit 1992 gibt der Verein zweimal im Jahr *„Mitteilungen des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung"* heraus (Herausgeber: Prof. Dr. Günter Benser, Redaktion: Dr. Rainer Holze, Kurt Metschies). Sie informieren vor allem

über einschlägige Archive und Bibliotheken des In- und Auslands, über Findhilfsmittel, über Tagungen und Konferenzen, über Erträge der gemeinsam mit der Johannes-Sassenbach-Gesellschaft e. V. und der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO/BArch) veranstalteten Vortragsreihe sowie über neuere Literatur.

Aus dem Inhalt der Jahrgänge 2003 bis 2005:
Archive und Bibliotheken
Neuzugänge in den Beständen der SAPMO(BArch)
Deutsches Rundfunkarchiv, Standort Babelsberg
Dokumentationszentrum Alltagskultur der DDR in Eisenhüttenstadt
Schweizerisches Sozialarchiv in Zürich
Bibliothek des Sejm, Abteilung Sammlungen zur Sozialgeschichte

Übersichten und Findbücher
Findhilfsmittel von Archiven der neuen Bundesländer (bereits in zwanzig Folgen)
Wegweiser zu Bibliotheken und Archiven der neuen sozialen Bewegungen
Deutsche Fragen im Politbüro der KPdSU

Berichte
Über die Konferenzen der ITH (International Conference of Labour and Social History), der IALHI (International Association of Labour History Institutions) und die Tagungen des Kuratoriums der SAPMO BArch

Vorträge
Autorreferate der gemeinsamen Vortragsreihe der SAPMO BArch, des Förderkreises und der Johannes-Sassenbach-Gesellschaft

Die Mitteilungen des Förderkreises sind kein Gegenstand des Buchhandels. Sie werden an Vereinsmitglieder kostenlos abgegeben. Die Schutzgebühr für sonstige Bezieher beträgt 3 Euro für ein Heft zuzüglich Versandgebühr. Möglich sind Abonnements wie auch die Bestellung einzelner Hefte.

Anschrift: Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e. V., Finckensteinallee 63, D-12205 Berlin.
% Prof. Dr. Günter Benser, Baikalstr. 15, D-10319 Berlin.
E-mail: prof.benser@aol.com
Fax: % Johannes-Sassenbach-Gesellschaft e. V. 04930 8331033

Verrat? Fakten - Fiktionen - Folgen in der Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts. Teil III

Am 7./8. Oktober 2005 führt die Berliner bundesweite Rosa-Luxemburg-Stiftung zusammen mit dem Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung die *dritte und abschließende* Diskussionsrunde zum genannten Thema durch.[1]
In einführenden Vorträgen soll eine Gesamtsicht auf das Thema versucht und dabei insbesondere auf die Folgen der Verratsthese für die Arbeiterbewegung insgesamt und ihres kommunistischen Teils im einzelnen eingegangen werden.
Unter ereignis- und organisationsgeschichtlichen Fragestellungen sollten - neben einigen die historische Phase 1914-1945 betreffenden ergänzenden Kurzbeiträgen - dieses Mal besonders die Jahre 1945-1990 den Gegenstand der Analyse und Diskussion bilden.
Die Diskussion um die ethische und kulturhistorische Dimension der „Verrats"-These sollte sich auf die Figur des „Verräters" in Literatur, Film und bildender Kunst, die im Exil und nach 1945 mit der Arbeiterbewegung verbunden waren, konzentrieren.
Bei beiden Schwerpunkten wird auch dieses Mal die internationale Sicht einbezogen.
Die Materialien aller drei Diskussionsrunden sollen Ende 2006 publiziert.

Die Tagung findet in Berlin in den Räumen der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1, Konferenzsaal, statt.

Für Auskünfte und Anmeldung von Beiträgen stehen zur Verfügung:
Für die Rosa-Luxemburg-Stiftung Dr. Jörn Schütrumpf, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Tel. 030/44 310 123/172, schuetrumpf@rosalux.de.
Für den Förderverein: Dr. Simone Barck, Große Hamburger Straße 31, 10115 Berlin, Tel./Fax 030/28 57 881, barck@zzf-pdm.de, und Dr. Ulla Plener, Berolinastr. 12, 10178 Berlin, u.plener@web.de.

1 Siehe JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung H. II/2003, S. 187-189 und Heft II/2004, S.17.

Rezensionen

Ursula Reuter: Paul Singer (1844 – 1911). Eine politische Biographie (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 138, hrsg. von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien), Droste Verlag, Düsseldorf 2004, 674 S.

Kaum ein zweiter bedeutender Führer der sozialdemokratischen Bewegung der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg ist von der deutschen wie auch internationalen Historiographie so stiefmütterlich behandelt worden wie Paul Singer, obwohl er der populärste Berliner Arbeiterführer in den Jahren 1884 bis 1911, zwei Jahrzehnte Kovorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Mitschöpfer sozialdemokratischer Kommunalpolitik in Theorie und Praxis sowie ein herausragender Parlamentarier war. In dem knappen Jahrhundert seit seinem Tode erschien nur 1957 eine broschierte Dokumentation nebst biographischer Einleitung, und es wurden zwei leider ungedruckt gebliebene Dissertationen mit Teilbiographien in der DDR verteidigt (Heinrich Gemkow, Berlin 1959; Wilfried Henze, Berlin 1987). Ferner sind eine biographische Dissertation in Moskau (André Klautzsch, 1993) sowie ergänzend einige Aufsätze in Ost wie West zu verzeichnen. Doch blieb der „dicke Paul“, wie sein Duzfreund Friedrich Engels ihn in Briefen humorvoll bezeichnete, historiographisch stets im Schatten seiner engsten Kampfgefährten August Bebel und Wilhelm Liebknecht. Diesem beklagenswerten Zustand hat nun die junge Kölner Historikerin R. mit einer umfangreichen Dissertation ein Ende bereitet und das – um es gleich zu sagen – mit einer hinsichtlich Quellenbasis, Informationsdichte, Gediegenheit und gefälligem Stil bravourösen Leistung.

Den Verlust des Singer-Nachlasses hat die Autorin – wie das Quellen- und Literaturverzeichnis (S.626-666) ausweist – durch immense jahrelange Recherchen in einigen Dutzend Archiven und Bibliotheken auszugleichen vermocht und dabei sogar etwa 300 verstreute Briefe von Singers Hand auftreiben können. Trotz der im Untertitel enthaltenen Einschränkung vermittelt sie dem Leser ein außerordentlich vielseitiges Bild der reichen Persönlichkeit Singers als jüdischer Unternehmer, als sozialer Philanthrop und politischer Mäzen, als Zeitungs- und Verlagsgründer oder -förderer sowie als Freund und politischer Schüler von Bebel und Liebknecht. Im Mittelpunkt der Darstellung aber steht selbstverständlich der Arbeiterführer und hervorragende Parlamentarier sowie der in vielen Ämtern geforderte sozialdemokratische Funktionär, der nach der Revisionismusdebatte alles in allem „eine Stütze der Radikalen“ (S.359), der Linken war.

R. verknüpft Singers Lebensweg – in allen seinen Phasen – organisch mit dem internationalen, nationalen wie lokalen gesellschaftlichen Hintergrund. Sie gliedert die gewaltige Stoffmenge in sieben chronologisch geordnete Kapitel nebst Einleitung (S.13-23) und einer knappen Zusammenfassung (S.593-598). Ein umfangreicher Anhang (etwa 70 Kurzbiographien von Singer nahestehenden Personen, ein Verzeichnis der Berliner

sozialdemokratischen Stadtverordneten von 1884 bis 1910, das Quellen- und Literaturverzeichnis sowie ein Namensregister) schließt sich an (S.601-674).

Im ersten, den Zeitraum 1844 bis 1878 erfassenden Kapitel wird nach Herkunft, Kindheit und Jugendzeit Singers seine folgerichtige Entwicklung vom bürgerlichen Demokraten aus dem Kreis um Johann Jacoby zum Mitglied der 1869 gegründeten SDAP nachgezeichnet – ein damals für nicht wenige aus kaufmännischen oder intellektuellen Berufen kommende konsequente Demokraten typischer politischer Weg. Insofern möchte ich die Kennzeichnung Singers als „Quereinsteiger" in die Arbeiterbewegung (S.595 und Klappentext) in Frage stellen.

In den folgenden zwei Kapiteln, die die Jahre 1875 bis 1884 bzw. 1884 bis 1890 behandeln, schildert die Autorin Singers schrittweises Hineinwachsen in die politische Öffentlichkeit als auch in die sowohl illegale wie auch die – im Zusammenhang mit seiner Wahl in die Berliner Stadtverordnetenversammlung (1883) und den Reichstag (1884) – parlamentarische Arbeit. In beiden Gremien wirkte er bis zu seinem Tode als Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktionen.

Der große Umfang des Buches macht es dem Rezensenten natürlich unmöglich, den Inhalt zu referieren. Er beschränkt sich darauf, auf jene Komplexe hinzuweisen, die einen besonders hohen wissenschaftlichen Neuwert enthalten. Das betrifft – chronologisch gesehen – zunächst Singers 1869 beginnende und bis zu seinem Lebensende währende leitende humanitäre Mitarbeit im Berliner Asylverein für Obdachlose.

Das betrifft ferner und vor allem Singers Tätigkeit als Kommunalpolitiker, der die Autorin mit Recht ein eigenes, das 6. Kapitel widmet. In der sozialdemokratischen Kommunalpolitik leistete Singer – wie R. nachweist – Pionierarbeit. Im Detail geht sie u. a. auf Singers Bemühen um die Kommunalisierung städtischer Versorgungsbetriebe ein, um damit „neue städtische Einnahmequellen zu erschließen, mit denen wiederum sozialpolitisch sinnvolle Einrichtungen subventioniert und die kommunale Steuerlast gesenkt werden sollten" (S.543). Wie aktuell als Mahnung!

Ausführlich beschäftigt sich R. mit der infamen antisemitischen Hetze, der Singer – wie kein zweiter führender Sozialdemokrat in diesem Ausmaß – über Jahrzehnte ausgesetzt war und der er, des moralischen Rückhalts seitens der Berliner Sozialisten sicher, vor allem mit politischen Mitteln entgegentrat. Schließlich vermittelt die Autorin in den Kapiteln 4 und 5 ein überaus detailliertes und vielfältiges Bild von der Tätigkeit des Parteiführers Singer – sei es im Parteivorstand, als zweifacher Fraktionschef oder auf internationaler Ebene. Erstmals für den Zeitraum nach 1890 stellt sie alle Aspekte von Singers öffentlichem Wirken vor: den mitreißenden Redner in Arbeiter- und Volksversammlungen, den erfahrenen Organisator und Taktiker an der Spitze der zur Massenpartei gewordenen deutschen Sozialdemokratie, den konsequenten Verteidiger der marxistischen Grundpositionen der Partei, den engagierten Interessenvertreter der sozial wie politisch entrechteten Volksmassen, den leidenschaftlichen Gegner des preußisch-deutschen Militarismus und Fürsprecher

friedlicher Völkerverständigung auf den Kongressen der II. Internationale.
Treffend schreibt R.: „Die wichtigste politische Leitfigur Paul Singers war zweifellos August Bebel“ (S.596). Der seit 1989 vorliegenden, unter Leitung von Ursula Herrmann und Volker Emmrich erarbeiteten Bebel-Biographie hat sie mit ihrer Singer gewidmeten Biographie ein ebenbürtiges Pendant an die Seite gestellt. *Heinrich Gemkow*

Mensch sein, das heißt... Rosa Luxemburg und ihre Freunde in Geschichte und Gegenwart. Internationales Kolloquium anläßlich des 70. Geburtstages von Prof. Dr. Annelies Laschitza (Pankower Vorträge, Heft 69/1,2, hrsg. von Rainer Holze und Eckhard Müller), Berlin 2004, 63 S.

Wenn man die Laudatio auf die Jubilarin von Hartmut Henicke und ihren eigenen Vortrag mitzählt, liegen 13 Beiträge vor. Sie würdigen Rosa Luxemburg und zugleich die Historikerin Annelies Laschitza, deren Lebensleistung dem Leben und Werk Rosa Luxemburgs vor allem galt. Sehr zu recht zitiert die Laudatio abschließend den Satz, der ganz am Ende der Luxemburg-Biographie von 1996 steht und – bei gebotener Differenzierung – durchaus für beide gelten kann: „eine beeindruckende Frau, für die zu einer Persönlichkeit Talent, Charakter, Individualität und eine feste Weltanschauung“ gehören.
Für diese treffende Einschätzung sprechen alle Beiträge, vor allem auch L.s Skizze „Rosa Luxemburg, Karl und Sophie Liebknecht“, mit der sie erste Einblicke in eine entstehende neue Liebknecht-Biographie gibt. Sie konstatiert, daß Karl Liebknecht „zu sehr in den Hintergrund biographischen Interesses und Streits gerückt“, „in den Schatten Rosa Luxemburgs geraten ist“. Allein schon ihre Bemerkungen über das genaue Verhältnis zwischen beiden, über das Schicksal der Liebknecht-Familie in der Sowjetunion, in der Emigration, über die heutigen intensiven Kontakte mit ihr, der Hinweis auf die bislang völlig vernachlässigten philosophisch-historischen und philosophischen Studien Liebknechts, schließlich auch die kritische und selbstkritische Haltung zu bisherigen Auffassungen lassen die sichere Erwartung zu, aus der historisch-biographisch erfahrenen und überaus berufenen Feder L.s bald eine allseitig fundierte und sicher gut lesbare Liebknecht-Biographie in Händen zu haben. Ein sehr notwendiges Vorhaben, zu dem alle der mehr als hundert Teilnehmer des Kolloquiums Erfolg wünschten.
Die Beiträge sind natürlich unterschiedlich geraten. Alle sind von Hochachtung vor der Jubilarin, ihrer internationalen Reputation getragen: Felix Tych (Warschau) mit einem anregenden Beitrag über Rosas langjährigen Gefährten Leo Jogiches, hier vor allem mit Bedauern über dessen bisher noch immer fehlende Biographie; der leider inzwischen verstorbene Gilbert Badia (Paris) über Clara Zetkins Beziehungen zu Rosa in Paris und ab 1899; Jakow Drabkin (Moskau) mit einem Appell, den jetzt „freie(n) ungehemmten Diskurs“ weiter und konkreter zu führen. Schließlich benutzte Narihiko Ito (Tokio) das Forum, um ganz konkrete Fragen an das sachkundige Publikum zu richten, mit dem Ziel,

die japanische Rosa-Luxemburg-Werkausgabe voranzubringen.

Die Thematik der deutschen Kollegen und Mitstreiter war weit gespannt: Ursula Herrmann referiert über „August Bebel und Rosa Luxemburg. Miteinander und Widerstreit im Ringen um eine revolutionäre sozialistische Partei", konzentriert auf die Jahre 1898/99, 1905 und 1910/11, bekanntlich Abschnitte grundsätzlicher Übereinstimmung und Widersprüche zwischen den beiden großen Sozialisten. Als „Antipoden und Leidensgenossen" beschreibt Till Schelz-Brandenburg das Verhältnis Rosa Luxemburg – Eduard Bernstein, ein überaus kenntnisreicher und, was die Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung allgemein angeht, weiterführender Aufsatz, denn „die Frage nach Einfluß und Grenzen der einzelnen Persönlichkeit wahrscheinlich [ist hier] noch weniger gelöst" als in anderen Themenbereichen. Mit seiner Auffassung, daß es „eines Abschieds von der gerade bei Luxemburg und Bernstein noch immer virulenten Tendenz bedarf, sie als Sinnstifter in aktuellen politischen Auseinandersetzungen anzusehen" (Heft 69/2, S.20-21), trifft der Autor sicher auf das analoge Bestreben L.s. Jutta Seidel skizziert Rosas Berührungen mit Jean Jaurès und damit zur französischen Arbeiterbewegung. Einen interessanten Aspekt fügt Erhard Hexelschneider mit seinen Forschungen über Rosa und Wladimir Korolenko dem Kolloquium hinzu; bekanntlich übersetzte Rosa Luxemburg 1918 Korolenkos „Geschichte meines Zeitgenossen", zugleich ein Aufsatz über Rosas intensive Kenntnis russischer Literatur. Unter dem Titel „Ernüchterung und Zuversicht. Beobachtungen in zerfahrener Zeit" behandelt Holger Politt, anknüpfend an Rosas Dissertation über „Die industrielle Entwicklung Polens", die Wirkungsgeschichte ihrer Auffassungen und verbindet dies mit Reflexionen über heutige Entwicklungen in Polen.

„Etwas marginal", so Erwin Lewin, indessen nicht uninteressant, weithin Unbekanntes ausbreitend, stellt er „eine kaum bekannte Biografie" vor: „Zum Wirken des albanischen Revolutionärs Koco Tashko (1899–1984)". Er beschreibt den Einfluß Luxemburgischer Ideen auf einen Kommunisten in einem scheinbar fern liegenden Aktionsfeld. Schließlich zeigt der unermüdliche Detail-Forscher Ottokar Luban an fünf aktuellen Beispielen aus seinen Archivstudien „Neue erschlossene Archivalien und verbleibende Forschungsdesiderate zu Rosa Luxemburgs letztem Lebensabschnitt (1915–1919)" und erklärt, daß „für die Rosa-Luxemburg-Forschung noch einige wichtige Fragen offen (sind), die es zu beantworten gilt", darunter: „Rosa Luxemburgs Kritik an der Politik der Bolschewiki" und „die Überradikalisierung Rosa Luxemburgs (November 1918–15. Januar 1919)". Dazu gab das Kolloquium manche Anregung.

Es ist den Hrsg. zu danken, daß sie im Auftrag der „Hellen Panke e.V." das Kolloquium sorgfältig und vollständig dokumentiert haben. Kleine Fehler sind zu entschuldigen (Heft 69/2, S.25, 47, 54, 60). Bedauerlich allerdings die Datierung der Reichstagsrede Clara Zetkins auf den 30. Januar 1932, anstatt auf den 30. August (Heft 69/1, S.52). Zu beachten, nicht nur für Historiographiehistoriker, das Werkverzeichnis der Jubilarin.

Ingo Materna

Tobias Kaiser/Steffen Kaudelka/ Matthias Steinbach (Hrsg.): Historisches Denken und gesellschaftlicher Wandel. Studien zwischen Kaiserreich und deutscher Zweistaatlichkeit, Metropol Verlag, Berlin 2004, 318 S.
Jürgen Elvert/Susanne Krauß (Hrsg.): Historische Debatten und Kontroversen im 19. und 20. Jahrhundert. Jubiläumstagung der Ranke-Gesellschaft in Essen 2001, Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2003, 286 S.

Die beiden Titel sind im Rahmen der Diskussion zu orten, die 1998 auf dem „Deutschen Historikertag" in Frankfurt a. M. ausbrach. Es ging um die nazistischen Ursprünge der Geschichtswissenschaft der Alt-BRD. Der Nazismus verstorbener Gründerväter und Leitgestalten wurde von jüngeren Historikern quellenkritisch aufgedeckt. Da dies gegen den Willen der längst etablierten und zumeist schon ergrauten Schüler jener Gründerväter geschah, die in Nachfolge ihrer Lehrer gleichfalls dazu geschwiegen hatten, lautete die Überschrift eines Berichts: „Schuldige Väter, milde Söhne, strenge Enkel". Bald schalteten sich aber Historiker der Führungsgeneration in die kontroversen Diskussionen ein. Ihre Absicht, die Interessen der „milden Söhne" wahrzunehmen und die Kritik der „strengen Enkel" vom fortissimo in moderato überzuleiten, war nicht zu verkennen. Dafür ist der voluminöse Interviewband „Versäumte Fragen. Deutsche Historiker im Schatten des Nationalsozialismus" charakteristisch.[1] Der Bd. der Ranke-Gesellschaft befindet sich hierzu infolge von zwei zentralen Beiträgen in einer faktischen Nachfolge.

Auf die Jenenser Veröffentlichung, die auf den Ergebnissen einer Tagung aus Anlaß des 100. Geburtstages des Historikers Karl Griewank beruht, trifft das aber keineswegs zu. So nennt sich der 1. Teil dieser Publikation „Karl Griewank und die Jenaer Geschichtswissenschaft", wobei auch Hugo Preller, Friedrich Schneider sowie Erich Maschke in das Blickfeld der Autoren rücken. Generell gehen sie der Frage nach, ob und in welchem Maße bei diesen Historikern nazistische Einflüsse und Aktivitäten festzustellen sind. Selbst Griewank gerät hierbei ins Visier. Andererseits werden seine Stellung in der DDR und – im Zusammenhang mit ihm – der Begriff „bürgerlicher Historiker" kritisch und unter sachlicher und primär positiver Auswertung der entsprechenden Arbeiten von Walter Schmidt, Karl-Heinz Noack sowie anderen Historikern der DDR erörtert.
Im 2. Teil „Wissenschaft und Politik" wird diese Kritik unter erweiterten Aspekten fortgesetzt. Peter Schöttler, der schon mehrere Jahre vor dem Frankfurter Historikertag und dann auf diesem

1 Rüdiger Hohls, Konrad H. Jarausch (Hrsg.): Versäumte Fragen. Deutsche Historiker im Schatten des Nationalsozialismus, Stuttgart 2000. Siehe dazu: Werner Berthold: Von Bochum 1990 nach Frankfurt a. M 1998 – Über das Verhältnis der Geschichtswissenschaft der Alt-BRD zur Geschichtswissenschaft der Ex-DDR, in: Alfred Loesdau/Helmut Meier (Hrsg.): Zur Geschichte der Historiographie nach 1945, trafo verlag dr. wolfgang weist, Berlin 2001, S.33-60; Ders.: Postfaschistische Historiker der Alt-BRD und antifaschistische Historiker der Ex-DDR in totalitaristisch-egalisierender Sicht, in: Manfred Weißbecker (Hrsg.): Geschichtsschreibung in der DDR. Rück-Sichten auf Forschungen zum 19. Jahrhundert und zur ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Jena 2001, S.225-246.

für Offenlegen der Dominanz des Nazismus in der „deutschen Historikerzunft“ und des kontinuierlichen Fortwirkens ihrer führenden Vertreter in der BRD eingetreten war, kommt hinsichtlich des Bd. „Versäumte Fragen“ zu dem Urteil, dieser diene primär „der Rückgewinnung einer verlorenen Unschuld“. Der von Hans-Ulrich Wehler gegenüber seinem postnazistischen Lehrer Theodor Schieder und seinesgleichen empfohlene „schmerzliche Spagat“ – Kritik des Nazismus vor und Bewunderung des Werkes nach 1945 – habe sich in eine „Relativierung“ der Kritik verwandelt. Neben Beiträgen über den Nazismus Hermann Heimpels (Klaus P. Sommer) und über „Deutsche Neuzeithistoriker vor und nach 1945“ – Werner Conze, Gunther Ipsen, Werner Markert und Hans Freyer (Thomas Etzemüller) – ist ein Beitrag über „Gerhard Ritter und die ‚Verwestlichung’ der deutschen Historiografie seit 1945" (Christoph Cornelissen) auch deshalb besonders hervorzuheben, da sein Verfasser eine umfassende Biographie Ritters veröffentlichte, in der er die Urteile über diesen, die in der DDR schon in den 50er Jahren getroffen worden waren, weitgehend bestätigte. Allerdings verwundert Ritters Aufnahme in diesen Teil des Buches. Galt er doch im Prinzip als ein entschiedener Gegner Hitlers, was ihn aber nicht daran hinderte, die Jagd der Gestapo auf kommunistische Widerstandskämpfer und deren Hinrichtung zu befürworten. Sein fortgesetzter Kampf gegen den Marxismus nach 1945 sowie seine Auseinandersetzung mit der französischen Annalesschule und analogen Richtungen der Geschichtsschreibung infolge der Meinung, sie würden dessen Einfluß unterliegen, spielen auch hier eine wesentliche Rolle.

Der 3. Teil enthält unter dem Titel „Vergleiche und Längsschnitte“ interessante Untersuchungen über „Das Frankreich-Werk Hedwig Hintzes in der Weimarer Republik“ (Steffen Kaudelka), über „Kulturgeschichtsschreibung in Deutschland und Rußland im Vergleich – Karl Lamprecht und Pavel Miljukov“ (Thomas M. Bohn) sowie über „Transdisziplinarität in den historischen Kulturwissenschaften“ (Stefan Haas). Auch hier werden Titel von Historikern der Ex-DDR wie Karl Czok, Gerald Diesener, Monika Gibas und Hans Schleier belegend und zustimmend zitiert.

Die Veröffentlichung der Rankegesellschaft fällt angesichts der Ausführungen von Michael Salewski und Wolfgang J. Mommsen im Streit um Schieder und seinesgleichen potenziert unter die Kritik Schöttlers. Mommsen markiert schon im Titel seines Aufsatzes: „Gestürzte Denkmäler? Die ‚Fälle’ Aubin, Conze, Erdmann und Schieder“ durch das Fragezeichen und Anführungsstriche seine Kritik der Kritiker. Auch in der Darstellung findet sich dieses Bezweifeln in abgestufter Subtilität. Sein Beitrag wird chronologisch in eine historische Abfolge von „Debatten und Kontroversen“ eingefügt, deren Analysen z. T. einen hohen Rang aufweisen. Nach einer Einführung (Jürgen Elvert) finden sich nach einer Untersuchung über Ranke und seine Kritiker (Ulrich Muhlack) Analysen der Kontroverse zwischen Heinrich von Sybel und Julius Ficker (Thomas Brechenmacher), über eine These von Pirenne (Carl A. Lückenrath), die „Historikerschlacht“ um den Rhein (Klaus

Pabst), Gerhard Ritter und das „Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschland“ (Klaus Schwabe), die „Fälle“ Aubin, Conze, Erdmann und Schieder (W. J. Mommsen), den Nationalsozialismus als Problem deutscher Geschichtswissenschaft nach 1945 (Imanuel Geiss), Historiker-Kontroversen in Österreich 1945–55 (G. C. B. Waldenegg und Michael Gehler), die „Präventivkriegsdebatte“ über den 22. Juni 1941 (Bernd Wegner und Rainer F. Schmidt), die Interpretation der Weimarer Wirtschaft (Albrecht Ritschl), virtuelle oder reale Geschichte (Hubert Kiesewetter) sowie über Moderne versus Postmoderne (Birgit Aschmann).

Bis auf W. J. Mommsen behandeln die Autoren die Auseinandersetzungen über theoretische, methodologische und methodische Fragen oder um Interpretationen historischer Ereignisse und Entwicklungen. Die Begrenzung der Rezension verwehrt, darauf einzugehen. W. J. Mommsen ist dagegen bemüht, den aufgedeckten Nazismus führender Historiker der Alt-BRD und die Kritik seines jahrzehntelangen Ver- und Umschweigens mit Distanz und subtilen Vorbehalten zu schildern. Nicht ihm, sondern den Hrsg. des Bd. ist anzulasten, daß die Einfügung seines Beitrags in die übrigen deplaziert ist und der Aufsatz die Funktion einer bagatellisierenden und apologetischen Scheinhistorisierung des Nazismus jener Historiker der Alt-BRD erfüllt. Im Gegensatz dazu hatte aber Hans Mommsen deren historiographischen Nazismus schon 1998 entschieden verurteilt.

Auch der Beitrag Salewskis „Über die Ranke-Gesellschaft und ein halbes Jahrhundert“ ist in dieser Folge deplaziert; denn er hat den Charakter einer panegyrischen Festansprache. In der Stellungnahme zur Thematik W. J. Mommsens verzichtet er aber auf kritische Subtilität. Vielmehr wendet er sich vehement gegen die Kritik der „jungen wilden Historiker von heute“, denen Schieder und viele andere als „braun“ gelten. Salewski bestreitet dies gar nicht. Vielmehr stellt er fest, daß die wenigen Historiker, „die nie braun waren“, die deutsche, d. h. die bundesdeutsche, Geschichtswissenschaft „nach 1945 nur zum Teil aufgebaut“ haben. Damit gilt sie ihm ganz überwiegend als Werk der Nazi-Historiker. So kraß ist dies von keinem Historiker der DDR je formuliert worden.

Die völlige Ignoranz der Tatsache, daß in Kenntnis des Zustandes, den Salewski schildert, marxistische Historiker wie Ernst Engelberg, Jürgen Kuczynski, Walter Markov, Alfred Meusel, Leo Stern u. a., die den Faschismus seit Anbeginn entschieden bekämpft hatten, mit ihren Schülern und nichtmarxistischen Kollegen eine neue Geschichtswissenschaft begründeten, zeugt von einem Defizit an Historizität und entspricht dem antimarxistischen Dogmatismus der Ranke-Gesellschaft, den Salewski erneut verkündet. Dieser äußert sich auch darin, daß im Gegensatz zum Jenenser Bd. kein Historiker der DDR auch nur kritisch erwähnt wird. Diese Ignoranz fand sich aber nicht bei Karl Dietrich Erdmann, dessen mutige Haltung gegenüber dem nazistischen Antisemitismus 1938 übrigens bei W. J. Mommsen unerwähnt bleibt. Sie kann auch keineswegs für diesen und viele andere namhafte Historiker der BRD gelten, die nicht nur den

Dialog mit ihren marxistischen Kollegen der DDR führten, sondern auch mit ihnen kooperierten. Ernst Schulin, der hier u. a. hervorzuheben ist, faßte eine Erkenntnis, die er in diesem Zusammenwirken gewonnen hatte, 1988 in die Worte: „Verständnis für den anderen zu gewinnen oder von Problemerkenntnissen zu erfahren, die einem selber nicht möglich waren, warum sollte das manchmal nicht sogar lebenswichtig sein, also die Lebenschancen in unserer Welt verbessern." Seine marxistischen Partner stimmten ihm hierin vollkommen zu. *Werner Berthold*

Robert C. Allen: Farm to Factory. A Reinterpretation of the Soviet Industrial Revolution, Princeton University Press, Princeton, Oxford 2003, XV, 302 S.
Julie Hessler: A Social History of Soviet Trade. Trade Policy, Retail Practices, and Consumption, 1917-1953, Princeton University Press, Princeton, Oxford 2004, XVI, 366 S., Abb.

Beide Autoren haben jeweils eine Wirtschaftsgeschichte vorgelegt, die unterschiedlicher nicht sein könnten. A., Professor für Wirtschaftsgeschichte in Oxford, der für dieses Projekt erst Russisch gelernt hat und mehr in der Ökonomie als in der Geschichte Rußlands beheimatet ist, betreibt „harte" Wirtschaftsgeschichte mit dem Taschenrechner und geht, vorsichtig formuliert, sehr unbefangen mit Phänomenen wie der Kollektivierung, Hungersnöten und dem Zweiten Weltkrieg um. H. ist ausgebildete Osteuropahistorikerin, hat mit diesem Werk bei Sheila Fitzpatrick in Chicago promoviert und will eine „softe" Wirtschaftsgeschichte im Sinne der Birmingham-Schule schreiben: Sie nimmt bei den Wirtschaftsdaten nur den Anfang, um dann zur Sozial-, Institutionen- und Politikgeschichte vorzustoßen.
A. nennt sein Buch einen „Nachruf" (S.1) auf die Sowjetunion. Die Frage, die ihn zu dieser Forschungssynthese verleitet hat, lautet, ob die sowjetische Wirtschaft tatsächlich so schlecht wie ihr Ruf gewesen sei. Um das zu beantworten, geht er einen für einen Historiker einigermaßen unkonventionellen Weg: In Simulationsmodellen (47 Seiten Appendix) berechnet er, was gewesen wäre, wenn es weder Oktoberrevolution, noch forcierte Industrialisierung, noch Kollektivierung gegeben hätte. Während es dem Historiker bei einer solchen contrafaktischen Geschichtsschreibung eher graust, merkt man dem Buch an, mit wieviel Enthusiasmus und unbekümmerter Freude A. ans Werk gegangen ist. Er arbeitet auf der Makroebene „ weit weg von Menschen, Lebensverhältnissen und historischen Kontexten. Ihn interessiert nur am Rande, wer diese Politik machte, wie sie sich auf die Bevölkerung auswirkte, wie Wirtschaftsführer, Ingenieure oder Arbeiter ihre Umwelt erlebten und interpretierten. Er konzentriert sich ganz auf die sehr abstrakte Frage, ob Rußland ohne die Bolschewiki in eine bessere ökonomische Zukunft gegangen wäre. Seine Antwort ist: Nein. Mehr noch: Die sowjetische Wirtschaft sei bis 1970 sehr erfolgreich gewesen. Danach habe sie den Übergang vom extensiven zum intensiven Wirtschaften nicht geschafft, weil ihr keine überschüssigen Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft mehr zur Verfügung gestanden hätten und gleichzeitig zu viel Geld in die Rüstung gepumpt worden

sei. Ohne die Bolschewiki, so A., wäre Rußland das Schicksal eines Dritte-Welt-Landes beschieden gewesen, ohne Bildung und Industrialisierung hätte Rußland ein Bevölkerungswachstum wie Indien bekommen. Er rechnet weiter vor, daß im zaristischen Rußland die Industrialisierung mit dem Bevölkerungswachstum nicht hätte Schritt halten können; der Kollaps bzw. Klassenkonflikt sei unvermeidlich gewesen. Er vergleicht dann den Getreideertrag der UdSSR in den 20er und 30er Jahren mit dem der Great Planes und North Dakota zur selben Zeit und kommt zu dem Schluß, daß es dort auch keine größeren Erträge gegeben habe, die Bolschewiki insofern also nichts falsch gemacht hätten. Allerdings, konzidiert A., habe die Kollektivierung zum Sinken des Bruttosozialprodukts geführt, so daß es erst Ende der 1930er zu einem Konsumanstieg gekommen sei: „In a perverse way, however, collectivization did accelerate industrialization, and that was by driving people off the land" (S.110). Er unterstreicht, ohne daß er sagen könne, ob sich Stalin an Wirtschaftstheoretikern wie Evgenij Alekseevič Preobraženskij orientiert habe, daß dessen Rechnung aufgegangen sei: Die Kollektivierung habe erfolgreich Arbeitskräfte freigesetzt, die dann von der Industrie absorbiert wurden und so den Industrialisierungsprozeß beschleunigten. In einem eher makabren Kapitel rechnet A. schließlich vor, daß der von ihm konstatierte Konsumanstieg u. a. nur deshalb erzielt wurde, weil die Katastrophen vom Ersten Weltkrieg über den Großen Terror bis hin zu Hitlers Einmarsch die Bevölkerung so stark reduzierten, daß einfach weniger Menschen versorgt werden mußten. Daß es zu diesem Konsumanstieg Ende der 30er Jahre kam, meint A. anhand seiner Berechnungen nachweisen zu können. In einer weiteren Simulationsrechnung kommt er allerdings zum Ergebnis, daß die forcierte Industrialisierung nicht entscheidend gewesen sei, sondern schon die NÖP genügend Potential besessen habe, um die Sowjetunion wirtschaftlich florieren zu lassen. Erstaunlicherweise geht A. auf die 50er und 60er Jahre überhaupt nicht ein. Nach 1970 habe der Regierung dann die Phantasie gefehlt, die alten Fabriken zuzusperren und die Arbeiter in hochproduktive Jobs zu schicken.

Wem solche contrafaktischen Rechenexperimente gefallen, dem sei dies Buch als historische Wirtschaftswissenschaft empfohlen. Dem eingefleischten Historiker, ganz gleich ob sozial-, kultur- oder politikgeschichtlicher Prägung, wird bei einer solchen Rechenakrobatik eher schwindelig. Es stellt sich vor allem die Frage, welchen Sinn und Zweck eine solche „Was wäre gewesen wenn?"-Geschichte hat. Soll man, um es polemisch zu formulieren, zu den Veteranen des Sowjetreichs gehen und ihnen sagen, ohne die Bolschewiki wäre es Euch noch schlechter gegangen? Aber um sachlich zu bleiben, sei hier an Marc Bloch erinnert, der gefordert hat, der Historiker solle sich nicht zum Richter über das Totenreich aufspielen, er solle nicht urteilen, was gut und was schlecht war, er solle *erklären*. Insofern ist es vollkommen irrelevant, ob die Sowjetunion wirtschaftlich erfolgreich oder nicht erfolgreich war, so lang das im luftleeren Raum und nicht in Bezug auf die betroffenen Menschen diskutiert wird. Entscheidend ist

nicht, ob A. sagt, es habe Ende der 1930er Jahre einen Konsumanstieg gegeben. Entscheidend ist, wie die historischen Subjekte das empfanden und ob sie die Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg als sozialen Abstieg oder Aufstieg wahrnahmen.

Um es vorwegzunehmen: auf diese Frage gibt auch H. keine befriedigende Antwort. Obwohl sie als Ziel nennt, neben der Makrostruktur auch die sozialen Akteure beschreiben zu wollen, bleibt dieser Aspekt bei ihr unterbelichtet. Mit Selbstzeugnissen arbeitet sie nicht, und aus ihren Akten zitiert sie nur wenige Fälle einiger Händler und Konsumenten, die weitestgehend blaß bleiben. Dabei ist ihre Arbeit von ganz anderer Qualität und Methode als die A.s. Die Autorin legt eine grundsolide klassische Sozialgeschichte vor, die sich auf breitestes Archivmaterial nicht nur aus den einschlägigen Hauptstadtarchiven, sondern auch aus diversen Provinzarchiven speist. So wie der Titel lautet, will sie eine Sozialgeschichte des sowjetischen Handels bis zu Stalins Tod erzählen, und an genau diesem Punkt krankt ihre Arbeit: Ihr fehlt eine spezifische Perspektive, eine zentrale Fragestellung, eine Strukturierung des Gegenstandes nach Problemen. Und obwohl sie vorgibt, ihre Geschichte auf die drei Krisenphasen 1917–1922, 1928-33 und 1939–47 bzw. die drei Hungerkatastrophen 1921/22, 1932/33 und 1946/47 konzentrieren zu wollen, entsteht doch der Eindruck, daß eine Chronik von den Anfängen bis zu Stalins Tod linear durcherzählt wird, in einem gleichbleibenden Rhythmus, ohne Pointierungen, ohne Dramaturgie. Ob Getreiderequirierungen, Verhaftungen und Erschießungen von Händlern, Schlange stehen, der Konsum von Luxusgütern oder Hungersnot: H. verfolgt diese Geschichte weder auf der Augenhöhe der Konsumenten und Händler, noch auf der Ebene der Akteure in der Partei und den Exekutivorganen, sondern hauptsächlich in Strukturen und Statistiken. Eine Ausnahme ist das Kapitel „Shopkeepers stories: The NEP from below“ (S.119-130), in dem sie einen Einblick in die Situation von Händlern in der Zeit der Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) vermittelt, die versuchten, ihre Geschäfte weiterzuführen, mit staatlichen Handelsfirmen konkurrierten oder auch mit Kooperativen kooperierten. Enttäuschend ist dagegen, daß sie sich zur Meinung der Konsumenten einzig auf wenige Leserbriefe stützt, in denen Bürger Brot statt Luxus forderten (S.223). Nur angerissen wird die Verwicklung von Politbüromitgliedern und ihren Verwandten in die Wirtschaft. Daß z. B. die Frau von Vjaceslav Michajlovic Molotov einen Kosmetiktrust leitete (S.205), wird nur am Rande erwähnt.

H.s Anspruch ist es allerdings auch gar nicht, große Thesen oder vollkommen neue Interpretationen vorzulegen. Sie sagt selbst: „Much of my information concerns point of detail“ (S.3). Dennoch habe sie *auch* den Anspruch, neue Interpretationen zum Verhältnis der NÖP zum Stalinismus, zur Bedeutung des „Großen Umbruchs“ und zur Rolle des Marktes anzubieten. Tatsächlich ergeht sie sich eher im Nachjustieren bekannter Thesen oder belegt bekannte Thesen mit neuen Daten. Das Problem wird daran deutlich, daß am Anfang keine das Buch tragende Fragestellung formuliert wird,

sondern sie für jedes Kapitel neu skizziert, welche Probleme sie im folgenden Abschnitt untersuchen möchte. Für den Kriegeskommunismus hält sie fest, daß die Maßnahmen zwar auch durch den Mangel bedingt waren, es darüber hinaus aber eine gewollte politische Entscheidung war, durch die Zentralisierung des Handels, Preis- und Rationierungspolitik für soziale Veränderungen zu sorgen. Der Schwarzmarkt, so ein weiteres, wenn auch nicht neues Ergebnis, habe zu allen Zeiten in der Sowjetunion bestanden; nur in Krisenzeiten habe die Partei vermehrt Anstrengungen unternommen, ihn zu unterbinden. Die NÖP, so H., müsse wesentlich „düsterer" (S.335) dargestellt werden, als bislang geschehen, da alle Zwangsmaßnahmen des Staates, von der Getreiderequirierung über Verhaftungen bis zu Exekutionen bereits hier zu beobachten seien. Allerdings ist auch dieses Ergebnis nicht neu: Das hätte H. bereits in Markus Wehners „Bauernpolitik im proletarischen Staat" (1998) nachlesen können. Sie argumentiert, daß im Bereich des Handels zwischen „Bolschewismus" und „Stalinismus" nicht unterschieden werden könne. Vielmehr schlägt sie eine zyklische Abfolge von Krise und Normalisierung vor und bezieht sich dabei auf Moshe Lewins These, daß Krisen zentrale strukturierende Momente in der Geschichte seien (S.3). Den Höhepunkt, den A. Ende der 30er Jahre sieht, setzt H. im Jahr 1952 an, als Arbeiter endlich genau so viel wie ihre Vorgesetzten konsumierten. Sie sieht darin einen Hinweis, daß sich das System schon vor Stalins Tod zu ändern begann.

Die einzige Gemeinsamkeit, die beide Werke haben, ist die Bedeutung, die sie der NÖP zuschreiben: Für beide Autoren wurden in dieser Zeit wichtige Grundlagen gelegt, auf denen dann der Stalinismus aufbaute. H. unterstreicht als eine ihrer Hauptthesen, daß der private Handel, wie er sich zu Zeiten der NÖP herausgebildet habe, die gesamte Sowjetzeit über existierte. Für A. hätte die NÖP gereicht, um die Sowjetunion auf den „richtigen" Wirtschaftskurs zu bringen. Beide Werke sind nicht wirklich befriedigend. Während man sich bei A.s Buch fragt, wofür man die Fragen braucht, die es so provokativ beantwortet, wünscht man sich bei H. mehr Fragen und Pointierungen. Sie beklagt sich in ihrem Vorwort, daß sie ihr Manuskript habe kürzen müssen, und verweist auf ihre Homepage (http://darkwing.uoregon.edu/~hessler), auf der zusätzliches Material eingesehen werden kann. Nur: Dem Buch fehlen nicht Daten und Statistiken, sondern Thesen und Problemstellungen. Ansonsten ist es, was es zu sein beansprucht: eine sehr solide Sozialgeschichte des sowjetischen Handels.

Susanne Schattenberg

Anjana Buckow: Zwischen Propaganda und Realpolitik. Die USA und der sowjetisch besetzte Teil Deutschlands 1945 – 1955 (= USA-Studien, Bd. 13), Franz Steiner Verlag, Wiesbaden 2003, 700 S.

Mit der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands setzte – vor allem unter den professionellen Historikern – der intensive Prozeß einer Aufarbeitung und Neubewertung der Geschichte der DDR ein, ein Vorgang, dessen Ende noch keineswegs abzusehen ist. Die in diesem

Rahmen erfolgten Untersuchungen sind – vor allem von deutscher Seite – manchmal recht einseitig, weil ihnen eine internationale Dimension fehlt. Diesem Mangel könnte die Studie von B. abhelfen, die die Sicht und Politik der USA auf bzw. gegenüber Ostdeutschland in den Jahren von 1945 bis 1955 analysiert hat. Sie ist 2002 als Dissertation an der Philosophischen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg verteidigt worden und basiert auf einem umfangreichen Archivstudium in den USA.

Die Fülle des unterbreiteten Materials ist höchst beeindruckend. Im wesentlichen liegen der Analyse zwei Aspekte zugrunde: Perzeption und Politik. Zum einen ist der Frage nachgegangen worden, wie US-amerikanische Beobachter die SBZ bzw. DDR wahrgenommen haben, was für ein Bild sie sich geschaffen haben. Zum anderen wird die amerikanische Außenpolitik gegenüber der Sowjetunion im allgemeinen und dem sowjetisch besetzten Teil Deutschlands im besonderen untersucht. Der Hauptteil und damit der große Wert des vorliegenden umfangreichen Buches besteht in einer akribischen Auswertung US-amerikanischer Archivalien. Dabei werden vorhandene Forschungsarbeiten in die Analyse mit einbezogen, wenngleich – hier ist eine kritische Anmerkung angebracht – die „DDR-Forschung" in den USA etwas unterbelichtet ist.[1] Ein Beispiel für die zunehmende Resonanz des DDR-Themas bei Germanisten, Politikwissenschaftlern, Historikern, Ökonomen, Soziologen, Journalisten und Politikern der USA sind die Symposien, die seit 1975 am World Fellowship Center in Conway, New Hampshire, durchgeführt wurden. Die Veranstalter publizierten die Ergebnisse seit 1980 in „Studies in GDR Culture and Society" (New York-London, Chefredakteur Margy Gerber). Hinzuweisen wäre auch auf Kolloquien der Harvard University in Cambridge, Massachusetts, über Politik und Gesellschaft in der DDR und auf Fachtagungen am Hamilton College. Ein ausgesprochenes Interesse von Historikern der USA war an der Entwicklung der Geschichtswissenschaft der DDR zu verzeichnen. So haben sich vor allem Georg G. Iggers und Andreas Dorpalen mit ihr befaßt. Zugegeben: Es handelt sich hier um Tagungen und Publikationen aus den 70er und 80er Jahren – aber ihr Gegenstand war auch Ostdeutschland in den 40er und 50er Jahren. Insofern dürfte es nicht gerechtfertigt sein, generell von einer „Mißachtung" der DDR durch amerikanische Historiker und Politologen zu sprechen.

Das Buch gliedert sich in sieben Kapitel, von denen das erste die perzeptionstheoretische Grundlage der Analyse definiert, das zweite bis sechste das wahrgenommene Bild amerikanischer Beobachter von der SBZ bzw. DDR zum Gegenstand haben, während im siebenten

1 Als Zeuge sei Thomas A. Baylis von der University of Texas, San Antonio, angeführt, der bereits 1986 zu dem Ergebnis gekommen ist: „Trotz der zahlreichen Lücken, die ich aufgezeigt habe, ist die englischsprachige Literatur über die DDR sowohl quantitativ als auch im Hinblick auf die Spannbreite der behandelten Themen recht beeindruckend – vermutlich mehr, als vielen von uns bis vor kurzem bewußt war, und gewiß sehr viel mehr als vor nur einem Jahrzehnt." Siehe Thomas A. Baylis: Amerikanische Studien über die DDR. Eine kritische Einschätzung, in: Deutschland Archiv, Köln, 1986, H. 8, S.826.

die Politik der USA gegenüber dem sowjetisch besetzten Teil Deutschlands behandelt wird. Im Anhang befinden sich ein Quellen-, Literatur- und Abkürzungsverzeichnis sowie ein Personenregister. Insgesamt handelt es sich um eine kritische politikwissenschaftliche Analyse des Beobachtungsmaterials, die sich zudem aufgrund der – bei Politikwissenschaftlern nicht immer anzutreffenden – verständlichen Sprache auch noch höchst interessant liest. B. analysiert Berichte von „Beobachtern", die ihre Erkenntnisse aus der Zeitungslektüre, Gesprächen mit Politikern, Interviews, Äußerungen von Westberlin-Besuchern und regimekritischen Personen, aus Geheimdienstberichten und von Militärbeamten bezogen, die in Ostberlin und Ostdeutschland gewesen waren. Aus diesem vielfältigen Personenkreis geht schon hervor, daß es sich nicht immer um gleichgeartete Auffassungen handelte – die Berichte mußten miteinander verglichen und kritisch bewertet werden.

Wesentliche Gründe, warum sich Ostdeutschland überhaupt im Blickfeld der USA befand, waren die direkte Konfrontation der Besatzungsarmeen am „Eisernen Vorhang", der starke sowjetische Einfluß auf die DDR und – nicht nur aus Prestigegründen – Berlin. Vorrangiges Beobachtungsobjekt der USA-Politik war die Sowjetunion und unter diesem Blickwinkel der von ihr besetzte Teil Deutschlands. Damit ging es den USA weniger um deutsch-deutsche Befindlichkeiten, sondern in erster Linie um die Großmachtbeziehungen. Die Autorin bilanziert, daß die Politik der USA gegenüber dem sowjetisch besetzten Teil Deutschlands reaktiv und defensiv war. Es ging in der amerikanischen Deutschlandpolitik vor allem darum, die Ausdehnung des kommunistischen Machtbereichs auf den Westen zu verhindern. So waren die Amerikaner beispielsweise bei der Gründung der DDR davon überrascht, daß ihr pro forma mehr Souveränität als sie der Bundesrepublik Deutschland gewährt worden war, zugestanden wurde. Irgendwelchen Wirkungen auf die westdeutschen Bürger sollte unbedingt gegengesteuert werden. Jedoch kann bei der Bewertung der US-amerikanischen Politik nicht übersehen werden, daß sie gegenüber der UdSSR nicht nur defensiv, sondern auch konfrontativ, offensiv und teilweise aggressiv war und daß dies im Kalten Krieg wiederum indirekte Wirkungen auf den gesamten Ostblock und hier natürlich auch auf den sowjetisch besetzten Teil Deutschlands hatte.

Wenngleich das Interesse an Ostdeutschland nur ein mittelbares war, so interessierten sich doch die Beamten des Hohen Kommissars der USA sehr differenziert für die Einstellung der Ostdeutschen. In den Berichten wurde zwischen den verschiedenen Teilen der Bevölkerung unterschieden: zwischen der Industriearbeiterschaft, der Landbevölkerung, der technischen Intelligenz, Frauen, Jugendlichen, Pädagogen, Handwerkern, Freiberuflern, Umsiedlern, Gläubigen. Es ging vor allem darum, das Widerstandspotential so konkret wie möglich einzuschätzen. Dabei war die Bilanz zwiespältig: Zum einen konstatierten sie Unzufriedenheit mit dem SED-Regime, zum andern sahen sie eine bestimmte Effektivität seiner Propaganda. Die Autorin hält das amerikanische Ur-

teil über die Haltung der Bevölkerung für zutreffend, merkt aber kritisch an, daß die Beobachter einseitig ihr Augenmerk auf Zwang und Terror richteten.
Verständlicherweise nahm der 17. Juni 1953 einen breiten Raum in den Berichten ein. Auch hier zeigt sich, daß die Erwartungen regimekritischer Kräfte in der DDR, westdeutscher Regierungskreise und amerikanischer Beobachter und Regierungspolitiker bei grundsätzlichen Übereinstimmungen nicht deckungsgleich waren. An die Adresse Washingtons gerichtet, gab es Vorwürfe, nicht direkt in die Auseinandersetzungen eingegriffen zu haben. B. hebt den objektiven Charakter der Berichte der amerikanischen Beamten hervor – die Aufarbeitung dieser Beobachtungen könnte zweifelsohne zur Beseitigung mancher Mythen beitragen.
Die Analyse von Beobachtungen der Wirtschaftspolitik ist aufschlußreich: Zum einen werden Leistungen – beispielsweise der Schwerindustrie – honoriert, zum anderen sind die Ansichten über Währungsreform, Reparationen, SAG-Betriebe, Wirtschaftsproduktivität höchst kritisch, aber informativ, ebenso über die Remilitarisierung Ostdeutschlands. Befürchtungen über aggressive Handlungen ostdeutscher bewaffneter Kräfte stehen realistischen Einschätzungen über deren Kampfkraft entgegen.
In der US-Außenpolitik war Ostdeutschland eigentlich schon frühzeitig abgeschrieben, sein Stellenwert war darum minimal. Die Diskussion wird lediglich noch darum geführt, ob das bereits 1946 oder erst 1949 der Fall gewesen war. Es ging der amerikanischen Besatzungsmacht in erster Linie darum, ihren eigenen, den westlichen Teil uneingeschränkt zu beherrschen. Bekenntnisse zur deutschen Einheit hält B. eher für „unaufrichtig". Die USA hofften natürlich weiterhin darauf, den östlichen Teil Deutschlands doch noch in ihren Machtbereich einbeziehen zu können. Man wollte die SBZ/DDR aus den „Fängen" der Sowjets lösen. Insofern war sie ein bevorzugtes Ziel der psychologischen Kriegsführung.
In diesem Rahmen ist auch die relativ hohe Wertschätzung Berlins zu sehen – einerseits als Prestigeobjekt, das den Sieg über Hitlerdeutschland manifestierte, andererseits als Pfahl im Fleische Ostdeutschlands. Eleanor Dulles hatte den Slogan von der „Insel im Meer des Kommunismus" geprägt. Die gemeinsame und dann gegensätzliche Besatzungspolitik der vier Mächte, die Stadt als Zeitzünder zweier deutscher Staatsgründungen, die Berlin-Blockade, die Schaufensterpolitik beider deutscher Regierungen führten dazu, daß Berlin zum Fokus der Deutschlandpolitik der USA wurde.
B. bilanziert den Wert der amerikanischen Beobachtungen abschließend wie folgt: „Wenn man auf der Grundlage der Informationen, die in dem für diese Arbeit untersuchten amerikanischen Akten überliefert sind, eine Geschichte des sowjetisch besetzten Teils Deutschlands in der ersten Nachkriegsdekade verfassen wollte, wäre es möglich, ein ziemlich umfassendes und wirklichkeitsgetreues Bild zu entwerfen. Die in den Berichten vorgenommenen Beurteilungen haben in vielen Fällen, wenn man sie mit Darstellungen in der neueren Forschungsliteratur vergleicht, heute noch Gültigkeit. Trotzdem darf man nicht die Augen verschließen vor einer gewissen Einseitigkeit der

Sichtweise, die aber in Anbetracht des geschichtlichen Kontextes (Kalter Krieg) und der ‚ganz normalen' Verzerrungen, die bei der Perzeption eines fremden Staates entstehen, durchaus verständlich sind und, wenn man eine Wertung vornehmen möchte, im Rahmen des Vertretbaren bleiben" (S.649). *Alfred Loesdau*

Die Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern unter sowjetischer Besatzung 1945-1949. Band 1: Die ernannte Landesverwaltung, Mai 1945 bis Dezember 1946. Eine Quellenedition. Hrsg. v. Werner Müller u. Andreas Röpcke. Eingel. u. bearb. v. Detlev Brunner (=Quellen und Studien aus den Landesarchiven Mecklenburg-Vorpommerns, Bd. 5), Edition Temmen, Bremen 2003, 672 S.

Dieser Bd. eröffnet eine mehrbändige Dokumentation, mit der die Entwicklung des Landes Mecklenburg-Vorpommern von 1945 bis 1949 anhand authentischer Quellen aus den Beständen der Landesarchive Mecklenburg-Vorpommerns belegt wird. Hrsg. und Bearb. begründen, wieso diese Edition von „drei Säulen" getragen wird: der staatlichen Überlieferung der Landesverwaltung, der Parteiüberlieferung von KPD und SED und der Überlieferung zur Tätigkeit der Sowjetischen Militäradministration. Am Anfang stehen überdies noch einige Dokumente aus der nur wenige Wochen währenden Zeit britischer Besetzung Westmecklenburgs.

Eine geschlossene Überlieferung von Protokollserien des Präsidiums der Landesverwaltung existiert allerdings nicht, so daß wir Quellen unterschiedlichen Charakters – Protokolle, Berichte, Verordnungen, Befehle, Rundschreiben u.ä. – geboten bekommen. Insgesamt enthält der Bd. 142 Dokumente, die B. ausgewählt und – angelehnt an die Editionsrichtlinien der von der „Kommission für die Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien" herausgegebenen Editionen – bearbeitet und mit zahlreichen instruktiven Anmerkungen versehen hat. Die Aussagekraft dieses Quellenmaterials ist beträchtlich, denn in zeitlicher Dichte tauchen viele Situationsbeschreibungen und die Aktivitäten in den verschiedensten Bereichen und mit unterschiedlichen Facetten auf. Die Einleitung des Bearb. kann hier als ein zuverlässiger Kompaß dienen. Sie thematisiert, was auch die Dokumente widerspiegeln: Entstehung und Entwicklung der Landesverwaltung, Rolle und Führungsanspruch von KPD und SED, Besatzungsregime und Befehlssystem sowie Schwerpunkte der Landespolitik wie Wirtschaft, Finanzen, Landwirtschaft und Bodenreform, Kultur und Bildung, Sozialpolitik, Demokratie, antifaschistischer Block und Wahlen. Nicht einzusehen ist allerdings, weshalb solche aussagekräftigen Materialien wie die Berichte der Abteilungen Verkehr, Arbeit und Sozialfürsorge, des Chefs der Polizei, des Vorsitzenden der Landesbodenkommission vom Juni 1946 und der vom Präsidenten der Landesverwaltung am 22. Juli 1946 vor der Beratenden Landesversammlung erstattete Rechenschaftsbericht nicht in diese Auswahl aufgenommen worden sind.[1]

Das Bild der Frühphase des Landes Mecklenburg-Vorpommern wird diese Dokumentation nur partiell verändern.

Sensationen sollte niemand erwarten. Der eigentliche Neuwert besteht vor allem darin, daß die Interaktion zwischen Landesverwaltung und Besatzungsmacht nun genauer verfolgt werden kann. Nicht ganz überzeugen kann die Auswahl zu der „Säule“ KPD und SED. Daß Dokumente dieser Provenienz einbezogen wurden, ist insofern sinnvoll, als durch die auf ihren Führungsanspruch pochende Partei die Entwicklung tatsächlich wesentlich beeinflußt wurde und sich in deren Papieren wichtige Informationen sowohl über die Nachkriegssituation als auch über die sich herausbildenden Machtmechanismen finden lassen. Aber hier hätte auch auf andere Materialien zurückgegriffen werden können. Gut beraten ist, wer auch jene Berichte zu Rate zieht, die von Funktionären aus Mecklenburg-Vorpommern auf zentralen Tagungen der KPD vorgetragen wurden (so z. B. von Kurt Bürger, Gottfried Grünberg und Kurt Herholz auf erweiterten Sitzungen des Sekretariats des ZK der KPD, von Johannes Warnke auf der Reichsberatung der KPD, von Kurt Bürger auf der Reichskonferenz der KPD, von Jonny Löhr auf der Wirtschaftskonferenz und von Willi Bredel auf der Kulturkonferenz der KPD).[2]

Die Einleitung wurde mit großer Sachkenntnis geschrieben und korrespondiert stets mit den im Dokumententeil abgedruckten Aktenstücken. Da sich B. eng an die Fakten hält und nicht permanent die außerhalb der widersprüchlichen Realität angesiedelten, inzwischen auch in den neuen Bundesländern gängigen Klischees kolportiert, ist diese 90 Seiten umfassende Einführung informativ und ausgewogen geraten. Allerdings werden mit einem so tiefen Eintauchen in die schriftlichen Überlieferungen auch alle Fragen nach den grundlegenden Alternativen und den im Widerstreit stehenden Konzeptionen in einer Umbruchsepoche umschifft. Zudem stünde es selbst einer akribischen Quellenedition gut zu Gesicht, wenn sich Hrsg. und Bearb. ein paar anerkennende Worte für jene Menschen abgerungen hätten, die sich unter unsäglichen Bedingungen aufopfernd eingesetzt haben, damit das Land Mecklenburg-Vorpommern und seine Menschen nicht im Chaos versinken. Doch der Ehrentitel „Aktivist der ersten Stunde“ ist auch auf die Streichliste geraten, obwohl gerade er wie kein anderer seine Berechtigung besaß und besitzt. Die Unterbringung und Versorgung von Zehntausenden erschöpften und lebensmüden Umsiedlern oder das Wiederingangbringen des Schulunterrichts haben heutzutage nicht so viel Gewicht wie die doktrinäre Äußerung eines kommunistischen Funktionärs oder das Beseiteschieben einer politisch unliebsamen Person.

Der wissenschaftliche Apparat dieser Edition genügt allen Ansprüchen, die an derartige Publikationen zu stellen sind. Er enthält ein Verzeichnis der Archivali-

1 Diese Dokumente wurden bereits von der Staatlichen Archivverwaltung der DDR unter der Gesamtredaktion von Wolfgang Merker und Hans-Joachim Schreckenbach publiziert. Siehe Berichte der Landes- und Provinzialverwaltungen zur antifaschistisch-demokratischen Umwälzung 1945/46. Quellenedition, Berlin 1989.

2 Siehe Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland. Reihe 1945/1946, hrsg. v. Günter Benser/Hans-Joachim Krusch, Bd. 1-5, München, New Providence, London, Paris 1993-1996. Mitunter wird vom Bearbeiter in Fußnoten zu einzelnen Dokumenten der Bezug zu diesen Quellen hergestellt.

en, ein Verzeichnis der Periodika, ein Quellen- und Literaturverzeichnis, ein Abkürzungsverzeichnis, ein biographisches Register (mit Lebensdaten und Funktionsangaben), ein Orts- und ein Sachregister. Ein Strukturschema, wie es ja längst vorliegt[3], wäre hilfreich gewesen. Wenn etwas zu bemängeln ist, so die fehlende Einordnung dieser Edition in die vorausgegangene editorische und historiographische Arbeit. Zwar tauchen einschlägige Werke im Quellen- und Literaturverzeichnis oder als Querverweise in den Fußnoten auf, aber eine kritisch würdigende Bestandsaufnahme, eine Anerkennung von Vorleistungen und eine klare Bestimmung dessen, was als Neu- und Erstveröffentlichung anzusehen ist, unterbleibt. Solch ein weißer Fleck, wie ihn die Hrsg. in ihrem Vorwort unterstellen, ist aber die Geschichte Mecklenburg-Vorpommerns auch vordem nicht gewesen. *Günter Benser*

Rudi Beckert: Lieber Genosse Max. Aufstieg und Fall des ersten Justizministers der DDR Max Fechner, Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2003, 347 S.

Der 17. Juni 1953 war gerade überstanden – auch Dank des Ausnahmezustandes in 167 von 217 Kreisen der DDR – da erschien am 30. Juni im „Neuen Deutschland“ ein Interview mit Justizminister Max Fechner. Auf die Frage nach möglicher Aburteilung von Schuldigen durch Sondergerichte erklärte Fechner, „die Verfahren werden vor den ordentlichen Gerichten durchgeführt. Die Verhandlungen sind öffentlich.“ Und auf die Zusatzfrage „Werden alle diejenigen, die inhaftiert sind, bestraft werden?“ kam die Antwort: „Es dürfen nur solche Personen bestraft werden, die sich eines schweren Verbrechens schuldig machten. Andere Personen werden nicht bestraft. Dies trifft auch für Angehörige der Streikleitung zu. Selbst Rädelsführer dürfen nicht auf bloßen Verdacht oder schweren Verdacht hin bestraft werden.“ Am 2. Juli wurde noch eine „Berichtigung“ nachgeliefert, die im Ursprungstext enthalten und dann zwischen Ministerium und Redaktion „verloren gegangen“ war: „Das Streikrecht ist verfassungsmäßig garantiert.“

In der Nacht vom 14. zum 15. Juli 1953 erfuhr der Interviewte jedoch bei seiner Festnahme, daß sein Auftragsinterview Makulatur war; schlimmer noch – ein Feindwerk. Im Haftbeschluß wurde attestiert, daß er „seine Eigenschaft als Minister der Justiz dazu ausnützte, die Rechtssicherheit in der Deutschen Demokratischen Republik zu gefährden“. Max Fechner hatte noch am Vormittag an einer Sitzung des SED-Politbüros teilgenommen und war harsch kritisiert worden: Die anfänglichen Arbeiterproteste gegen Normenerhöhung und verschlechterte Lebensbedingungen waren inzwischen parteiamtlich als „faschistischer Putsch“ deklariert, und für diesen Tatbestand galt fortan Sondergerichtsbarkeit. Fechner selbst hatte im Politbüro widersprochen und war dort insbesondere mit Walter Ulbricht zusammengestoßen. „Neues Deutschland“ lieferte am 16. Juli bereits die amtliche Vorverurteilung: „Ministerpräsident Grotewohl hat Herrn Max Fechner wegen republikfeindlicher Tätigkeit von seinem Amt

3 Siehe Anm. 1.

als Minister der Justiz enthoben.“ Als Nachfolger wurde Hilde Benjamin genannt, während die Inhaftierung des Vorgängers entfiel. Nochmals tauchte Max Fechners Name im Verlauf des 15. ZK-Plenums auf, eingebunden in die „Gruppe Herrnstadt/Zaisser“. Ulbricht sprach von „weniger gefestigten Elementen innerhalb der Arbeiterklasse und auch in der SED“ und folgerte: „Diese in Verwirrung geratenen und erschreckten Elemente sind auf die Köder der westdeutschen provokatorischen Propaganda hereingefallen [...]. Während Fechner unter Ausnutzung seiner Stellung als Justizminister offen gegen die Politik der Partei und der Regierung auftrat, die eine entschiedene Abrechnung mit den Provokationen der Westberliner faschistischen Verschwörer forderte, stellte ihm Genosse Herrnstadt die Seiten des ‚Neuen Deutschland’ zur Verbreitung seiner regierungsfeindlichen Ansichten zur Verfügung.“

Fortan war Fechners Name öffentlich gelöscht. Sein Prozeß fand am 14. Mai 1955 vor einem Sondergericht unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Zur Urteilsbegründung hieß es insbesondere, der Angeklagte habe gewußt, daß „die Strafverfahren, die mit dem 17. Juni 1953 zusammenhingen, von einem Operativstab bearbeitet wurden“, trotzdem „nahm er dazu selbständig Stellung“. Das sowie weitere teils obskure Tatbestände summierten sich zum Urteil: 8 Jahre Zuchthaus.

Die Mitgliedschaft des 1892 geborenen Arbeitersohnes in der SPD datierte seit 1911. Während der NS-Zeit war der Landtagsabgeordnete mehrfach kurzzeitig inhaftiert, doch hielt er Kontakt zu seinen Genossen. Schon im April 1945 suchte er Kontakte zur KPD und trat offen für die Vereinigung der Arbeiterparteien ein. Nach der Gründung der SED war er – paritätisch mit Walter Ulbricht – stellvertretender Parteivorsitzender, Präsidiumsmitglied im Deutschen Volksrat und – ab 1949 – der Volkskammer. 1948 übernahm er von Eugen Schiffer das Amt des Präsidenten der deutschen Zentralverwaltung für Justiz, das im Oktober des Folgejahres zum Ministerium erhoben wurde. Dort war er – eine spezielle fachliche Fundierung fehlte – zahlreichen parteilichen Neidern mit juristischem Habitus häufig unterlegen.

Nach Verurteilung und Einlieferung in das Zuchthaus Brandenburg kam die Freilassung durch eine Amnestie am 26. April 1956 überraschend. Zu verdanken hatte er sie dem von Nikita S. Chruschtschow auf dem XX. KPdSU-Parteitag vollzogenen Sturz der „Ikone“ Stalin. Das Unrechtsurteil blieb erhalten, doch wurden schrittweise zumindest die Parteimitgliedschaft sowie die Anerkennung als Verfolgter des Naziregimes wieder hergestellt.

Max Fechner blieb der „Parteisoldat“. So schrieb er dem gerade erstmals gewählten Vorsitzenden des Staatsrates seinen Glückwunsch, worauf dieser dem „Lieben Max“ am 6. Oktober 1960 dankend antwortete: „Du erinnerst an die gemeinsame Arbeit bei der Schaffung der Aktionseinheit 1945 und bei der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien. Das war die grundlegende Aufgabe, die wir damals gemeinsam mit Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl und vielen anderen kommunistischen und sozialdemokratischen

Funktionären gelöst haben. Herzlichen Dank für die guten Wünsche. Herzliche Grüße an Deine liebe Erna. Mit freundschaftlichem Gruß - Walter Ulbricht.“ Am 16. April 1966 folgte dann ein für die DDR einmaliges Medienereignis. In der Sendung „Mit dem Herzen dabei“ führte Moderator Hans-Georg Ponesky – angeblich beide Teilnehmer überraschend – Max Fechner und Walter Ulbricht auf offener Bühne zusammen. Die beiden Akteure erinnerten sich vor einem Millionen-Fernsehpublikum. Fechner war stolz auf den Staat der Arbeiter und Bauern, „den wir nun haben und den Du leitest“.

Es ist das Verdienst des DDR-Juristen Rudi Beckert – einst Oberrichter am Obersten Gericht –, diese allseits vergessene Biografie gerade zu diesem Zeitpunkt wieder ins Licht der Öffentlichkeit zu rücken. Max Fechner gerät darin nicht zum Helden, wenn der Autor beispielsweise den TV-Auftritt kommentiert: „Die Inszenierung war nicht ohne Ironie. Zwei Personen, deren politische Karriere und persönliche Eigenschaften unterschiedlicher kaum sein konnten, demonstrierten vor aller Augen, dass sie sich ausgesöhnt hatten. Wann und unter welchen Umständen es zwischen ihnen zum Bruch gekommen war, blieb im Dunkeln. Einst galten sie als gleichberechtigte politische Partner. Nun war einer von ihnen auf dem Höhepunkt seiner Macht und wirkte an einer Inszenierung mit, die ihm eigentlich hätte fatal sein müssen. Der andere, zehn Jahre zuvor von seinen Genossen inhaftiert, war sichtlich erfreut, wieder im Rampenlicht zu stehen. Auch er empfand den Auftritt nicht als peinlich.“

Beckerts Recherche ist vor allem juristisch fundiert und macht deutlich, daß in dieser frühen Phase der Grundsatz galt „Recht ist, was der Sache nutzt“. Parteiliche Vorgaben waren zu erfüllen, auch wenn das – wie gerade im Fall Max Fechner exakt aus den Prozeßakten belegt – nur mit peinlichen Konstrukten möglich war.

Fechner durfte 1966 auch mit Erinnerungen zur Gründungsgeschichte der SED beitragen. In „Vereint sind wir alles“ erfahren Leser zur Biografie nur das: „Fechner, Max, geboren 1892, Mitglied der Partei seit 1911, jetzt Parteiveteran, Schöneiche bei Berlin.“ Gestorben ist er am 13. September 1973 in Schöneiche. In der Springflut der Veranstaltungen zum 17. Juni 1953 tauchte der Name Fechners kaum auf – er stand für heutige Interpreten eben lebenslang auf der falschen Seite. *Norbert Podewin*

Basil Kerski/Andrzej Kotula/Kazimierz Wójcicki (Hrsg.): Zwangsverordnete Freundschaft? Die Beziehungen zwischen der DDR und Polen 1949-1990 (Veröffentlichungen der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Bundesverband e.V. , Band 1), Osnabrück 2003, 334 S.

Der mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes veröffentlichte Bd. enthält 22 Beiträge, die sich verschiedenen Aspekten der Beziehungen zwischen der DDR und Polen widmen. Die Publikation entstand im Ergebnis der vom 5. bis 7. Oktober 2001 in Stettin durchgeführten Konferenz der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Bundesverband e. V, des Instituts für Deutschland- und Nordeuropastudien in

Stettin und der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Brandenburg zum Thema „DDR – Polen: Politisch diktierte Freundschaft. Was ist davon übriggeblieben?“, wobei die Tagungsbeiträge durch weitere Texte ergänzt sind.

Die Vf. legen – auch vom Umfang her (zwischen vier und 21 S.) – sehr unterschiedliche Beiträge vor, die von essayistischen und publizistischen Darstellungen bis zu wissenschaftlichen Aufsätzen reichen. Nicht wenige schöpfen aus eigener Tätigkeit und persönlichem Erleben. Die 21 Autoren kommen ziemlich paritätisch aus der Bundesrepublik Deutschland und aus Polen. Hingegen sind die Hrsg. ausschließlich Polen. Basil Kerski ist Chefredakteur des deutsch-polnischen Magazins „Dialog“, Andrzej Kotula Mitarbeiter der Stettiner Stadtverwaltung und dort u. a. für die deutsch-polnische Zusammenarbeit zuständig, und Kazimierz Wójcicki leitete das Polnische Institut in Leipzig.

K. versucht im ersten einleitenden Beitrag eine Bilanz der Beziehungen zwischen der DDR und Polen. Er legt einen knappen, differenzierten Überblick vor, in dem er abschließend einschätzt: „Es zeigt sich heute ganz deutlich, dass die Polen-Kompetenz vieler Ostdeutscher nicht verlorengegangen ist und diese das öffentliche und kulturelle Leben der Bundesrepublik bereichert hat“ (S.25). Zugleich verweist er darauf, daß in den vergangenen Jahren zahlreiche Arbeiten polnischer, deutscher und amerikanischer Wissenschaftler über die Beziehungen zwischen der DDR und Polen erschienen, „in denen ein komplexes Bild dieses Verhältnisses sichtbar wird“ (S.14). Davon zeugt eindrucksvoll die von ihm angefertigte Auswahlbibliographie, die 99 vor allem nach 1989 veröffentlichte Titel verzeichnet (S.312-329).

Im nachfolgenden Beitrag, „DDR-Geschichte nicht nur für Deutsche“ betitelt, nimmt W. folgende Feststellung zum Ausgangspunkt: „Man kann die Geschichte des heutigen Deutschlands nicht verstehen, ohne die Geschichte der DDR zu kennen. Diese in Deutschland offenkundige Wahrheit ist überhaupt nicht so selbstverständlich für polnische Historiker und die polnische öffentliche Meinung, für die die besseren Deutschen die aus dem Westen sind und die schlechteren die aus der ehemaligen DDR“ (S.27). Dieses Problem sprechen auch andere Autoren an. So konstatiert der Polonistikprofessor an der Humboldt-Universität Heinrich Olschowsky, „eine allgemeine polnische Voreingenommenheit“ gegenüber der DDR (S.285). Von einer solchen Voreingenommenheit sind auch polnische Autoren des Bd. nicht gänzlich frei. So bemerkt Leszek Szaruga, Professor für Polnische Philologie der Stettiner Universität: „Die Deutsche Demokratische Republik war eine halb reale Landschaft, bildete den Extrakt des Ideologiestaates schlechthin, in dem aus selbstverständlichen Gründen nichts Interessantes passieren konnte“ (S.275); und etwas später heißt es: „Dieses Land blieb *immer* (Hervorhebung von mir – Ch. H.) nur eine Schleuse, die zwischen Polen und Deutschland, also der Bundesrepublik, lag“ (S.280). Das hinderte allerdings 9,4 Mio. Polen (S.125) nicht, allein 1972, mit dem Beginn des visafreien Reiseverkehrs zwischen beiden Ländern, diese „halb reale Landschaft“ zu besuchen.

W. fordert daher, daß die DDR „auch in Polen auf Interesse stoßen“ sollte, schon allein deshalb, weil „der Einfluss der DDR-Geschichte auf das gesamtdeutsche historische Bewusstsein viel größer ist, als man anfangs erwarten konnte“ (S.31). Zugleich wirbt er dafür, daß polnische wie deutsche Historiker die DDR nicht von den anderen ehemals sozialistischen Länder abkoppeln und berücksichtigen sollten, „dass die Geschichte nach 1945 von Polen und Deutschen [...] in vielen Bereichen als gemeinsame erlebt wurde, dass es ähnliche Erfahrungen und bei allen Unterschieden auch eine Schicksalsgemeinschaft gibt“ (S.32).

Den beiden einleitenden Beiträgen folgen Abschnitte, die sich den politischen Beziehungen, den menschlichen Kontakten und der Kultur widmen. Den ersten dieser Teile eröffnet ein bereits 2001 in „Dialog“ erschienener Artikel des Studienleiters der Evangelischen Akademie zu Berlin, Ludwig Mehlhorn, der explizit das Thema „Zwangsverordnete Freundschaft?“ anspricht. Diesen Begriff hätten vor 1989 „nicht parteigebundene Intellektuelle und die demokratische Opposition“ verwendet, um das Verhältnis Volksrepublik Polen – DDR zu charakterisieren und „die Verlogenheit der staatsoffiziellen Propaganda bloßzulegen“. M. ist sich zugleich dessen bewußt, daß es eine „andere Frage ist“, inwiefern dieser Begriff „eine durchaus differenzierte Beziehungsgeschichte angemessen beschreibt“ (S.35). Noch Anfang der 90er Jahre hatte M. der DDR und Polen eine „weit verbreitete Beziehungslosigkeit“ bescheinigt.[1] Weitere Beiträge im politischen Teil stellen knapp die staatlichen Beziehungen zwischen der DDR und Polen dar (Burghard Olschowsky) bzw. bilanzieren die „offiziellen Beziehungen“ (Mieczyslaw Tomala). Einzelaspekten widmen sich Tomasz Œlepowroñski, der den „Konflikt um die Pommersche Bucht (1985–1989)“ beschreibt, und Monika Tantzscher, die über die geheimdienstlichen Beziehungen der DDR zu Polen im Spiegel der MfS-Akten informiert.

Der nachfolgende Teil ist mit zehn Beiträgen der umfangreichste. Allein sieben Autoren (Wolfgang Templin, Piotr Zariczny, Stefan Garsztecki, Andrzej Grajewski, Justus Werdin, Theo Mechtenberg, Konrad Weiß) haben Kirchen, christliche Gruppen und insgesamt die Opposition in der DDR und Polen sowie deren gegenseitiges Verhältnis zum Gegenstand. Diese überrepräsentative Behandlung der Thematik, die auch zu Wiederholungen führt, erfolgte wohl nicht zuletzt deshalb, weil die kirchlichen und oppositionellen Kontakte von nicht wenigen Autoren des Bd. als die einzig „authentischen“ angesehen werden.

Den paß- und visafreien Personenverkehr zwischen der DDR und Polen zwischen 1972 und 1980 und seine politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen behandelt Czeslaw Osêkowski. Es ist der einzige spezielle Artikel zu diesem Thema, das damit als unterrepräsentiert erscheint, auch wenn mehrere Autoren darauf eingehen. Insgesamt werden die 70er Jahre recht positiv bewertet und wie durch B.

1 Ludwig Mehlhorn: Sprachlosigkeit zwischen Polen und der DDR: Eine Hypothek, in: Ewa Kobyliñska/Andreas Lawaty/Rüdiger Stephan: Deutsche und Polen. 100 Schlüsselbegriffe, München-Zürich 21993, S.522-528, hier S.523.

Olschowsky als „fruchtbarste Dekade“ (S.49) in den Beziehungen angesehen.
In den beiden anderen Aufsätzen dieses Teils vergleicht die Soziologin Helena Flam „Emotionale Kosten des Realsozialismus“ zwischen der DDR und Polen, und Krzysztof Ruchniewicz äußert sich über die Polen, die in den 40er und 50er Jahren in der SBZ und der DDR lebten, wobei er vor allem auf den Bund der Polen in Deutschland eingeht.
Der Teil zur Kultur und zu den kulturellen Beziehungen legt den Schwerpunkt auf die Literatur (drei der fünf Beiträge). Szaruga widmet sich dem Thema „Die Rezeption der DDR-Literatur in Polen – Eine Annäherung“, H. Olschowsky zeigt „Unwägbarkeiten und Asymmetrien – Polnische Literatur im geistigen Leben der DDR“ auf, und der Übersetzer Henryk Bereska berichtet aus eigenem Erleben über „Polnische Literatur in der DDR und die Zensur“. Diesen Beiträgen vorangestellt, formuliert Templin knappe Thesen zu den kulturellen Beziehungen zwischen der DDR und Polen. Den Kulturteil beschließt ein Beitrag von Hermann Schmidtendorf mit dem Titel „Einigendes Band oder trennendes Minenfeld? Massenkultur in der DDR und Polen – Eine Annäherung“; Sch. äußert sich jedoch nur zur Musik und speziell zur Rockmusik.
Insgesamt geht die Publikation somit auf viele wesentliche Aspekte der Beziehungen zwischen der DDR und Polen ein. Es verwundert jedoch, daß sie keinen speziellen Aufsatz zur Oder-Neiße-Grenze enthält, auch wenn das Thema mehrfach vorkommt. Ebensowenig gibt es einen Beitrag zur „Hellmut von Gerlach-Gesellschaft/Deutsch-Polnische Gesellschaft für Frieden und gute Nachbarschaft“, immerhin der einzigen dieser Art von Organisation, die außer der „Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft“ je in der SBZ/DDR existiert hat. Lediglich Ruchniewicz erwähnt sie in einem anderen Zusammenhang, allerdings mit der unkorrekten Bezeichnung Deutsche Gesellschaft für Frieden und gute Nachbarschaft. Nur mehrfach angesprochen wird auch die Beschäftigung polnischer Arbeitskräfte in der DDR, wobei die Arbeiten von Rita Röhr zu dieser Problematik unbekannt zu sein scheinen; auch im Literaturverzeichnis kommt sie nicht vor. Gar nicht oder fast nicht eingegangen wird auf solche Bereiche wie das Verhältnis von Parteien (mit einer gewissen Ausnahme von SED und PVAP), Gewerkschaften, Jugendorganisationen, Betrieben, Bezirken, Kommunen usw. oder auch den Kinder- und Jugendaustausch in den 80er Jahren.
Dennoch, bei allen Einwendungen – das Erscheinen des Buches ist erfreulich und nützlich. *Christa Hübner*

Eisenhüttenstädter Lesebuch, hrsg. von Dagmar Semmelmann, Gudrun Prengel und Ursula Krüger im Auftrage der Geschichtswerkstatt Eisenhüttenstadt e.V., Bd.1, edition bodoni , Berlin 2000, 496 S., Abb.; Bd. 2, edition bodoni, Berlin 2004, 306 S., Abb.

In regelmäßigen Abständen veranstaltete die Eisenhüttenstädter Geschichtswerkstatt zwischen 1994 und 1999 öffentliche Diskussionen über lokalgeschichtliche Ereignisse und Entwicklungen, zu denen sie in der Presse, brieflich oder persönlich einlud. Spurensuche

wollte sie betreiben, Erinnerungen wachrufen und die DDR-Vergangenheit der Stadt und ihrer Bewohner vor „dem Vergessen und Verdrängen“, aber auch vor dem „Umdeuten, Retuschieren und Verklären“ bewahren (Vorwort). Im Ergebnis dessen fanden 40 thematisch ausgerichtete Gespräche statt, festgehalten auf 70 Tonbändern bzw. 1500 Seiten verschrifteten Materials, an denen insgesamt etwa 200 Personen teilnahmen. Jeweils sorgfältig redigiert von Jochen Cerny, wurden 26 aussagekräftige Gesprächsprotokolle für den Druck ausgewählt. Die Bd. richten sich nicht vorrangig an Wissenschaftler, sondern sollen im wahrsten Sinne des Wortes Lesebücher für Interessierte aus allen Schichten und Regionen sein. Dennoch bieten sie insbesondere der sozial-, kultur- und alltagsgeschichtlichen Forschung – bei Berücksichtigung spezifischer quellenkritischer Erfordernisse im Umgang mit erzählenden Quellen – reichhaltiges und einmaliges Arbeitsmaterial, dessen Wert noch steigen wird, je mehr die DDR und ihre ‚erste sozialistische Stadt’, die bekanntlich einige Zeit Stalinstadt hieß, aus dem Gesichtsfeld der Zeitgenossen geraten. Der erste Bd. enthält darüber hinaus ein kritisch-bilanzierendes Nachwort von S. sowie Berichte über Firmenneugründungen in den 90er Jahren.

Bei den Interviewpartnern handelte es sich mehrheitlich um ältere Stadtbewohner (darunter vormalige SED-Mitglieder, Kommunalpolitiker und Leiter der verschiedensten Ebenen und Produktionsbereiche), geboren zwischen 1925 und 1939. Meist seit den 50er Jahren mit dem entstehenden Eisenhüttenkombinat Ost (EKO) verbunden oder beteiligt am Aufbau der Stadt sowie ihrer sozialen bzw. kommunalen Einrichtungen und Betriebe, hatten sie hier nach Faschismus, Krieg, Umsiedlung und Nachkriegsarmut eine relativ gut bezahlte Arbeit. Sie hatten ein neues Zuhause gefunden und Familien gegründet, beispiellose Aufstiege erfahren bzw. sich durch Einsatzbereitschaft und Qualifizierung erarbeitet, wie dies spätere Generationen kaum noch realisieren konnten. Es waren somit die einstigen Macher, hochmotivierte, bildungshungrige und sozial engagierte Vertreter der Aufbaugeneration, die ihre kollektiven Erfahrungen, Sichtweisen und individuellen Erinnerungen zu Protokoll gaben. Jüngere fanden sich zu Interviews nicht bereit, so daß deren gewandelte Ansprüche nur indirekt zur Sprache kamen. Einen dominierenden Platz nahmen in den Diskussionen die Geschichte des EKO und darauf bezogene, oft schon zu DDR-Zeiten verbreitete kollektive Erinnerungsmuster und -konstrukte über den schweren Anfang auf märkischem Sand ein. Zu den Vorzügen der chronologisch-sachlich geordneten Bd. gehört indes, daß sie den Bogen zeitlich und inhaltlich weiter spannen. Nicht nur Hochöfner, Walzwerker, Techniker, Wirtschaftsfunktionäre und Ingenieure aus der eisenherstellenden und -verarbeitenden Industrie kamen zu Wort, sondern ebenso Fachleute und Protagonisten aus den erzieherischen, kulturellen und medizinischen Bereichen, dem Kraftverkehr und der Lebensmittelproduktion, aus dem kirchlichen Umfeld, dem Sport und vom Bau. Dem Leser erschließen sich nicht nur Entscheidungsebenen, Kommunika-

tionsstrukturen, soziale Räume und Konfliktbereiche wie überhaupt das industriegesellschaftliche Gefüge der Region in seiner Vernetzung und Komplexität, auch die generationellen Zusammenhänge werden in ihrer Bedeutsamkeit erkennbar. So verfügten die beteiligten Gesprächspartner über einen ähnlichen Erfahrungshintergrund oder kannten einander seit langem. Die sich daraus ergebenden Formen und Praktiken einer auf Vertrautheit beruhenden Kooperation prägten ihr Zusammenwirken in Stadt oder Werk längerfristig. Zudem hatten sie offensichtlich schichtenübergreifend gleichartige Verhaltensweisen und Wertvorstellungen ausgebildet.

Daß nur ein arbeitsreiches Leben ein sinnvolles Leben sei, gehörte zu ihren Grundüberzeugungen. Daraus, aber nicht minder aus industrieller Disziplinierung, Zukunftshoffnungen und sozialistischem Fortschrittsglauben resultierten handlungsleitende Orientierungen wie ausgeprägtes Pflicht- und Verantwortungsbewußtsein, Ordnungssinn und Solidarität, denen sowohl Hochöfner, Kraftfahrer als auch Ärzte, Krankenschwestern oder Kindergärtnerinnen u. a. folgten. Über Äußerlichkeiten oder materielle Statussymbole definierten sie sich nicht. Ihre DDR-Zeit empfanden diese älteren Generationen als schwere, aber gute Zeit, als erfülltes Leben. Verwundern sollte dies nicht, schließlich hatten sie unter den mehr als schwierigen ökonomischen Rahmenbedingungen der DDR in anstrengender Knochenarbeit, oft genug über den Achtstundentag hinaus, ein modernes Großunternehmen und eine Stadt völlig neu erbaut und mit all ihren Folgeeinrichtungen zum Funktionieren gebracht. Zugleich erfuhren sie tiefgreifende positive Veränderungen ihrer subjektiven Alltagskultur sowohl im Hinblick auf ihre sozialen Positionen als auch auf ihre Lebensumstände. Die neue Wohnung mit Bad und ausreichend Platz löste lang anhaltende Glücksgefühle und Dankbarkeit gegenüber der Gesellschaft aus, beförderte indes bei den Jüngeren offensichtlich Individualisierungsprozesse. Körperpflege, Hygiene, Reinlichkeit erhielten einen höheren Stellenwert nicht nur im Privaten, auch das Wohnumfeld und öffentliche Bereiche der Stadt wurden freiwillig gehegt und gepflegt.

Aus heutiger Sicht ist freilich die permanente Überforderung der Nachkriegsgenerationen erkennbar. Nicht zuletzt betraf dies Schichtarbeiterinnen in Technikberufen. Die ‚zweite Schicht' mußten aber auch die meisten anderen weiblichen Berufstätigen absolvieren. Alle diese Lebensgeschichten verdienen Respekt. Innerhalb der Geschichtswerkstatt hatte man eine kritischere Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit erwartet (vgl. Nachwort im Bd. 1., S.286-302) und suchte Verdrängungstendenzen entgegenzutreten. Dabei verteidigten die fachlich kompetenten, ökonomisch und politisch gebildeten Gesprächsteilnehmer zwar ihre Lebensbilanz, blind gegenüber den intoleranten Seiten der DDR und ihren Konfliktmustern waren sie nicht. Die willkürlichen Verhaftungen nach dem 17. Juni, der schikanöse Umgang mit den Kirchen und die Ängste gläubiger Christen kamen ebenso zur Sprache wie schwerwiegende gesellschaftliche Fehlentwicklungen, etwa das Versanden von Reformansätzen in den 60er Jahren oder die überbordende

Subventionspolitik. Auch über politische Heuchelei in den Schulen, Verschwendung, getürkte Planabrechnungen, selbstherrliche Einmischungspraktiken der Parteioberen und das eigene ‚Schnauzehalten' wurde geredet. – Ein kritisch-realistisches Gesamtbild von der DDR ist aus individuellen Erinnerungen dennoch nicht zu erstellen. Andererseits sind diese Quellen für eine wirklichkeitsnahe Geschichtsinterpretation unverzichtbar. *Evemarie Badstübner*

Martin Greschat/Jochen-Christoph Kaiser (Hrsg.): Die Kirchen im Umfeld des 17. Juni 1953, Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart 2003, 303 S.

Anläßlich des 50. Jahrestages der Protestbewegung vom 17. Juni 1953 erschien eine Vielzahl von Publikationen, die auf der Grundlage bislang unzugänglicher Quellen, auch Film- und Fernsehaufnahmen teils aus Privatbeständen, teils aus Partei- resp. Staatsarchiven, Ursachen sowie Verlauf des Aufstands einer rezenten Analyse unterzogen.

Bei aller Unterschiedlichkeit der vertretenen Standpunkte resp. Akzentuierungen ging es den Autoren grosso modo um eine generelle Neubewertung der Ereignisse, wobei zum einen der weltpolitische Kontext berücksichtigt, zum anderen eine kritische Auseinandersetzung mit älteren Publikationen vorgenommen wurde. So wurde beispielsweise die Frage kontrovers diskutiert, welchen Charakter der am 17. Juni 1953 kulminierende Protest besaß und welcher Terminus – Aufstand, Revolte, Revolution, spontaner Widerstand – ihm angemessen sei. Auch ergibt sich nach der – partiellen – Öffnung sowjetischer Archive ein sehr viel differenzierteres Bild von den innerhalb der Moskauer Partei- und Staatsspitze geführten, nach dem Tod Stalins im März 1953 rapide sich verschärfenden Kontroversen über die Ziele der gegen die westlichen Alliierten oder in Übereinstimmung mit ihnen zu verfolgenden Deutschlandpolitik. Manches deutet darauf hin, daß eine der politischen Forderungen der Aufständischen schon geraume Zeit vor dem 17. Juni von einflußreichen Kräften in der sowjetischen Führung als politisches Ziel angestrebt wurde: ein nach dem Muster Österreichs zu strikter Neutralität verpflichtetes, wiedervereinigtes Deutschland mit einer bürgerlich-demokratischen Verfassung – und nicht die sukzessive Integration eines sozialistischen Teilstaates in den Ostblock.

Diese These vertritt Wilfried Loth in dem materialreichen Aufsatz „Der 17. Juni im internationalen Kontext" (S.15-48), mit dem der 31. Bd. der Reihe „Konfession und Gesellschaft" eröffnet wird. Dieser ist dem im Buchtitel genannten Thema gewidmet und enthält insgesamt elf Beiträge, die auf Referaten einer Tagung basieren, die im Juli 2003 in der Evangelischen Akademie Arnoldshain stattfand. Mit der Publikation soll erklärtermaßen eine Lücke geschlossen werden, die, wie die Hrsg. eingangs betonen, eigentümlicherweise in der Forschung bislang übersehen oder als wenig relevant erachtet wurde: die Situation der ostdeutschen Christen, Geistlichen und Laien sowie ihrer kirchlichen Formationen in der Krise des Jahres 1953.

Zu präzisieren ist hier, daß es sich bei den im Titel genannten Kirchen nicht um die

zwei „großen“ christlichen Konfessionen, sondern die evangelischen Landeskirchen in der DDR handelt, die Lage der katholischen Kirche indes außer Betracht bleibt. Begründet wird dies mit dem Hinweis, „daß die Katholiken […] eine kleine Minderheit [bildeten], die sich vor den Angriffen der kommunistischen Machthaber leichter wegducken konnte – und die von ihnen auch keineswegs mit derselben zielgerichteten Intensität verfolgt wurde wie die Protestanten“ (S.9). Diese Argumentation vermag kaum zu überzeugen, zumal aus dem Beitrag von Ingolf Hübner über „Kirche, Diakonie und Bahnhofsmission“ (S.155-172) hervorgeht, daß beide große Amtskirchen sich von denselben Problemen und Schikanen betroffen sahen und, wie am Beispiel der Auseinandersetzung um die Stationen der Bahnhofsmission bis zu deren Verbot und Auflösung im Frühjahr 1956 erhellt, auf lokaler Ebene solidarisch-eng zusammenarbeiteten. Auch hatte bereits die 1998 veröffentlichte, material- und kenntnisreiche Untersuchung von Bernd Schäfer „Staat und katholische Kirche in der DDR“ (Weimar 1998) Einblick in die überaus prekäre Lage der Katholiken im östlichen Teil Deutschlands gewährt, deren Gemeinden, gemessen an ihrer Größe, zu grotesk überproportionalen Objekten der Überwachung durch das MfS „aufgebaut“ wurden. Nicht zuletzt zeigt die empirische Erkenntnis, daß gerade minoritäre Gruppen (gleich ob religiöser, politischer oder kultureller Natur) besonders sensibel auf von außen ausgeübten Druck reagieren und vermehrte Schwierigkeiten bewältigen müssen, um sich in Tradition und den Zeitläuften gemäßer Praxis zu bewahren. Aufschlußreich ist hier die konfliktreiche Rezeption der vom II. Vaticanum in Gang gesetzten Veränderungen in Lehre und Liturgie, die speziell in sozialistischen Ländern Ängste über einen schleichenden Verlust der genuin katholischen Identität weckten.

Abgesehen von diesem „weißen Fleck“ auf dem dramatisch gefärbten Tableau der Beziehung zwischen Staat resp. Partei und Kirche, wird das Umfeld hell ausgeleuchtet, in dem sich die evangelischen Christen vor und nach dem 17. Juni befanden.

Auf den bereits erwähnten Aufsatz von Loth, dessen These von einem bislang unveröffentlichten Dokument, der Ansprache Georgij M. Malenkows vor der Anfang Juni 1953 nach Moskau beorderten SED-Delegation unter Leitung Walter Ulbrichts, gestützt wird, folgt ein Beitrag von Joachim Heise über „Den forcierten Aufbau des Sozialismus in der DDR und die Kirchen“ (S.53-84), in dem der Zusammenhang zwischen den auf der 2. Parteikonferenz der SED am 9. Juli 1952 beschlossenen Direktiven zum „planmäßigen Aufbau des Sozialismus in der DDR“ und den unmittelbar danach einsetzenden Repressionsmaßnahmen gegen die Kirchen und ihre Mitglieder aufgezeigt wird. Besondere Aufmerksamkeit widmet der Vf. dem Problem des Fehlens einer wie auch immer punktuell-ephemeren Solidarität zwischen demonstrierenden Arbeitern und Angestellten einerseits, der evangelischen Kirche andererseits. Wichtiger noch als der Umstand, daß die Leitung der Kirche selbst von den Ereignissen überrascht wurde, und dem Faktum, daß zwischen Höhepunkt der Protestmärsche und Ver-

hängung des Ausnahmezustandes durch die sowjetische Militäradministration nur wenige Stunden vergingen, in welchem Zeitraum schlechterdings keine plausible Reaktion beschlossen werden konnte, dürfte die aus der Bismarckzeit datierende Entfremdung zwischen Arbeiterschaft und Kirche gewesen sein. Sowenig diese spontan und vorbehaltlos die Forderungen der demonstrierenden Werktätigen unterstützte, sowenig hatte jene zuvor sich mit der in ihrer Existenz bedrohten Kirche solidarisiert.

Dieses Sujet klingt auch in zwei weiteren Beiträgen an, die, thematisch durchaus anders ausgerichtet, verschiedentlich auf das spannungsvolle Verhältnis zwischen Kirche und Proletariat sowie kleinbürgerlichen Schichten zu sprechen kommen: in Martin Greschats Darstellung der „Reaktionen der evangelischen Kirche auf den 17. Juni 1953“ (S.85-104) und Ellen Ueberschärs Überlegungen, inwieweit es zulässig ist, den von der Bekennenden Kirche geprägten Begriff des Kirchenkampfes auf die mit staatlichen oder Parteiinstanzen ausgetragenen Konflikte der Kirchenleitung anzuwenden („Ein neuer Kirchenkampf? Kirchliche Deutungen im Vorfeld des 17. Juni“; S.109-128). Die Artikel werden von einem hier erstmals vollständig wiedergegebenen Situationsbericht des Generalsuperintendenten Friedrich Wilhelm Krummacher ergänzt, den dieser unmittelbar nach dem Aufstand für einen Mitarbeiter des KGB verfaßte und in dem er scharf die Unfähigkeit sowohl der sowjetischen als auch der DDR-Führung bei der Meisterung der eingetretenen politischen und ökonomischen Krise geißelte. Zusammenfassend schrieb er über Motive und Ziele der Protestbewegung: „Es ist schwer zu sagen, was die Demonstranten im einzelnen wollten, da die meisten mehr aus einem spontanen Gefühl als einer klaren Überlegung der Gedanken mitgegangen sind; es werden folgende Faktoren mitgewirkt haben: wirtschaftliche Gründe, Ablehnung von Normerhöhungen, Sorgen um die tägliche Ernährung; aber vor allem der Wunsch nach freier Meinungsäußerung gegenüber einer Partei, das Verlangen nach Wiedervereinigung Berlins und Deutschlands und der Wunsch nach einer aus gesamtdeutschen freien Wahlen hervorgehenden deutschen Regierung.“

Neben dem schon genannten Beitrag von Hübner schildern Jochen-Christoph Kaiser („Der staatliche Zugriff auf die Diakonie“; S.129-150) und Friedemann Stengel („Die Theologischen Fakultäten in der DDR im Umfeld des 17. Juni 1953“; S.173-204) die im Verlauf des Jahres 1952 nahezu zeitgleich einsetzenden Angriffe gegen Einrichtungen, Pflege- und Ausbildungsanstalten sowie einzelne Gemeinden insgesamt, welche durch detaillierte Darstellungen der Berichte zweier Zeitzeugen und mehrere Dokumente teils staatlicher Behörden, teils kirchlicher Instanzen und Würdenträger ergänzt werden.

Über die Wahrnehmung der komplizierten Situation des deutschen Protestantismus vor und nach dem 17. Juni 1953 außerhalb Deutschlands geben zwei höchst unterschiedliche Texte Auskunft. Es ist dies zum einen die vom hessischen Kirchenpräsidenten Martin Niemöller auf der Tagung der Weltfriedenskonferenz in Budapest am 16. Juni 1953 gehaltene Rede (S.105-108), zum ande-

ren ein Beitrag Katharina Kunters über die im Lauf der Jahre zunehmende Tendenz der in Genf ansässigen Organisationen des Ökumenischen Rates der Kirchen, die Lage der protestantischen Kirchen in den sozialistischen Ländern insgesamt im Licht der Landeskirchen der DDR zu sehen („Die Ökumene, das Jahr 1953 und die Wahrnehmung des deutschen Protestantismus"; S.267-276). Der Bd. schließt mit einer Analyse Norbert Friedrichs „Protestantische Reden im Deutschen Bundestag zum Tag der Deutschen Einheit" (S.277-292), in deren Mittelpunkt die Rede Helmut Thielickes von 1962 steht. „Die weitere Forschung", so bemerken die Hrsg. in ihrer Einführung, „müßte verdeutlichen, ob und inwiefern es zulässig ist, von einem spezifisch protestantischen Profil dieser Ansprachen im Vergleich zu katholischen oder solcher anderer weltanschaulichen Positionen zu sprechen" – was in einem folgenden Bd. dieser Reihe geleistet werden sollte. *Eva-Maria Thimme*

Georg Herbstritt/Helmut Müller-Enbergs (Hrsg.): Das Gesicht dem Westen zu. DDR-Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland. Analysen und Dokumente. (Wissenschaftliche Reihe der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik. Bd. 23), Edition Temmen, Bremen 2003, 458 S.

Im November 2001 führte die Abteilung Bildung und Forschung der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) eine Tagung zum Thema „Stasi im Westen. Geheimdienste und Politik im deutsch-deutschen Verhältnis" durch. Das Buch enthält 21 der dort gehaltenen Vorträge, ein Vorwort, eine Liste der verwendeten Abkürzungen, ein Personenregister und Kurzbiographien der Autoren. Einen Bericht über die Diskussion zu den Vorträgen und ein Quellen- und Literaturverzeichnis gibt es nicht.

Die Autoren sind ihrer wissenschaftlichen Ausbildung nach Historiker (8), Politologen (4) und Juristen (6). Je einer weist sich als Wirtschaftswissenschaftler bzw. Diplomingenieur aus, einer hat keinen Hochschulabschluß. Ihrer beruflichen Tätigkeit nach sind sie Mitarbeiter der Abteilung Bildung und Forschung der BStU (6) und Hochschullehrer an Universitäten (5). Das Bundesamt für Verfassungsschutz, der Bundesnachrichtendienst (BND), der militärische Abschirmdienst und das Bundeskriminalamt (BKA) sind jeweils mit ihren Leitern für Spionageabwehr vertreten. Ein Autor leitet als Bundesanwalt beim Bundesgerichtshof das Referat für die Strafverfolgung von Spionage und Landesverrat, ein anderer ist wissenschaftlicher Direktor der Stiftung der „Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen" und ein weiterer gibt – nachdem er bis 1995 als Historiker tätig war – Unternehmensberater als Beruf an. Bei drei Vf. fehlen die entsprechenden Angaben.

Die Autoren beanspruchen, wissenschaftliche Forschungsarbeit geleistet zu haben. Indessen erweisen sich einige von ihnen als Experten antikommunistischer Propaganda. So bezeichnet Thomas Auerbach z. B. die vom MfS seit den 70er Jahren gebildeten Anti-Terror-Kräfte,

die für diesen Zweck eine spezielle Ausbildung erhielten, als Mordkommandos. Und Joachim Lampe behauptet, das MfS habe in der BRD Kommandounternehmen durchgeführt, die militärähnlich gewesen seien. Für beides gibt es keine Beweise.

Vier Beiträge tangieren lediglich die sogenannte Westarbeit des MfS. Das betrifft den Beitrag von Bernd Stöwer über die angebliche Befreiungspolitik der USA, den Beitrag von Phillipp-Christian Wachs über den Fall Oberländer, den Beitrag von Jochen Staadt über die bundesdeutsche Entspannungspolitik in den Jahren der sozialliberalen Koalition und den Beitrag von Karl-Rudolf Korte über die Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Regierungszeit. Kortes Folgerung aus dem Führungsstil von Kohl lautet, er „hatte damit die Nichtsystematik zum System gemacht. [...] Schon aus dieser Systemlogik heraus wäre ein direkter MfS-Einfluß auf den Kanzler sehr schwer realisierbar gewesen“ (S.426). Ein „umwerfendes“ Forschungsergebnis.

Zu den auf dieser Tagung umstrittenen Themen gehören: Welchen Einfluß hatten die Aktivitäten des MfS auf die politischen Kräfte der BRD? Wie sind die Aufklärungsergebnisse der NVA und der NVA-Militäraufklärung zu bewerten? Warum konnte die DDR nicht alle Aufklärungsergebnisse auf wissenschaftlich-technischem Gebiet nutzbringend verwenden? Warum wird der DDR-Wirtschaftsspionage in den Veröffentlichungen so wenig Aufmerksamkeit geschenkt?

Müller-Enbergs stellt in seinem Überblicksartikel „Was wissen wir über die DDR-Spionage?“ fest: „Die DDR-Spionage hat offenbar auf nahezu allen Gebieten erfolgreich operiert. Die Informationszugänge bei den Angriffszielen Politik, Wirtschaft, Militär und Nachrichtendienst waren außerordentlich“ (S.69). Im Widerspruch dazu sind mehrere Autoren bestrebt, diese für die Sicherheit der DDR und der Warschauer Koalition wichtigen Aufklärungsergebnisse zu bagatellisieren und den Abwehrerfolgen der bundesdeutschen Spionageabwehr höchste Wertschätzung zu verleihen. Ullrich Wössner, Direktor im BND, bringt es sogar fertig zu behaupten: „Ohne Frage ist das MfS insofern mit seinen Angriffen auf den BND insgesamt gescheitert“ (S.403). Und das, obwohl die Mitarbeiter des BND Gabriele Gast und Alfred Spuhler über 15 Jahre lang der HVA wertvolle Informationen (Spuhler sogar Kopien geheimer Dokumente) übermittelt haben.

Im Buch wird auch die Frage nach den Motiven berührt, die die Bundesbürger veranlaßt hatten, für den DDR-Geheimdienst zu arbeiten. Mit der Bezeichnung „Überzeugungstäter“, z. B. für Alfred Spuhler, werden politisch-moralische Motive (Kriegsverhinderung, Gegnerschaft zum kapitalistischen System) zugegeben, generell jedoch das Motiv „Friedenserhaltung“ abgelehnt.

Zwei Beiträge beschäftigen sich mit der strafrechtlichen Aufarbeitung der MfS-Westarbeit. Deutlich wird die Doppelaufgabe der Gauck-Birthler-Behörde. Sie liefert dem BKA Angaben für die Ermittlungsarbeit. Diese Aufgabe gilt im wesentlichen als abgeschlossen. Sie belieferte auch die Medien mit Informationen, die damit zeitweise eine regelrechte Hysterie erzeugten. Nunmehr soll diese zwei-

te Aufgabe langfristig weitergeführt werden. Müller-Enbergs folgert aus seiner über weite Strecken sachlich vorgetragenen Analyse, daß die Forschung zur DDR-Spionage auch 13 Jahre nach dem Ende der DDR noch an ihrem Anfang stehe. Es komme allerdings darauf an, die Zentrierung auf die Stasi-Unterlagen aufzugeben und das Quellenmaterial in den Kontext der allgemeinen Zeitgeschichtsforschung zu stellen (S.70/71). Da sich in den letzten Jahren zahlreiche Zeitzeugen zur MfS-Thematik zu Wort gemeldet haben, sei auf das 2003 bei edition ost erschienene Buch „Kundschafter im Westen. Spitzenquellen der DDR-Aufklärung erinnern sich", herausgegeben von Klaus Eichner und Gotthold Schramm, aufmerksam gemacht. Es enthält 31 Berichte von Zeitzeugen.

Wolfgang Wünsche

Annotationen

Ralf Hansjosten: 700 Jahre Schreinerinnung Trier-Saarburg. Studien und Quellen zur Entwicklung des Schreinerhandwerks in der Region Trier (= Geschichte und Kultur des Trierer Landes, Bd. 1), Kliomedia Verlag, Trier 2002, 304 S., Abb.

Der Bd. bietet einen Überblick über die organisatorische und soziale Entwicklung des Schreinerhandwerks im Gebiet Trier von den Ursprüngen bis zum Ende des 18. Jh.s (Teil 1, S.25–81) und vom Beginn des 19. bis zum Jahre 1951 (Teil 2, S.85–207). Teil 3 (S.211–270) und Teil 4 (S.273–291) beleuchten aktuelle Probleme des Trierer Schreinerhandwerks. Besonderes Interesse erheischt zweifellos der zweite Teil. H. schildert anschaulich und gestützt auf die Auswertung zahlreicher regionaler und lokaler Quellen die Höhen und den durch die zunehmende Industrialisierung auch im Baugewerbe verursachten allmählichen Rezessionsprozeß des Schreinerhandwerks. Hervorzuheben sind die detaillierte Analyse des Wanderwesens der Handwerksgesellen, ihres Brauchtums, der Entwicklung der sozialen Lage der Trierer Schreiner in diesem Zeitraum und, davon ausgehend, ihres Unterstützungswesens. Hilfreich ist, daß der Autor jedem Unterabschnitt wichtige und aussagekräftige Quellen angefügt hat. Unterbelichtet bleibt allerdings das Verhältnis der Innung zu den politischen Bewegungen der jeweiligen Zeit. Ein umfangreiches Literatur- und Quellenverzeichnis (S.292–299) beschließt den insgesamt lesenswerten Bd.

Peer Lautenschläger

Thomas Felleckner: Bäuerliche und unterbäuerliche Bevölkerungsgruppen in der preußischen Provinz Sachsen während der Revolution von 1848/49, Schulz-Kirchner-Verlag, Idstein 2003, 201 S.

Nach einleitenden Ausführungen zum Forschungsstand und zur Fragestellung beschäftigt sich der Vf. mit den Voraussetzungen oder der Vorgeschichte der Revolution von 1848/49 in der von ihm untersuchten Region. Vorgestellt werden auf zirka 50 Seiten deren historisch- kulturelle Besonderheiten, die Boden- und Besitzverhältnisse, die Mißernte von 1846, die soziale Lage der Bauern und der sogenannten unterbäuerlichen Schich-

ten und der Stand der Agrarreformen. Im etwa 100 Seiten umfassenden Hauptteil wird das Verhalten der bäuerlichen und unterbäuerlichen Bevölkerungsgruppen der preußischen Provinz Sachsen während der Revolution behandelt. Dargestellt bzw. erörtert werden thematische Komplexe wie die vom Landvolk vertretenen Forderungen, sein Wahlverhalten, die Haltung zur Krone und zum Parlament, seine Aktivitäten in Vereinen und auf Gemeindeebene, der Gemeindeentwurf von 1849 sowie das Verhältnis der Landbevölkerung zum Militär. Eine Schlußbetrachtung faßt die gewonnenen Ergebnisse zusammen.

Drei Aspekte verdienen, hervorgehoben zu werden. Zu verweisen ist erstens auf die solide und umfassende Erschließung von für das Thema aussagefähigen Quellen. Das gilt sowohl für gedruckte als vor allem auch für archivalische Zeitzeugnisse. Erschlossen wurden einschlägige Bestände aus den Hauptstaatsarchiven in Magdeburg und Weimar, den Kreisarchiven in Quedlinburg und Halberstadt, dem Stadtarchiv in Quedlinburg sowie die Akten der preußischen Zentralbehörden. Ausführliche wörtliche Zitate aus den eingesehenen Akten verleihen der Arbeit streckenweise den Charakter einer Chrestomatie. Vermittelt wird auf diese Weise ein plastisches Bild von der Lage, der Stimmung, den Forderungen und Aktionen der Landbevölkerung in den Jahren unmittelbar vor 1848 und in der Revolution.

Ähnlich gründlich und umfassend erfolgte die Erschließung und Auswertung der Sekundärliteratur. Auch die einschlägigen Arbeiten von DDR-Autoren wurden berücksichtigt. Kritisch und durchaus zutreffend benennt F. manche Einseitigkeit und voreilige Schlußfolgerung, die sich dort finden lassen. Befangenheit in der derzeit dominierenden DDR-Phobie versperrt ihm freilich den Zugang zu einer sachgerechten Würdigung. Vielmehr meint er: „Das Defizit der DDR-Forschung war fundamentaler Art.“ Ihr marxistischer Ansatz habe ihr nicht erlaubt, „der historischen Wahrheit gerecht zu werden“ (S.10).

Drittens schließlich: Im Ergebnis seiner Untersuchung kommt der Vf. zu dem Schluß: „Das grundsätzlich positive Verhältnis der Landbevölkerung zu Regierung und Monarch sowie die Bereitschaft, sich mit den vorhandenen gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen abzufinden, machte das Land letztlich zur wichtigsten Hausmacht für das alte System“ (S.178). Und: „Dieser Grundkonsens der Mehrheit der Bevölkerung mit den Fundamenten der politischen und sozialen Verhältnisse bewirkte regional und letztlich landesweit zunächst die Konsolidierung der konservativen Kräfte und schließlich die Niederlage der Revolution“ (S.179).

Dieses Fazit steht im Widerspruch zu einem großen Teil der von F. selbst präsentierten Quellen. Es befindet sich in Übereinstimmung mit einem seit Jahren von mehreren Autoren vertretenen Deutungstrend, der darauf zielt, die Bourgeoisie von der Verantwortung für das Scheitern der bürgerlichen Revolution 1848/49 zu entlasten. *Helmut Bleiber*

Rainer Karlsch/Raymond G. Stokes: „Faktor Öl“. Die Mineralölwirtschaft in Deutschland 1859-1974, Verlag C. H. Beck, München 2003, 460 S.

Publikationen zur Mineralölwirtschaft eines Landes gehören zu den eher häufigen industriegeschichtlichen Arbeiten. Für Deutschland dagegen fehlte bisher eine allgemeine Geschichte der Mineralölwirtschaft. Das kann nur auf den ersten Blick verwundern. Denn Deutschland war nie die Heimat weltbeherrschender Mineralölfirmen. Als einer der größten Märkte für Ölprodukte war es allerdings ein wichtiges Schlachtfeld für internationale Ölgesellschaften. Die Mineralölwirtschaft war der erste Industriezweig Deutschlands, in dem sich die „Multis" schon in der ersten Globalisierungswelle (die mit dem ersten Weltkrieg abbrach) tummelten. Selbst während des Ersten und Zweiten Weltkrieg, als die Verbindungen zum Mutterkonzern unterbrochen waren, arbeiteten die ausländischen Tochterfirmen, wenn auch 1939 bis 1945 unter Staatskontrolle, weiter für die deutsche Kriegswirtschaft.

Doch nicht von Anfang an bildete das Mineralöl das Rückgrat der kriegerischen Operationen zu Wasser, zu Land und zur Luft bzw. des friedlichen Straßenverkehrs. K., der den ersten Teil des chronologisch aufgebauten Buches (1859 bis 1945) verfaßt hat, erinnert daran, daß die wirtschaftliche Bedeutung des Öls zunächst auf einem anderen Gebiet lag: Leuchtpetroleum wurde in der zweiten Hälfte des 19. Jh.s zum „Licht des armen Mannes". Um 1900 bildeten sich in Zusammenhang mit dem Aufstieg des deutschen Maschinenbaus zusätzlich rasch wachsende Märkte für Schmierstoffe heraus. Gleichzeitig schuf die beginnende Motorisierung Nachfrage nach Benzin. Seit den 20er Jahren verdrängte elektrischer Strom immer mehr das Leuchtpetroleum. Die zukünftige strategische Bedeutung der Mineralölprodukte für die Kriegswirtschaft war bereits während des Ersten Weltkrieges sichtbar geworden. Hitler entschied sich in Vorbereitung auf den Zweiten Weltkrieg angesichts der vergleichsweise geringen Erdölvorräte auf deutschem Boden für die Forcierung der Treibstoffgewinnung durch Kohlehydrierung. Bei Kriegsende lagen die deutschen Hydrierwerke, seit Mai 1944 Ziel systematischer Luftangriffe der Alliierten, in Trümmern. Auch die Raffinerien waren stark zerstört.

Der Wiederaufbau der Mineralölindustrie vollzog sich in der Bundesrepublik unter, im Vergleich zu den vorangegangenen Jahrzehnten, deutlich veränderten Bedingungen. Unabhängig von den heimischen Ölvorkommen, die bis Anfang der 70er Jahre noch eine gewisse Bedeutung besaßen, und unter Verzicht auf die Kohlehydrierung, ganz orientiert auf den Rohölimport erlebte die Mineralölwirtschaft im Wirtschaftswunderland einen rasanten Aufstieg. Es ist ein großes Verdienst von S., der den zweiten Teil des Buches, den Zeitraum von 1945 bis zur ersten Erdölkrise 1973/74 geschrieben hat, daß in der ersten Geschichte der deutschen Mineralölwirtschaft die Entwicklung dieses Industriezweiges in der DDR nicht nur die übliche Fußnote bildet. Ein ganzes Kapitel ist dem Öl im „anderen Deutschland" gewidmet. Der auf S.343-344 vorgenommene Vergleich beider deutscher Mineralölwirtschaften ist einer der analytischen Höhepunkte des Bd. und setzt Maßstäbe für die Gestaltung der generell in der Wirtschaftsgeschichtsschreibung noch ausstehenden deutsch-deutschen Nachkriegsgeschichte.

Die Industriezweiggeschichte von K. und S. gründet sich auf die Auswertung von Archiven und Primärquellen aus staatlichen und privaten Archiven in Deutschland, aber auch den Vereinigten Staaten, Großbritannien, den Niederlanden und Rußland. Die Autoren haben auch ein intensives Studium der Literatur sowie der einschlägige Fachzeitschriften und -zeitungen bewältigt.
Die größte Stärke des Buches dürfte jedoch darin bestehen, daß die Autoren nicht bei einer sorgfältig recherchierten Industriezweiggeschichte stehen geblieben sind, sondern den Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Mineralölwirtschaft und wichtigen Fragen der deutschen Wirtschaft, Politik und Kriegsgeschichte transparent gemacht haben.

Jörg Roesler

Tobias Haren: Der Volksstaat Hessen 1918/1919. Hessens Weg zur Demokratie, Verlag Duncker & Humblot, Berlin 2003, 287 S.

Die vorliegende, aus einer rechtshistorischen Dissertation an der Universität Frankfurt a. M. hervorgegangene regionalgeschichtliche Studie behandelt die Entwicklung Hessens in der deutschen Novemberrevolution 1918/1919. Die revolutionären Prozesse in dieser Region wurden bisher in der Geschichtsliteratur nur marginal gewürdigt. Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen Fragen nach dem revolutionären Charakter der Ereignisse im Großherzogtum Hessen, die Gründung des Volksstaates Hessen sowie dessen demokratische Neugestaltung. Der Verfasser stellt zunächst das Revolutionsgeschehen im Deutschen Reich dar, wobei er vor allem die Wirkungsweise und Effizienz der Arbeiter- und Soldatenräte kritisch unter die Lupe nimmt. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse dienen ihm als Vergleichsmaßstab für die Arbeitsweise und das Durchsetzungsvermögen der Arbeiter- und Soldatenräte im Rhein-Main-Gebiet. Durch die Gegenüberstellung der revolutionären Vorgänge in den preußischen Städten Frankfurt am Main, Wiesbaden und Hanau und den für die drei großherzoglich-hessischen Provinzen repräsentativen Städten Darmstadt, Offenbach, Gießen, Alsfeld, Friedberg und Mainz wird sichtbar, daß trotz der übereinstimmenden politischen, geographischen und militärischen Faktoren die regionalen Ausformungen des Revolutionsgeschehens stark differenzieren. Zusätzlich zur regionalen Perspektive wird die Revolutionsentwicklung in Hessen unter dem Aspekt der Hauptakteure der Revolution, der Räte und der provisorischen Regierung, beleuchtet. Besonders die Entstehung, Zielsetzung und die tatsächliche Machtpositionen der verschiedenen Rätegruppierungen im Verhältnis zur provisorischen Regierung und zu den alten Machteliten stehen im Vordergrund der Betrachtung. Darüber hinaus wird die Frage nach der demokratischen Grundhaltung Hessens gestellt und am Beispiel der Entstehung der Verfassung des Volksstaates Hessen vom 12. Dezember 1919 beantwortet. Die auf reichem Quellen- und Literaturmaterial beruhende Studie enthält im Anhang umfangreiche zeitgenössische Dokumente und aussagekräftige biographische Daten der erwähnten historischen Akteure. Sie leistet einen Beitrag zur weiteren

Erforschung der Novemberrevolution sowie zur Hessischen Regionalgeschichte. *Rainer Holze*

Deutscher Oktober 1923. Ein Revolutionsplan und sein Scheitern. Hrsg. von Bernhard H. Bayerlein u.a., Aufbau-Verlag, Berlin 2003, 479 S.

Zum Krisenjahr 1923 mit Rheinlandbesetzung, Inflation und Hitlerputsch zählt auch der Versuch eines „deutschen Oktobers", durch den die Weltrevolution vorangetrieben, die Sowjetrepublik aus der Isolierung befreit werden sollte. Er ist Gegenstand der Aufsätze Hermann Webers, Fridrich Firsovs, Pierre Broués und Karsten Rudolphs, von Chroniken und über 100 in Moskauer Archiven aufgefundenen Dokumenten. Die Handlung setzt im Sommer 1923 ein, als sich die deutsche Krise rasch zuspitzte. KPD-Vorsitzender Heinrich Brandler orientierte auf Kampf gegen Sozialnot und faschistische Gefahr, für eine Arbeiterregierung. Kominternvorsitzender Grigorij Sinowjew und die „Berliner Linke" um Ruth Fischer drangen auf Forcierung der Ereignisse bis zum bewaffneten Aufstand für eine proletarische Diktatur. Debatten im russischen Politbüro ergaben schon am 22.8.1923 einen Beschluß, wonach „das deutsche Proletariat unmittelbar vor entscheidenden Kämpfen um die Macht" stehe (S.130f.). Eine Kommission aus Sinowjew, Jossif Stalin, Lew Trotzki, Karl Radek und anderen sollte Maßnahmen zu seiner Unterstützung treffen. Am 4.10.1923 wurde der 9. November zum Orientierungsdatum für den Aufstand in Deutschland erklärt (S.152ff., 179f. und 195). Brandlers Bestandsaufnahme nach Rückkehr aus Moskau fiel ernüchternd aus: Von geringen Fortschritten in Mitteldeutschland abgesehen, stehe es schlecht um die Aufstandsvorbereitung (S.217). Es folgten der Reichswehreinmarsch in Sachsen, das Scheitern von Brandlers Antrag an die Chemnitzer Betriebsräte- und Arbeiterkonferenz vom 21.10.1923, zum Generalstreik dagegen aufzurufen, der hierauf abgesagte Übergang zur Revolution und der gegen Weisungen der KPD-Zentrale begonnene, in der Nacht vom 23./24.10.1923 abgebrochene Aufstand einer kleinen Schar kommunistischer Kämpfer in Hamburg. Die lange in Archiven eingesargten Akten widerlegen die Legende vom angeblichen Arbeiterverrat Brandlers.

Ab Anfang November 1923 war die KPD verboten und aktionsunfähig, letzteres besonders dank der „Berliner Linken", die weiter unermüdlich auf Rebellion drängte, aber weder Demonstrationen noch Streiks organisierte. Die russischen Berater um Radek führten einen Beschluß des KPD-Zentralausschusses zur Rechtfertigung des Oktoberrückzugs mit herbei. Dagegen steuerte der Kominternchef auf neue Aufstände und das Ende der 1921 von Lenin und Trotzki durchgesetzten Einheitsfrontpolitik mit Sozialdemokraten hin. Das Exekutivkomitee der Komintern (EKKI) bestätigte einen Brief an die Zentrale der KPD, in dem der Kampf gegen die linke SPD zur „Hauptaufgabe der Zeit" erklärt wurde (S.323). Anflüge von Kritik an eigenen Fehlleistungen beim „deutschen Oktober" vermeidend, bezichtigte das EKKI die KPD-Führung, „unsere politische Niederlage" durch Versagen verursacht zu haben (S.320f.). Die

„Troika“ aus Sinowjew, Kamenew und Stalin in Moskau wirkte auf Ablösung der „rechten“ deutschen Parteispitze hin. In Tagungen des ZK der KPR(B) und des EKKI-Präsidiums im Januar 1924 wurden Radek desavouiert und Sinowjews Pseudolehre gebilligt, die „leitenden Schichten der deutschen Sozialdemokratie“ wären „nichts anderes als eine Fraktion des deutschen Faschismus unter sozialistischer Maske“ (S.465). Im Hinblick auf die KPD erwartete der EKKI-Vorsitzende, ihr Zentrum werde mit der Parteilinken „gegen die opportunistischen Fehler der Rechten“ zusammengehen (S.437). Am 19.2.1924 übernahm der KPD-Parteiausschuß die neue Oktoberlegende und ersetzte die Zentrale durch eine Mitte-Links-Führung. Sachkennern bringt der Dokumentenband keine grundsätzlich neuen Erkenntnisse. Er beweist jedoch, daß jahrzehntelang geglaubte Legenden über 1923, die schwerwiegende politische Folgen hatten, falsch sind. *Manfred Behrend*

Luitwin Bies/Horst Bernard: Saarländerinnen gegen die Nazis. Verfolgt - vertrieben - ermordet, Blattlaus-Verlag, Saarbrücken 2004, 144 S.

Im Auftrag der VVN-Bund der Antifaschisten stellen die Autoren 25 Frauen aus dem Saarland vor, die den Nazis an der Saar, einige auch im Spanischen Bürgerkrieg und anschließend in der französischen Résistance, widerstanden haben. Die meisten von ihnen waren Arbeiterfrauen, darunter Mitglieder der KPD, der SPD, Christinnen, Jüdinnen, Parteilose. Sie nahmen viele Jahre der mit Entbehrungen und tödlichen Gefahren verbundenen Illegalität im eigenen Land und/oder im Exil auf sich, setzten vielfach ihr Leben ein: 120 Jahre im Exil, 40 Jahre Zuchthaus, Gefängnis, KZ kamen da bei diesen 25 Frauen zusammen; drei von ihnen – Aline Söther (1923-1945), Jutta Speicher (1921-1945), Lenchen Weber (1898-1945) – kamen im KZ Ravensbrück um.
Die Autoren erhellen die Herkunft der Frauen, ihre Lebensumstände, ihr Erleben und Erleiden der Jahre der faschistischen Diktatur - und ihre Ausdauer, ihren Erfindungsgeist, ihren Mut im Widerstand, der bisher in der Literatur und Publizistik nur am Rande erwähnt wurde und immer noch kaum erwähnt wird. Als Quellen dienten Erinnerungen der Frauen, ihrer Verwandten und Kampfgefährten; Befragungen, Gesprächsniederschriften; Dokumente aus Archiven. Mit einer Ausnahme wurden die Beiträge mit Fotographien versehen, so daß der Leser/die Leserin den mutigen Frauen auch „ins Gesicht schauen“ kann. Der bedeutende Anteil der Frauen am Widerstand gegen die Nazi-Barbarei wird mit dieser Schrift farbenreich und nachdrücklich dokumentiert. „Unser Anliegen ist es“, schreiben die Autoren im Vorwort, „auch diese Frauen und viele andere in das Bewußtsein der nächsten Generation einzubringen.“ Diesem Anliegen sind sie gerecht geworden.
Ulla Plener

Michael P. Hensle: Rundfunkverbrechen. Das Hören von „Feindsendern“ im Nationalsozialismus. Dokumente – Texte – Materialien, veröffentlicht vom Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität

Berlin, Band 49, Metropol Verlag, Berlin 2003, 383 S.

Der Vf. legt mit dieser Arbeit erstmals eine umfassende und detaillierte Studie zum Delikt „Rundfunkverbrechen“ und dessen Ahndung durch die NS-Sondergerichtsbarkeit vor.
Ausgehend von den Verfahrensakten der Sondergerichte Berlin und Freiburg ist diese Untersuchung als Vergleichsstudie der Sanktionspraxis in der Reichshauptstadt und der südbadischen Provinz angelegt. Diesem Vergleich vorangestellt ist eine allgemeine Betrachtung zur Vor- und Entstehungsgeschichte der Verbotsverordnung des Abhörens ausländischer Sender.
Mit dem Überfall Polens durch das faschistische Deutschland im September 1939 erfolgte das generelle Verbot des Hörens dieser Sender und seine Brandmarkung als „Rundfunkverbrechen“. Bei Zuwiderhandlungen wurden drakonische Strafen angedroht: Zuchthaus als Regelstrafe, bei Weiterverbreitung abgehörter Nachrichten sogar die Todesstrafe, wobei die Aburteilung den NS-Sondergerichten oblag, die jedoch nur auf Antrag der Gestapo tätig wurden. In diesem Kontext untersucht H. die konkrete Verfolgungspraxis von faschistischer Justiz und Gestapo, wie sich beide dabei ergänzten und zugleich arbeitsteilig fungierten, wobei die Gestapo die eindeutige Dominanz besaß. Sie entschied über die Bestrafung der Betroffenen. Diese hing in erster Linie von rassistischen Kriterien ab. Beschuldigte „arischen“ oder „artverwandten“ Blutes hatten in der Regel mit den mildesten Sanktionsformen zu rechnen: Belehrung, Verwarnung oder befristete „Inschutzhaftnahme“. Gegen sogenannte „Volksfeinde“ und „Fremdvölkische“, gegen Ostarbeiter und Juden wurden die härtesten staatspolizeilichen Maßnahmen ergriffen, wie z. B. die Strafverbüßung in einem Konzentrationslager.
In seiner Studie geht der Vf. auch den Motiven der illegalen Abhörer nach, die größtenteils nach Denunziationen in die Fänge der Gestapo gerieten. Dabei weist er nach, daß eine antinazistische Haltung nur bei einem Teil der Feindhörer den politischen Hintergrund zum Abhören bildete. Die meisten deutschen Abhörer verhielten sich ansonsten als loyale „Volksgenossen“, ihr Hauptmotiv war ein weit verbreiteter „Nachrichtenhunger“. Die in den untersuchten Rundfunkverfahren vorgefundenen Zeugnisse des Widerstandes waren Widerstandshandlungen unterhalb der Schwelle des organisierten Widerstandes, was einen triftigen Grund hatte: Sobald das Abhören von „Feindsendern“ mit organisierten antifaschistischen Widerstandsaktionen verbunden war oder ein gemeinschaftliches Abhören den Anschein eines solchen Widerstandes erweckte, wurden die Ermittlungsakten dem Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof vorgelegt bzw. gelangten erst gar nicht an das Sondergericht. Die Studie basiert u. a. auf zahlreichen unveröffentlichten und veröffentlichten Quellen und Dokumenten.

Rainer Holze

Ulrich Schneider/Horst Gobrecht: Lehrjahre im KZ Buchenwald. Antifaschistische Wurzeln der Gewerkschaften. Hrsg.: Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora/Freundeskreis e. V.,

Pahl-Rugenstein Verlag, Bonn 2003, 47 S.

Die Broschüre erhebt nicht den Anspruch, neue wissenschaftliche Erkenntnisse zu vermitteln. Sie enthält Kurzdarstellungen zum Thema und Auszüge aus zeitgenössischen Dokumenten zum Widerstand von Gewerkschaftern im KZ Buchenwald und zu ihren während der Lagerhaft entwickelten gewerkschaftspolitischen Konzepten für eine antifaschistische Einheitsorganisation. Hinzu kommen Lebensbilder von ehemaligen „Buchenwalder" Gewerkschaftern, die die Befreiung nicht mehr erleben konnten (Carlo Mierendorff, Richard Teichgräber, Albert Kayser), oder die nach der Befreiung auf der Grundlage dieser Konzepte maßgeblich am Neuaufbau der Gewerkschaften beteiligt waren (Willi Bleicher, Max Bock, Paul Grünewald, Willi Albrecht, Rudi Jahn). Aufnahme fanden auch die Reden von Horst Schmitthenner, damals Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, auf der Gedenkfeier des Internationalen Buchenwaldkomitees zum 58. Jahrestag der Selbstbefreiung am 13. April 2003 in Buchenwald, und von Jürgen Weißbach, Landesvorsitzender des DGB Sachsen-Anhalt, im KZ Schloss Lichtenburg am 1. Juli 2003. *Wolfgang Heyn*

Janet Anschütz/Irmtraud Heike: „Man hörte auf, ein Mensch zu sein …" Überlebende aus den Frauen-Konzentrationslagern in Langenhagen und Limmer berichten, VSA-Verlag, Hamburg 2003, 199 S.; **Nils Köhler: Zwangsarbeit in der Lüneburger Heide. Organisation und Alltag des „Ausländereinsatzes" 1939-1945.** Quellen und Darstellungen zur Geschichte des Landkreises Celle, herausgegeben vom Landkreis Celle – Kreisarchiv Band 7, Verlag für Regionalgeschichte, 2. Auflage Bielefeld 2004, 493 S.

Die vorliegende regionalgeschichtliche Veröffentlichung von A. und H. trägt dazu bei, die Verbrechen des deutschen Faschismus und ihre Folgen nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Im Mittelpunkt des Buches stehen 21 polnische Zeitzeuginnen, die erstmals nach über 50 Jahren über ihr schweres Schicksal in den Konzentrationslagern Langenhagen und Hannover-Limmer Auskunft geben. Diese Frauen wurden alle im Gefolge des Warschauer Aufstandes von den faschistischen deutschen Besatzern verhaftet und zunächst in das „Durchgangslager Pruszkow" getrieben. Von hier begann für sie ein unsäglicher Leidensweg, der durch das Konzentrationslager Stutthof, die Außenlager des KZ Neuengamme in Langenhagen und Hannover-Limmer sowie nach dem KZ Bergen-Belsen führte. Eindrucksvoll werden der Überlebenskampf und die Überlebensstrategien der weiblichen KZ-Häftlinge sichtbar. Wir erfahren von ihrem „Lageralltag", von ihren Ängsten und ihren katastrophalen Lebensbedingungen, ihrer erniedrigenden Behandlung, dem Verhältnis untereinander und zu den deutschen „Kollegen" bei der Zwangsarbeit im Rüstungsbetrieb. Um ein Gesamtbild der Geschehnisse entstehen zu lassen, werden den Ausführungen der Zeitzeuginnen einführende Kapitel, in denen die Autorinnen die historischen Zusammenhänge skizzieren, vorangestellt und die Ausführungen der Polinnen mit zeit-

genössischen Dokumenten, Stadtplänen, Luftbildern usw. in Beziehung gesetzt. Das Buch vermittelt neue Erkenntnisse über die Bedingungen der Häftlinge in den KZs in Langenhagen und in Hannover-Limmer. Es enthält zahlreiche amtliche zeitgenössische Dokumente und Fotografien – darunter auch von den interviewten polnischen Zeitzeuginnen –, Kurzbiographien der Polinnen sowie ein Vorwort der IG Metall Hannover mit der Mitteilung über eine Mahnmalenthüllung am 8. Mai 2003 im heutigen hannoverschen Stadtteil Brink-Hafen, wo in der zweiten Hälfte des Jahres 1944 Hunderte von Zwangsarbeitern in dem Rüstungsbetrieb Brinker Eisenwerke – darunter auch die Frauen aus dem Konzentrationslager Langenhagen – beschäftigt waren.

Das Buch von K. stellt eine überarbeitete Fassung der Dissertation des Vf. dar, die an der Universität Flensburg 2002 angenommen worden war. Wie sehr die wissenschaftliche Bearbeitung der Problematik der Zwangarbeit während der Zeit des deutschen Faschismus – eines über lange Zeit wenig beachteten Themas – nach den politischen Diskussionen der vergangenen Jahre um Entschädigungsleistungen auf ein breites Interesse gestoßen ist, belegt auch, daß die erste Auflage dieses Buches bereits nach vier Wochen vergriffen war. Diese Resonanz bewog Verlag und Autor, umgehend eine Neuauflage des Buches vorzulegen, um auch weiterhin einer breiten Öffentlichkeit erstmals in einer umfassenden Darstellung die Geschichte der Zwangsarbeit in der Lüneburger Heide präsentieren zu können.

Die vorliegende Regionalstudie unterscheidet sich von anderen Arbeiten mit lokaler oder regionaler Abgrenzung durch ihr methodisches Vorgehen. Die Intention lag nicht darin, flächendeckend die Ausprägung der Zwangsarbeit in allen Städten und Dörfern der Heideregion zu dokumentieren, zumal dafür die Quellenbasis nicht ausreichend war. Dem Autor ging es vielmehr darum, die Strukturen dieser Zwangsarbeit herauszuarbeiten. Durch diese Herangehensweise gelingt es ihm, Hinweise und Interpretationsangebote für die weitere Erforschung der Zwangsarbeit vor Ort zu liefern.

Zwischen 1939 und 1945 arbeiteten in der Lüneburger Heide mehr als 60.000 Kriegsgefangene und zivile „Fremdarbeiter“, die meisten von ihnen unter Zwang. K. untersucht ihren Arbeitsalltag auf den Bauernhöfen und in den Rüstungsfabriken zwischen Aller und Elbe sowie ihr Verhältnis zur einheimischen Bevölkerung. Seine Analyse der Lebenswirklichkeit der „Fremdarbeiter“ und Kriegsgefangenen ergab: Die reichsweiten Erlasse und das konkrete Handeln der verschiedenen Behörden des faschistischen Deutschlands orientierten sich – jeweils mit unterschiedlicher Präferenz – an zwei Maximen: einerseits an der Aufrechterhaltung bzw. Optimierung der Rüstungsindustrie durch eine möglichst effiziente, kosten- und ressourcensparende Ausbeutung der Arbeitsleistung jedes einzelnen Ausländers und andererseits an dem auf der nationalsozialistischen Ideologie fußenden Rassismus.

Besonders krass zeigte sich das Verhalten der Behörden beim Umgang mit schwer erkrankten, nun für sie wertlosen Arbeitern und mit schwangeren Ost-

europäerinnen und ihren Säuglingen. Im Rahmen dieser Untersuchung – beim Vergleich des „Ausländereinsatzes“ in den Landkreisen Celle, Fallingbostel, Harburg, Lüneburg, Soltau und Uelzen – konnten zum ersten Mal für eine ganze Region die einzelnen Zuständigkeiten und Kompetenzen der verschiedenen Instanzen des faschistischen Staates und der NSDAP herausgearbeitet werden. Deutlich wurde dabei, daß der „Ausländereinsatz“ in der Region ein Vorgang war, an dessen konkreter Ausgestaltung zahlreiche regionale und lokale Instanzen und darin viele Ressorts mitwirkten. Jede zuständige Stelle trug ihren – wenn auch unterschiedlich gewichtigen – Teil bei und stützte so das System massenhafter Zwangsarbeit. In diesem Kontext bewies der Vf.: Erst durch die Organisatoren in einer Region – Verwaltungsbeamte, NSDAP-Funktionäre und Sicherheitsbehörden – bekam das System der Zwangsarbeit sein spezifisches Gewicht. Den entscheidenden Rahmen für dieses System setzten jedoch die reichsweit geltenden rassistischen Gesetzes des faschistischen Staates. Die Monographie stützt sich auf zahlreiche ungedruckte Quellen aus den Bundesarchiven und aus diversen niedersächsischen Archiven, auf Quelleneditionen, zeitgenössisches Schrifttum und auf eine umfangreiche Forschungsliteratur. *Rainer Holze*

Handbuch der Geschichte Russlands, Band 5: 1945 – 1991. Vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion. Hrsg. von Stefan Plaggenborg, 1. Halbband, Anton Hiersemann Verlag, Stuttgart 2002, XX, 593 S.; 2. Halbband, Anton Hiersemann Verlag, Stuttgart 2003, XII, 668 S.; Band 6: Einführung in Literatur, Quellen und Hilfsmittel, Hrsg. von Klaus Zernack, Anton Hiersemann Verlag, Stuttgart 2004, XII, 340 S.

Mit den vorliegenden Bd.en findet nach langjähriger Bearbeitungszeit das „Handbuch zur Geschichte Rußlands“ ein in dieser Form, in diesem Umfang und Inhalt noch nicht gekanntes Unternehmen deutscher Rußlandhistoriker, seinen zunächst so nicht vorgesehenen Abschluss.
Die Bd.e 1 bis 3, hrsg. von Manfred Hellmann, Gottfried Schramm und Klaus Zernack, waren jeweils in zwei Halbbd.en in beträchtlichem Intervall in den Jahren 1981 bis 1992 erschienen. Sie erfaßten den Zeitraum bis 1945. Ein 4. Bd. markierte als Register, bearbeitet von Lothar Kölm und Christoph Schröder, 1992 den Abschluß. Doch das Ende der Sowjetunion führte zu der Festlegung, einen zeitgeschichtlichen 5. Bd. folgen zu lassen. Und schließlich gelang es, die langjährigen Vorarbeiten von Peter Hoffmann am Institut für Allgemeine Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, dem auch Lothar Kölm angehörte, im 6. Bd. zusammenzufassen. Der Halbbd. 5/1 bietet eine Gesamtsicht der geschichtlichen Entwicklung. Sie wird, neben einigen weniger bekannten Autoren – Corinna Kuhr-Korolev, Beate Fieseler, Donald Filtzer, Donald O’Sullivan –, vor allem von den renommierten Historikern Stefan Plaggenborg, Stephan Merl und Helmut Altrichter gestaltet. Sie hatten sich bis dato ihre Sporen in Arbeiten zur sowjetischen Geschichte vor 1945 verdient. Da die Nach-

kriegs-UdSSR ohne detaillierte Kenntnisse der vorangegangenen Jahre, namentlich des Stalinismus, nicht geschrieben werden könne, sollte auf diese Weise einer von der stalinistischen Vergangenheit „abgehobenen" Betrachtung vorgebeugt werden, denn „das zentrale Problem der Periode 1945-1991 ist die Frage, wie sich der Stalinismus in seiner Spätphase entwickelte und wie die Sowjetunion das Erbe des Stalinismus zu bewältigen versuchte" (Plaggenborg, S.XII). Dieses einerseits richtige Herangehen birgt andererseits die Gefahr, in dieser Vorprägung mangels gründlicher Aufarbeitung der Vorgänge dieser Zeit in extenso zu verharren. Ihr sind die Autoren nicht entgangen. Anerkennung verdient der Vorsatz, bei einer „hochgradig ideologisierten Literatur" in Ost und West sowjetischen marxistisch-leninistischen Interpretationen „ohne Polemik und postsozialistische Häme" zu begegnen, denn „nach wie vor besteht kein Grund, sie pauschal zu verteufeln" (Plaggenborg, S.XII). Doch in der Ausführung gelingt das nicht immer.

Nach einem 1. Kapitel mit einer „Übersicht wichtiger Quellensammlungen zur sowjetischen Geschichte 1945-1991" folgen vier inhaltliche: „Später Stalinismus, Wiederaufbau und Kalter Krieg 1945-1953" (Stefan Plaggenborg u. a.) mit manchen polemischen Begriffsbildern und überzogenen Wertungen; „Entstalinisierung, Reformen und Wettlauf der Systeme 1953-1964" (Stephan Merl) mit sachlichen Darlegungen und Einschätzungen zu Nikita S. Chruschtschow und seiner Zeit; „Entwickelter Sozialismus und Supermacht 1964-1985" (Stefan Plaggenborg) mit einer differenzierenden Darstellung der „Ära der Stagnation" unter dem Aspekt, daß die Sowjetunion zwischen 1966 und 1975 ihr „goldenes Zeitalter" hatte, und „Der Zusammenbruch der Sowjetunion 1985-1991" (Helmut Altrichter) mit einer herausragenden Skizzierung der folgenschweren Geschichtsdebatte.

Die Autoren bieten reichhaltiges Material und aufschlußreiche Einblicke in geschichtliche Vorgänge. Sie werten diese große Nachkriegsperiode der sowjetischen Geschichte im Fazit vor allem als Zerfall eines Gesellschafts-, Wirtschafts- und Ideologiesystems, das an einer „imperialen und sozialen Überdehnung" litt und den Anforderungen der Menschen, moderner Produktivkräfte und der Systemauseinandersetzung nicht dauerhaft entsprechen konnte. Dem ist schwerlich zu widersprechen, zumal die Sicht dabei zumeist nicht linear erfolgt, sondern auch Reformversuche, zeitweilige Fortschritte und Erfolge Beachtung finden.

Der instruktiven Gesamtsicht des 1. Halbbd. folgt der 2., mit detaillierter Darstellung bestimmter Sachgebiete. So beschäftigen sich neun Kapitel mit „Bevölkerung und Sozialstruktur" (Thomas M. Bohn), der „Nationalitätenfrage und Nationalitätenpolitik" (Uwe Halbach), den Lebensverhältnissen und Alltagsproblemen (Stefan Plaggenborg), dem Bildungssystem (Aleksandar Jakir), Wissenschaft und Technologie (Christoph Mick), der Justiz (Otto Luchterhandt), den Streitkräften (Ragna Boden, Christoph Bluth, Stefan Plaggenborg, Aleksandar Jakir), den Infrastrukturen (Klaus Gestwa, Johannes Grützmacher) und der Kulturpolitik, allerdings unzu-

lässig reduziert, aber politisch zugespitzt auf Literatur- und Musikpolitik (Dirk Kretzschmar, Matthias Stadelmann).
Die Intensität des Materialangebots und der Darstellung ist unterschiedlich, doch wer sich über den Überblick hinaus Fakten und Einsichten verschaffen will, gewinnt dabei. Dies gilt insbesondere für die Beiträge zur Nationalitätenpolitik und Justiz.
Der Bd. 6 gliedert sich in: Allgemeine Literatur; Literaturrecherche; Historiographie; Quellen; Biographie; Verwandtschaft - Name - Genealogie; Zeitrechnung und Kalender; Messen und Wiegen; Münzen und Münzbezeichnungen (Numismatik); Symbole; Territorium und Bevölkerung. Er schließt mit einem Exkurs: Übersetzung und fremdsprachlicher Text.
Es ist erstaunlich, was Peter Hoffmann hier in historischer Sicht an vielfach Unbekanntem erkundet und zusammengefügt hat. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Zeit vor 1917; hinsichtlich der Sowjetperiode und danach bleiben einige Wünsche offen - Memoirenwerke, Gesamtdarstellungen zur Geschichte der Arbeiterklasse, der Bauern, des Großen Vaterländischen Krieges u. a.. Kritisch, aber unbefangen nutzt der Autor die Ergebnisse sowjetischer Forschung, wertet er deren Leistungen und gibt entsprechende Nutzungshinweise. Auch Unterlassungen und Mängel in den vorausgegangenen Handbuchbd. werden angesprochen. Der Hrsg. des Bd. würdigt die Leistung des Vf.: „Schwerlich dürfte sich ein Historiker finden, der mit soviel Nähe zum Detail und zum Ganzen und mit solchem didaktischen Antrieb der Aufgabe dieses wahrhaften Lehrbuchs gewachsen wäre, wie Peter Hoffmann“ (S.VIII).
Alle, die sich dem Studium der Geschichte Rußlands und der Sowjetunion zuwenden wollen, dieses Studium schon ernsthaft betreiben und dabei unterschiedlichen Interpretationen besondere Aufmerksamkeit widmen wollen, können mit Nutzen die Handbuchreihe und nun ihre letzten beiden Bd.e zur Hand nehmen.

Horst Schützler

Joachim Scholtyseck: Die Außenpolitik der DDR, R. Oldenbourg Verlag. München 2003, 176 S.

In der Reihe „Enzyklopädie deutscher Geschichte“, die, wie es im Vorwort von Lothar Gall heißt, ein Arbeitsinstrument sein soll, mit dessen Hilfe sich die Benutzer „rasch und zuverlässig über den gegenwärtigen Stand unserer Kenntnisse und der Forschung in den verschiedenen Bereichen der deutschen Geschichte informieren können“, beschäftigt sich der vorliegende Bd. 69 mit der Außenpolitik der DDR.
Das Buch ist in drei Teile gegliedert. Zuerst gibt es einen enzyklopädischen Überblick, der 1945 mit den „Voraussetzungen für eine Außenpolitik der DDR“ beginnt und den Zeitraum bis 1990 chronologisch abhandelt. Die Überschriften der sieben einzelnen Kapitel – wie „1961 bis 1969: Staatliche Konsolidierung im Schatten der Mauer und Hallstein-Doktrin“ oder „1985 bis 1990: Stagnation und außenpolitische Ausweglosigkeit“ – sind eine gute Orientierung. Der zweite Hauptkomplex steht unter der Überschrift „Grundprobleme und Tendenzen der Forschung“, dessen 14 Kapitel keine strenge zeitliche Abfolge einhalten, sondern in Komplexen den Stand

der Forschung behandeln und auch auf Desiderate hinweisen. Er enthält sehr viele Literaturhinweise, die für weitergehende Studien herangezogen werden sollten. Der Autor arbeitet grundsätzlich mit Randglossen, die den Inhalt fast jeden Absatzes in Schlagworten charakterisieren.

Der inhaltliche Schwerpunkt liegt vor allem auf dem Dreiecksverhältnis DDR - Sowjetunion - BRD, da „noch übergreifende Analysen zum Verhältnis zwischen der DDR und den Staaten der westlichen Welt“ (S.115) fehlen. Insgesamt befinde sich die Forschung zur Außenpolitik der DDR noch in den Anfängen, wobei über bestimmte Ereignisse erst dann Klarheit bestehen werde, „wenn die entsprechenden sowjetischen Akten zur Verfügung stehen“ (S.29). So gibt es zu Stalins Deutschlandpolitik oder zur Frage, welche Ziele er mit der SBZ verfolgte, nach wie vor unterschiedliche Bewertungen (S.76).

Der nicht zu bestreitende Erfolg der Hallstein-Doktrin, auf deren Grundlage der DDR der Zugang zur internationalen Gleichberechtigung viele Jahre versperrt worden war, provoziert die Frage, wie die Entwicklung verlaufen wäre, wenn die DDR frühzeitiger völkerrechtlich anerkannt worden wäre. Denn der Wunsch nach Anerkennung der staatlichen Existenz dominierte ihre außenpolitischen Überlegungen (S.28).

Wenig überzeugt, daß die Bemühungen der DDR, sich als Friedensstaat zu profilieren, „unglaubwürdig“ wirkten, wenn dafür als Begründung fehlende innere Freiheiten wie Freizügigkeit herhalten sollen. Genauso strittig sind Wertungen, die von „Aggressivität im Denken der DDR“ (S.67) sowie vom „potenziell aggressiven Charakter des ostdeutschen Regimes“ (S.66) sprechen. In diesen Zusammenhang paßt, daß ehemaligen Vertretern der DDR-Nomenklatur eine „verzerrte Sichtweise“ (S.119) auf die deutsch-deutsche Verantwortungsgemeinschaft als Ausdruck des Verständigungswillens unterstellt wird.

Von grundsätzlicher Bedeutung ist die Bemerkung, daß die DDR ihre sozialistische Identität nicht aufgeben durfte, da sie im Unterschied zu anderen Staaten des Ostblocks „mit Westdeutschland eine zugleich nationale wie marktwirtschaftlich-demokratische Alternative“ (S.46) hatte. Allerdings verwundert, wenn unter Hinweis darauf, daß ein „ähnlich unabhängiges Wirtschaftssystem wie die EWG [...] im östlichen Machtbereich [...] nicht vorstellbar war“, kein Wort zum RGW geschrieben wird.

Der dritte Teil enthält die Quellen und Literaturangaben. Die insgesamt 352 Hinweise sind nicht alphabetisch, sondern nach inhaltlichen Schwerpunkten und Zeitabschnitten gegliedert. Wenn dabei MfS und SED als Abkürzung erklärt sind, könnte das auch bei VfZ oder ZfG geschehen, die wohl nicht jedem Leser verständlich sein dürften.

Ein Personen- und Sachregister rundet das Werk ab. Am Ende enthält der Bd. eine Übersicht über die Themen und Autoren der Enzyklopädie deutscher Geschichte, wobei die bereits erschienenen Titel durch Fettdruck hervorgehoben sind. *Joachim Eichler*

Klaus Körner: „Die rote Gefahr“. Antikommunistische Propaganda der Bundesrepublik 1945-2000, Konkret

Literatur Verlag, Hamburg 2003, 208 S.

Auch bei den wütenden Kommentaren aus den „Volksparteien“ zum Widerstand gegen Hartz IV taucht er wieder auf: der *Antikommunismus* als traditionell beschworener Grundkonsens, mit dem sich nach 1945 von der Sozialdemokratie bis zur Uralt-Rechten die dismembrierte deutsche Gesellschaft zwischen Elbe-Werra und Rhein-Mosel zusammenfand. Seine Berechtigung als Gegenpol zum Kommunismus scheint heutzutage verschwunden, da doch dessen Zerschmetterung gefeiert wurde. Aber er ist – dank 100jähriger Indoktrination in Deutschland zutiefst verinnerlicht – noch immer nützlich zur Diskriminierung überall da, wo sich Protest gegen den Neoliberalismus regt. Der jetzt vom Autor vorgelegte Überblick zu seiner Propagierung über die gesamte bis-dato-Geschichte der Bundesrepublik endet dann auch sehr hübsch (S.183) mit der vom Berliner CDU-Rhetoriker Stölzl verkündeten Horrorvision, die dieser 2002 anläßlich der Vereidigung des Berliner SPD-PDS-Senats beschwor: nun sei dem Kommunismus hierzulande das Tor zur Macht geöffnet.

Die Einschwörung auf die latente Bereitschaft zur Abwehr eines farbbestimmten drohenden Übels mußte 1946/47 nach der Proklamierung des Kalten Krieges für die Masse der Deutschen nicht erst erfunden werden. Seit 1894 lebte man hier mit solch beschworener Gefahr – erst war es die gelbe, ab 1917 dann die rote. Und die Experten in deren agitatorischer Bekämpfung waren auch spätestens seit 1948 wieder gefragt und wurden großzügig mit Steuergeldern versorgt, unabhängig davon, wo sie vor 1945 gedient hatten. K. exemplifiziert dies am Beispiel von Eberhard Taubert: 1931 Antibolschewismus-Experte der NSDAP, in Goebbels’ Propaganda-Ministerium Ministerialrat, Beisitzer bei Roland Freisler, seit 1950 Empfänger hoher Zuwendungen von CIA und Bonner Ministerien für seine obskure Propagandazentrale, die im alten Stil mit den alten Kadern als „Masken-Abreisser“ weitermachte; selbst die Intervention der „Allgemeinen Wochenzeitung der Juden in Deutschland“ im Gesamtdeutschen Ministerium gegen die Finanzierung eines solchen Alt-Nazis prallte dort ab; für die antikommunistische Arbeit sei Taubert unentbehrlich (S.60)!

Dankenswerterweise bleibt K. nicht bei der Anatomie der Propaganda stehen, sondern analysiert, wie der Grundkonsens sich in Beurteilungen und (ggf. Fehl-) Entscheidungen reflektierte. Er bringt z. B. in Erinnerung, auf welch breiter Front jahrelang mit Millionen „verschwundener“ deutscher Kriegsgefangener in sowjetischen „Schweigelagern“ hausieren gegangen wurde – ja, selbst die stete Erinnerungspflege hinsichtlich der verlorenen deutschen Ostgebiete wurde auf breiter Parteien-Front antikommunistisch instrumentiert. Von einiger Pikanterie ist der unpolemisch geführte Nachweis, daß der BRD-Grundkonsens Antikommunismus der Bonner Politik gegebenenfalls auch Stolpersteine bescheren konnte: Die Erhebung des Alexander Solshenizyn zum Glanzlicht der Weltliteratur traf z. B. mit Willy Brandts neuer Ostpolitik zusammen und lieferte deren Gegnern zusätzliche Munition.

K. sieht den Antikommunismus mit

Recht nicht an die Existenz kommunistischer Machtausübung gekoppelt. Er arbeitet heraus, daß der heutige Antikommunismus sein Geschäft darin findet, alles zu delegitimieren, was 1945–1989 im zweiten deutschen Staat geschah. Die dafür verwandten Stereotype sind recht nahe bei dem primitiven Antikommunismus des Experten Taubert und seiner Federn, kommen aber jetzt im Gewande quellenbelegter wissenschaftlicher Arbeit daher, verteilt auf dutzende reichlich finanzierter Kostenträger – an deren Spitze sich ein spezielles Amt für Denunziation und Säuberung leitmotivisch gebärdet. Da war die Wissenschaft in der Alt-BRD für fast zwei Jahrzehnte, in denen auf diesem Feld pragmatische Untersuchungen vorherrschten, schon einmal weiter. Leider versagt es sich K. in diesem Zusammenhang, die personelle Ausstattung der Forschungsinstitute zum Thema NS-Regime mit denen zur antikommunistischen Abrechnung mit der „zweiten deutschen Diktatur" zu vergleichen. *Kurt Wernicke*

Wladislaw Hedeler (Hrsg.): Stalins Tod. Hoffnungen und Enttäuschungen (Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskripte 43), Karl Dietz Verlag, Berlin 2003, 104 S.

Die Broschüre basiert auf einer Konferenz zu Stalins 50. Todestag. Fred S. Oldenburg und W. Hedeler befassen sich mit der Persönlichkeit des Diktators, seinem Ableben am 5.3.1953 und dem Machtkampf an der KPdSU-Spitze. Erstgenannter charakterisiert Stalin als „Übermenschen im Zeitalter der Moderne", fälschlich auch als Ideologen eines „radikalen Sozialismus" (S.73). H. hält fest, daß Stalins Sarkophag im Saal der Moskauer Prozesse stand. Er würdigt Georgij Berijas Drängen auf Abbau von Repressionen und außenpolitische Entspannung – nach Verhaftung und Hinrichtung im selben Jahr wurde der Innenminister, der nicht allein viel auf dem Kerbholz hatte, als Sündenbock für alle stalinistischen Verbrechen benutzt. Stefan Bollingers Aufsatz über die „endlose Entstalinisierungskrise" birgt die Definition des Stalinismus als Versuch, „sozialistische Ideale und Ziele mittels eines diktatorischen Herrschaftssystems ... durchzusetzen", wobei ein „Sozialismus" herauskam, der mangels Demokratie „keiner sein konnte" (S.49f.). Meines Erachtens sollte man sich zur Erkenntnis durchringen, daß Stalins Konterrevolution eine nichtkapitalistische Gesellschaft mit Zügen insbesondere der asiatischen Despotie ergab, die ohne zweite, den Weg zum Sozialismus öffnende Revolution zum Tode verurteilt sein mußte. Bollingers Ansicht, die „eigentliche Entstalinisierung" habe bis 1989 nicht stattgefunden (S.50), trifft zu, da sie durch Quertreibereien der Bürokratie sabotiert wurde. Daß Michail Gorbatschow in seiner Rede zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution die Schuld Stalins und dessen engster Umgebung an Massenrepressalien und Gewaltlosigkeit eingeräumt habe, wie Oldenburg feststellt, ist richtig (S.61). Auf falsche Fakten gestützt, rechtfertigte aber derselbe Redner gleichzeitig den „antitrotzkistischen" Vernichtungskrieg, wandte er sich gegen Grigorij Sinowjew, Lew Kamenew und sogar Nikolaj Bucharin.

Karl-Heinz Gräfe äußert sich zur 1953

in der ČSR abgewürgten, in Ungarn ansatzweise realisierten politischen Auflockerung im Rahmen des „Neuen Kurses“, die später wieder gestoppt wurde. Wie Siegfried Prokop und Oldenburg vertritt er die Auffassung, Stalin sei ab 1951 davon überzeugt gewesen, daß es bald zum „letzten Gefecht“ mit den USA käme (S.17, 32 und 70); er habe deshalb auf Hochrüstung im Ostblock gedrängt. Der Diktator beharrte jedoch andererseits auf möglicher Erhaltung des Friedens durch die Völker. Arbeiten Prokops, Angelika Kleins und Jörg Roeslers gelten Vorgängen in der DDR – der Haltung ihrer Intellektuellen nach Stalins Tod, dem 17.6.1953 und kurzzeitigen Korrekturen in der Wirtschaftspolitik. Michael Brie macht die Perestroika für das vermeintliche Ende des Stalinismus als Ideologie verantwortlich, während Thomas Schubert auf deren bis heute fortdauernden langen Schatten verweist. Horst Schützler berichtet über unterschiedliche Stalinismusbilder in Rußland.

Manfred Behrend

Adelheid von Saldern (Hrsg.) unter Mitarbeit von Alice von Plato, Elfie Rembold und Lu Seegers: Inszenierte Einigkeit. Herrschaftsrepräsentationen in DDR-Städten, (= Beiträge zur Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung, Bd.1). Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2003, 420 S., Abb.

Die Hrsg.in und ihre Mitarbeiterinnen entdeckten die DDR-Städte als bisher ungenügend erforschte gesellschaftliche Räume. Eingebunden in ein Förderungsprogramm der Volkswagen-Stiftung (Diktaturen im Europa des 20. Jahrhunderts) richteten sie ihre Untersuchungen auf Beziehungen, Interessendivergenzen und Spannungen zwischen Stadt und Staat, wie sie insbesondere bei der Organisation von Staatsveranstaltungen, Jubiläumsfeiern und anderen Großereignissen in Erscheinung traten. Dieser Forschungszugriff erwies sich als klug überlegt, denn die ausgewählten Feste und Feiern boten als Orte staatlicher Macht- und Herrschaftsrepräsentation, zugleich aber städtischer Selbstbehauptung und Imagepflege, ein ideales Untersuchungsfeld. Die Analysen lenken darüber hinaus den Blick auf die jeweiligen meist heftig umstrittenen kulturpolitischen Schwerpunktsetzungen, die festlegen sollten, welcher Platz in den Festprogrammen dem nationalen Kulturerbe, den modernen Unterhaltungsangeboten, der Arbeiterbewegungs- oder sowjetischen Feierkultur, der Volkskunst, der Stadtgeschichte und insbesondere der sozialistischen Gegenwart zuzubilligen sei. Chronologisch sind die Studien vor allem in den 60er Jahren angesiedelt. Behandelt wurden auf der Grundlage umfänglicher Literatur- und Quellenstudien die 750-Jahrfeier Rostocks im Rahmen der Ostseewochen 1968 sowie das Elbefest und die Kulturfestspiele in Magdeburg während der 50er und 60er Jahre (Lu Seegers), die Geschichte des Karl-Marx-Denkmals von Karl-Marx-Stadt, die Internationale Gartenbauausstellung in Erfurt, aber auch der 750. Jahrestag der Ersterwähnung Leinefeldes im katholischen Eichsfeld 1977 (Alice v. Plato), die Jubiläumsmesse sowie das Leipziger Stadtjubiläum von 1965 (Elfie Rembold).

Der Bd. wird mit einer eingehenden Erörterung des methodologisch-konzeptionellen Forschungsdesigns eröffnet (Adelheid v. Saldern). Darüber hinaus kommentiert sie einzelne Beiträge und bietet am Ende eine vertiefende Ergebniszusammenfassung. Sie begründet die herrschaftsbezogenen Fragestellungen als dem sozialistischen System und seiner hierarchischen Verfaßtheit gemäß, gibt aber zu bedenken, daß man dessen ‚Widersprüchlichkeit und Komplexität' am ehesten gerecht wird, „wenn man den Ambivalenzcharakter der Staatsgesellschaft herausarbeitet, das heißt auf eine klare Klassifizierung und eine eindeutige Kennzeichnung verzichtet". Insbesondere lasse der Begriff der Durchherrschung Mißdeutungen zu, da er „als eindimensionales von ‚Oben-nach-unten-Regieren'" fehlinterpretiert werden könne (S.32). Die einzelnen Studien bestechen durch ihren außerordentlichen Material- und Faktenreichtum und durch die Dichte ihrer Darlegungen. Gerade die Detailbesessenheit ermöglicht es, „das Miteinander und Gegeneinander bei den Kommunikations- und Entscheidungsvorgängen im Herrschaftsrahmen des demokratischen Zentralismus (zu) beleuchten und dabei vor allem die Aushandlungsvorgänge auf verschiedenen Gebieten und Ebenen zu bestimmten Zeiten (zu) rekonstruieren." (S.32). In diesen Aushandlungsprozessen spielten Sachkompetenz, Rückgrat und Lebensnähe städtischer Akteure keine geringe Rolle, wenngleich für das Projekt Sozialismus beide Seiten standen. Die Bewohner wiederum entwickelten neben durchaus identitätsstiftendem Lokalstolz ein eigenständiges Interesse an den Veranstaltungen. Für sie zählten neben der Verschönerung der Städte im Vorfeld der Feste vor allem kulturelle Erlebnisse, Unterhaltungs- und Erholungsangebote, eigenes Mitgestalten oder zusätzliche Kaufmöglichkeiten, weniger die politischen Rituale und Zielsetzungen. Ein umfängliches Quellen- und Literaturverzeichnis beschließt den Bd. Geplant ist ein 2. Bd., welcher Städte in der NS-Zeit, der DDR und der BRD aus vergleichender Sicht vorstellen will.

Evemarie Badstübner

NachSatz

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Autorinnen und Autoren,

der 60. Jahrestag der Befreiung Europas von Nazi-Diktatur, Faschismus und Krieg war uns Anlaß, das vorliegende Heft mit einem Beitrag über die Chancen der antifaschistischen Erneuerung nach 1945 einzuleiten. Er würdigt das international verpflichtende Vermächtnis der antifaschistischen Bewegungen und beschreibt die Schwierigkeiten und Unzulänglichkeiten seiner Wahrung in Deutschland. Dem antifaschistischen Widerstand und dem Kriegsende in Europa sind weitere Beiträge gewidmet. So stellt Ulla Plener Teilnehmerinnen aus Deutschland an der französischen Résistance vor. Claudia Kuretsidis-Haider analysiert, wie in Österreich NS-Verbrechen verfolgt wurden. Mit zwei Briefen kommt – stellvertretend für Hunderttausende – ein im April 1945 in Berlin befreiter ukrainischer „Ostarbeiter“ zu Wort.

Wir fordern ausdrücklich auf: Wer sich zu den Themen Krieg, Widerstand, Befreiung und Nachkriegszeit mit wissenschaftlichen Beiträgen zu Wort melden möchte, hier im JahrBuch findet er ein Forum. Im Impressum sind die Grundbedingungen formuliert.

In bewährter Weise bietet dieses Heft aber auch Beiträge aus anderen Perioden und zu anderen Themen.

Im letzten Heft ist uns bedauerlicherweise ein Fehler unterlaufen, den wir zu entschuldigen bitten. Unser Autor Dr. Klaus-Peter Friedrich ist nicht in Magdeburg, sondern in Marburg zu Hause. Dies korrigieren wir mit Freude, denn neue Autoren, insbesondere aus den „alten Bundesländern“, künden von der wachsenden Ausstrahlung der Zeitschrift. Gleichwohl wünschen wir uns noch mehr neue Autoren, Leser und Abonnenten.

Das JahrBuch erscheint im vierten, und nicht, wie irrtümlich auf dem Umschlag des Januar-Heftes angegeben, im dritten Jahrgang.

Das JahrBuch ist als Einzelheft für 10 Euro zu haben. Das Jahresabonnement (3 Hefte) kostet einschließlich Porto 25 Euro im Inland und 35 Euro im Ausland. Lieferung erfolgt nach Einzahlung auf das Konto der NDZ GmbH, Konto-Nr. 57 44 56 10 10, BLZ 100 90000, Berliner Volksbank. Die ausländischen Abonnenten überweisen bitte so: BIC: BEVODEBB; IBAN: DE 75 1009 5744 5610 10.

Die Redaktion

Autorenverzeichnis

Evemarie Badstübner, Dr, sc., Berlin
Manfred Behrend, Dr. sc., Berlin
Günter Benser, Prof. Dr., Berlin
Werner Berthold, Prof. Dr., Leipzig
Peter Birke, Doktorand, Uni Hamburg
Helmut Bleiber, Prof. Dr., Berlin
Heinz Deutschland, Prof. Dr., Berlin
Joachim Eichler, Dr., Berlin
Heinrich Gemkow, Prof. Dr., Berlin
Wolfgang Heyn, Dr. sc., Bernau
Christa Hübner, Dr. sc., Berlin
Wolfgang Herzberg, Dipl.-Kulturwissenschaftler, Berlin
Rainer Holze, Dr., Berlin
Narihiko Ito, Prof. Dr., Kamakura-City, Japan
Gerd Kaiser, Dr., Berlin
Claudia Kuretsidis-Haider, Dr., Dokumentationszentrum des Österreichischen Widerstands Wien
Peer Lautenschläger, Berlin
Alfred Loesdau, Prof. Dr., Berlin
Ingo Materna, Prof. Dr., Berlin
Renate Merkel-Melis, Prof. Dr., Berlin
Ulla Plener, Dr. sc., Berlin
Norbert Podewin, Dr., Berlin
Jörg Roesler, Prof. Dr., Berlin
Susanne Schattenberg, Dr., Humboldt-Universität Berlin
Walter Schmidt, Prof. Dr., Berlin
Horst Schützler, Prof. Dr., Berlin
Eva-Maria Thimme, Dr., Institut für vergleichende Kirchenforschung, Berlin
Kurt Wernicke, Dr. sc., Berlin
Wolfgang Wünsche, Dr., Berlin
Janusz Żarnowski, Prof. Dr., Institut für Geschichte, Polnische Akademie der Wissenschaften, Warschau

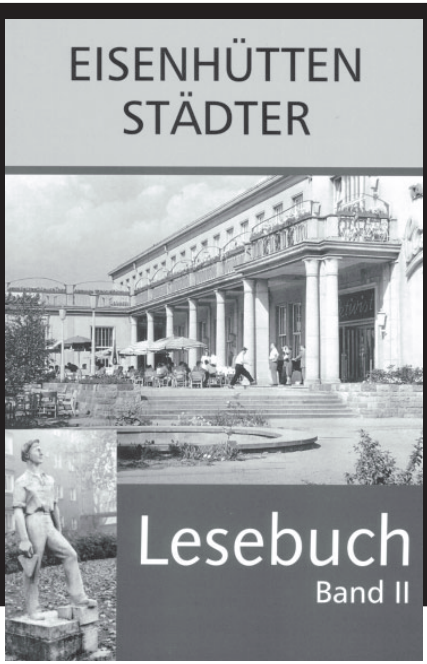
Impressum

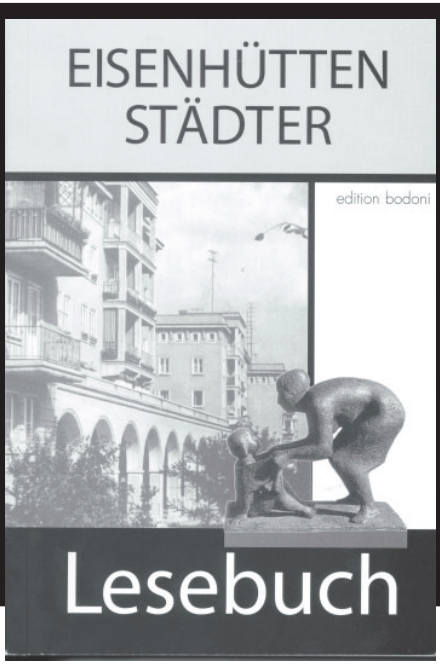
ISSN 1610-093X
Herausgeber: Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung
Redaktion: Helga Brangsch, Ursel Herschel, Dr. Wolfgang Heyn, Dr. Christa Hübner, Dr. Herbert Mayer (Verantwortlicher Redakteur), Dr. Ulla Plener, Dr. Elke Scherstjanoi, Dr. Carola Tischler
Postadresse der Redaktion: Weydingerstraße 14-16, D-10178 Berlin
e-mail-Adresse: mayer.berlin.pb@t-online.de
Erscheint dreimal jährlich (Januar, Mai, September) in der NDZ GmbH, Weydingerstraße 14-16, S-10178 Berlin

In der Zeitschrift können nur Beiträge veröffentlicht werden, die nicht bereits anderswo erschienen sind.
Manuskripte können per e-mail oder auf Diskette, vorzugsweise als word- oder rtf-Datei, eingesandt werden. Beiträge sollen 40.000, Berichte 10.000, Rezensionen 6.000 und Annotationen 2.000 Zeichen nicht überschreiten. Bitte reichen Sie stets die letzte Fassung des Beitrages ein und beachten Sie die im JahrBuch übliche äußere Manuskriptgestaltung. Die Redaktionsrichtlinien senden wir Ihnen gern zu.
Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Satz: Joanna Boegendorff
Realisiert in den Typowerkstätten des Giambattista-Bodoni-Museum e. V.
info@bodonimuseum.com

Redaktionsschluß: 6. April 2005





Geschichte(n) der Ersten Sozialistischen Stadt Deutschlands

Zum 50. Jahrestag des Baubeginns, den die Stadt – eigentlich verfrüht – im August 2000 feierte, erschien Band I des Lesebuchs mit Erinnerungen der Aufbaugeneration.
Nunmehr folgt der lang geplante zweite Band der Gesprächsprotokolle, der wiederum von Jochen Cerny redigiert wurde.
Herausgegeben im Auftrag der Geschichtswerkstatt Eisenhüttenstadt e. V.
von Dagmar Semmelmann, Gudrun Prengel und Ursula Krüger.

ISBN 3-929390-41-8 (Band I)
ISBN 3-929390-72-8 (Band II)
mit vielen historischen Photographien
je 10,00 Euro

zu beziehen über den Buchhandel
oder über edition bodoni · linienstraße 71
10019 berlin · info@bodonimuseum.com
tel. 030-2825137

Zum 28. August 2004 erschien Band II